

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail
Bundesamt für Justiz

zz@bj.admin.ch

18. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum obengenannten Geschäft Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich dafür und nimmt die Gelegenheit gerne wahr.

1. Grundsätzliche Zustimmung

Der Regierungsrat begrüsst eine pragmatische Lösung für die Adoption von Kindern, die mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder mit weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurden, und die ab dem Zeitpunkt der Geburt mit einem rechtlichen Elternteil und dem Wunschelternteil zusammenleben. Insbesondere unterstützt er ausdrücklich die vorgeschlagene Möglichkeit einer Stiefkindadoption einer volljährigen Person auch nach der Auflösung des gemeinsamen Haushalts des rechtlichen Elternteils und dessen Partnerin beziehungsweise Partners (vgl. Art. 266 Abs. 3 sowie 267 Abs. 3 Ziff. 4 Schweizerisches Zivilgesetzbuch). Diese Möglichkeit soll auch für die Adoption von minderjährigen Kindern ermöglicht werden.

2. Ergänzende Bemerkungen

Die rechtliche Absicherung derjenigen Kinder, die von der erleichterten Stiefkindadoption profitieren sollen, stellt nicht in erster Linie eine Frage des Adoptionsrechts, sondern vielmehr des Abstammungs- und Fortpflanzungsmedizinrechts dar. Mit den vorgeschlagenen Änderungen werden die Möglichkeiten, das geltende Schweizer Recht zu umgehen, erweitert, indem Massnahmen im Bereich der Fortpflanzung (Leihmutterschaft, anonyme Samenspende), welche in der Schweiz unzulässig sind, im Ausland zulässigerweise in Anspruch genommen werden können.

Die vorgeschlagenen Erleichterungen der Adoption schaffen eine Rechtsungleichheit. Wenn im Interesse des Kindes durch eine Stiefkindadoption rasch ein rechtliches Kindesverhältnis zum Wunschbeziehungsweise anderen Elternteil etabliert werden soll (wenn es bereits ab Geburt bei beiden Eltern wohnt), so sollte für alle Stiefkindadoptionen in diesem Interesse eine Verbesserung ins Auge gefasst werden. Bei den allermeisten Stiefkindadoptionen besteht ein grosses Bedürfnis der Eltern nach rechtlicher Absicherung der Kinder. Deshalb ist es beispielsweise stossend, wenn der andere rechtliche Elternteil, der im Leben des Kindes nicht präsent ist und seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, mit der Verweigerung seiner Zustimmung eine geplante Stiefkindadoption trotzdem verhindern kann.

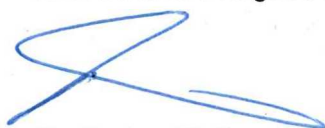
3. Ablehnung zeitlicher Vorgaben

Die zeitliche Vorgabe, wonach eine Adoption grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt oder innerhalb von sechs Monaten seit Einreichung des Gesuchs ausgesprochen werden soll, erhöht den Druck auf die Adoptionsbehörden unnötig. Ein essenzieller Teil der Sozialabklärung beinhaltet die Sensibilisierung der Adoptiv- beziehungsweise Wunscheltern auf das Recht des Kindes auf Kenntnis der leiblichen Abstammung. Die angedachten Änderungen berücksichtigen diesen völker-, verfassungs- und gesetzesrechtlichen Anspruch nicht, obwohl diesem Recht "seitens des Bundesrates und des Parlaments grosses Gewicht beigemessen" wird. Weder werden die biologischen Eltern erwähnt, noch wird geregelt, wie deren Angaben gesichert werden, um zu gewährleisten, dass das Kind später die Möglichkeit hat, seine Abstammung zu erfahren. Überdies betreffen diese "gemeinsamen Projekte" nicht selten internationale Sachverhalte, genauso wie die internationale Adoption. Die historische Aufarbeitung unrechtmässiger internationaler Adoptionen hat aufgezeigt, dass die zuständigen Behörden in der Schweiz oft unter Druck der adoptionswilligen Personen handelten, vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und die Verfahren sehr pragmatisch und zu grosszügig durchführten. Solche Praktiken sollten sich nicht wiederholen. Spätere Vorwürfe und Forderungen gegenüber dem Staat durch betroffene Kinder sind nicht auszuschliessen, wie dies heute beispielsweise bei problematischen internationalen Adoptionen der vergangenen Jahrzehnte der Fall ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Appenzell, 3. Oktober 2024

Änderung des Zivilgesetzbuchs (Erleichterte Stiefkindadoption) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Erleichterte Stiefkindadoption) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Bestrebungen für eine erleichterte Stiefkindadoption, unter zwar sowohl für Kinder, welche ab Geburt mit der adoptionswilligen Person zusammenleben wie auch für volljährige Stiefkinder. Insbesondere erstere Konstellation hat erfahrungsgemäss stark zugenommen, da immer mehr Kinder durch im Ausland zulässige fortpflanzungsmedizinische Verfahren gezeugt werden. Die betreffenden Kinder sind heute rechtlich ungenügend abgesichert, wenn sie bis zur Adoption nur über einen rechtlichen Elternteil verfügen.

Mit den Änderungen des Zivilgesetzbuchs ist die Standeskommission grundsätzlich einverstanden, schlägt aber folgende Anpassungen vor:

Art. 264c^{bis}

Die Formulierung «ohne vor der Adoption für dessen Pflege und Erziehung gesorgt zu haben» sei abzuändern in «wenn sie ab Geburt für dessen Pflege und Erziehung sorgt». Mit diesem Wortlaut kann sichergestellt werden, dass die adoptionswillige Person auch eine tatsächliche Sorgerechtsfunktion für das Kind übernimmt.

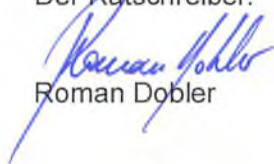
Art. 268a Abs. 3

Es ist ungewöhnlich, dass der Gesetzgeber der zuständigen Behörde Fristen für die Dauer des Verfahrens vorgibt. Wir beantragen, die Frist zu streichen und stattdessen die Formulierung «dass rasch nach der Einreichung... » zu wählen. Sofern eine Behörde nicht schnell genug tätig wird oder das Verfahren nicht beförderlich behandelt, steht es Betroffenen jederzeit zu, eine Rechtsverweigerungs- oder Rechtsverzögerungsbeschwerde einzureichen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 19. September 2024

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption);
Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 hat das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen eingeladen zur Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend erleichterte Adoption von Stiefkindern Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 17. Oktober 2024.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst im Grundsatz die vorgeschlagene Änderung des ZGB. Im Interesse der schnellen rechtlichen Absicherung des Kindes durch zwei Elternteile wird auch die Verkürzung der Adoptionsverfahren durch die Möglichkeit der vorzeitigen Einreichung des Gesuchs klar befürwortet. Selbstverständlich soll aber die Adoption erst ausgesprochen werden, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind.

Im Zusammenhang mit der Änderung des Adoptionsverfahren für Stiefkinder möchte der Regierungsrat noch einbringen, dass die Option der vorzeitigen Einreichung des Gesuchs doch auch für die restlichen Adoptionen geprüft werden sollte. Eine Verkürzung der Verfahren sollte auch in diesen Fällen möglich sein.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Bundesamt für Justiz

per email an: zz@bj.admin.ch

RRB Nr.: 988/2024
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

16. Oktober 2024

Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption). Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur im Titel erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen. Der Kanton Bern befürwortet die vorgesehene erleichterte Stiefkindadoption erwachsener Personen.

Er begrüsst grundsätzlich auch die Bestrebungen zur erleichterten Stiefkindadoption minderjähriger Personen. Je nach Fokus stellen sich mit der geplanten Revision aber wichtige Fragestellungen:

Mit dem Fokus auf die bisher bestehenden Unsicherheiten in Bezug auf die rechtliche Stellung von Kindern (u.a. Kindesverhältnis zu zwei Elternteilen, Unterhaltspflicht), die mittels (privater) Samenspende oder fortpflanzungsmedizinischer Verfahren im Ausland gezeugt wurden, kann der Gesetzesrevision zugestimmt werden.

Mit dem Fokus auf das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung lehnt der Kanton Bern die vorgesehene erleichterte Stiefkindadoption hingegen aus den in Ziff. 2 dargelegten Gründen zum aktuellen Zeitpunkt grundsätzlich ab. Aus Sicht des Kantons Bern müssten vorgängig zur Regelung der erleichterten Stiefkindadoption die Fragen des Abstammungsrechts und der Fortpflanzungsmedizin geklärt werden.

1. Erleichterte Stiefkindadoption volljähriger Personen

Betreffend die erleichterte Stiefkindadoption einer erwachsenen Person stimmt der Kanton Bern dem Vorentwurf der entsprechenden Gesetzesartikel vollumfänglich zu.

2. Erleichterte Stiefkindadoption minderjähriger Personen

Wie einleitend ausgeführt, vermag die geplante Gesetzesrevision die rechtliche Stellung von Kindern, die mittels (privater) Samenspende oder fortpflanzungsmedizinischer Verfahren im Ausland gezeugt wurden, zu verbessern, was insbesondere von den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden des Kantons Bern begrüsst wird.

Mit Fokus auf das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung erachtet der Kanton Bern die geplante Gesetzesrevision aber aus den nachfolgenden Gründen als verfrüht:

Gemäss Art. 119 Abs. 2 lit. d) der Schweizerischen Bundesverfassung (BV; SR 101) und Art. 4 Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG; SR 810.11) sind die Ei- und Embryonenspende sowie die Leihmutterschaft unzulässig. Das Gleiche gilt für die anonyme Samenspende (Art. 119 Abs. 2 lit. g) BV und Art. 18 ff. FMedG). Mit der beabsichtigten erleichterten Stiefkindadoption sollen aber unter anderem Stiefkindadoptionen jener verfassungsmässig unzulässigen Fortpflanzungsmethoden erleichtert werden.

Führen unzulässige Fortpflanzungsmethoden zur erleichterten Stiefkindadoption, steht dies in einem gewissen Widerspruch zu Verfassung und den aktuellen Bestimmungen zum FMedG. Denn mit der beabsichtigten Gesetzesrevision werden die in der Schweiz geltenden Bestimmungen über unzulässige Methoden der Fortpflanzung umgangen. Es kann zudem zu Konstellationen führen, in welchen die Interessen einer raschen rechtlichen Absicherung im Widerspruch zur Kenntnis der eigenen Abstammung stehen. Damit wird das im erläuternden Bericht hervorgehobene verfassungsmässige Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung geschwächt, was – wie auch die historische Aufarbeitung unrechtmässiger internationaler Adoptionen und deren Missachtung aufs Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung aufzeigen – nicht der Fall sein darf.

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass die sich im Rahmen der Diskussionen rund um die «Ehe für alle» stellenden Fragen gerade in Bezug auf die Regelung der privaten Samenspende bewusst auf die sich abzeichnende Revision des Abstammungsrechts verschoben worden seien. Es wird weiter darauf hingewiesen, dass bei privaten Inseminationen namentlich der Vater das Kind anerkennen und dann sofort der Stiefkindadoption zustimmen könne. Somit könne das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung sichergestellt werden, weil die Umstände der Zeugung und der Geburt des Kindes im schweizerischen Personenstandsregister klar dokumentiert seien. Diese Erläuterung ist aus Sicht des Kantons Bern nicht nachvollziehbar, da diese erwähnte Sicherstellung mit der vorgesehenen Gesetzesänderung eben gerade nicht erreicht wird. Im Personenstandsregister wird einzig zu einem früheren Zeitpunkt als bisher der zweite Elternteil eingetragen werden können. Zudem zeigt die Praxis, dass die privaten Samenspender in der Regel nicht bereit sind, ein Kindesverhältnis anzuerkennen und/oder dass dies auch vom andern leiblichen Elternteil oftmals nicht gewollt ist.

Dass in Bezug auf das Recht jedes Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung weiterhin eine Unterscheidung gemacht wird zwischen Kindern aus privaten bzw. anonymen Samenspenden oder Kindern, welche im Ausland mittels zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren entstanden, zu Kindern, die nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) gezeugt wurden, ist stossend. Es soll darauf hingewiesen werden, dass die Hinterlegung der Koordinaten des biologischen Vaters in einem Register und die damit verbundene Möglichkeit des Kindes, später darauf zugreifen zu können, aus entwicklungspsychologischer Perspektive eminent wichtig ist.

Aus den dargelegten Gründen kann der Kanton Bern der vorgesehenen erleichterten Stiefkindadoption minderjähriger Kinder zum aktuellen Zeitpunkt nicht zustimmen. Mit Blick auf das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung müssten vorgängig die Fragen des Abstammungsrechts und der Fortpflanzungsmedizin geklärt werden.

3. Zu den einzelnen Artikeln

3.1 Neuer Art. 264c^{bis}

Siehe Ziff. 2 zur erleichterten Stiefkindadoption minderjähriger Kinder.

3.2 Art. 267 Abs. 3 neue Ziffer 4

Art. 267 ZGB regelt die Wirkungen sämtlicher Adoptionen. Die neue Ziffer 4 bezieht sich allerdings nur auf die Adoption volljähriger Personen. Dies müsste aus Sicht des Kantons Bern zum besseren Verständnis des Gesetzesartikels ausgeführt werden, beispielsweise wie folgt:
«...während der Minderjährigkeit des Kindes verheiratet war, in eingetragener Partnerschaft gelebt oder eine faktische Lebensgemeinschaft geführt hat, *sofern es sich um die Adoption einer erwachsenen Person handelt*»

3.3 Art. 268 neuer Absatz 2^{bis}

Im Adoptionsverfahren gilt die Official- und Untersuchungsmaxime (vgl. BSK-Breitschmid, Art. 265d ZGB, N 8).

Soll ein Gesuch bei der zuständigen Adoptionsbehörde schon vor der Erfüllung sämtlicher Adoptionsvoraussetzungen eingereicht werden, führt dies gezwungenermassen zu teils langandauernden Verfahren, womit sich mit Blick auf die Official- und Untersuchungsmaxime insbesondere praktische Fragen stellen. Beispielhaft stellt sich etwa die Frage, ob ein bereits mit dem Gesuch eingereichter Strafregisterauszug ausreicht, wenn gewisse Adoptionsvoraussetzungen erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt erfüllt sind.

Aus Sicht des Kantons Bern kann der Official- und Untersuchungsmaxime nur gerecht werden, wenn sämtliche Adoptionsvoraussetzungen auf einer aktuellen Überprüfung beruhen. Der vorgeschlagene Art. 268 neuer Absatz 2^{bis} könnte in gewissen Fällen zu einer Missachtung verfassungsmässiger Mindestanforderungen (Official- und Untersuchungsmaxime) führen, wenn gestützt auf veraltete Dokumente entschieden werden müsste. Alternativ könnten die Adoptionsvoraussetzungen durch die Adoptionsbehörde erst zum Zeitpunkt deren Erfüllens geprüft werden, was aber keine Veränderung der bisherigen Praxis zur Folge hätte und den ursprünglichen Zweck der vorgesehenen Regelung (Interesse einer schnellen rechtlichen Absicherung) nicht erfüllen würde.

Der Regierungsrat beantragt deshalb, auf Art. 268 neuer Absatz 2^{bis}, erster Satz, zu verzichten. Am zweiten Satz von Art. 268 neuer Absatz 2^{bis} ist festzuhalten.

3.4 Art. 268a neuer Absatz 3

Gemäss der Official- und Untersuchungsmaxime hat die Adoptionsbehörde alle für den Adoptionsentscheid massgeblichen Umstände von Amtes wegen abzuklären. Dabei ist sie auf die Mitwirkung anderer Stellen (bspw. KESB) sowie der gesuchstellenden Personen angewiesen und hat eine einzelfallbezogene Prüfung durchzuführen. Eine zeitliche Befristung des Verfahrens widerspricht aus Sicht des Kantons Bern dem Grundsatz der Official- und Untersuchungsmaxime. Ohnehin sind die Adoptionsbehörden aufgrund der bundesrechtlichen Rechtsprechung sowie der Rechtsprechung des EGMR bereits jetzt gehalten, entsprechende Verfahren möglichst kurz zu halten (vgl. die in Ziff. 1.1.4. im erläuternden Bericht zitierte Rechtsprechung).

Eine Beschränkung der Untersuchung kann ausserdem dem Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung entgegenstehen. Erfahrungsgemäss kann es Konstellationen geben, bei denen sichergestellt werden muss, dass das Kind entsprechend seinem Alter über die eigene Herkunft aufgeklärt wird. Zu denken ist dabei zum Beispiel an heterosexuelle Paare, welche durch eine Leihmutter im Ausland ein Kind bekommen haben. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass adoptionswillige Eltern teilweise auf die Wichtigkeit der Kenntnis der eigenen Abstammung des Kindes sensibilisiert werden müssen. Dies kann im Rahmen einer Sozialabklärung oder durch den Besuch von Informationsveranstaltungen für Adoptiveltern sichergestellt werden. Wird das Verfahren gekürzt geführt, kann diesem Erfordernis unter Umständen keine Rechnung getragen werden.

Der Regierungsrat lehnt aus den oben genannten Gründen die Festlegung der Dauer des Verfahrens im Gesetz ab.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen und danken Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Evi Allemann
Regierungspräsidentin

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

zz@bj.admin.ch

Liestal, 15. Oktober 2024

Vernehmlassung betreffend Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit, zur erleichterten Stiefkindadoption Stellung nehmen. Wir teilen Ihnen mit, dass wir der Vorlage aus den folgenden Gründen kritisch gegenüberstehen.

Eine Überprüfung des heute geltenden Rechts betreffend die Stiefkindadoption ist grundsätzlich gerechtfertigt. Nicht nur, dass das bisherige Verfahren auf die klassische Situation zugeschnitten ist, dass ein Kind aus einer früheren Beziehung einer Partnerin oder eines Partners adoptiert werden soll; es steht auch in starkem Widerspruch zur Maxime der Selbstbestimmung einer Person, sofern durch die Adoption ein Kindsverhältnis zu Volljährigen hergestellt werden soll, ohne dass diese während ihrer Minderjährigkeit bereits eine Beziehung zum Wunscheltern teil hatten. Die Vorlage konzentriert sich indessen schwergewichtig auf eine teilweise Anpassung des ersten Aspekts an die aktuellen Gegebenheiten und beschränkt sich bezüglich dem zweiten Aspekt auf die Frage, ob bei der Adoption volljähriger ein gemeinsamer Haushalt vorliegen muss. Mit einer derart punktuellen Revision werden gegenüber allen weiteren ebenso berechtigten Anliegen grundsätzlich neue rechtliche Ungleichheiten geschaffen, die nur mit einer zwar angekündigten, aber noch ausser Sichtweite liegenden vollständigen Revision des Adoptionsrechts wieder behoben werden können.

Darüber hinaus weist die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) zu Recht darauf hin, dass sich aus den geplanten rechtlichen Bestimmungen einige Hindernisse und Herausforderungen ergeben, insbesondere, wenn das zu adoptierende Kind aus einer privaten Samenspende, einer Eizellenspende im Ausland oder einer Leihmutterschaft im Ausland stammt. Diese Verfahren der Fortpflanzungsmedizin wurden in der Schweiz vom Gesetzgeber diskutiert und aus ethischen Gründen abgelehnt. Die Bedenken der KAZ, wonach das vorgesehene vereinfachte Verfahren die Inanspruchnahme umstrittener – und in der Schweiz nicht zulässiger – reproduktionsmedizinischer Hilfeleistungen wie Leihmutterschaft oder private Samen- und Eizellspende gegenüber dem ordentlichen Adoptionsverfahren fördern würde, sind tatsächlich nicht von der Hand zu weisen. Gerade der Hintergrund der Missstände, die im Zusammenhang mit Adoptionen aus Sri Lanka sowie weiterer Herkunftsländer aufgedeckt wurden, sollte den Blick auf die Möglichkeit solcher Umgehungen der schweizerischen Rechtsetzung schärfen. Es sollte verhindert

werden, dass ein regelrechter «Reproduktionstourismus» entsteht, der in den Herkunftsländern wiederum eine entsprechend «Industrie» entstehen lässt, wie sie mit den seinerzeitigen «Geburtsfabriken» in Sri Lanka zu verzeichnen war.

In diesem Sinne sprechen wir uns dafür aus, die Stiefkindadoption nicht wie vorgeschlagen über eine Revision des Zivilgesetzbuchs zu erleichtern, sondern die Revision des Abstammungsrechts zügig voranzutreiben beziehungsweise das Kindesrecht im Rahmen fortpflanzungsmedizinischer Massnahmen im Ausland mittels einer Revision des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG) sicherzustellen.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.bs.ch/regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Basel, 24. September 2024

Präsidialnummer: P240985

Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Regierungsrat begrüsst eine erleichterte Stiefkindadoption grundsätzlich, insbesondere den Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis. Auch wir sehen es im Interesse des Kindes, das Kindsverhältnis zum Wunscherlternteil möglichst rasch rechtlich zu sichern. Aus diesem Grund wurden im Kanton Basel-Stadt die Abklärungsverfahren für die betroffenen Familien angepasst und es wird in der Regel auf einen Hausbesuch verzichtet. Im Zentrum der Abklärungen stehen neben den Adoptionsvoraussetzungen die Frage, wie die Familie das Kind über seine Herkunft aufklärt.

Kinder, die mit Hilfe der Fortpflanzungsmedizin gezeugt wurden, haben oft keine Möglichkeit, mehr über die Umstände ihrer Zeugung und ihre biologischen Eltern zu erfahren. Zum einen, weil die Eltern selbst sie nicht darüber aufklären. Aber auch aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Zeugung. So gibt es Staaten bzw. Institutionen, die den Kinder den Zugang zu Informationen über die Eizellen- bzw. Samenspende untersagen.

Die vorgeschlagene Revision setzt den Fokus auf die Verfahrensdauer und die schnelle Formalisierung des Kindsverhältnisses zwischen Eltern und Kind. Der Gewährleistung des Rechtes des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt ist, wird jedoch unseres Erachtens mit den neuen Bestimmungen zu wenig Beachtung geschenkt. Dieses Recht muss allen Kindern gleichermassen zustehen, ungeachtet der Umstände ihrer Zeu-

gung und der rechtlichen Elternschaft (s.a. Bericht der Expert/innengruppe eingesetzt vom Bundesamt für Justiz, Reform im Abstammungsrecht vom 21. Juni 2021, Empfehlung 23). Insbesondere die Beschränkungen der Verfahrensdauer sehen wir in diesem Zusammenhang kritisch.

Zudem möchten wir grundsätzlich anmerken, dass die rechtliche Absicherung von Kindern, die durch eine private Samenspende, eine (möglicherweise anonyme) Samenspende oder weitere, im Ausland zulässige fortpflanzungsmedizinische Verfahren inklusive Leimutterschaft gezeugt wurden, keine Frage des Adoptionsrechtes ist. Die diesem Thema zugrundeliegenden rechtlichen und ethischen Fragen können nicht über eine punktuelle Revision des Adoptionsrechtes gelöst werden. Sie sind vielmehr im Abstammungsrecht und im Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG; SR 810.11) zu klären. Eine Weiterführung der Revision des Abstammungsrechts im Speziellen, jedoch auch eine allgemeine Diskussion über die Fortpflanzungsmedizin (Art. 119 BV; SR 101), ist unseres Erachtens deshalb dringend notwendig.

2. Anträge zu den einzelnen Änderungsvorschlägen

2.1 Art. 266 Abs. 3

Waren während der Minderjährigkeit der zu adoptierenden Person die Voraussetzungen für die Stiefkindadoption erfüllt, so kann eine Adoption auch dann ausgesprochen werden, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder die faktische Lebensgemeinschaft zwischen der Mutter oder dem Vater und der adoptionswilligen Person sowie der gemeinsame Haushalt nicht mehr bestehen.

Bemerkung:

Die Adoption von volljährigen Personen soll grundsätzlich nur ausgesprochen werden, wenn eine familiäre Verbundenheit zwischen der adoptionswilligen und der zu adoptierenden Person besteht. Die Feststellung, ob eine solche Beziehung vorhanden ist, ist bereits heute für die Behörden in gewissen Fällen schwer zu beurteilen. Durch das Erfordernis der Ehe bzw. Lebensgemeinschaft mit der Mutter oder dem Vater der zu adoptierenden Person ist zumindest gewährleistet, dass eine überprüfbare familiäre Bindung vorhanden ist. Mit der neuen Bestimmung kann es sein, dass das Familienleben schon sehr lange nicht mehr besteht und so die familiäre Verbundenheit nicht wirklich geprüft werden kann.

Dies ist jedoch zentral, da die Adoption von volljährigen Personen sehr oft aus sachfremden Motiven – namentlich erb-, steuer- oder ausländerrechtlicher Art – beantragt wird. Durch die vorgeschlagene Öffnung dieser Adoptionsform für getrennte Paare könnte es sein, dass sich dies zuspitzt.

2.2 Artikel 268 Abs. 2bis

Das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption kann eingereicht werden, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Auf begründeten Antrag der adoptionswilligen Person kann ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden.

Antrag:

Wir beantragen, den Artikel ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Die Einreichung eines Gesuchs um erleichterte Stiefkindadoption vor Erfüllung der Adoptionsvoraussetzungen bedeutet für das gesamte Verfahren keinen nennenswerten Mehrwert bzw. Zeitgewinn für die adoptionswilligen Personen. Zum Zeitpunkt der Adoption müssen alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sein. Eine Adoptionsbehörde kann also die Unterlagen erst prüfen und

über die Adoption entscheiden, wenn alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Ein Gesuch, das vor der Erfüllung der Adoptionsvoraussetzungen eingereicht wird, wäre bei der Adoptionsbehörde hängig, ohne dass das Verfahren weitergeführt bzw. abgeschlossen werden könnte.

Insbesondere die Ausnahmebestimmung dieses Artikels erscheint uns problematisch: Eine Umsetzung dieser Bestimmung würde unseres Erachtens bedeuten, dass auf das Erfordernis des dreijährigen Haushalts de facto verzichtet wird. Die Bestimmung lässt offen, unter welchen Voraussetzungen eine kantonale Behörde eine solche Ausnahme nicht bewilligen könnte. Es ist davon auszugehen, dass das Interesse des Kindes an der Adoption immer im Vordergrund steht und die Ausnahmebestimmung so in praktisch jedem Fall begründet sein wird. Im erläuternden Bericht wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die anstehende Revision des Abstammungsrechtes von einem kompletten Verzicht auf die Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts abgesehen werden soll (Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens vom 26. Juni 2024, Kapitel 2.2.2, S. 14).

2.3 Artikel 268a Abs. 3

Bei einer erleichterten Stiefkindadoption beschränkt die zuständige Behörde die Untersuchung und vereinfacht das Verfahren so, dass innert sechs Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindesverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann.

Antrag:

Wir beantragen, den Artikel folgendermassen zu ändern:

Bei einer erleichterten Stiefkindadoption beschränkt die zuständige Behörde die Untersuchung und vereinfacht das Verfahren so, dass innert sechs Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindesverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Die Untersuchung soll insbesondere prüfen, ob das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung gewährleistet ist.

Begründung

Grundsätzlich sind wir einig mit der Intention dieses Artikels, die rechtliche Absicherung des Kindes nicht durch ein unnötig langes Adoptionsverfahren zu verzögern. Allerdings sprechen wir uns dagegen aus, eine maximale Verfahrensdauer festzulegen.

Bei dieser Form der Stiefkindadoption müssen oft internationale Sachverhalte berücksichtigt werden, da die (anonyme) Samenspende oder die Leihmutterschaft in einem Land durchgeführt wird, dessen rechtlichen Grundlagen dies zulassen. Für diese Kinder kann es sehr schwierig sein, Informationen über die biologischen, rechtlichen und leiblichen Eltern zu erhalten. Die Gefahr ist gross, dass die Herkunft des Kindes ein Familiengeheimnis bleibt. Das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung ist jedoch in der UN-Kinderrechtskonvention verankert. Gerade bei der erleichterten Stiefkindadoption muss deshalb dieser Aspekt im Fokus der Untersuchung durch die Behörden stehen. Eine kantonale Behörde sollte ihre Untersuchung in keinem Fall zeitlich beschränken müssen. Sie ist vielmehr in der Pflicht, die Lebensgeschichte des Kindes mit grösster Sorgfalt zu dokumentieren, damit das Kind später so viel Informationen wie möglich über seine Herkunft erhalten kann.

Da diese Adoptionsverfahren zudem Kinder betreffen, die sich noch nicht selbst zu ihrer eigenen Adoption äussern können, sollte die Sensibilisierung der Wunscheltern auf das Recht des Kindes auf Kenntnis der leiblichen bzw. biologischen Abstammung ein wichtiger Teil des Adoptionsverfahrens sein.

Die historische Aufarbeitung der internationalen Adoptionen in den 1970er bis 1990er Jahren hat gezeigt, dass eine kantonale Behörde genau abwägen muss zwischen den Interessen der (Adoptiv-)eltern, dem Interesse des Kindes auf eine rechtliche Absicherung, dem Recht des Kindes auf

Kenntnis der Abstammung, dem Kinderschutz (z.B. Kinderhandel) und den Rechten der leiblichen bzw. biologischen Eltern. Die Behörden handelten damals oft unter Druck der adoptionswilligen Personen und wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Es kam zu Versäumnissen durch die Behörden, die Einfluss auf das gesamte Leben der betroffenen Adoptivkinder haben. Viele dieser betroffenen Personen leiden bis heute unter den Umständen ihrer Adoption, unter anderem, da es ihnen nicht möglich ist, Informationen über ihre leiblichen Eltern zu erhalten.

Im Hinblick auf diese Erkenntnisse erscheint es fragwürdig, dass die erleichterte Stiefkindadoption von den kantonalen Behörden unter Vorgaben durchgeführt werden soll, die in der Vergangenheit zu Versäumnissen geführt haben und deren Aufarbeitung bis heute andauert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Frau Stephanie Maurer, Erziehungsdepartement, Zentrale Behörde Adoption, stephanie.maurer@bs.ch, Tel. 061 267 85 08, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : zz@bj.admin.ch

Fribourg, le 1^{er} octobre 2024

2024-910

Modification du code civil – Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire – procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du projet de modification des dispositions du code civil concernant l'adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire. Il vous remercie de l'avoir consulté.

De manière général, le Conseil d'Etat est favorable, sur le principe, à apporter au code civil des modifications visant à faciliter l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire. Les solutions proposées permettent, selon lui, des améliorations ponctuelles, rapides à mettre en œuvre, pour les cas de figure mentionnés dans le projet de révision.

Depuis le début de l'année 2024, les services concernés de l'Etat de Fribourg ont été confrontés à une dizaine de demandes d'adoption de l'enfant mineur du conjoint. Sur dix demandes, sept concernent des couples dont la situation entrerait dans le cadre de la présente modification. Aussi, force est de constater que la question est d'actualité et qu'il est nécessaire d'adapter la législation à la réalité actuelle des constellations familiales.

Cela étant dit, si le Conseil d'Etat prend acte que le projet de modification entend simplifier la procédure de manière que l'adoption puisse être prononcée en principe dans les six mois suivant la naissance (art. 268a al. 3 AP-CC), il lui semble opportun de relever qu'un délai strict de six mois n'est pas compatible avec la réalité du terrain et aux priorités inhérentes à des services qui sont, en parallèle des procédures d'adoption, également en charge de situations d'urgence dans lesquelles l'intégrité même des enfants peut être mise en danger et qui ne souffrent d'aucun délai. C'est particulièrement le cas pour les services chargés de procéder à l'enquête sociale au sens de l'art. 268a CC. Bien que dite enquête sociale doive être limitée à l'essentiel et qu'il soit primordial de protéger l'enfant en prononçant au plus vite l'adoption par le parent d'intention, une éventuelle surcharge temporaire des services en charge de la finalisation de la procédure, des situations d'urgences primordiales ou d'autres facteurs humains pourraient ne pas permettre de respecter le délai prévu dans le projet de loi. Aussi il est suggéré de ne pas faire mention d'un délai précis dans le texte de la loi (6 mois), mais d'envisager la variante « le plus rapidement possible ».

Enfin et à l'instar de la position du Conseil fédéral et du Parlement, tel que cela figure en préambule du rapport explicatif (§ 1.1.1), il semble important de rappeler, dans les réflexions en lien avec la refonte du droit de la filiation, l'importance pour l'enfant adopté de connaître ses origines. Il s'agit d'un droit de l'enfant dont l'exercice peut être primordial pour son développement et la construction de son identité. Nous insistons dès lors sur l'importance de continuer à assurer la traçabilité des origines de l'enfant, en vue des cas où ce dernier exprimera le besoin de les connaître.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Jean-Pierre Siggen

Signature électronique qualifiée - Droit suisse

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat



Danielle Gagnaux-Morel

Signature électronique qualifiée - Droit suisse

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—
à la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, pour elle et le Service des affaires institutionnelles, des naturalisations et de l'état civil ;
à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle et le Service de l'enfance et de la jeunesse ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 9 octobre 2024

Le Conseil d'Etat

3985-2024

Département fédéral de justice et police
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : modification du code civil (adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre courrier du 26 juin 2024, par lequel vous avez invité les gouvernements cantonaux à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge, et il vous en remercie.

Nous saluons le projet qui nous est soumis dont le but est la sécurisation, dans une procédure plus rapide qu'actuellement, de la situation juridique de l'enfant conçu à l'aide d'un don de sperme privé, d'un don de sperme ou d'autres méthodes de procréation médicalement assistée autorisées à l'étranger et vivant dès sa naissance avec son parent d'intention, à savoir la personne désireuse de l'adopter, ainsi que celle du parent non juridique permettant de lui octroyer plus rapidement l'intégralité de ses droits parentaux.

Vous trouverez, ci-joint, un document comportant quelques commentaires et interrogations au sujet du projet précité.

En vous remerciant de l'attention que vous avez bien voulu porter à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :

Nathalie Fontanet

Annexe mentionnée

Copie à (format Word et pdf) : zz@bj.admin.ch

Annexe à la réponse du CE relative à la consultation du 26 juin 2024

I. Conditions pour la procédure d'adoption facilitée (art. 264c^{bis} CC)

Dans l'éventualité d'une séparation du couple durant la grossesse, la procédure facilitée peut-elle s'appliquer?

II. Effets de l'adoption (art. 267, alinéa 3, chiffre 4, CC)

Cette modification appelle deux remarques :

- premièrement, il serait nécessaire de préciser si cette disposition trouve application tant dans les prononcés d'adoption de la personne majeure que de l'enfant mineur. En effet, le canton de Genève a déjà rencontré des cas d'adoption de l'enfant mineur qui faisait suite à une séparation parentale. Cela paraît d'autant plus essentiel lorsque l'enfant n'a qu'un seul parent biologique (exemple de deux femmes dont l'enfant est issu d'un don de sperme et ayant introduit la procédure d'adoption au moment des 10 ans de l'enfant et ce après la séparation);
- deuxièmement, le canton de Genève a rencontré déjà deux cas de procédures d'adoption initiée par l'ancien conjoint du parent décédé de l'enfant. Dans ce dernier cas, seule l'adoption par une personne seule donnant lieu à une rupture du lien de filiation avec le parent décédé entre en considération en l'état actuel du droit. À notre sens, l'art. 267 al. 3 ch. 4 CC devrait trouver application dans ce dernier cas également.

III. Dérogation aux conditions de l'adoption (art. 268, alinéa 2^{bis}, CC)

La formulation de la première phrase de cet article paraît peu claire. Il ressort du commentaire du projet que la seule condition à laquelle il peut être dérogé soit celle de la durée du ménage commun. Or, la disposition semble envisager la possibilité que d'autres conditions ne doivent pas nécessairement être remplies au moment du dépôt de la demande, sans que l'on puisse déterminer desquelles il s'agit.

Par exemple, est-il envisagé que la personne souhaitant adopter, qui serait en procédure de divorce ou de séparation avec la personne avec laquelle elle était précédemment en couple, puisse néanmoins déposer une demande d'adoption ?

Ainsi, il est proposé de spécifier clairement dans le texte de la loi quelles conditions doivent être remplies au préalable et quelles conditions n'ont pas besoin d'être remplies au moment du dépôt de la demande. De plus, cet article pourrait être reformulé comme suit : *"La requête d'adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire ou du concubin peut exceptionnellement être déposée avant que l'exigence du ménage commun soit remplie ou si le ménage commun n'a pas duré 3 ans. Dans ces cas, la requête devra être dûment motivée par l'adoptant."*

En outre, la suite à donner à une demande d'adoption déposée de manière anticipée lorsque l'un des parents décède avant que la condition des trois ans de ménage commun ne soit remplie suscite des interrogations au regard du texte de la loi. En effet, bien qu'il ressorte clairement du commentaire du projet que toutes les conditions doivent être réunies au moment

du prononcé de l'adoption, cela ne ressort pas clairement du texte de la loi, et pourra, cas échéant, poser des problèmes d'interprétation.

IV. Restriction et simplification de l'examen d'aptitude et décision rendue dans les six mois (art. 268a, alinéa 3, CC)

La formulation retenue quant au délai de six mois questionne sous plusieurs aspects explicités ci-dessous.

En ce qui concerne le dies a quo, le moment à partir duquel le délai de six mois commence à courir ne paraît pas suffisamment clair. En tout état, il semble préférable de fixer le dies a quo au moment du dépôt de la demande complète et, en cas de dépôt anticipé, dès que les conditions au prononcé sont réunies. Dans le cas contraire, l'autorité pourrait se retrouver à la fois dans l'obligation et l'impossibilité de rendre une décision.

Dans les cas où des démarches à l'étranger doivent être entreprises, ce délai de 6 mois peut être exceptionnellement prolongé pour une durée déterminée correspond au temps nécessaire pour l'obtention des documents officiels.

Nous saluons le fait que la modification de loi prévoie que, dans le cadre de l'enquête, il ne soit pas utile de procéder à un examen d'aptitude complet et à des évaluations sociales. Ce point nous semble extrêmement important et nous estimons que l'enquête doit être limitée le plus possible voire même, dans certaines situations familiales claires, et si l'intérêt de l'enfant l'exige, abandonnée.

V. Commentaire général : application de la loi au-delà des cas de gestation pour autrui (GPA) ou de procréation médicalement assistée (PMA) ?

Le projet semble viser les enfants nouveau-nés ou en bas âge, nés par GPA ou don de sperme, sans toutefois les nommer expressément dans la loi. Si le projet nous semble globalement adéquat en ce qui les concerne, il nous semble, en revanche, peu adapté pour les enfants plus âgés devant être entendus par l'APEA (droit de l'enfant d'être entendu dans les procédures qui le concernent (articles 268abis CC et 12 de la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE)). Par ailleurs, des situations dans lesquelles l'enfant a été conçu selon des méthodes naturelles pourraient également faire l'objet d'une procédure facilitée.

Le critère qui nous semble prépondérant dans le choix de la procédure facilitée est celui de l'unicité du lien de filiation. C'est ce dernier critère qui a été retenu dans le canton de Genève pour la mise en place d'une procédure simplifiée.

À teneur de la directive interne de l'autorité compétente, les situations suivantes font l'objet d'un traitement facilité :

" Lorsque l'adoption n'a pas pour effet la rupture d'un lien de filiation, soit que l'enfant n'a au moment de la demande qu'un seul lien de filiation, que l'enfant est âgé de moins de 8 ans, qu'il n'y a pas d'autre enfant à entendre, et que l'adoptant prend en charge l'enfant depuis sa naissance, le Service état civil et légalisations (SECL) instruit la demande sans déléguer la réalisation de l'enquête au Service d'autorisation et de surveillance des lieux de placement (SASLP).

Ce qui précède est applicable pour autant qu'aucune autre circonstance du cas d'espèce ne permette de douter que l'adoption soit dans l'intérêt supérieur de l'enfant."

En conclusion, nous préconisons également de préciser davantage les dispositions légales encadrant les situations visées par l'adoption facilitée, en particulier celle de l'enfant en bas âge (de moins de huit ans) n'ayant qu'un seul lien de filiation et de laisser également une marge de manœuvre à l'autorité pour un examen plus approfondi de la requête lorsque l'intérêt supérieur de l'enfant le commande.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Glarus, 1. Oktober 2024
Unsere Ref: 2024-160 / SKGEKO.4635

Vernehmlassung i.S. Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Ausgangslage

Der Bundesrat wurde beauftragt, eine Revisionsvorlage des Adoptionsrechts vorzulegen für die Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurde und das ab dem Zeitpunkt der Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adopti-onswilligen Person, d.h. mit dem Wunschelternteil zusammenlebt. Die Regelungen der Stief-kindadoption nach geltendem Recht werden den angesprochenen Konstellationen nicht gerecht.

2. Grundsätzliche Einschätzung

Die vorliegende Gesetzesvorlage erweist sich als inkonsequent. Die rechtliche Absicherung von Kindern, die durch eine private (möglicherweise anonyme) Samenspende oder weitere, im Ausland zulässige fortpflanzungsmedizinische Verfahren inklusive Leihmutterschaft, gezeugt wurden, ist keine Frage des Adoptionsrechts, diese Frage ist vielmehr im Abstammungsrecht und in Fortpflanzungsmedizingesetz zu klären.

3. Anmerkungen

Nach Art. 119 Abs. 2 lit. d BV und Art. 4 FMedG sind die Ei- und Embryonenspende und alle Arten von Leihmutterschaft sowie die anonyme Samenspende in der Schweiz unzulässig. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Gesetzgeber mit dieser Vorlage das verfassungs- und gesetzes-rechtliche Verbot unzulässiger Praktiken aushöhlt. Die Adoption ist nicht das geeignete Mittel, um ein im Ausland zulässiges fortpflanzungsmedizinisches Verfahren («inklusive Leihmutterschaft») in der Schweiz im Nachgang unter vereinfachten Voraussetzungen zu «legalisieren». Wenn der Gesetzgeber solche und andere im diesem Zusammenhang relevante Fälle legalisieren will, wäre es konsequenter, liesse er die direkte Anerkennung der im Ausland begründeten Kindesverhältnisse zu.

Des Weiteren ist die erleichterte Stiefkindadoption rechtsungleich, weil sie Paare, die ihren Kinderwunsch mit einer privaten (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren, im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive Leihmutterschaft, gegenüber Paaren privilegiert, die eine «klassische» Stiefkindadoption anstreben. Wenn im Interesse des Kindes durch eine Stiefkindadoption rasch ein rechtliches Kindesverhältnis zum (Wunsch-)Elternteil etabliert werden soll (wenn es bereits ab Geburt bei beiden Eltern wohnt), so müsste das für alle Stiefkindadoptionen gelten.

Die Revision des Adoptionsrechts 2016 fusste auf den Gedanken, den gewandelten gesellschaftlichen Wertvorstellungen, dem gewandelten Begriff der Familie und damit verbunden, der Etablierung alternativer Familienformen Rechnung zu tragen, weshalb das Adoptionsrecht zeitgemäss ausgestaltet und verstärkt an den vielfältigen Lebensrealitäten ausgerichtet wurde. Infolgedessen wurden bestimmte Personen oder Personengruppen nicht mehr von der Adoption ausgeschlossen, weshalb seit 2018 die Stiefkindadoption durch Personen in gleichgeschlechtlicher eingetragener Partnerschaft/Ehe oder Paare in einer faktischen Lebensgemeinschaft möglich ist, um das Verhältnis des Kindes zur Partnerin oder zum Partner des leiblichen Elternteils abzusichern und die faktische Lebensbeziehung rechtlich anzuerkennen. Der Bundesrat wies auf die Problematik der Stiefkindadoption hin: Zwar wurde sie bis Ende 1999 ebenfalls privilegiert, um die rasche Integration des Kindes in die Familie zu fördern. Die Praxis habe aber gezeigt, dass namentlich bei Scheidungskindern in der Regel diese Adoptionsform «einschneidendere sozialpsychologische Folgen für das Kind» hätten, als bei einer nationalen oder internationalen Adoption eines fremden Kindes. Das Stiefkind sei wesentlich weniger auf die Adoption angewiesen als ein fremdes Kind, weil es eine bessere familien-rechtliche Ausgangslage habe. Aber, so der Bundesrat, eine Stiefkindadoption solle durch die zuständige Behörde «nicht privilegiert behandelt» werden. Wie bei den anderen Adoptionsformen sei im Einzelfall zu prüfen, ob die Adoption tatsächlich dem Kindeswohl diene. Aufgrund der «besonderen Situation bei der Stiefkindadoption» sei auch stets eine allfällige Bestellung einer Kindesvertretung zu prüfen.

Auf Grund dieser Ausführungen ist nicht nachvollziehbar, weshalb nun gewisse Personen und Personengruppen gegenüber anderen gesetzlich bevorzugt werden sollen. Auch bei klassischen Stiefkindadoptionen besteht ein grosses Bedürfnis der Eltern nach rechtlicher Absicherung der Kinder. Insbesondere dann, wenn der andere rechtliche Elternteil im Leben des Kindes nicht präsent ist und auch seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, seine Zustimmung zur Adoption jedoch verweigert.

Die Gesetzesvorlage wird auch deshalb abgelehnt, weil sie in der Umsetzung kaum praktikabel ist und zahlreiche Umsetzungs- und Abgrenzungsfragen aufwirft. Wie verhält es sich beispielsweise, wenn eine Frau in einer bestehenden Partnerschaft mit einem Mann zusammenlebt, der nicht der leibliche Vater des Kindes ist, er sie aber während der Schwangerschaft und Geburt begleitet hat? Oder wenn – bei der klassischen Stiefkindadoption – das Kind keinen rechtlichen Vater hat?

Es ist vorgesehen, auf eine umfassende Abklärung zu verzichten, da sie in diesen Fällen «nicht angebracht, weil nicht notwendig» sei. Zudem soll das Verfahren durch eine Vorgabe von sechs Monaten beschleunigt werden; selbst wenn die Dauer eines Adoptionsverfahrens stark vom Einzelfall abhängig sein soll (vgl. BGE 148 III 384 E. 7.4.2. i.f. S. 397). Solche Vorgaben erhöhen den Druck auf die Adoptionsbehörden und die abklärenden Fachpersonen, im Sinne der adoptionswilligen Person die Stiefkindadoption formell rasch abzuwickeln. Das enge zeitliche Korsett behindert die Prüfung der einzelnen Adoptionsvoraussetzungen. Die angedachten Überlegungen in der Vorlage gehen an der Realität und der Praxis vorbei.

Ein essenzieller Teil der Sozialabklärung beinhaltet zudem auch die Sensibilisierung auf das Recht des Kindes auf Kenntnis der leiblichen Abstammung. Die angedachten Änderungen berücksichtigen diesen völker-, verfassungs- und gesetzesrechtlichen Anspruch mit keinem Wort, obwohl diesem Recht «seitens des Bundesrates und des Parlaments grosses Gewicht

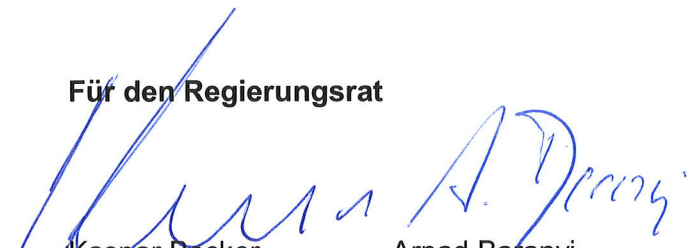
beigemessen» wird (Erläuternder Bericht, S. 5/21). Weder werden die biologischen Eltern erwähnt, noch wird geregelt, wie deren Angaben gesichert werden, um zu gewährleisten, dass das Kind später die Möglichkeit hat, seine Abstammung zu erfahren. Überdies betreffen diese «gemeinsamen Projekte» nicht selten internationale Sachverhalte, genauso wie die internationale Adoption. Die historische Aufarbeitung unrechtmässiger internationaler Adoptionen hat aufgezeigt, dass die zuständigen Behörden in der Schweiz oft unter Druck der adoptionswilligen Personen handelten, vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und die Verfahren sehr pragmatisch und zu grosszügig durchführten. Solches sollte sich nicht wiederholen.

4. Fazit

Zusammenfassend wird die beabsichtigte Änderung des Zivilgesetzbuches aus fachlichen und rechtlichen Gründen abgelehnt. Die vorgeschlagenen Änderungen schaffen eine Rechtsungleichheit, sind in der gesetzlichen Systematik der Adoption nicht anschlussfähig und inkonsequent sowie schwierig umsetzbar. Im Sinne einer kohärenten Gesetzgebung wird dafür plädiert, die Stiefkindadoption nicht, wie vorgeschlagen, zu revidieren jedoch die Revision des Abstammungsrechts zügig voranzutreiben. Dort sollen die unterschiedlichen Formen der Elternschaft beschrieben und Rechte und Pflichten geregelt werden, damit die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Der Verfassungsgeber muss sich dabei auch zwangsläufig Gedanken machen, ob an der Unzulässigkeit gewisser verbotener, aber in der Lebensrealität seit längerem bestehenden Methoden festgehalten werden kann oder ob nicht Regelungen bezüglich Samenspenden für Alleinstehende und Konkubinatspaare sowie Leihmutterschaften zu treffen wären.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

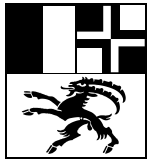
Für den Regierungsrat



Kaspar Becker
Landammann

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): zz@bj.admin.ch



Sitzung vom

15. Oktober 2024

Mitgeteilt den

16. Oktober 2024

Protokoll Nr.

811/2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartment (EJPD)
Bundehaus West
3004 Bern

Per E-Mail (PDF- und Wordversion) zustellen an:
zz@bj.admin.ch

Vernehmlassung EJPD - Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung befürwortet im Grundsatz die geplante Erleichterung der Stiefkindadoption.

Wir lehnen es jedoch ab, die Verfahrensdauer von sechs Monaten in Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB festzuschreiben, zumal die übrigen geplanten Erleichterungen selbstredend zu einer vergleichweisen Beschleunigung führen werden. Zudem wäre eine zeitlich prioritäre Behandlung gegenüber dem sonstigen Grundauftrag – dem eigentlichen Kinderschutz – nicht gerechtfertigt. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) bekanntlich permanent unter einer hohen Arbeitslast steht, weshalb die Einhaltung derart strikter zeitlicher Vorgaben nicht möglich ist.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. Parolini', written over a faint circular stamp.

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. Spadin', written in a stylized, cursive manner.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courrier électronique
zz@bj.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont
t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 8 octobre 2024

Consultation sur le projet de modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier du 26 juin dernier concernant l'objet cité en titre et vous remercie de le consulter à ce sujet.

De manière générale, il tient à saluer le projet de révision législative et se réjouit des ajustements pragmatiques proposés. L'abandon de la condition du ménage commun pour l'adoption de l'enfant majeur est jugé pertinent et n'appelle aucun commentaire particulier. Une telle modification améliorera sans aucun doute la reconnaissance des liens affectifs pouvant intervenir entre une personne majeure et la figure parentale représentée par l'adoptant. Le Gouvernement jurassien convient en outre effectivement que l'enfant du conjoint ou du partenaire qui a été conçu grâce à un don de sperme privé, à un don de sperme (éventuellement anonyme) ou par d'autres méthodes de procréation médicalement assistées autorisées à l'étranger, y compris la gestation pour autrui, et qui vit dès sa naissance avec son parent juridique et la personne désireuse de les adopter, doit pouvoir bénéficier d'une sécurité juridique le plus rapidement possible.

Toutefois, il se permet de faire part des points d'attention suivants en ce qui concerne l'adoption de l'enfant mineur du conjoint :

La suppression de la condition portant sur le fait d'avoir fourni des soins à l'enfant pendant au moins un an, au sens de l'art. 264, al. 1 CC est jugée pertinente, et permettra en effet de réduire la période d'insécurité juridique, qui actuellement fait défaut à la priorisation de l'intérêt de l'enfant. Il est toutefois à relever que l'introduction d'un délai de six mois quant à l'aboutissement de la procédure ne doit en aucun cas péjorer la qualité de l'évaluation. Le Gouvernement jurassien souhaite, dans ce cadre, soumettre la proposition de mentionner un tel délai à titre indicatif, afin que cette disposition puisse tenir compte des circonstances particulières de la situation si nécessaire.

Il souhaite en outre relever que les dispositions légales actuelles concernant la procréation médicalement assistée ont pour objectif de garantir le droit de l'enfant à connaître ses origines. Ainsi, le projet de révision peut être susceptible d'affaiblir les dispositions légales en vigueur et ainsi la possibilité, pour les enfants concernés, de se voir garantir ce droit fondamental. Dès lors, il serait favorable à ce que la Confédération aborde le thème de la maternité de substitution de manière fondamentale et globale plutôt que d'affaiblir l'interdiction existante par le biais de la présente révision en facilitant l'adoption de l'enfant du conjoint. En effet, le risque de porter atteinte au droit de l'enfant de connaître ses origines doit être évité.

Malgré les deux remarques précédentes, le Gouvernement jurassien se rallie aux propositions formulées et considère que les modifications proposées du code civil favoriseront sans aucun doute l'adaptation du cadre législatif aux évolutions sociétales actuelles et aux diverses réalités familiales rencontrées.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beurret Siess
Présidente du Gouvernement




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail
zz@bj.admin.ch

Luzern, 15. Oktober 2024

Protokoll-Nr.: 1098

**Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption):
Stellungnahme des Kantons Luzern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. Juni 2024 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur obgenannten Vorlage Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrates wie folgt:

1. Erleichterte Stiefkindadoption

Mit der Vorlage soll die Stiefkindadoption für Kinder erleichtert werden, die mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder mit weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurden, und die ab dem Zeitpunkt der Geburt mit einem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person, dem Wunschelternteil, zusammenleben. Gestützt auf die Vorgaben der Bundesverfassung (Art. 119 Abs. 2 Bst. d BV) sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Art. 4 und 24 FMedG) sind die Ei- und Embryonenspende, die anonyme Samenspende sowie alle Arten von Leihmutterschaft in der Schweiz unzulässig. Immer mehr Paare aus der Schweiz nehmen daher die Dienste von Leihmüttern sowie Samenbanken mit offenen oder anonymen Samenspenden im Ausland in Anspruch. Es ist somit eine Tatsache, dass die Schweiz immer häufiger mit solchen Konstellationen konfrontiert ist, welche im Inland nicht zugelassen werden und für welche – im Interesse der betroffenen Kinder – dem Kindeswohl gerecht werdende Lösungen gefunden werden müssen.

Wir begrüssen die beabsichtigte Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) in Bezug auf die erleichterte Stiefkindadoption von Minderjährigen und unterstützen die konkret vorgeschlagenen Regelungen grossmehrheitlich. Dadurch wird die Grundlage für eine beschleunigte und vereinfachte Begründung des Kindesverhältnisses zwischen Kind und Wunschelternanteil geschaffen. Den Familien wird die rechtliche Absicherung erleichtert und es erfolgt eine Angleichung an die gelebte Praxis unterschiedlicher Familienformen und -konstellationen. Als kritisch sehen wir die der Vorlage inhärente Gefahr einer gewissen Ungleichbehandlung gegenüber klassischen Stiefkindadoptionen. Weiter ist uns bewusst, dass allein mit der Stiefkindadoption die Problemfelder nicht abschliessend zu lösen sind, welche in der Schweiz unzulässige Zeugungsmethoden mit sich bringen. Namentlich gilt dies für die Gewährleistung des Rechts des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung sowie die klare Regelung der Rechtsstellung aller bei der Zeugung des Kindes beteiligten Personen. Wir erachten es daher als unabdingbar, dass zusätzlich zur erleichterten Stiefkindadoption die je nach Zeugungsart und Familienkonstellation weiterhin bestehenden Ungleichheiten mittels Revision des Abstammungsrechts angegangen werden.

2. Stiefkindadoption im Erwachsenenalter

Wir befürworten, dass bei Stiefkindadoptionen im Erwachsenenalter eine Adoption auch dann ausgesprochen werden kann, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder die faktische Lebensgemeinschaft zwischen der Mutter oder dem Vater und der adoptionswilligen Person sowie der gemeinsame Haushalt nicht mehr bestehen. Wir bevorzugen allerdings eine allgemeine, auch für Minderjährige geltende Regelung, wonach (wie beim Altersunterschied nach Art. 264d ZGB) von der Voraussetzung eines nach wie vor bestehenden gemeinsamen Haushalts abgewichen werden kann, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohls nötig ist. Es gibt auch bei der Adoption von Minderjährigen Konstellationen, in denen eine Adoption im Wohl und Interesse des Kindes liegt, obwohl kein gemeinsamer Haushalt von Eltern- und adoptionswilliger Person mehr besteht.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln gemäss Vorentwurf

Zu den einzelnen Bestimmungen gemäss Vorentwurf haben wir folgende Bemerkungen:

Art. 264c^{bis} VE-ZGB:

Wenn gemäss den Ausführungen in Ziffer 2.2.2 des erläuternden Berichtes eine gemeinsame Familienplanung nur vermutet werden muss, kann auch bei Situationen einer "klassischen" Stiefkindadoption die erleichterte Stiefkindadoption zur Anwendung kommen, wenn die beschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind.

Art. 266 Abs. 3 VE-ZGB:

Diese Ausnahme sollte allgemeiner formuliert werden (von der Voraussetzung eines nach wie vor bestehenden gemeinsamen Haushalts kann abgewichen werden, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohls nötig ist) und als Absatz 2^{bis} von Artikel 264c ZGB (und allenfalls auch bei Artikel 264a Absatz 2 ZGB) eingeführt werden, insbesondere da eine solche Ausnahme neu auch bei Artikel 268 Absatz 2^{bis} ZGB vorgesehen ist.

Art. 268 Abs. 2^{bis} VE-ZGB:

Aus dem Gesetzestext wird nicht hinreichend klar, unter welchen Voraussetzungen ein Gesuch früher eingereicht werden kann. Weiter geht aus dem Gesetzestext – im Gegensatz zum

erläuternden Bericht – auch nicht hervor, dass das Gesuch nur dann früher eingereicht werden kann, wenn das Paar im Verlauf des ersten Lebensjahres des Kindes die Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllt.

Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB:

Aus dem Gesetzestext geht nur hervor, dass das Verfahren so zu vereinfachen ist, dass innert sechs Monaten ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Ob bei Einhaltung der Frist weiterhin im gleichen Umfang abgeklärt werden darf, ist unklar. Falls jedoch, wie aus dem erläuternden Bericht hervorgeht, eine umfassende Eignungsabklärung mit Sozialberichten unterbleiben muss, stellt sich die Frage, worin die Aufgabe des Adoptionsverfahrens noch besteht. Zudem werden im erläuternden Bericht diesbezüglich widersprüchliche Aussagen gemacht: Einerseits soll sich die Untersuchung auf Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten, was mittels Anfrage bei der KESB geklärt werden soll (vgl. S. 18 erläuternder Bericht). Andererseits soll die KESB in den spezifischen Situationen, in denen künftig eine erleichterte Stiefkindadoption möglich sein wird, mit der notwendigen Zurückhaltung agieren und bei einem Verfahren um erleichterte Stiefkindadoption den Entscheid betreffend die Stiefkindadoption abwarten, anstatt automatisch eine Beistandschaft zur Feststellung der Vaterschaft zu ernennen (vgl. S. 14 erläuternder Bericht).

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Monsieur le conseiller fédéral,

Le gouvernement neuchâtelois accuse bonne réception de votre correspondance du 26 juin dernier portant sur la consultation relative à une modification du code civil visant à permettre une adoption facilitée de l'enfant du conjoint. Il vous remercie de l'associer à la démarche de consultation et de permettre ainsi de faire valoir ses observations relatives à l'objet concerné.

D'une manière générale, le Conseil d'État de la République et du Canton de Neuchâtel salue les modifications proposées ; elles permettent d'ouvrir un nouveau champ d'adaptation du domaine de l'adoption aux réalités sociétales qui existent aujourd'hui. Ainsi que cela est souligné à plusieurs reprises dans le rapport, les possibilités médicales qui sont ouvertes en faveur des couples souhaitant avoir des enfants sont nombreuses et en constante évolution. Il importe de lever les embûches administratives qui peuvent l'être tout en garantissant la sécurité des enfants.

Vu les adaptations proposées, il nous semble important de diviser notre propos en deux phases, la première visant à thématiser l'adoption de l'enfant majeur et la seconde portant sur l'adoption d'un enfant.

Adoption de l'enfant majeur

À notre sens, la modification proposée dans le cadre de l'adoption de l'enfant majeur ne soulève pas de commentaire particulier puisqu'elle permet l'adoption d'un majeur par l'adoptant, sans plus d'exigence de vie commune ou d'union avec le parent de l'adopté pour autant que les conditions d'adoption durant la minorité étaient remplies.

Cette modification favorise la reconnaissance de la figure parentale qu'a représentée et représente encore l'adoptant pour l'adopté à sa majorité. Le nouveau droit renforce par ce biais également les responsabilités et l'autodétermination du majeur dans cette procédure, ce qui rejoint également les principes régissant le droit de protection.

Adoption de l'enfant mineur

Si d'une manière générale, il convient de saluer la modification visant à régler une iniquité manifeste entre les couples hétérosexuels et les couples de même sexe, il convient également de relever que l'évolution de la notion même de famille se trouve au cœur de cette modification. C'est d'ailleurs dans ce cadre que nous soutenons les modifications proposées et soutenons le travail d'ores et déjà engagé dans le cadre des réflexions visant à « dépoussiérer le droit de l'établissement de la filiation » en lien avec la motion 22.3235.

Nous tenons toutefois à relever deux points en lien avec les modifications proposées. L'article 264c ne mentionne plus l'obligation d'apporter soins et entretien à l'enfant comme une condition fondamentale de l'adoption par le conjoint, au profit de l'unique condition temporelle de la constitution d'un ménage commun et cela ne va pas sans questionner.

En effet, l'un des éléments autour duquel se centre l'évaluation sociale dans le cadre de l'adoption porte précisément sur les compétences parentales. Ces compétences sont des éléments essentiels dans la prise de soin et l'entretien de l'enfant, ce dernier n'étant pas représenté par son seul aspect financier. Les allègements proposés sont de nature à diminuer la capacité de détections précoces de fragilités, lesquelles permettent pourtant de proposer des mesures adaptées, avant que l'existence d'un besoin ne devienne chronique.

Nous nous interrogeons par ailleurs sur la diminution du périmètre de l'évaluation sociale qui existe aujourd'hui pour l'adoption par le parent d'intention. En effet, la restriction temporelle proposée à l'article 268a, à savoir un délai de 6 mois après la naissance de l'enfant ou après le dépôt de la requête, restreindra les possibilités d'évaluer concrètement l'intérêt supérieur de l'enfant sous l'angle social qui est une composante centrale. Certes, nous comprenons que certaines procédures sont parfois longues, mais il semble que la contrainte temporelle posée ici est trop cadrante et pourrait s'accommoder d'une certaine flexibilité, soumises à conditions, afin d'assurer que l'intérêt supérieur de l'enfant soit pleinement respecté dans ce processus. Nous sommes évidemment conscients que des procédures trop longues ne servent pas celui-ci, mais nous constatons en pratique que les durées de procédure de 2 ans telles qu'évoquées dans le rapport sont particulièrement rares.

Au-delà des considérations évoquées ci-devant et de la nécessité de revoir le texte du rapport d'accompagnement en intégrant les notions présentées plus haut, nous réitérons notre soutien à l'avant-projet proposé en consultation.

En vous remerciant de l'attention portée à ces lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'assurance de notre haute considération.

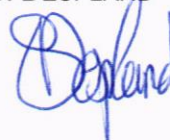
Neuchâtel, le 25 septembre 2024

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER



La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 24. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Brief vom 26. Juni 2024 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) mit der Bitte, bis zum 17. Oktober 2024 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und nehmen wie folgt Stellung:

Der Kanton Nidwalden schliesst sich der Stellungnahme vom 23. Juli 2024 des "Verbands der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)" an, welche diesem Schreiben beiliegt. Der Kanton Nidwalden ist seit der Gründung des VZBA im Jahr 2013 aktives Mitglied.

Wir lehnen die beabsichtigte Änderung des Zivilgesetzbuches aus fachlichen und rechtlichen Gründen ab. Die vorgeschlagenen Änderungen schaffen eine Rechtsungleichheit, sind in der gesetzlichen Systematik der Adoption nicht anschlussfähig und inkonsequent sowie schwierig umsetzbar.

Die erleichterte Stiefkindadoption ist rechtsungleich, weil sie Paare, die ihren Kinderwunsch mit einer privaten Samenspende, einer möglicherweise anonymen Samenspende oder weiteren, im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive der Leihmutter-schaft, gegenüber Paaren privilegiert, die eine "klassische" Stiefkindadoption anstreben. Soll im Interesse des Kindes durch eine Stiefkindadoption rasch ein rechtliches Kindesverhältnis zum (Wunsch-) Elternteil etabliert werden, so müsste das für alle Stiefkindadoptionen gelten.

Es soll mit der vorliegenden Gesetzesvorlage ein parlamentarischer Auftrag umgesetzt werden. Sie erweist sich aber als inkonsequent. Die rechtliche Absicherung von Kindern, die durch eine private Samenspende, eine möglicherweise anonyme Samenspende oder weitere, im Ausland zulässige fortpflanzungsmedizinische Verfahren inklusive Leihmutter-schaft, gezeugt wurden, ist keine Frage des Adoptionsrechts. Diese Frage ist vielmehr im Abstammungsrecht und im Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG; SR 810.11) zu klären.

Ein essenzieller Teil der Sozialabklärung, welche bei einer Adoption durchgeführt wird, beinhaltet zudem auch die Sensibilisierung auf das Recht des Kindes auf Kenntnis der leiblichen Abstammung. Die angedachten Änderungen berücksichtigt diesen völker-, verfassungs- und gesetzesrechtlichen Anspruch mit keinem Wort. Weder werden die biologischen Eltern

erwähnt, noch wird geregelt, wie deren Angaben gesichert werden, um zu gewährleisten, dass das Kind später die Möglichkeit hat, seine Abstammung zu erfahren.

Im Sinne einer kohärenten Gesetzgebung empfehlen wir, die Stiefkindadoption nicht wie vorgeschlagen zu revidieren. Die Revision des Abstammungsrechts soll zügig vorangetrieben werden. Dort sollen die unterschiedlichen Formen der Elternschaft beschrieben sowie Rechte und Pflichten geregelt werden, damit die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Der Verfassungsgeber muss sich dabei auch zwangsläufig Gedanken machen, ob an der Unzulässigkeit gewisser verbotener, aber in der Lebensrealität seit längerem bestehenden Methoden festgehalten werden kann oder ob nicht Regelungen bezüglich Samenspenden für Alleinstehende und Konkubinatspaare sowie Leihmutterschaften zu treffen wären.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- zz@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per Mail an:

kpr-rm@fedpol.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5063

Unser Zeichen: nf

Sarnen, 11. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, *gedankte Zeit*

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden anerkennt den dargelegten Handlungsbedarf und unterstützt die vorgeschlagene Änderung des Adoptionsrechts. Der vorgeschlagene Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis und die Vereinfachung sowie Beschleunigung der Eignungsprüfung sind angezeigt, um Kinder, welche mit einer (privaten/möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugt wurden, rechtlich besser abzusichern. Auch mit dem Absehen vom weiteren Bestehen der Ehe, der eingetragenen Partnerschaft oder der faktischen Lebensgemeinschaft des Elternteils mit dem Stiefelternteil als Voraussetzung für die Stiefkindadoption im Erwachsenenalter ist eine Massnahme, mit der die rechtliche Situation der betroffenen Stiefkinder gestärkt wird.

Wir befürworten aus diesen Gründen die Änderung des Zivilgesetzbuches vollumfänglich und haben keine Änderungsanliegen.



Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Sozialamt
- Amt für Justiz



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 27. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Schweizerischen Zivilgesetzbuches [SR 210; abgekürzt ZGB]) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung.

Die Einführung einer erleichterten Stiefkindadoption wird grundsätzlich begrüsst und die Vereinfachung des Verfahrens ist in den genannten Konstellationen gerechtfertigt. Die Prüfung der Vorlage gibt dennoch zu einigen Bemerkungen Anlass, die wir nachfolgend aufführen.

- Für Kinder, die gemäss Fortpflanzungsmedizingesetz gezeugt wurden, ist das Recht auf Kenntnis der Abstammung gewährleistet. Auch für Kinder, die im Ausland durch eine Leihmutter geboren wurden, werden die massgeblichen Angaben in Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sowie der Vorgaben des Eidgenössischen Amtes für Zivilstandswesen soweit möglich im Personenstandsregister eingetragen. Im Gegensatz zu den anderen vorstehend erwähnten Konstellationen kann das verfassungsmässige Recht auf Kenntnis der Abstammung von Kindern, die durch eine private oder anonyme Samenspende im In- oder Ausland gezeugt wurden, mit der vorliegenden Revision nicht sichergestellt werden. Diese Elternpaare würden entsprechend eine Bevorzugung erhalten. Entgegen der Feststellungen im erläuternden Bericht (S. 6) werden Kinder privater Samenspender in den seltensten Fällen durch den leiblichen Vater anerkannt und das schweizerische Personenstandsregister kann demzufolge das Recht des Kindes auf Kenntnis der Abstammung nicht gewährleisten. Damit dieses sichergestellt werden kann, sollen die Paare verpflichtet werden können, den privaten Samenspender oder Belege über die anonyme Samenspende (z.B. Bestätigung der Fortpflanzungsklinik oder der Samenbank, einschliesslich Spendernummer) offenzulegen, zumal dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung seitens des Bundesrates und des Parlamentes grosses Gewicht beigemessen wird. Handelt es sich um einen privaten Samenspender, zu dem das rechtliche Kindesverhältnis nicht hergestellt ist, wird dieser gemäss der Praxis der Adoptionsbehörde des Kantons St.Gallen auch zum Schutz seiner Persönlichkeitsrechte über die geplante Adoption in

Kenntnis gesetzt und in das Verfahren einbezogen. Der biologische Vater hätte dann grundsätzlich die Möglichkeit, durch eine Vaterschaftsanerkennung sein Zustimmungsrecht zu erwerben (vgl. BGE 113 Ia 271 und 137 I 154). Die Offenlegung der Personalien des biologischen Vaters ist somit nicht nur hinsichtlich der Kenntnis des Kindes über die Abstammung, sondern ebenso zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte des biologischen Vaters notwendig. Der Verzicht auf die Vaterschaftsanerkennung könnte analog zu Art. 265b ZGB geregelt werden. Somit könnte das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung wenigstens aufgrund der Adoptionsakten gewährleistet werden. Entsprechend sollte diese Regelung nicht aufgeschoben werden, bis eine Vorlage zum «Reformbedarf im Abstammungsrecht» erarbeitet wurde.

- Der vorliegende Entwurf sieht zudem vor, dass die zuständige Adoptionsbehörde ihre Untersuchungen zu beschränken hat und das Verfahren so vereinfachen soll, dass innert sechs Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindesverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Aus Sicht einer Adoptionsbehörde wird die Vorgabe dieser konkreten Frist kritisch betrachtet, zumal etwa im Kanton St.Gallen allein die Rechtsmittelfrist schon 30 Tage beträgt und die Durchführung des Verfahrens von mehreren Beteiligten (u.a. auch gesuchstellende Personen) abhängig ist. Entsprechend ist die sechsmonatige Frist nur als Richtlinie zu betrachten oder sie ist aus dem Gesetzestext zu streichen. Alternativ ist die Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt zu rechnen, ab dem die Unterlagen vollständig der Adoptionsbehörde eingereicht wurden.

Im Bereich der erleichterten Stiefkindadoption soll das Verfahren auch beschleunigt werden, indem auf die einjährige Pflegezeit verzichtet wird. Begründet wird dies dahingehend, dass das Kind in der Regel seit Geburt in derselben Familie lebt und keine Eingewöhnungszeit braucht. Dieser Feststellung ist beizupflichten.

Das Verfahren soll dahingehend vereinfacht werden, dass umfassende Sozialabklärungen gemäss Art. 268a ZGB zu unterbleiben haben. Die Untersuchung soll sich vielmehr auf die Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. In der Regel dürften dafür der behördliche Strafregisterauszug – gemeint ist wohl der Privatauszug – und eine Anfrage an die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) genügen. Es ist bereits jetzt verbreitete Praxis, dass gesuchstellende Personen einen Privatauszug aus dem schweizerischen Strafregister zum Adoptionsgesuch einreichen. Dadurch entsteht weder ein grösserer noch ein kleinerer Aufwand. Der Verzicht auf die Einholung von Adoptionsberichten stellt hingegen eine erhebliche Vereinfachung dar.

- Auch im Bereich der Stiefkindadoption von volljährigen Personen schlägt der Bundesrat eine Änderung vor. Künftig soll die Adoption im Erwachsenenalter auch dann möglich sein, wenn die Paarbeziehung zwischen dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Eltern-Person nicht mehr besteht.

Mit der letzten Revision des Adoptionsrechts, die seit 1. Januar 2018 in Kraft ist (AS 2017, 3699), entfiel die Voraussetzung der Nachkommenlosigkeit, um eine volljährige Person adoptieren zu können. Die grosse Anzahl der Gesuche zeigte, dass diese Änderung einem grossen Bedürfnis entsprach. Die Adoption des volljährigen Stiefkindes blieb jedoch in den Situationen verwehrt, in denen der leibliche Elternteil nicht mehr mit dem Stiefelternteil in einem gemeinsamen Haushalt lebte, obwohl zwischen dem Stiefkind und dem Stiefelternteil ein enges Eltern-Kind-Verhältnis bestand bzw. besteht. Mit der vorliegenden Revision kann auch hier einem Bedürfnis Rechnung getragen werden und die vorgeschlagene Änderung wird begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zz@bj.admin.ch

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

24. September 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubriziert vermerkter Revision. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, Ihnen diese zukommen zu lassen.

1. Grundsätzliches

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Anpassungen im Bereich der Erwachsenenstiefkindadoption. Demgegenüber gehen aus unserer Sicht die vorgeschlagenenen Erleichterungen im Bereich der Minderjährigenstiefkindadoption grundsätzlich zu weit. Nachfolgend werden Ausführungen im Allgemeinen sowie zu den einzelnen Artikeln gemacht und insbesondere näher ausgeführt, wo die vorgeschlagenen Änderungen begrüsst und wo sie abgelehnt werden. Wird auf Bemerkungen zu revidierender Artikel verzichtet, bedeutet dies Zustimmung.

2. Ausführungen im Allgemeinen

Der erläuternde Bericht hält fest, dass im Fokus dieser Änderung die Stiefkindadoption eines Kindes liegt, das mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren inklusive Leihmutterschaft, gezeugt wurde. Dem Bericht lässt sich sinngemäss entnehmen, dass nicht nur die Samenspende, sondern auch die Eizellenspende als weiteres im Ausland mögliches fortpflanzungsmedizinisches Verfahren, unter die Anwendung der neuen Bestimmungen der erleichterten Stiefkindadoption fallen sollen.

Unsere Erfahrungen in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass die Varianten fortpflanzungsmedizinischer Verfahren im Ausland und die damit verbundenen Stiefkindadoptionsgesuche viel facettenreicher sind als im erläuternden Bericht dargelegt. In den meisten dieser Fälle konnte die Wahrung des Rechts des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung nicht sichergestellt werden. Wir messen diesem Grundrecht grosses Gewicht bei. Aus diesem Grund ist hier nur in absoluten Ausnahmefällen von der Einhaltung der geltenden Voraussetzungen des Schweizer Adoptionsrechts abzusehen. Paare, welche sich ihren Kinderwunsch unter Umgehung des schweizerischen Fortpflanzungsmedizingesetzes mittels im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren erfüllen, sollen in ihrem widerrechtlichen Vorgehen nicht aktiv begünstigt werden.

Wurde beispielsweise das Kind eines verheirateten Frauenpaares durch eine private Samenspende gezeugt, so verlangt die Adoptionsbehörde, dass die rechtliche Mutter und die adoptionswillige Ehepartnerin der Kindsmutter die Angaben zum privaten und ihnen bekannten Samenspender zu den Adoptionsakten geben. Wichtig ist, dass das Kind bei Erreichen der Volljährigkeit die Möglichkeit hat, Informationen zum Samenspender aus dem Adoptionsdossier zu erhalten. Leider besteht diese Möglichkeit nicht, wenn das Frauenpaar das fortpflanzungsmedizinische Verfahren im Ausland mit einer anonymen Samenspende vorgenommen hat. Solche nach Schweizer Recht unzulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren sollten nicht auf diese Weise proaktiv durch die Adoptionsbehörden gefördert werden, indem für die adoptionswillige Person Erleichterungen vorgesehen werden.

Die Adoptionsbehörden mussten in den vergangenen Jahren auch Gesuche um Stiefkindadoption beurteilen, in welchen ein verschiedengeschlechtliches Paar oder ein gleichgeschlechtliches Männerpaar ihr Wunschkind im Ausland durch eine Leihmutter ausgetragen liessen. Gemäss erläuterndem Bericht entspricht diese Situation nicht der «klassischen Stiefkindadoption». Dies dürfte dahingehend zutreffend sein, als dass das Kind in diesen Fällen bei Geburt meistens nur einen rechtlichen Elternteil verzeichnet und die Begründung des Kindesverhältnisses zum anderen Wunschernteil nur mittels Adoption möglich ist.

In o.g. Leihmutterschaftsfällen entsteht das rechtliche Kindesverhältnis im Ausland zu einem Wunschernteil in der Regel gestützt auf die genetische Verbindung (Samenspender) und sollte daher gemäss erläuterndem Bericht zum anderen Wunschernteil möglichst rasch mittels Stiefkindadoption begründet werden können. Dies mag in gewissen Fällen durchaus im Interesse des Kindes stehen. Wir vertreten hier jedoch die Auffassung, dass in diesen Fällen nicht blindlings auf die Durchführung einer umfassenden Abklärung verzichtet werden darf. Es ist stets abzuklären, ob die adoptionswillige Person tatsächlich geeignet ist, das Kind des Lebenspartners respektive des Ehemannes zu adoptieren. Insbesondere bei heterosexuellen Paaren ergaben die Abklärung nicht selten, dass das Paar den Umstand der Adoption verheimlichen wollte und nicht bereit war, ihr Kind über dessen Entstehung (Samenspende, Leihmutterschaft und Stiefkindadoption) aufzuklären. Weshalb die Wunschmutter in solchen Fällen nun plötzlich ohne umfassende Abklärung innerhalb von sechs Monaten die gewünschte Mutterschaft durch eine Stiefkindadoption erlangen können soll, erschliesst sich uns nicht. Nach unserer Auffassung gilt es – unabhängig von der gelebten Paarbeziehung, in die das Kind hineingeboren wurde – die generellen Voraussetzungen der Adoption zu berücksichtigen. Schliesslich liegt es auch in dieser Konstellation im Interesse des Kindes, dass ihm von behördlicher Seite her ein rechtlicher Elternteil beigeordnet wird, dessen Eignung umfassend abgeklärt wurde.

3. Zu den Änderungen des ZGB

3.1. Zu Art. 264c^{bis} ZGB

Die vorgeschlagene Änderung sieht im Wesentlichen vor, dass eine erleichterte Stiefkindadoption inskünftig möglich sein soll, ohne dass die adoptionswillige Person vor der Adoption des zu adoptierenden Kindes für dessen Pflege und Erziehung gesorgt haben muss. Einzige Voraussetzung für diese Erleichterung soll darin bestehen, dass das Paar im Zeitpunkt der Geburt des Kindes einen gemeinsamen Haushalt führt.

Wir verstehen die Stossrichtung, die mit dieser Erleichterung verfolgt wird, erachten es jedoch als unerlässlich, dass die adoptionswillige Person, um von dieser Erleichterung «profitieren» zu dürfen, auf jeden Fall bereits im Zeitpunkt der Geburt des Kindes sämtliche weiteren Adoptionsvoraussetzungen erfüllt haben muss – dazu gehört insbesondere auch die dreijährige Hausgemeinschaft mit dem leiblichen Elternteil des Kindes. Schliesslich ist auch bei einer Stiefkindadoption eine stabile Beziehung der adoptionswilligen Person eine unerlässliche Grundvoraussetzung, welche es in Bezug auf das Kindeswohl zu berücksichtigen gilt. Es darf daher nicht sein, dass dieser Massstab von drei Jahren, welcher in Bezug auf die Stabilität einer Beziehung besteht, im Zeitpunkt der Geburt des Kindes bei der erleichterten Stiefkindadoption noch nicht vorliegen

muss. Wir legen daher Wert darauf, dass die beabsichtigte Erleichterung (absehen von der einjährigen Pflege- und Erziehungszeit) nur zulässig ist, wenn alle weiteren für die Stiefkindadoption Minderjähriger geltenden Voraussetzungen im Zeitpunkt, in welchem die adoptionswillige Person mit dem Kind zusammenlebt – mithin ab Geburt – erfüllt sind.

Wir stellen daher den Antrag, die geplante Bestimmung in diesem Sinn anzupassen: statt «...so- bald der gemeinsame Haushalt seit mindestens drei Jahren besteht...» müsste es heissen «...so- fern der gemeinsame Haushalt seit mindestens drei Jahren besteht...».

3.2. Zu Art. 266 Abs. 3 ZGB

Wir unterstützen diese Anpassung, wonach die Stiefkindadoption einer volljährigen Person inskünftig auch dann möglich sein soll, wenn die Beziehung zwischen der adoptierenden Person und dem leiblichen Elternteil der zu adoptierenden Person im Zeitpunkt der Adoption nicht mehr besteht. Wie im Entwurf vorgesehen, erachten wir es gleichzeitig als unerlässlich, dass in diesen Fällen die Voraussetzungen für die Stiefkindadoption während der Minderjährigkeit der zu adoptierenden Person erfüllt gewesen sein müssen. Das gilt insbesondere auch für die Anforderungen, dass während Minderjährigkeit mindestens ein Jahr Pflege und Erziehung durch die adoptionswillige Person gegenüber der zu adoptierenden erwachsenen Person geleistet worden sein muss und die betreffende Partnerschaft mit dem beizubehaltenden rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person ununterbrochen während mindestens drei Jahren bestanden hat.

3.3. Zu Art. 267 Abs. 3 Ziff. 4 ZGB

Diese Änderung sieht vor, dass das Kindesverhältnis nicht erlischt zum Elternteil, der mit der adoptierenden Person während der Minderjährigkeit des Kindes verheiratet war, in eingetragener Partnerschaft gelebt oder eine faktische Lebensgemeinschaft geführt hat. Der vorgeschlagene Wortlaut der Bestimmung bringt klar zum Ausdruck, dass diese Ausnahme nur greifen soll, wenn es sich um eine Stiefkindadoption einer erwachsenen Person handelt.

Wir begrüßen diese Regelung. In der Praxis waren unsere Adoptionsbehörden bereits mit Fällen konfrontiert, in welchen die Stiefkindadoption aus unterschiedlichen Gründen erst im Erwachsenenalter des zu adoptierenden Kindes möglich war. Problematisch gestaltete sich das Gesuch um Stiefkindadoption dann, wenn der gemeinsame Haushalt zwischen dem rechtlichen Elternteil und dem Stiefelternteil zwischenzeitlich aufgelöst war. In diesen Fällen konnten die Behörden bei Vorliegen der Adoptionsvoraussetzungen nur noch eine Einzeladoption aussprechen. Das Kindesverhältnis zum rechtlichen Elternteil, der mit dem adoptionswilligen Stiefelternteil während der Minderjährigkeit des zu adoptierenden Kindes zusammengelebt hat, ging dadurch unter. Diese Auswirkung hat in der Praxis in einigen Fällen sogar zu einem Rückzug des Adoptionsgesuches geführt, da die zu adoptierende Person nicht bereit war, die Auflösung des Kindesverhältnisses zum rechtlichen Elternteil zu akzeptieren.

Mit dieser Änderung entfällt die unerwünschte Wirkung, dass aufgrund einer Adoption im Erwachsenenalter durch den adoptierenden Stiefelternteil das bisherige Kindesverhältnis zum Elternteil erlischt, der mit dem adoptierenden Stiefelternteil liiert war.

Aus unserer Sicht wäre hier überdies zu prüfen, ob für bereits ausgesprochene Einzeladoptionen, die eigentlich als Stiefkindadoption einer volljährigen Person beabsichtigt waren, eine Übergangsregelung bezüglich Wiederherstellung des erloschenen Kindesverhältnisses vorzusehen wäre. Die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene Übergangsbestimmung sieht nur die Anwendung des neuen Rechts auf bereits hängige Verfahren vor.

3.4. Zu Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB

Der vorgeschlagene Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB besagt, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption eingereicht werden kann, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Des Weiteren soll auf begründeten Antrag der adoptionswilligen Person ausnahmsweise vom Erforder-

nis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden können.

Die Begründung im erläuternden Bericht, wonach das Paar zwar im Zeitpunkt der Geburt einen gemeinsamen Haushalt führen soll, die vorausgesetzten drei Jahre des gemeinsamen Haushalts sich aber auch erst danach verwirklichen können, «damit möglichst viele Kinder von der erleichterten Stiefkindadoption profitieren können» (Erläuterungen zu Art. 264c^{bis} ZGB), ist nicht nachvollziehbar. Zumal die Anzahl der Kinder, die im Rahmen einer erleichterten Stiefkindadoption adoptiert werden könnten, nicht variiert.

Wir sind mit diesem Vorschlag folglich nicht einverstanden. Eine Abweichung vom bisherigen Verfahren, welches in Absatz 2 von Art. 268 ZGB vorsieht, dass die Adoptionsvoraussetzungen bereits bei Einreichung des Gesuchs erfüllt sein müssen, ist nicht zweckmässig und würde in der Praxis gemäss nachstehenden Ausführungen zu erheblichem Mehraufwand führen.

Soll ein Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption bereits eingereicht werden dürfen, bevor die Voraussetzung des gemeinsamen Haushaltes von drei Jahren erfüllt ist, besteht das Risiko, dass der gemeinsame Haushalt nach Einreichung des Gesuchs jedoch vor Erreichen der dreijährigen Dauer des Zusammenlebens wieder aufgelöst wird. Trotzdem müsste das Gesuch seitens der Adoptionsbehörden entgegengenommen und bearbeitet werden.

Im Weiteren stellt sich die Frage, ab welchem Zeitpunkt ein solches Gesuch dann eingereicht werden dürfte. Nach einem Jahr Zusammenleben oder erst weniger als sechs Monate vor Erreichen der dreijährigen Dauer des Zusammenlebens? Ab wann sollen die Behörden dann tätig werden, beziehungsweise bis wann soll sie mit der konkreten Bearbeitung respektive Fortführung des Verfahrens zuwarten?

Gleichzeitig müsste bei Eingang des Gesuchs von Amtes wegen geprüft werden, ob überhaupt eine Konstellation vorliegt, welche als erleichterte Stiefkindadoption zu beurteilen wäre. Denn in allen anderen Fällen der Stiefkindadoption Minderjähriger müsste die dreijährige Dauer des Zusammenlebens im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs erfüllt sein. Die damit verbundene Triage der eingehenden Gesuche würde bei der Adoptionsbehörde unweigerlich zu zusätzlichem Aufwand führen, da jeweils nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, ob es sich nun um ein «normales» Stiefkindadoptionsgesuch oder um ein Gesuch, welches als «erleichterte» Stiefkindadoption zu beurteilen ist, handelt.

Diese Bestimmung führt in der Praxis folglich zu erheblichem Mehraufwand, welcher zur beabsichtigten Erleichterung in keinem Verhältnis steht.

Wir fordern daher, dass im Zeitpunkt der Gesuchseinreichung das Paar – wie in allen anderen Adoptionskonstellationen – bereits seit drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt geführt haben muss (vgl. auch vorstehende Ausführungen zu Art. 264c^{bis}). Die geplante Bestimmung ist somit abzulehnen.

3.5. Zu Art. 268a Abs. 3

Diese Bestimmung sieht vor, dass die Eignungsabklärung in Fällen einer erleichterten Stiefkindadoption aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden soll.

Selbst wenn alle Voraussetzungen gegeben sind, erachten wir die zeitliche Komponente von sechs Monaten Verfahrensdauer ab Einreichung eines Gesuchs um erleichterte Stiefkindadoption nicht realistisch. In der Praxis werden Gesuche oft mangelhaft ohne die erforderlichen Unterlagen gestellt und es dauert ohne weiteres einige Monate, bis zumindest sichergestellt werden kann, dass kein zweiter Elternteil vorhanden ist und ein persönliches Gespräch mit der gesuchstellenden Person durchgeführt werden kann. Realistisch erscheint uns daher eine Frist von einem Jahr und nicht von sechs Monaten, wie dies in Art. 268a Abs. 3 ZGB vorgeschlagen wird.

Im Weiteren gilt festzuhalten, dass entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht eine rechtliche Absicherung eines Kindes auch unabhängig von der Begründung eines Kindesverhältnisses mittels Adoption möglich. Die Behörden sollten daher nach wie vor mit der erforderlichen Sorgfalt vorgehen und übereilte, unter Zeitdruck gefällte Entscheide vermeiden.

3.6. Zu Art. 12b^{bis} Bst. b Abs. 1 u. 2 SchIT ZGB

Wir unterstützen diese Bestimmung nur hinsichtlich der vorstehend befürworteten Bestimmungen (Art. 266 Abs. 3 und Art. 267 Abs. 3 Ziff. 4 ZGB). Die Übergangsregelung gemäss Absatz 2 ist nicht erforderlich, da Art. 268a Abs. 3 ZGB abzulehnen ist.

4. Zusätzliche Änderungsanträge

Wir regen bei dieser Gelegenheit im Bereich des Adoptionsrechts an, dass im ZGB inskünftig eine Mitteilungspflicht seitens der Adoptionsbehörden an den leiblichen Elternteil, zu welchem das Kindesverhältnis zufolge Minderjährigenadoption aufgehoben worden ist, vorzusehen ist und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine Einzel-, gemeinschaftliche oder Stiefkindadoption handelt. Das geltende Recht sieht hier nur eine Mitteilungspflicht an die leiblichen Eltern bei Adoption einer volljährigen Person vor (Art. 268a^{quater} Abs. 3 ZGB). Dabei ist es in der Praxis nach unserer Auffassung auch wichtig, dass der leibliche Elternteil, welcher die Zustimmung zur Adoption seines minderjährigen Kindes erteilt hat, von der Behörde darüber informiert wird, ob überhaupt und per welchem Datum das rechtliche Verhältnis zu seinem Kind rechtskräftig aufgehoben wurde.

Im Weiteren hat in der Vergangenheit bei Stiefkindadoptionen Minderjähriger auch die Dauer der Unterhaltspflicht des Elternteils, welcher die Zustimmung zur Adoption seines Kindes erteilt hat, zu Fragen geführt. So sah sich die kantonale Adoptionsbehörde beispielsweise mit Gesuchen um Stiefkindadoption des neuen Lebenspartners der Kindsmutter konfrontiert, in welchen der Kindsvater nahezu dazu genötigt worden ist, seine Zustimmung zur Stiefkindadoption zu erteilen. Gleichzeitig sollte er aber weiterhin den Unterhaltsbeitrag für sein Kind bis zum Abschluss des Adoptionsverfahrens leisten. Nach unserer Auffassung steht dies im Widerspruch zur analogen Situation gem. Art. 294 Abs. 2 ZGB, wonach Unentgeltlichkeit zu vermuten ist, wenn das Kind zum Zweck der späteren Adoption durch die Pflegeeltern aufgenommen wird. Wir regen daher an, dass eine Regelung erforderlich ist, welche vorsieht, dass in Fällen von Stiefkindadoption mit Vorliegen der Zustimmung des leiblichen Elternteils zur Adoption dessen Unterhaltspflicht untergeht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
zz@bj.admin.ch

Schwyz, 24. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) zur Vernehmlassung bis 17. Oktober 2024 unterbreitet. Gerne nimmt der Regierungsrat diese Gelegenheit zur Stellungnahme wahr.

Haltung und Antrag des Regierungsrates

Der Regierungsrat lehnt die vorgeschlagene Erleichterung der Stiefkindadoptionen für die Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurde und das ab dem Zeitpunkt der Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person, d. h. mit dem Wunschelternteil, zusammenlebt (Art. 264c^{bis}, Art. 268 Abs. 2^{bis} und 268 Abs. 3 E-ZGB) ab. Er beantragt deshalb, auf diese Einführung der erleichterten Stiefkindadoption zu verzichten und diese Thematik im Rahmen der angedachten Revision des Abstammungsrechtes zu behandeln.

Hingegen begrüsst der Regierungsrat die vorgeschlagene Erleichterung bei der Adoption eines volljährigen Stiefkindes (Art. 266 Abs. 3 und 267 Abs. 3 Ziff. 4 E-ZGB).

Begründung

Der Möglichkeit der vorgesehenen erleichterten Stiefkindadoption von (minderjährigen) Kindern steht der Regierungsrat aus Sicht des Kindeswohles ablehnend gegenüber. Die Adoptionsbehörden werden hinsichtlich ihrer Eignungsabklärung massiv eingeschränkt, und die Kindesschutzbehörden haben weniger Zeit und Mittel, das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung zu si-

chern. Das Verfahren ist in seinem Konzept nicht ergebnisoffen ausgestaltet, sondern bereits von Gesetzes wegen auf die Bewilligung der Adoption ausgerichtet. Mit der Einführung der erleichterten Stiefkindadoption wird die Inanspruchnahme von umstrittenen medizinisch unterstützten Fortpflanzungsmethoden wie beispielsweise Leihmutterschaft und Samen- oder Eizellenspenden im Ausland auf privater Ebene weitaus attraktiver gegenüber einem ordentlichen Adoptionsverfahren, weil die Hürden für das neue Verfahren massiv tiefer liegen. Dies kann langfristig auch zur Verletzung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung des Kindes führen, weil im Ausland die Abstammung des Kindes (Herkunft der Eizellen, Spermien oder auch der gebärenden Mutter) nicht dokumentiert wird oder das Kind bei privaten Spenden ausschliesslich von den Wunscheltern abhängig ist, um seine Herkunft zu erfahren.

Es ist nicht opportun, das Adoptionsrecht für diesen Bereich im Sinne einer Übergangsregelung anzupassen, bis eine Revision des Abstammungsrechts in Kraft tritt. Diese Thematik muss unbedingt im Rahmen der Revision des Abstammungsrechts behandelt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 17. September 2024
Nr. 620

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Vernehmlassung

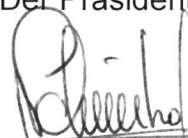
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass es sich nach unserer Auffassung bewährt hat, Adoptionen nicht leichthin auszusprechen, sondern einer ausgiebigen Prüfung zu unterziehen. Der Adoptionsentscheid ist ein wesentlicher Schritt im Leben der beteiligten Personen, weshalb er sorgfältig abzuwägen ist. Nach Einschätzung der im Kanton Thurgau zuständigen Adoptionsbehörden hat sich das aktuell geltende Pflegejahr denn auch nicht als unnötig erwiesen. Die in der Botschaft zur vorliegenden Gesetzesänderung vorgebrachte "nicht vollumfängliche Absicherung" des Kindes durch den Umstand, dass das Kindesverhältnis während dieses Pflegejahres nur zu einem Elternteil besteht, wurde bislang ebenfalls nicht als Nachteil empfunden. Während dieser Wartefrist ergibt sich nämlich auch die Möglichkeit eines sukzessiven Zusammenwachsens, was zur Stabilität der Beziehung beiträgt.

Aus diesem Grund lehnen wir den neu vorgeschlagenen Art. 264c^{bis} des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) ab. Mit den übrigen Änderungen sind wir einverstanden.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
4610

fr

0

Bellinzona
25 settembre 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
Palazzo federale ovest
3003 Berna

zz@bj.admin.ch (word e pdf)

Procedura di consultazione concernente l'Avamprogetto di modifica del Codice civile (Adozione agevolata del figliastro)

Gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 26 giugno 2024 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e vi ringraziamo per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio.

L'Avamprogetto propone di introdurre nel Codice civile la possibilità di adottare più facilmente figliastri concepiti con donazione privata di sperma o con donazione (anche anonima) di sperma o con altri metodi di procreazione assistita ammessi all'estero, compresa la maternità surrogata e, in aggiunta, di inserire anche una deroga alla condizione della comunione domestica per l'adozione del figliastro maggiorenne in generale.

I temi sollevati toccano molto da vicino l'Ufficio dello stato civile e l'Ufficio dell'aiuto e della protezione (in qualità di Autorità competente per decidere in merito alle adozioni, rispettivamente di Autorità Centrale Cantonale competente in materia di affidamento familiare e di adozione) che da qualche anno a questa parte sono sempre più spesso confrontati a dover gestire nuove realtà familiari. Le ultime revisioni del Codice civile (in particolare l'introduzione del matrimonio per tutti e l'apertura della possibilità di adottare il figliastro del convivente di fatto, del partner in unione domestica registrato, del coniuge) ma anche la Legge federale concernente la procreazione con assistenza medica, tanto per citare solo alcuni esempi, dimostrano chiaramente come sia cambiato radicalmente il concetto di famiglia negli ultimi anni.

Le soluzioni proposte nell'Avamprogetto sono pertanto una conseguenza di quest'evoluzione: esse prendono in considerazione i ruoli della donna e dell'uomo all'interno della società e, in particolare, il significato di genitorialità, che non è più inteso come una dimensione di ruolo strettamente collegata alla "generativity/generatività (concetto inteso come capacità di produrre e generare qualcosa) o alla coniugalità". Oggi, infatti, grazie alla procreazione medicalmente assistita si può diventare genitori senza

che ci sia un rapporto sessuale, anche senza che ci sia una coppia eterosessuale o una coppia in generale.

1. Considerazioni

Lo scrivente Consiglio di Stato condivide la necessità di stare al passo con i mutamenti culturali e sociali del nostro tempo che, da un lato, hanno portato alla nascita e alla diffusione di nuove realtà familiari, quali le famiglie ricomposte e quelle omogenitoriali e, dall'altro, la creazione di nuovi metodi di procreazione, come per esempio, per citarne solo alcuni, l'inseminazione artificiale, la fecondazione in vitro e il trasferimento di gameti.

L'introduzione di disposizioni giuridiche atte ad agevolare, in attesa della modifica del diritto di filiazione, la procedura di adozione dei figliastri concepiti con donazione privata di sperma o con donazione (anche anonima) di sperma o con altri metodi di procreazione assistita ammessi all'estero e che sin dalla nascita vivono insieme al genitore biologico/legale e al suo partner/aspirante all'adozione non può pertanto che essere accolta positivamente. La procedura, anche se agevolata, dovrà tuttavia prevedere la salvaguardia degli gli elementi utili ad una futura ricerca delle origini da parte degli adottati.

In particolare le modifiche di cui agli artt. 264c^{bis}, 268 cpv. 2^{bis} e art 268a cpv. 3 CC potrebbero portare a rimettere in discussione il quadro normativo in materia di procreazione assistita, nel cui ambito sembra confermarsi la volontà di non ammettere in Svizzera tecniche di procreazione quali la maternità surrogata e la donazione di ovuli o embrioni. Queste pratiche sono molto sensibili dal profilo etico e legale e spesso rendono difficile tutelare il diritto del bambino a conoscere le proprie origini come pure quelli delle madri in affitto che in determinati Paesi vivono in situazione precarie. Per questo motivo potrebbe essere più opportuno disciplinare questo tema nel contesto della procreazione assistita in particolare la Legge federale concernente la procreazione con assistenza medica (LPAM; RS 810.11).

Sebbene la modifica di legge entrata in vigore il 1° gennaio 2018 abbia già segnato una svolta estendendo la possibilità di adottare il figliastro anche a coppie dello stesso sesso sposate, a coppie vincolate da unione domestica registrata e a quelle omosessuali o eterosessuali che convivono di fatto, è ragionevole che oggi sia effettivamente fatto un passo ulteriore che consiste nell'agevolare la creazione del rapporto di filiazione tra il "secondo" genitore (aspirante all'adozione) e il neonato concepito con donazione privata di sperma o con altri metodi permessi. Gli attuali artt. 264 e 264c CC, infatti, seppur molto innovativi, sembrano essere stati pensati solamente per la cosiddetta "classica" adozione del figliastro, il cui senso è, ed è sempre stato, quello di integrare nella "nuova coppia" il figlio nato da una precedente relazione.

L'Avamprogetto, al contrario, propone una soluzione per tutte le coppie (eterosessuali e non) che, non potendo avere figli, progettano insieme il concepimento di un bambino grazie ai mezzi di procreazione sopra elencati. In questo caso il neonato – frutto del progetto comune della coppia - condivide con il genitore legale e con il genitore intenzionale (aspirante all'adozione) fin dalla sua nascita il nucleo familiare: egli non deve essere "integrato" nella nuova realtà familiare che si è creato uno dei suoi genitori biologici, ma viene accolto da subito dai suoi "nuovi genitori". Per questo motivo si

comprendono le intenzioni alla base della riduzione del tempo di attesa da un anno (che nella pratica sono due anni) a 6 mesi. Così facendo si vorrebbe offrire al neonato una piena tutela sul piano giuridico in tempo brevi. Come si è già detto questa modifica vuole porre rimedio a una situazione che i genitori hanno creato in piena consapevolezza che il metodo di procreazione scelto è proibito in Svizzera ed eludendo scientemente le norme elvetiche a garanzia dell'ordine pubblico. Su questo dato di fatto va in ogni caso fatta una riflessione, in particolare a tutela del minore di conoscere le proprie origini.

2. Commento

Art. 264c^{bis} CC; adozione agevolata del figliastro

Il nuovo paragrafo ^{bis} propone che quando la coppia vive in comunione domestica al momento della nascita dell'adottando, il genitore intenzionale possa adottarlo senza aver provveduto alla sua cura ed educazione durante un anno, a condizione che la comunione domestica sussista da almeno tre anni e che le altre condizioni di adozione del figliastro siano adempiute.

Prendiamo anche atto della volontà del legislatore di mantenere comunque in essere fino alla prossima prevista revisione del diritto in materia di filiazione l'obbligo della procedura di adozione davanti alle autorità, così come l'applicazione delle attuali condizioni.

Art. 266 cpv. 3 CC (adozione di maggiorenni)

Il nuovo capoverso 3 dell'art. 266 è pensato per i maggiorenni e propone di poter pronunciare la loro adozione anche se il loro genitore biologico (madre o padre naturali) non è più coniugato, né vincolato da un'unione domestica registrata, né convivente di fatto con l'aspirante all'adozione e anche se essi non vivono più insieme in comunione domestica, fermo restando che le condizioni per l'adozione erano soddisfatte quando egli era minorenne, in particolare l'anno di cura e di affidamento del figliastro da minorenne da parte dell'aspirante all'adozione.

Siamo favorevoli alla modifica proposta di derogare alla condizione della comunione domestica per l'adozione del figliastro maggiorenne laddove le condizioni erano soddisfatte durante la minore età; questo permette di sancire un rapporto di filiazione che per vari motivi non ha potuto essere costituito in precedenza senza tuttavia sciogliere il rapporto di filiazione con uno dei due genitori biologici.

Art. 267 cpv. 3 cifra 4 CC

Il vigente capoverso 3 dell'art. 267 CC dispone che con l'adozione il vincolo di filiazione non è sciolto nei riguardi del coniuge, del partner registrato e del convivente di fatto. Con la proposta di modifica del cpv. 3 di cui al sopra citato art. 266 (adozione di maggiorenne anche se l'aspirante all'adozione non è più legato, né vive più con il genitore biologico), l'aggiunta della cifra 4 è una logica conseguenza, poiché specifica che il vincolo di filiazione, altrimenti sciolto ai sensi del cpv. 2, continua a sussistere nei riguardi del coniuge, partner registrato o convivente di fatto che era sposato, vincolato da un'unione domestica registrata o convivente di fatto con l'adottante quando l'adottato era minorenne.

Questa modifica in sostanza è un complemento alla procedura che già attualmente viene seguita nei casi di adozione chiesti dalla vedova, rispettivamente vedovo del genitore biologico dell'adottando.

Art. 268 cpv. 2^{bis} CC

La prima parte del capoverso 2^{bis} proposto riprende in parte il contenuto del sopra citato art. 264c^{bis} CC, poiché dispone che in caso di adozione agevolata del figliastro concepito con i mezzi di procreazione sopra elencati, la domanda può essere presentata anche prima che siano adempiute tutte le condizioni di adozione. Al riguardo rileviamo che nel rapporto esplicativo è specificato che *“la domanda può essere presentata anche poco dopo la nascita del figlio se la coppia soddisfa la condizione dei tre anni di comunione domestica durante il primo anno di vita del bambino. (...) L'adozione non sarà comunque pronunciata prima che abbia vissuto tre anni in comunione domestica”*. Dal medesimo documento esplicativo si rileva inoltre come la deroga relativa alla comunione domestica prevista alla seconda parte del capoverso in parola debba essere applicata solo in via del tutto eccezionale e su istanza motivata, nonché come anche in questi casi debba esservi stata una comunione domestica di almeno tre anni prima della separazione della coppia. In pratica quindi l'adozione non verrebbe comunque mai pronunciata prima dell'adempimento di questa condizione. Siamo del parere che tutti questi aspetti, così come formulati nel cpv. 2^{bis} dell'art. 268 CC, non siano chiari, anzi (almeno per quanto riguarda la versione italiana) parrebbe essere ammissibile un'adozione agevolata del figliastro anche laddove non è, oppure non è mai stata adempiuta la condizione dei tre anni di convivenza. A nostro avviso al fine di una migliore comprensione, il concetto andrebbe espresso riformulando il menzionato capoverso; qui di seguito esponiamo una possibile variante:

“Art. 268 nuovo cpv. 2^{bis} CC

2^{bis} La domanda di adozione agevolata del figliastro può essere presentata prima che sia adempiuta la condizione relativa a una comunione domestica di tre anni se questa sarà raggiunta entro l'anno dalla nascita. Su istanza motivata dell'aspirante all'adozione è possibile derogare in via eccezionale al requisito della comunione domestica al momento della presentazione della domanda sempreché la coppia abbia in precedenza vissuto almeno tre anni in comunione domestica.”

Art. 268a cpv. 3

Il diritto vigente prevede che l'adozione di un minorenne può essere pronunciata solo al termine dell'istruttoria, che chiarisce se l'aspirante all'adozione ha le qualità per diventare a tutti gli effetti un genitore e anche se il bene del bambino, che ha la priorità, è garantito. Con l'adozione agevolata del figliastro la situazione dell'aspirante all'adozione è differente dal “classico” genitore adottivo: in questo caso, infatti, il neonato è la realizzazione di un progetto comune di coppia, ciononostante per lungo tempo egli è costretto dal profilo dello stato civile ad avere riconosciuto il rapporto di filiazione con un solo genitore. Questa situazione è insoddisfacente perché non tutela sufficientemente il bambino. Considerate le particolarità di simili fattispecie, in cui i figli nascono in una relazione di coppia o in una famiglia già esistente grazie a modalità di procreazione alternativi, appare quindi giudizioso l'adeguamento procedurale affinché il rapporto di filiazione con l'aspirante all'adozione avvenga il prima possibile, con un'attenzione preservata agli aspetti inerenti alla conoscenza delle proprie origini da parte degli adottati.

È opinione dello scrivente Consiglio che a tale proposito si imponga una norma che sancisca un obbligo da parte del genitore biologico e del genitore intenzionale a far conoscere al proprio figlio le proprie origini.

Per non creare false aspettative sarebbe inoltre ragionevole specificare che nel limite del possibile la procedura sarà conclusa nei sei mesi. Si suggerisce quindi la seguente formulazione:

“Art. 268a nuovo cpv. 3 CC

³ *In caso di adozione agevolata del figliastro, l'autorità competente limita l'istruttoria e semplifica la procedura in modo che sia possibile stabilire un rapporto di filiazione con l'aspirante all'adozione **di principio** entro sei mesi dalla presentazione della domanda.”*

3. Conclusioni

Pur rimanendo dell'avviso che la questione concernente l'adozione agevolata di figliastri nati grazie a pratiche proibite in Svizzera dovrebbe essere risolta e affrontata nell'ambito del quadro giuridico riguardante la procreazione assistita, alla luce di tutto quanto precede, lo scrivente Consiglio di Stato è dell'avviso che l'Avamprogetto risponda alle nuove esigenze della società, che in questi ultimi anni è stata oggetto di un cambiamento dovuto alla nascita e alla diffusione di nuove realtà familiari, quali le famiglie ricomposte e quelle omogenitoriali e, di riflesso, alla creazione di nuovi metodi di procreazione. Detto questo siamo però anche dell'avviso che il nuovo cpv. 2^{bis} dell'art. 268 CC e il nuovo cpv. 3 dell'art. 268a CC debbano essere resi più comprensibili e che sia indispensabile dare più rilevanza al fatto che ai bambini nati tramite queste tecniche mediche bandite in Svizzera debba essere garantito il diritto a conoscere le proprie origini introducendo una norma specifica.

Pacifico è invece l'adeguamento proposto per le adozioni di figliastri maggiorenni anche nei casi in cui il genitore e l'adottante nel frattempo si sono separati che non implicherà più lo scioglimento dei legami di filiazione con il genito biologico.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Ufficio dello stato civile (statocivile.ticino@ti.ch)
- Ufficio dell'aiuto e della protezione (dss-uap@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) Stellung zu nehmen.

Wir lehnen die beabsichtigte Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend die erleichterte Stiefkindadoption ab. Dies insbesondere, da sie eine Rechtsungleichheit schafft, weil sie Paare, die ihren Kinderwunsch mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive Leihmutterschaft, verwirklichen, gegenüber Paaren privilegiert, die eine «klassische» Stiefkindadoption anstreben. Wenn im Interesse des Kindes, das bereits ab Geburt bei beiden Elternteilen (dem biologischen wie auch dem adoptionswilligen) wohnt, durch eine Stiefkindadoption rasch ein rechtliches Kindesverhältnis zum (Wunsch-)Elternteil etabliert werden soll, so müsste das für alle Stiefkindadoptionen gelten.

Im Weiteren verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme und verweisen auf die Vernehmlassung des Verbands der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) vom 23. Juli 2024.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 23. August 2024



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courriel : zz@bj.admin.ch

Réf. : 24_COU_4447

Lausanne, le 2 octobre 2024

Modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de modification du Code civil visant à faciliter l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire qui a été conçu grâce à un don de sperme privé, un don de sperme (éventuellement anonyme) ou d'autres méthodes de procréation médicalement assistée et autorisées à l'étranger.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du Canton de Vaud, nous avons l'honneur de vous faire part de nos déterminations.

La législation actuelle ne règle pas de manière spécifique l'adoption de l'enfant conçu grâce à un don de sperme ou par d'autres méthodes de procréation médicalement assistée et autorisées à l'étranger. L'adoption de l'avant-projet permettrait de prendre en compte ces situations et ainsi l'intérêt de l'enfant à établir rapidement un lien de filiation avec le parent d'intention et à bénéficier d'une sécurité juridique adéquate. La suppression du besoin d'un lien nourricier d'un an ainsi que la simplification et l'accélération de l'examen d'aptitude contribueront à ce que le lien de filiation entre l'enfant et le parent d'intention puisse être établi dans les meilleurs délais. Ainsi, cet avant-projet place l'intérêt de l'enfant mineur au centre des considérations et permettra de le protéger au mieux face aux situations pouvant découler des nouvelles méthodes de procréation permises à l'étranger et utilisées de manière de plus en plus fréquente par des parents souhaitant concevoir.

Pour ces motifs, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud se réjouit et salue la présente révision législative, qui vise à régler spécifiquement et de manière facilitée l'adoption de l'enfant mineur du conjoint ou du partenaire.

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud souhaite toutefois faire part des observations suivantes à l'attention du Conseil fédéral :

- **Décision d'adoption rendue dans les six mois suivant le dépôt de la demande**

L'avant-projet prévoit que l'enfant étant conçu au sein d'une relation de couple bien établie, l'adoption pourra être prononcée après une enquête simplifiée et que la décision d'adoption devrait être rendue dans les six mois qui suivent le dépôt de la requête. Il sied de relever que ce délai de six mois est court, car la procédure nécessite l'intervention de diverses autorités et plusieurs échanges avec les parents.

En effet, même si la procédure est simplifiée, une évaluation comprenant au moins un entretien avec les parents et une visite à domicile devront être réalisés. De plus, le parent légal de l'enfant devra consentir à l'adoption devant l'autorité de protection de l'enfant et ce consentement ne sera pas définitif avant 6 semaines dès la naissance de celui-ci (conformément à l'art. 265b al. 2 CC).

Toutefois, le Conseil d'Etat souligne que le cadre temporel de six mois pour l'aboutissement de la procédure permet de placer l'intérêt de l'enfant et son besoin de protection au cœur du dispositif. Il propose ainsi, compte tenu du temps actuel mis dans le traitement des adoptions de l'enfant par le conjoint ou le partenaire, qu'un délai de mise en œuvre suffisamment long soit accordé aux cantons pour leur permettre de mettre en place un groupe de travail, qui sera chargé d'optimiser la procédure pour réduire le temps de traitement des différents services impliqués.

- **Droit de l'enfant de connaître ses origines**

Le Conseil d'Etat se prononce favorablement à l'adoption facilitée en particulier pour les couples qui ne peuvent pas concevoir un enfant conformément à la Loi sur la procréation médicalement assistée. Toutefois, il relève que dans le cadre d'une PMA en Suisse, la loi impose notamment que l'identité du donneur soit inscrite dans le registre correspondant et des conditions strictes s'appliquent pour la présomption de parentalité de l'épouse de la mère. La facilitation de l'adoption par le conjoint ou le partenaire pourrait affaiblir les dispositions réglementant une PMA suisse dont les conditions visent notamment à respecter le droit de l'enfant de connaître ses origines.

S'agissant de la modification envisagée pour l'adoption de l'enfant majeur du conjoint ou du partenaire, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud adhère à la possibilité d'adopter l'enfant devenu majeur de son ex-conjoint ou ex-partenaire.

Le Conseil d'Etat propose toutefois que cette possibilité soit également ouverte aux enfants mineurs, dans des cas particuliers où le bien de l'enfant l'exigerait, en présence de liens affectifs forts et durables et lorsque l'adoptant est une réelle figure d'attachement pour l'enfant. La durée de la relation du couple et sa stabilité sont des critères importants qui devront être pris en compte pour prononcer l'adoption.

Tout en vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux déterminations du Canton de Vaud, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre meilleure considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Copies

- Direction générale de l'enfance et de la jeunesse
- Direction générale des affaires juridiques
- OAE



2024.04102

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice et
police
3003 Berne



Notre réf. STI / CMT / SPM

Date **30 OCT. 2024**

Consultation relative à la modification du code civil (adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté pour la modification citée en objet.

Nous soutenons cette modification législative qui vise à supprimer le délai d'attente d'une année après la naissance pour pouvoir débiter la procédure d'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire.

En effet, il n'apparaît pas justifié de traiter différemment les couples ayant procédé selon la loi sur la procréation médicalement assistée en Suisse de ceux ayant recouru à une procréation médicalement assistée à l'étranger.

Il nous semble toutefois qu'il aurait été plus simple d'étendre la présomption de parentalité à tous les couples mariés au lieu de supprimer le délai d'une année actuellement requis. En effet, le droit de l'enfant de connaître ses origines n'est pas davantage garanti par l'adoption que par la présomption de parentalité.

Le projet est également positif en ce sens qu'il répond au besoin de sécurité de l'enfant qui sera relié juridiquement à ses deux parents plus rapidement.

Cependant, le délai maximum de 6 mois après le dépôt de la requête pour prononcer l'adoption prévu à l'art. 268a al. 3 du CC devrait être supprimé. L'autorité ne peut pas garantir ce délai. En effet, il dépend d'une part de la collaboration des parents à fournir les pièces demandées et, d'autre part, du temps mis par le service cantonal de la jeunesse pour faire l'enquête mandatée. Il apparaît également que ce délai fixé pour l'adoption facilitée provoque une inégalité de traitement vis-à-vis des autres types d'adoption.

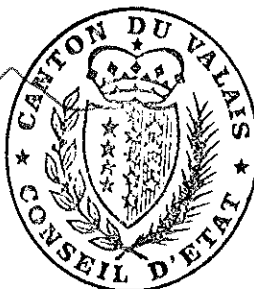
Les autres modifications proposées n'amènent pas de remarque particulière.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos meilleures salutations.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancellière

Monique Albrecht

Copie à zz@bj.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 20. August 2024 sa

**Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)
Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns zur Vernehmlassung bis zum 17. Oktober 2024 eingeladen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Einladung zur Stellungnahme bezieht sich auf die beabsichtigten Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210) betreffend die «erleichterte Stiefkindadoption» von Minderjährigen und die Stiefkindadoption von volljährigen Personen.

1. Erleichterte Stiefkindadoption von Minderjährigen

Bei der Stiefkindadoption von Kindern, welche mit einer privaten Samenspende, mit einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurden, soll künftig auf das Erfordernis des Pflegejahres verzichtet werden (Art. 264^c_{bis} VE-ZGB). Zudem soll gemäss Änderungen des Zivilgesetzbuches die Eignungsabklärung in diesen Fällen vereinfacht und das Adoptionsverfahren möglichst innerhalb von sechs Monaten seit Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden (Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB).

2. Stiefkindadoption von volljährigen Personen

Bei der Stiefkindadoption von volljährig gewordenen Stiefkindern soll vom weiteren Bestehen eines gemeinsamen Haushalts der faktischen Lebensgemeinschaft, der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft des Elternteils mit dem Stiefelternteil abgesehen werden (Art. 266 Abs. 3 VE-ZGB).

II. Anträge

1. Es seien die beabsichtigten Änderungen des Zivilgesetzbuches in Bezug auf die erleichterte Stiefkindadoption von Minderjährigen (Art. 264c^{bis} VE-ZGB, Art. 268 Abs. 2^{bis} VE-ZGB und Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB) abzulehnen.
2. Es seien die beabsichtigten Änderungen des Zivilgesetzbuches in Bezug auf die Stiefkindadoption von volljährigen Personen (Art. 266 Abs. 3 VE-ZGB und Art. 267 Abs. 3 Ziff. 4 VE-ZGB) anzunehmen.

III. Begründungen

Zu Antrag 1

Mit den beabsichtigten Änderungen des Zivilgesetzbuches wird eine Rechtsungleichheit bei der Stiefkindadoption von Paaren geschaffen, welche bei der Geburt des Kindes einen gemeinsamen Haushalt führen, zu Paaren, bei denen eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung der Partnerin oder des Partners stammt (klassische Stiefkindadoption).

Im erläuternden Bericht vom 26. Juni 2024 zu den Änderungen im Zivilgesetzbuch wird argumentiert, dass die bisherigen gesetzlichen Grundlagen des Zivilgesetzbuches den besonderen Umständen von Paaren, welche ihren Kinderwunsch mit einer privaten Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, erfüllen, nicht gerecht würden. Die Situation entspreche nicht derjenigen einer klassischen Stiefkindadoption. Es wird zudem argumentiert, dass während der langen Dauer, bis eine Stiefkindadoption ausgesprochen werden könne (Pflegejahr und Verfahren würden mindestens zwei Jahre beanspruchen), das Kind rechtlich nicht vollumfänglich abgesichert sei, weil es nur einen Elternteil habe. Auch das Bundesgericht und der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hätten die zuständigen Behörden angewiesen, dass das Kindesverhältnis zum Wunschernteil rasch begründet werden solle.

Diese Argumentation genügt aus den folgenden Gründen nicht, um die Rechtsungleichheit gesetzlich zu verankern:

- Auch bei der klassischen Stiefkinderadoption wünschen die Paare eine vollumfängliche rechtliche Absicherung des Kindes, insbesondere dann, wenn der andere rechtliche Elternteil des Kindes weder präsent ist noch seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt und die Zustimmung zur Adoption verweigert oder dafür nicht erreichbar ist.
- Bei jeder Adoption oder Stiefkindadoption ist zu prüfen, ob diese tatsächlich dem Kindeswohl dient. Damit das Wohl des Kindes gewahrt bleibt, sind die Prüfungen der jeweiligen Situation angepasst effektiv und effizient durchzuführen. Es ist jedoch nicht ersichtlich, wieso bei Paaren, welche bei der Geburt des Kindes einen gemeinsamen Haushalt führen auf das Pflege- und Erziehungsjahr als Bedingung für eine Stiefkindadoption verzichtet werden soll-

te und bei den anderen Paaren nicht. Wenn ein solcher Verzicht kodifiziert würde, müsste dieser für alle Stiefkindadoptionen gelten.

Nach Art. 119 Abs. 2 Bst. d der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101) sowie Art. 4 und Art. 24 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung vom 18. Dezember 1998 (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG; SR 810.11) sind die Ei- und Embryonenspende, die Leihmutterschaft und die anonyme Samenspende unzulässig. Mit den vorgesehenen Änderungen des Zivilgesetzbuchs betreffend die erleichterte Stiefkinderadoption werden die gesetzlichen Regelungen des FMedG und das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung gemäss Art. 268c Abs. 2 ZGB ausgehöhlt, da die anonyme Samen-, Ei- und Embryonenspende sowie die Leihmutterschaft, welche im Ausland vorgenommen wurden, faktisch legalisiert werden.

Mit der vorgesehenen Änderung des Zivilgesetzbuches zur erleichterten Stiefkindadoption in Bezug auf das Verfahren (Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB) ist vorgesehen, die Untersuchung und das Verfahren so zu vereinfachen, dass innert sechs Monaten nach der Einreichung des Gesuchs das Kindesverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Diese zeitliche Eingrenzung setzt die Adoptionsbehörden enorm unter Druck, ist realitäts- und praxisfern und behindert die Prüfung der Adoptionsvoraussetzungen im Sinne des Wohles des Kindes. Durch die Adoptionsbehörden sind u.a. internationale Sachverhalte abzuklären, die viel Zeit in Anspruch nehmen, so zum Beispiel die Abklärung der gesetzlichen Vorgaben in den einzelnen Ländern in Bezug auf die Samen-, Ei- und Embryonenspende sowie die Leihmutterschaft, damit das Kind später sein Recht auf Kenntnis seiner Abstammung in Anspruch nehmen kann (Art. 268c Abs. 2 ZGB).

Zu Antrag 2

Die Stiefkindadoption von volljährigen Personen erlaubt es einer adoptionswilligen Person, auch nach Auflösung des gemeinsamen Haushalts, der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft vom Elternteil und Stiefelternteil das inzwischen volljährig gewordene Stiefkind zu adoptieren, ohne dass dies zur Auflösung des Kindesverhältnisses zum Elternteil führt, mit dem das Kind aufgewachsen ist. Bedingung dafür ist, dass während der Minderjährigkeit der zu adoptierenden Person die Voraussetzungen für die Stiefkindadoption nach Art. 264c ZGB erfüllt waren.

Vorliegend geht es um den Wunsch der rechtlichen Verankerung der (engen) Beziehung zwischen der adoptionswilligen Person und einer volljährigen Person. Dabei sind von der Adoptionsbehörde wie bei einer sonstigen Stiefkindadoption von volljährigen Personen die Voraussetzungen für die Adoption zu prüfen und basierend auf diesen, die Adoption auszusprechen oder abzulehnen. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dieser Art der Stiefkindadoption um volljährige Personen handelt, welche den Wunsch auf eine rechtliche Verbindung haben und das rechtliche Verhältnis zum Elternteil, mit dem das Kind aufgewachsen ist, nicht tangiert wird, sind diese Änderungen des Zivilgesetzbuches anzunehmen.

Wir bitten um wohlwollende Berücksichtigung unserer Anträge.

Zug, 20. August 2024

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Thalmann-Gut'.

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Moser'.

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (zz@bj.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (info.kes@zg.ch)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Elektronisch an zz@bj.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

25. September 2024 (RRB Nr. 1002/2024)

**Änderung des Zivilgesetzbuches, erleichterte Stiefkindadoption
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend erleichterte Stiefkindadoption Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die erleichterte Stiefkindadoption ist vor allem für Fälle gedacht, in denen Wunscheltern aus der Schweiz im Ausland fortpflanzungsmedizinische Verfahren in Anspruch genommen haben, die in der Schweiz nicht zugelassen sind. Die Erleichterung des Adoptionsverfahrens in diesen Fällen ist daher in gewisser Weise widersprüchlich. Es ist jedoch eine Tatsache, dass mit in der Schweiz unzulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugte Kinder gemeinsam mit ihren Wunscheltern in der Schweiz leben. Die Wunscheltern sind in aller Regel die einzigen nahen Bezugspersonen dieser Kinder. Wird in den schweizerischen Registern nur ein Wunschelternteil als rechtlicher Elternteil eingetragen, steht dem zweiten Wunschelternteil nur – aber immerhin – die Herstellung eines rechtlichen Kindsverhältnisses über eine Stiefkindadoption zu Verfügung. Nach der geltenden Rechtslage können Dauer und Tiefe der Abklärungen der Adoptionseignung in einem Widerspruch stehen zum Interesse an der raschen Begründung eines Kindsverhältnisses zum zweiten Wunschelternteil.

Nicht ausser Acht gelassen darf jedoch, dass dem unbestrittenen Recht des Kindes auf Kenntnis seiner eigenen Abstammung zentrale Bedeutung zukommt. Dieses Recht kann mit der Vorlage nicht vollends gewährleistet werden, weil bestimmte Staaten anonyme Samenspenden zulassen. Dies im Gegensatz zu den nach dem Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG, SR 810.11) gezeugten Kindern, bei denen der verfassungsmässige Anspruch auf Kenntnis der Abstammung gewährleistet ist. Aufgrund der vorgesehenen Erleichterungen dürfte die Zahl der Kinder, die nicht nach FMedG gezeugt wurden, zunehmen. Damit

künftig auch diese Kinder in den Genuss des Rechts auf Kenntnis ihrer Abstammung kommen, ist es wichtig, dass die laufenden Arbeiten zur Revision des Abstammungsrechts, in welcher dieses Recht ausdrücklich geregelt werden soll, vorangetrieben werden. Gemäss erläuterndem Bericht soll einer solchen durch die vorliegend vorgeschlagene Änderung des ZGB nicht vorgegriffen werden, was wir begrüssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Art. 264c^{bis} VE-ZGB

Die erleichterte Stiefkindadoption soll in allen Fällen möglich sein, in denen ein Paar im Zeitpunkt der Geburt des Kindes einen gemeinsamen Haushalt führt. Der Anwendungsbereich ist damit sehr weit gefasst; die Inanspruchnahme einer Samenspende oder von fortpflanzungsmedizinischen Verfahren wird nicht vorausgesetzt. Insbesondere sind auch Fälle erfasst, in denen das Kindsverhältnis zum zweiten biologischen Elternteil über eine Anerkennung herstellbar ist oder ein Kind sogar bereits aufgrund der Vaterschaftsvermutung zwei rechtliche Elternteile hat, (mindestens) ein Elternteil aber im Zeitpunkt der Geburt mit dem adoptionswilligen Wunschelternteil zusammenlebte. Im ersten Fall sollte die Anerkennung des Kindes durch den zweiten biologischen Elternteil angestrebt werden. Erfolgt eine Anerkennung oder hat das Kind schon seit Geburt zwei rechtliche Elternteile, würde die rechtliche Beziehung zum zweiten Elternteil nach dessen Zustimmung durch die Stiefkindadoption aufgelöst. Dies sollte weiterhin erst möglich sein, nachdem der adoptionswillige Wunschelternteil während mindestens eines Jahres für Pflege und Erziehung des Kindes gesorgt hat. Auch ist es in diesen Fällen unverzichtbar, eine eingehende Untersuchung durchzuführen und die Zustimmung des zweiten rechtlichen Elternteils zur Adoption einzuholen. Ein erleichtertes und schnelleres Verfahren mit eingeschränkter Untersuchung ist in diesen Fällen nicht angezeigt. Wir regen daher an, die Bestimmung entsprechend zu präzisieren.

Weiter sollte in der Bestimmung klargestellt werden, dass auch das Kind seit seiner Geburt im Haushalt des rechtlichen Elternteils und der adoptionswilligen Person gelebt haben muss. Unter diesen Voraussetzungen befürworten wir den Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis, zumal das Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird und sich die Situation diesbezüglich nicht wesentlich von «gewöhnlichen» Familienkonstellationen unterscheidet. Im Interesse des Kindes an der raschen Begründung eines Kindsverhältnisses auch zum zweiten Wunschelternteil und an der damit verbundenen rechtlichen Absicherung kann auf das Erfordernis der «Festigung des Familienlebens» verzichtet werden.

Art. 266 Abs. 3 VE-ZGB

Diese Bestimmung ist zu begrüssen.

Art. 267 Abs. 3 Ziff. 4 VE-ZGB

Mit dieser Adoptionssituation wird eine namensrechtlich noch nicht erfasste Situation geschaffen. Für die Bestimmung des Familiennamens ist Art. 267a Abs. 2 ZGB anwendbar. Diese Bestimmung verweist auf die Regelungen von Art. 270 ZGB und Art. 270a ZGB. Mit der Rechtskraft der Volljährigenadoption im Sinne von Art. 266 Abs. 3 E-ZGB wird das volljährige Adoptivkind als gemeinsames Kind der adoptierenden Person und des biologi-

schen Elternteils (lebend oder verstorben) betrachtet. Zum Zeitpunkt der Adoption sind die Eltern aber nicht verheiratet. Die namensrechtliche Zuordnung nach Art. 270a ZGB orientiert sich jedoch an der elterlichen Sorge, die bei volljährigen Personen nicht vorhanden ist. Es könnte zudem die Situation eintreten, dass die adoptierende Person bereits mit einer Drittperson verheiratet ist und einen anderen Namen führt. Auch wenn das Adoptivkind in der Regel seinen bestehenden Namen fortführt, müsste hier eine zusätzliche Regelung hinsichtlich der Namensführung geschaffen werden.

Art. 268 Abs. 2^{bis} VE-ZGB

Diese Bestimmung kann dazu führen, dass bei den Adoptionsbehörden Verfahren anhängig gemacht werden, die nicht innert angemessener Frist abgeschlossen werden können. Das Abwarten des dreijährigen Zusammenlebens des Paares (Art. 264c Abs. 2 ZGB) oder die Auflösung einer bestehenden Ehe oder eingetragenen Partnerschaft (Art. 264c Abs. 3 ZGB) beanspruchen Zeit. Die Bestimmung steht daher in einem Widerspruch zu Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB, wonach ein Kindesverhältnis zur adoptionswilligen Person innert sechs Monaten nach Einreichung des Gesuchs begründet werden soll. Wird nach Einreichung des Gesuchs mit den Abklärungen bereits begonnen, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind, besteht im Übrigen das Risiko der Beanspruchung staatlicher Ressourcen, ohne dass schliesslich die Stiefkindadoption ausgesprochen werden kann. Wir beantragen daher, auf Art. 268 Abs. 2^{bis} VE-ZGB zu verzichten.

Sollte diesem Antrag nicht gefolgt werden, weisen wir darauf hin, dass in Bezug auf den zweiten Satz (*«auf begründeten Antrag der adoptionswilligen Person kann ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden»*) befürchtet wird, dass es in der Praxis zu Unsicherheiten bezüglich des Verhältnisses zu Art. 264c^{bis} VE-ZGB (namentlich zum Adoptionserfordernis, dass im Zeitpunkt der Geburt ein gemeinsamer Haushalt geführt werden muss) kommen könnte. Auch wenn sich aus der Marginalie «D. Verfahren 1. Im Allgemeinen» ableiten lässt, dass sich die Bestimmung nur auf das Verfahren und nicht auf die materiellen Adoptionsvoraussetzungen bezieht, schlagen wir folgende Änderung der Formulierung vor:

Auf begründeten Antrag der adoptionswilligen Person kann ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuches einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden. Zum Zeitpunkt der Geburt darf der gemeinsame Haushalt indessen noch nicht aufgehoben worden sein.

Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB

Nach unserem Dafürhalten liegt es aufgrund der bereits geschaffenen Tatsachen, namentlich der bestehenden und meist exklusiven Bindungen des Kindes zu den Wunscheltern sowie des Nichtvorhandenseins einer – wenn auch nur rechtlichen – Beziehung zu einem zweiten Elternteil (vgl. dazu unsere Bemerkungen zu Art. 264c^{bis} VE-ZGB) im Interesse des Kindes, die rechtliche Beziehung zum zweiten Wunscheltern in einem beschleunigten Verfahren mit beschränkter Untersuchung herzustellen. Die Frist von sechs Monaten seit Gesuchseinreichung steht allerdings wie bereits erwähnt in einem Widerspruch zu Art. 268 Abs. 2^{bis} VE-ZGB, wonach das Gesuch eingereicht werden kann, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Im erläuternden Bericht wird zwar ausgeführt, dass die Frist von sechs Monaten nicht gelte, wenn die Voraussetzung des gemeinsamen Haus-

halts des Paares während dreier Jahre erst später als sechs Monate nach der Einreichung des Gesuchs erfüllt sei. Dies ergibt sich aber nicht aus dem Wortlaut von Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB und kann im Übrigen dazu führen, dass Abklärungen getätigt werden, ohne dass die Adoption schliesslich ausgesprochen werden kann, was wiederum zu einer unnötigen Beanspruchung staatlicher Ressourcen führt.

Die strikte sechsmonatige Frist wird zudem der Vielfalt der Fälle, in denen Gesuche um erleichterte Stiefkindadoption eingereicht werden könnten, mit der Notwendigkeit von zwar beschränkten, aber dennoch je nach Fall mehr oder weniger umfangreichen Untersuchungen, nicht gerecht. Die Untersuchungen können unterschiedlich lange dauern, wobei der Schutz des Kindeswohls sowie die Wahrung der Rechte des Kindes dabei stets vorrangig zu berücksichtigen sind. Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung und die damit verbundenen, notwendigen Untersuchungen der Adoptionsbehörden. Es liegt im Ermessen der Adoptionsbehörden, zu entscheiden, welche Untersuchungen im konkreten Einzelfall erforderlich sind. Die Bemerkung im erläuternden Bericht, wonach das Einholen eines behördlichen Strafregistrauszugs und eine Anfrage an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde in der Regel genügen, greift zu kurz. Je nachdem, welche Abklärungen erforderlich sind, dauern die Untersuchungen länger oder weniger lang. Wir lehnen daher die Festlegung einer Frist von sechs Monaten ab.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die angestrebte Beschränkung und Vereinfachung der Untersuchung in den meisten Fällen mit Blick auf das Kindeswohl zu keinen Problemen führen dürfte. Im Einzelfall kann sich die Situation aber abweichend vom Regelfall präsentieren (z. B. wenn sich Fragen hinsichtlich der Gesundheit des Wunscherternteils stellen, der Wunscherternteil ein sehr hohes Alter aufweist oder konkrete Anhaltspunkte für eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls bestehen, die eine vertiefte Abklärung erfordern). In einem solchen Fall muss es auch unter neuem Recht möglich sein, dass die zuständige Behörde das ordentliche Verfahren nach Art. 268a Abs. 1 ZGB durchführt, was ausdrücklich im Gesetz abzubilden ist. Daher schlagen wir vor, Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB wie folgt zu formulieren:

Abs. 3: Bei einer erleichterten Stiefkindadoption beschränkt die zuständige Behörde die Untersuchung und vereinfacht das Verfahren. Aus wichtigen Gründen kann die Behörde eine umfassende Prüfung vornehmen.

Schliesslich weisen wir darauf hin, dass Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB nicht ergebnisoffen formuliert ist, sondern in der Bestimmung schon zum vornherein davon ausgegangen wird, dass das Kindsverhältnis zu begründen ist, was wir – mit Blick auf das Kindeswohl – nicht begrüssen können.

Abschliessend möchten wir betonen, dass in den von den Änderungen des ZGB anvisierten Fällen oftmals viel Zeit verstreicht, bis klar ist, wer als rechtliche Eltern des Kindes im schweizerischen Personenstandsregister eingetragen werden kann. Es handelt sich nicht selten um Fälle mit internationalem Bezug, insbesondere, wenn die betroffenen Kinder unter Zuhilfenahme von in der Schweiz unzulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugt wurden. Die Beschaffung und Auswertung der nötigen Unterlagen sind für die Zivilstandsämter oft anspruchsvoll und aufwendig. Es versteht sich von selbst, dass ein Adoptionsgesuch – namentlich auf vereinfachte Stiefkindadoption – erst eingereicht wer-



den kann, wenn dieses Verfahren abgeschlossen und somit die rechtliche Elternschaft (vor der Adoption) feststeht. Wir weisen darauf hin, dass dies zu einer Verzögerung der Herstellung eines Kindesverhältnisses zum zweiten Wunschelternteil führt, die mit dieser Vorlage nicht behoben werden kann.

Zur Verschlankung der Abläufe erachten wir es zusätzlich als sinnvoll, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass Adoptionsbehörden die Verfahrensakten von Zivilstandsbehörden ohne Hürden anfordern und im Adoptionsverfahren für die Abklärungen hinsichtlich Kenntnis der eigenen Abstammung, der Zustimmung zum Verzicht auf Elternschaft der gebärenden Mutter und allenfalls des Ehegatten verwenden können, indem der automatische Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden in solchen Verfahren ermöglicht wird.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Bundesamt für Justiz

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

3003 Bern

Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

Bern, 14. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)/Modification du Code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme der Änderung des Zivilgesetzbuches, welche alliance F, überparteilicher Bund der Schweizer Frauenorganisationen, gerne wahrnimmt.

Grundsätzlich begrüsst *alliance F* ausdrücklich, dass das Stiefkindadoptionsrecht den heutigen Lebensrealitäten angepasst und damit der rechtliche Status von zahlreichen Kindern in der Schweiz verbessert wird. Kohärent scheint uns dies insbesondere auch, als die Motion 22.3382 RK-N im besonderen Mass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften betrifft – und nach heutiger Rechtsauffassung gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gemischtgeschlechtlichen Partnerschaften grundsätzlich gleichzustellen sind.

Alliance F begrüsst konkret, dass bei der Stiefkindadoption auf das bislang verpflichtende einjährige Pflegeverhältnis gemäss Art. 264 Abs. 1 ZGB verzichtet werden soll, wenn der leibliche Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit der adoptionswilligen Person eine faktische Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt führt. Ebenfalls liegt es im Interesse des Kindes und einer erhöhten Rechtssicherheit, dass entsprechende Adoptionsverfahren nach Möglichkeit innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden.

Hingegen kritisiert *alliance F*, dass für eine Adoption der gemeinsame Haushalt des Paares in jedem Fall drei Jahre gedauert haben muss. Diese Frist sollte zivilstandsunabhängig auf 1 Jahr gekürzt werden. Darüber hinaus regt *alliance F* dazu an, zu prüfen, ob die heute bei einem Stiefkind-Adoptionsantrag einzureichenden Dokumente wie Arztzeugnisse, Strafregistrauszug noch als verhältnismässig anzusehen sind.

Alliance F bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Fragen oder weitere Auskünfte erteilt Ihnen Olivia Kühni, Leiterin Politik, olivia.kuehni@alliancef.ch.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Maya Graf', enclosed within a thin blue rectangular border.

Ständerätin Maya Graf (Grüne, BL)
Co-Präsidentin alliance F

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Bertschy', enclosed within a thin blue rectangular border.

Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP, BE)
Co-Präsidentin alliance F

RENFORCER LA PROTECTION DES DROITS DE L'ENFANT DANS LA PROPOSITION DE LÉGISLATION RELATIVE À L'UTILISATION ANONYME (TRANSFRONTALIÈRE) DES GAMÈTES DANS LES TECHNIQUES DE PROCRÉATION ASSISTÉE, LA MATERNITÉ DE SUBSTITUTION ET L'ADOPTION PAR UN SECOND PARENT EN SUISSE

Mémoire juridique¹

INTRODUCTION

Ce mémoire aborde les préoccupations relatives aux droits de l'enfant concernant les modifications proposées au Code civil ; ces propositions de réforme pourraient être, du moins en partie, une réponse aux décisions de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH).² Les modifications proposées concernent "l'adoption de l'enfant d'un conjoint ou d'un partenaire conçu grâce à un don de sperme privé, un don de sperme (éventuellement anonyme) ou d'autres méthodes de procréation médicalement assistée autorisées à l'étranger, y compris la gestation pour autrui".³ L'objectif déclaré de ces modifications est de "simplifier et d'accélérer" la procédure d'adoption par un second parent afin d'éviter une période pendant laquelle "l'enfant, qui n'a qu'un seul parent, n'est pas pleinement protégé sur le plan juridique".⁴ Ce mémoire se concentre particulièrement sur la situation des enfants nés de :

- l'utilisation de gamètes anonymes dans les techniques de procréation assistée (PMA) dans des situations transfrontalières, dans un contexte où l'anonymat est actuellement interdit en Suisse ; et
- les arrangements de maternité de substitution à l'étranger, dans un contexte où la maternité de substitution domestique est illégale en Suisse.

Dans les situations ci-dessus, il convient de relever que les dons peuvent être effectués de manière "privée" (en dehors d'un cadre médical). L'encadrement de ces cas peut être difficile, surtout lorsque les dons sont anonymes et que la gestation pour autrui n'est pas autorisée.

Ce mémoire s'appuie sur une brève analyse fournie par Child Identity Protection (CHIP) de l'arrêt *K.K. et autres c. Danemark* rendu par la Cour européenne des droits de l'homme en 2022. Nous regrettons que cet arrêt, rendu à une courte majorité (4 contre 3), n'ait pas été renvoyé devant la Grande Chambre, qui aurait pu parvenir à une conclusion différente, plus conforme aux normes internationales fondamentales.⁵

Néanmoins, nous proposons ici des moyens pour la Suisse, par ses propositions de modifications, d'équilibrer ses obligations en matière de traités et de droits de l'homme en vertu de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant (CNUDE), du Protocole facultatif concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants (OP-SC), et de la Convention de La Haye de 1993 sur l'adoption internationale, avec les diverses décisions de la Cour européenne des droits de l'homme sur l'article 8 de la Convention européenne des droits de l'homme, ainsi que d'autres normes

¹ Ce mémoire a été préparé par David Smolin avec l'aide de Christina Baglietto, Laurence Bordier, Maud de Boer-Buquicchio, Nigel Cantwell, Mia Dambach et Katarina Trimmings : <https://www.child-identity.org/who-we-are/> pour Child Identity Protection, une ONG internationale basée en Suisse www.child-identity.org. Voir également Child Identity Protection, "Maud de Boer-Buquicchio, présidente de la CHIP, invitée à s'exprimer devant la commission sur la maternité de substitution", 23 mai 2023, <https://www.child-identity.org/maud-de-boer-buquicchio-chip-president-invited-to-speak-to-committee-on-surrogacy/>.

² *D.B. ET AUTRES c. SUISSE*, nos 58817/15 et 58252/15, arrêt du 22 novembre 2022, ch. 79 et *K.K. et autres c. Danemark* (*Requête no 25212/21*) *K.K. ET AUTRES c. DANEMARK* (*coe.int*)

³ Modifications du Code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire), Rapport explicatif sur l'ouverture de la procédure de consultation (2024), page 2. *Faciliter l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire* (*admin.ch*)

⁴ Id.

⁵ Le texte du mémoire juridique est disponible à l'adresse suivante : Protection de l'identité des enfants, "Les droits des enfants dans la maternité de substitution", 29 avril 2023, <https://www.child-identity.org/childrens-rights-in-surrogacy/>.

pertinentes.⁶ Ces obligations en matière de droits de l'homme ont été précisées par diverses recommandations du Comité des droits de l'enfant des Nations unies,⁷ du rapporteur spécial des Nations unies sur la vente et l'exploitation sexuelle des enfants,⁸ des principes de Vérone⁹ et des orientations de l'UNICEF/CHIP.¹⁰

LES PRÉOCCUPATIONS RELATIVES AUX DROITS DE L'ENFANT

L'utilisation de matériel reproductif humain de tiers sous forme anonyme est intrinsèquement contradictoire avec le droit de l'enfant à connaître ses origines (article 8 de la CDE). Cette contradiction est l'une des raisons pour lesquelles le Parlement suisse a interdit de telles pratiques depuis sa législation de 1998.¹¹ Depuis plus de 25 ans, le cadre législatif suisse¹² comprend un certain nombre de garanties pour s'assurer que l'utilisation de la procréation médicalement assistée (PMA) en Suisse se fait dans un contexte où les futurs parents sont conseillés, les praticiens médicaux sont formés et les enfants ont accès à leurs origines dès l'âge de 18 ans. L'utilisation de sperme doit se faire avec le consentement explicite du donneur pour l'usage prévu, limité à 8 frères et sœurs, et ne doit pas être rémunérée.¹³ En outre, un comité national d'éthique est chargé de superviser toutes les pratiques de procréation médicalement assistée.¹⁴ **Ces garanties ne peuvent pas être systématiquement assurées dans le cadre de recours à des techniques de procréation assistée à l'étranger, particulièrement risqué dans le cas de recours à des dons de gamètes anonymes.**

Les accords de maternité de substitution sont strictement interdits en Suisse et font l'objet de sanctions pénales en vertu de l'article 31 de la Loi fédérale sur la procréation médicale assistée (LPMA).¹⁵

¹ Quiconque applique une méthode de procréation médicalement assistée à une mère de substitution est puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire.

² Est puni de la même peine quiconque sert d'intermédiaire à une maternité de substitution.

Les activités des intermédiaires sont également clairement soumises à ces sanctions. Une telle position reflète l'objectif de la Loi fédérale sur la procréation médicale assistée, dont l'article 1 stipule :

Elle assure la protection de la dignité humaine, de la personnalité et de la famille ; elle interdit l'application abusive de la biotechnologie et du génie génétique.

⁶ Convention pour la protection des Droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine* ratifiée par la Suisse en 2008 ? Voir le préambule et l'article 1 qui mentionne

Les Parties à la présente Convention protègent l'être humain dans sa dignité et son identité et garantissent à toute personne, sans discrimination, le respect de son intégrité et de ses autres droits et libertés fondamentales à l'égard des applications de la biologie et de la médecine.

⁷ Voir par exemple, Comité des droits de l'enfant des Nations unies, 'Observations finales sur le rapport présenté par l'Inde en vertu de l'article 12, paragraphe 1, du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants', U.N. Doc. CRC/C/OPSC/IND/CO/1 (13 juin 2004) ; Comité des droits de l'enfant des Nations unies, 'Observations finales sur le deuxième rapport périodique des États-Unis d'Amérique présenté en vertu de l'article 12 du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants', U.N. Doc. CRC/C/OPSC/USA/Co/2 (2 juillet 2013) ; Comité des droits de l'enfant des Nations unies, 'Observations finales sur les 5e et 6e rapports périodiques combinés de la Géorgie', U.N. Doc. CRC/C/GEO/CO/5-6 (25 juin 2004) ; Comité des droits de l'enfant, 'Observations finales sur le rapport présenté par la Fédération de Russie en vertu de l'article 12 (1) du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants', U.N. Doc. CRC/C/OPSC/RUS/CO/1 (3 juillet 2018) ; Comité des droits de l'enfant des Nations unies, 'Concluding Observations on the Combined 3rd and 4th Reports Submitted by the United States of America Under Article 12 (1) of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography' (Observations finales sur les 3e et 4e rapports combinés présentés par les États-Unis d'Amérique en vertu de l'article 12 (1) du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants), U.N. Doc. CRC/C/OPSC/USA/CO/3-4 (12 juillet 2017) ; et Comité des droits de l'enfant des Nations unies, 'Observations finales sur le rapport présenté par l'Inde en vertu du paragraphe 1 de l'article 12 du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie mettant en scène des enfants', U.N. Doc. CRC/C/OPSC/IND/CO/1 (7 juillet 2014).

⁸ Rapporteur spécial sur la vente et l'exploitation sexuelle des enfants, "Rapport thématique A/HRC/37/60, 15 janvier 2018", présenté lors de la 37e session du Conseil des droits de l'homme [ci-après "Rapport RS 2018"], <<https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/ahrc3760-report-special-rapporteur-sale-and-sexual-exploitation-children>>.

⁹ Service social international, "Principes pour la protection des droits de l'enfant né par maternité de substitution", février 2021, <https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/2021-03/VeronaPrinciples_25February2021.pdf>.

¹⁰ Child Identity Protection et UNICEF, 'Key Considerations : Children's Rights & Surrogacy, Briefing Note', février 2022, <<https://www.unicef.org/media/115331/file>>.

¹¹ 1998 Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2000/554/fr> (entrée en vigueur en 2001)

¹² 1998 Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2000/554/fr>

¹³ Partie 4, 1998 Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2000/554/fr>

¹⁴ Commission nationale d'éthique "art. 1 al. 3 LPMA ; <https://www.nek-cne.admin.ch/fr/page-daccueil-nek-cne#:~:text=La%20Commission%20nationale%20d%27éthique,relevant%20de%20la%20médecine%20humaine>.

¹⁵ 1998 Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2000/554/fr>

En d'autres termes, la loi vise à protéger la dignité humaine et la famille en interdisant "l'utilisation abusive" des biotechnologies.

S'il n'est pas certain que ces interdictions doivent être interprétées comme s'appliquant uniquement aux accords nationaux, les politiques publiques qui les sous-tendent s'étendent sans problème aux contextes transfrontaliers. Les accords internationaux de maternité de substitution comportent intrinsèquement des risques accrus, car leurs dimensions commerciales et transfrontalières amplifient la probabilité de multiples violations de droits. Ces violations se produisent souvent dans le cadre d'arrangements facilités par des intermédiaires à but lucratif, où l'enfant peut avoir été conçu par le biais d'un don anonyme de gamètes, ce qui entraîne la perte des informations d'identification de l'enfant. En général, aucune détermination de l'intérêt supérieur de l'enfant n'est effectuée (cf. principes de Vérone). En outre, ces arrangements peuvent impliquer des cas où l'enfant est de fait vendu, où la mère porteuse se voit refuser toute autonomie sur les décisions relatives à sa santé et où les parents d'intention sont eux-mêmes victimes de pratiques « d'exploitation ». Dans le cadre de ces arrangements, la mère porteuse a souvent des droits limités, voire inexistantes dans les standards nationaux, que ce soit avant ou après la naissance, pour demander la responsabilité parentale ou au moins le droit de visite, car le contrat est considéré comme créant un transfert irrévocable de l'enfant. ¹⁶

Ces enfants ont besoin d'une plus grande protection que les autres enfants, et non d'une moindre. Les interdictions prévues par le droit suisse actuel existent pour protéger les droits des enfants et des autres parties contre de telles violations des droits.

Nous reconnaissons que les enfants nés de mères porteuses ne doivent pas être désavantagés et que les droits de l'enfant doivent être protégés, y compris le droit des enfants au respect de la vie privée et familiale en vertu de la CEDH, comme l'a confirmé la Cour européenne des droits de l'homme.

Toutefois, les modifications proposées semblent accorder une importance disproportionnée à l'incertitude juridique temporaire concernant le statut de l'enfant par rapport à un parent d'intention génétiquement non apparenté.

Après tout, l'enfant est généralement élevé par les deux futurs parents au sein d'un foyer et est bien trop jeune pour comprendre leur statut juridique formel. Les questions liées à l'immigration, à la nationalité et au droit successoral peuvent être traitées en faveur de l'enfant, sans qu'il soit nécessaire de faciliter l'adoption par un second parent (par exemple, les dispositions relatives à la prise en charge de la parenté en vertu de la Convention de La Haye de 1996 et à la succession ne sont pas exclusivement fondées sur les lois relatives à la filiation).

Des préjudices hypothétiques liés à une incertitude juridique temporaire non ressentie par l'enfant ne justifient certainement pas de sacrifier le droit de l'enfant à l'identité, le droit à la détermination de l'intérêt supérieur de l'enfant et le droit de ne pas être vendu. Au contraire, la perte de ces droits, comme nous le verrons plus loin, constitue une inégalité de traitement des enfants nés de mères porteuses par rapport aux autres enfants suisses bien plus importante que ces incertitudes temporaires, courantes dans de nombreux contextes juridiques, tels que les enfants vivant avec un parent et un beau-parent ou avec des familles élargies telles que les grands-parents. Dans ces situations, les enfants peuvent bénéficier des décisions relatives à la "responsabilité parentale" prises par un tiers, tel qu'un curateur, comme le prévoit la législation suisse.

¹⁶ Voir le rapport SR 2018 (supra note 7) ; David M. Smolin & Maud de Boer-Buquicchio, 'Surrogacy, Intermediaries and the Sale of Children', in K Trimmings, S Shakargy & C Achmad (eds.) Research Handbook on Surrogacy and the Law (Edward Elgar Publishing, 2024), p. 54 ; et Code de la famille de Californie, §§ 7960-62.

Ainsi, nous considérons que les modifications proposées, contrairement à leur intention, aggravent de manière significative la situation juridique et des droits de l'enfant des enfants nés par maternité de substitution dans des juridictions étrangères et emmenés en Suisse, comme nous le verrons plus loin.

UNE FILIATION JURIDIQUE SÛRE ET SOLIDE

Nous plaçons en faveur d'un octroi sûr et solide de la filiation légale.

Une filiation sûre exige précisément le type d'enquêtes approfondies et de déterminations de l'intérêt supérieur de l'enfant que les modifications proposées refusent aux enfants nés grâce à la procréation médicalement assistée et à la maternité de substitution dans le cadre d'une procédure accélérée. Les parents d'intention qui ont obtenu des enfants par le biais de contrats de maternité de substitution commerciale et qui se sont soustraits aux interdictions suisses relatives à l'utilisation de gamètes anonymes et à la maternité de substitution devraient faire l'objet d'un examen au moins aussi approfondi que les autres, et non moins approfondi.

Nous comprenons que les autorités compétentes continueront à jouer un rôle d'évaluation si les modifications sont acceptées, avec une procédure judiciaire en place. Toutefois, l'introduction de procédures simplifiées et accélérées pour l'octroi de l'adoption par le second parent (c'est-à-dire que la procédure peut commencer après la naissance sans attendre que l'enfant atteigne l'âge d'un an) semble contradictoire avec le droit suisse de l'adoption, en particulier lorsque plusieurs protections intrinsèques sont absentes. L'adoption comprend généralement un certain nombre de protections, telles que

1. la préservation de toutes les informations relatives à l'identité ;
2. une évaluation de l'aptitude des futurs parents adoptifs avant l'adoption ;
3. l'obtention du consentement des parents biologiques sans paiement afin d'éviter toute vente (par exemple, le consentement libre et éclairé) ; et
4. dans les accords internationaux, l'approbation des autorités compétentes (*a priori*) est une condition préalable à la reconnaissance (le certificat de conformité établi par l'État d'origine à titre de garantie pour l'État d'accueil).

Préservation de toutes les informations relatives à l'identité

En principe, les données relatives au(x) parent(s) biologique(s) et au donneur de gamètes éventuel sont consignées dans le dossier du tribunal. Pour les ressortissants suisses, le registre de l'état civil est tenu d'enregistrer les données pertinentes. Cependant, il n'existe pas de registre national centralisant ces informations, ce qui rend leur accès difficile en pratique. Si certains estiment que c'est grâce à la procédure d'adoption par un second parent que les informations relatives à l'identité peuvent être réunies et conservées, cela ne peut se faire que si et seulement si les données de gamètes et/ou les informations relatives à la mère porteuse sont conservées dans l'État d'origine. En effet, selon la nouvelle loi sur le registre de l'état civil, entrée en vigueur en novembre 2024, les parents d'intention sont tenus de fournir des informations aussi complètes que possible sur l'identité de l'enfant *"tant que ces informations sont disponibles"*.¹⁷

Dans la pratique, un tribunal suisse ne peut pas rectifier une situation lorsque l'information n'existe tout simplement pas. La Suisse donne la possibilité d'utiliser des gamètes anonymes et/ou de ne pas fournir d'informations sur la mère porteuse. Même si, en principe, le tribunal pourrait refuser une adoption par un second parent en l'absence de ces informations essentielles, cela ne s'est pas produit jusqu'à présent. Dans

¹⁷ Loi sur le registre de l'état civil (modifiée) - <<https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/aktuell/mm.msg-id-101598.html>> - elle entre en vigueur le 11 novembre 2024 ; voir en particulier l'art. 8a(j) qui codifie la pratique existante consistant à inscrire dans le registre toutes les informations pertinentes sur la filiation génétique et biologique des enfants nés par PMA ou maternité de substitution à l'étranger [si elles sont connues et ne figurent pas dans les données de filiation (art. 8, let. g)], les données relatives à la filiation génétique et biologique d'un enfant conçu à l'étranger par maternité de substitution ou par don d'ovules ou de sperme ;]; également d'intérêt (mais sans rapport avec la maternité de substitution) voir art. 15a et 58(2)

ces situations, la Suisse n'applique pas ses propres politiques publiques interdisant l'anonymat et la maternité de substitution dans le pays.

Déterminer l'aptitude du ou des futurs parents adoptifs (PAP) du second parent

L'accélération du processus d'établissement de l'aptitude du ou des PAP semble contraire à l'intérêt des enfants. Un processus d'évaluation et de préparation sûr prend du temps. Il faut notamment tenir compte du point de vue des candidats à la maternité de substitution concernant les interdictions actuelles relatives à l'anonymat des donneurs et à la maternité de substitution, ainsi que de la manière dont ils prévoient d'expliquer leurs actions à l'enfant. Il est important de s'assurer que les parents adoptifs comprennent l'importance du droit à l'identité de l'enfant et qu'ils sont prêts à partager toutes les informations avec lui. L'évaluation de l'aptitude doit également inclure des questions sur toute information manquante et/ou sur le moment où la vente a pu avoir lieu (voir la section sur la prévention ci-dessous).

Obtention du consentement des parents biologiques sans paiement pour éviter la vente

Nous comprenons que l'autorité compétente cherchera à obtenir le consentement dans le cadre de la procédure d'adoption par un second parent. Toutefois, la question est de savoir quelles mesures les autorités compétentes sont prêtes à prendre dans le cadre d'accords commerciaux où le consentement au transfert de l'enfant fait l'objet d'une rémunération. À ce jour, il semble qu'aucun tribunal n'ait pris de mesures spécifiques à ce sujet dans les cas d'adoption par un second parent liés à la PMA et à la maternité de substitution, même s'il est fort probable que ces cas relèvent de la définition de la vente d'enfants (article 2a de la Convention de sauvegarde des droits de l'enfant et des libertés fondamentales). Toutefois, dans les cas d'adoption internationale, une telle remise en question du consentement a eu lieu.

Coopération internationale avant la conclusion d'un accord

Une telle coopération ne semble pas réalisable étant donné les approches opposées des États qui interdisent l'anonymat des donneurs et la maternité de substitution (par exemple la Suisse) et de ceux qui les autorisent. Le but du certificat de conformité est de garantir à l'État d'origine que l'adoption s'est déroulée conformément aux normes internationales et qu'elle est acceptable pour l'État d'accueil.

Un lien de filiation solide protège fortement le droit à l'identité, qui comprend tous les aspects de l'identité de l'enfant, y compris l'interdiction du recours à des donneurs de gamètes anonymes et la préservation de tous les détails concernant la mère porteuse. En revanche, les modifications proposés sont plus susceptibles de faciliter une identité amputée, privée des droits de l'enfant à l'information sur les donneurs de gamètes et les mères porteuses, et libre de toute vente.

LA PATERNITÉ ET LA MATERNITÉ PEUVENT ÊTRE ATTRIBUÉES AUX PARENTS D'INTENTION SANS QU'IL SOIT NÉCESSAIRE DE LÉGITIMER, D'EXÉCUTER OU D'INVOQUER DES ACCORDS COMMERCIAUX ÉTRANGERS QUI SONT EN SUBSTANCE CONTRAIRES AU DROIT ET À L'ORDRE PUBLIC SUISSES

Nous ne pensons pas qu'il soit approprié ou nécessaire de légitimer l'utilisation de gamètes étrangers et/ou de mères porteuses internationales en violation du droit national suisse, même à la lumière de la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme. Les décisions de la Cour européenne des droits de l'homme n'imposent pas à la Suisse de reconnaître ou d'exécuter les conventions de maternité de substitution conclues à l'étranger, ni les jugements ou ordonnances étrangers fondés sur ces conventions. Selon la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme, la Suisse conserve une certaine marge d'appréciation quant à la manière dont le droit au respect de la vie privée et familiale de l'enfant est protégé par le droit suisse.

La filiation doit être déterminée sur la base de la relation génétique, de la relation entre un parent d'intention génétique et l'autre parent d'intention, de la situation de vie de l'enfant, des souhaits de la mère porteuse

après la naissance et après le paiement, et de tous les facteurs pertinents pour l'intérêt supérieur de l'enfant. En raison de l'identité lacunaire donnée aux enfants dans la plupart des juridictions permissives en matière de maternité de substitution à des fins commerciales, les ordonnances de filiation rendues dans ces juridictions *ne devraient pas* être reconnues ou exécutées par les tribunaux suisses, comme l'a confirmé le Tribunal fédéral.

PRÉVENTION

Le Parlement suisse devrait adopter une approche plus proactive pour dissuader les comportements interdits par la loi. Ainsi, les parents d'intention suisses qui se livrent à de tels comportements interdits et qui cherchent à se soustraire à la loi suisse devraient participer à l'enquête sur les intermédiaires ayant facilité ces arrangements de maternité de substitution. Cela pourrait faire partie de l'évaluation de l'aptitude du second parent PAP. Les futurs parents suisses devraient être tenus de divulguer tous les contrats et toutes les communications avec les intermédiaires, et de fournir des documents détaillés sur tous les paiements effectués. La Suisse devrait concentrer ses efforts d'application sur tous les intermédiaires à but lucratif qui ciblent les résidents suisses et concluent avec eux des contrats et des arrangements de maternité de substitution. En se concentrant sur les intermédiaires, la Suisse garantirait l'application effective de l'article 31 de la Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée et renforcerait également sa position politique sur la maternité de substitution.

CONCLUSION

Il est contradictoire que le droit suisse n'applique pas son interdiction nationale de l'utilisation de gamètes anonymes et du recours à la maternité de substitution dans des contextes transfrontaliers, car les raisons d'ordre public et les droits de l'enfant qui sous-tendent ces interdictions s'appliquent pleinement à ces arrangements. Cette incohérence semble également contredire les obligations découlant de la CDE et d'autres normes internationales concernant le droit à l'identité et l'interdiction de la vente.¹⁸

En effet, en 2021, le Comité des droits de l'enfant a "salué" les initiatives suisses visant à garantir "que les enfants conçus par procréation médicalement assistée aient accès aux informations relatives à leurs origines biologiques, conformément à ses recommandations antérieures".¹⁹ Pourtant, les modifications proposées remettraient directement en cause ces réalisations antérieures. Les réformes proposées représentent une occasion manquée, car elles ne vont pas assez loin en excluant les arrangements avec des donneurs anonymes du champ d'application de la loi.

Les affirmations selon lesquelles ces modifications proposés protégeraient les droits de l'enfant, en particulier en ce qui concerne l'identité, ne résistent pas à un examen approfondi. Au lieu de protéger les droits de l'enfant en matière d'identité, les modifications prévoient une identité lacunaire, privant l'enfant de l'accès aux informations sur les donneurs de gamètes et les mères porteuses. Soumettre les enfants à des arrangements commerciaux internationaux de maternité de substitution fondés sur des contrats et sur le marché n'est pas une mesure de protection de l'enfance. Faciliter de tels arrangements par le biais d'un processus régularisé, rapide, quasi-administratif et bureaucratique facilite les violations des droits de l'enfant.

Nous recommandons vivement que les réformes proposées *ne soient pas* adoptées, du moins en ce qui concerne l'utilisation anonyme de gamètes dans le cadre de la procréation médicalement assistée et de la maternité de substitution.

¹⁸ Convention pour la protection des Droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine* ratifiée par la Suisse en 2008 ? Voir le préambule et l'article 1 qui mentionne

Les Parties à la présente Convention protègent l'être humain dans sa dignité et son identité et garantissent à toute personne, sans discrimination, le respect de son intégrité et de ses autres droits et libertés fondamentales à l'égard des applications de la biologie et de la médecine.

¹⁹ Comité des droits de l'enfant, Observations finales sur les cinquième et sixième rapports périodiques combinés de la Suisse CRC/C/CHE/CO/5-6 https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CRC%2FCH%2FCH%2FCO%2F5-6&Lang=en

Herr Bundesrat
Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartament EJPD

Per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 22. August 2024
PS

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, am rubrizierten Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme.

Der Dachverband Freikirchen Schweiz (vormals VFG) ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 20 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 750 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz versteht sich Freikirchen.ch zusammen mit dem Réseau Évangélique Suisse (RES) als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58) hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev.-ref. Kirchen und 264'596 (38,4%) in katholischen Gemeinden.)

Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches zielt darauf ab, die Stiefkindadoption zu erleichtern, wenn Kinder durch private Samenspenden oder im Ausland erlaubte Fortpflanzungsmethoden wie Eizellenspenden oder Leihmutterschaft gezeugt wurden. Dies betrifft Fälle, in denen das Kind seit seiner Geburt mit seinem rechtlichen Elternteil und dessen Partner zusammenlebt, aber bisher nicht von Geburt an adoptiert werden konnte. Ziel der Änderung ist es, diesen Kindern umfassenden rechtlichen Schutz zu bieten.

In der Schweiz sind Eizellenspenden und Leihmutterschaft verboten. Diese Praktiken, insbesondere wenn sie kommerziell betrieben werden, bergen das Risiko, dass Frauen in finanzieller Notlage ausgebeutet werden. Zudem sind gesundheitliche und psychische Risiken nicht auszuschliessen. Die hormonellen Behandlungen, die für die Eizellenspende erforderlich sind, können körperlich belastend sein. Bei der Leihmutterschaft kann die Trennung nach der Geburt sowohl für die Leihmutter als auch für das Kind emotional traumatisch sein, da oft eine starke Bindung zwischen ihnen entsteht.

Darüber hinaus widersprechen diese Fortpflanzungsmethoden dem Kindeswohl. Das in Artikel 119 Absatz 2 Buchstabe g der Bundesverfassung verankerte Recht der Kinder auf Kenntnis ihrer Abstammung ist hierbei nicht

gewährleistet. Ein fehlender Zugang zu den biologischen Eltern könnte die Identitätsbildung von Kindern beeinträchtigen.

Freikirchen.ch warnt, dass solche Methoden die Geburt eines Kindes in einen käuflichen Prozess verwandeln könnten. Kinder sollten nicht als "Ware" betrachtet werden, die bestellt und nach Wunsch gestaltet werden kann. Solche Praktiken können ethische Konflikte aufwerfen, insbesondere bei genetischen Merkmalen oder in Situationen, in denen das Kind nicht den Erwartungen der Eltern entspricht oder von ihnen nicht angenommen werden kann oder will.

Aus diesen Gründen lehnt Freikirchen.ch sowohl die anonyme Samenspende als auch Eizellenspenden und Leihmutterschaft strikt ab.

Die Erleichterung der Stiefkindadoption in solchen Fällen sendet ein irreführendes Signal. Sie lässt vermuten, dass die Umgehung in der Schweiz verbotener Praktiken – die die Rechte von Frauen missachten und die Würde der Kinder verletzen – in ausländischen Jurisdiktionen ohne Folgen bleibt und hierzulande unproblematisch akzeptiert wird.

Daher spricht sich Freikirchen.ch gegen die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches aus. Weiterhin offen bleibt das reguläre Adoptionsverfahren, welches das Kindeswohl ausreichend schützt. Wir unterstützen jedoch die vorgesehenen Anpassungen im Bereich der Stiefkindadoption für Erwachsene, da diese keine vergleichbaren ethischen Bedenken aufwerfen.

Kontaktpersonen:

- Peter Schneeberger, Präsident Dachverband Freikirchen Schweiz, peter.schneeberger@feg.ch

Freundliche Grüsse,
Dachverband Freikirchen.ch

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Schneeberger', with a stylized flourish at the end.

Peter Schneeberger, Präsident



CH-3003 Bern BSV;

POST CH AG

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

zz@bj.admin.ch

Aktenzeichen: BSV-D-ADD93401/81
Sachbearbeiter/in: Nadine Hoch
Bern, 14.08.2024

Stellungnahme EKFF zur Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidg. Kommission für Familienfragen bedankt sich für die Einladung im Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Adoptionsrechts für Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende, einer möglicherweise anonymen Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren inklusive Leihmutterschaft gezeugt wurde und das ab dem Zeitpunkt der Geburt mit einem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person (Wunschelternteil) zusammenlebt.

Die heutige Regelung berücksichtigt diese Elternschaftssituationen nicht, denn die Regelung wurde damals für die Adoption von Stiefkindern konzipiert, in der eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung ihrer Partnerin / ihres Partners stammt und das meistens bereits zwei Elternteile hat.

Deshalb begrüsst die Familienkommission sämtliche Änderungsvorschläge, denn sie erleichtern den im ersten Abschnitt genannten Familienkonfigurationen die Elternschaft. Die EKFF betrachtet diese punktuelle und rasche Verbesserung als Zwischenlösung in der Erwartung einer vollumfänglichen Revision des Abstammungsrechts, so wie es auch im erläuternden Bericht festgehalten ist.

Mit dem vorgeschlagenen Verzicht eines Pflegejahres und der Vereinfachung der Eignungsprüfung wird die Adoption erleichtert und beschleunigt, was die unsichere Rechtssituation zwischen dem Kind und dem Wunschelternteil verkürzt.

Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF
Nadine Hoch
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Effingerstrasse 20, 3003 Bern
Tel. +41 58 484 98 04
nadine.hoch@bsv.admin.ch
www.ekff.admin.ch



Die Eidg. Kommission für Familienfragen begrüsst auch die zweite wichtige Änderung im ZGB, welche die Adoption von volljährigen Stiefkindern betrifft. Es ist richtig, dass ein gemeinsamer Haushalt des Elternteils und der adoptionswilligen Person in diesen Fällen nicht mehr zwingend sein muss.

Mit diesen wichtigen Änderungen werden zwei Forderungen der [Empfehlungen der Expert-inn-engruppe zum Revisionsbedarf des Abstammungsrechts](#) vom Dezember 2021 erfüllt.

Gespannt erwartet die Kommission die Gesamtrevision im Abstammungsrecht, mit welcher weitere Empfehlungen der Expert-inn-engruppe erfüllt werden sollten. Die EKFF möchte an dieser Stelle auf den Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Laura Bernardi und Dr. iur. Ilaria Pretelli «Familienkonfigurationen in der Schweiz im Jahr 2040 – Anpassungsbedarf zum Schutz der Kinderrechte» (Seite 127-145) in ihrer Publikation [«Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040»](#) hinweisen.

Diese vorgeschlagene Gesetzesanpassung löst eigentlich das ursprüngliche Problem der Rechtsunsicherheit bezüglich im Ausland organisierten Samenspenden und Leihmutterschaften, die die übergeordneten Rechte der Kinder gefährden können, nicht. Es müssen internationale Rechtsnormen zur Vermeidung dieser Rechtsunsicherheit geschaffen werden, insbesondere zum Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft.

Der Beitrag von Laura Bernardi und Ilaria Pretelli zeigt im Detail die verschiedenen Herausforderungen hin zu einem zeitgemässen und modernen Familienrecht auf.

Freundliche Grüsse

Eidgenössische Kommission für Familienfragen

Monika Maire-Hefti, Präsidentin

Nadine Hoch, Geschäftsleiterin



CH-3003 Berne

BSV;

POST CH AG

Département fédéral de justice et police
DFJP

zz@bj.admin.ch

Référence : BSV-D-ADD93401/81
Collaboratrice responsable : Nadine Hoch
Berne, 14.08.2024

Prise de position de la COFF concernant la modification du code civil : Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire

Madame, Monsieur,

La Commission fédérale pour les questions familiales (COFF) vous remercie de l'avoir invitée à participer à la procédure de consultation concernant la révision du droit de l'adoption. Cette révision vise à régler la situation des enfants conçus à l'aide d'un don de sperme privé, d'un don de sperme (éventuellement anonyme) ou d'autres méthodes de procréation médicalement assistée autorisées à l'étranger, y compris la gestation pour autrui, et vivant dès leur naissance avec leur parent juridique et la personne désireuse de les adopter, que l'on nomme le parent d'intention.

Les dispositions actuelles ne permettent pas de tenir compte de ce type de parentalité, car le droit en vigueur a été conçu pour des personnes qui adoptent un enfant issu d'une union antérieure de leur partenaire et qui possède en règle générale déjà deux parents.

La COFF salue l'ensemble des modifications proposées, car elles facilitent la parentalité dans les configurations familiales citées au premier paragraphe. Elle considère cette amélioration ponctuelle et rapide comme une solution provisoire dans l'attente d'une révision complète du droit de l'établissement de la filiation, comme le relève également le rapport explicatif.

Grâce à l'abandon de l'exigence du lien nourricier d'un an et la simplification de l'examen d'aptitude, l'adoption est plus facile et plus rapide, ce qui raccourcit la période d'insécurité juridique entre l'enfant et le parent d'intention.

Commission fédérale pour les questions familiales (COFF)
Nadine Hoch
c/o Office fédéral des assurances sociales (OFAS)

Effingerstrasse 20, 3003 Bern
Tel. +41 58 484 98 04
nadine.hoch@bsv.admin.ch
www.ekff.admin.ch



La COFF salue également la deuxième modification importante du code civil, qui concerne l'adoption de l'enfant majeur du conjoint ou du partenaire. Elle approuve l'abandon de l'exigence d'un ménage commun entre le parent et la personne désireuse d'adopter l'enfant majeur.

Ces modifications importantes mettent en œuvre deux [recommandations formulées par le groupe d'experts chargé d'étudier la nécessité de réviser le droit de la filiation](#) en décembre 2021.

La commission attend avec impatience la révision complète du droit de la filiation qui permettra de mettre en œuvre l'ensemble des recommandations du groupe d'experts. Dans ce contexte, la COFF aimerait aussi attirer l'attention sur l'article rédigé par la Prof. Laura Bernardi et Ilaria Pretelli, publié dans [« Familles et politique familiale en Suisse — Défis en 2040 »](#) sous le titre « Les configurations familiales en Suisse en 2040 — Observations sur la nécessité d'adapter la protection des droits de l'enfant » (p. 129 à 147).

En effet, les modifications proposées du CC ne résolvent pas réellement le problème de l'insécurité juridique concernant le don de sperme et la gestation pour autrui organisés à l'étranger et qui peuvent mettre en péril les droits supérieurs de l'enfant. Pour combattre cette insécurité juridique, des normes juridiques internationales devraient être mises en place, en particulier concernant le droit de l'enfant de connaître ses origines.

L'article de Laura Bernardi et d'Ilaria Pretelli montre en détail les différents problèmes qui font obstacle à un droit de la famille moderne et en adéquation avec les réalités d'aujourd'hui.

Meilleures salutations,

Commission fédérale pour les questions familiales



Monika Maire-Hefti, Présidente



Nadine Hoch, Responsable du secrétariat

Confédération Suisse
Département fédéral de Justice et
Police
M. Beat Jans
Conseiller Fédéral

Modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire): ouverture de la procédure de consultation
Motion 22.3382 CAJ-N « Pas d'entraves inutiles à l'adoption de l'enfant du conjoint »

Monsieur le Conseiller Fédéral,

Nous répondons à la procédure de consultation ouverte le 26 juin 2024 concernant le projet de modification du code civil (adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire).

Espace A est une association active depuis 25 ans, à Genève, dans l'accompagnement psychologique des familles adoptives, et depuis quelques années, dans celui des familles d'accueil ainsi que des personnes concernées par les différentes formes de procréation médicalement assistée (don de gamètes, grossesse pour autrui etc.)

Notre expérience dans le domaine de l'adoption, s'étend autant dans l'accompagnement en amont de l'arrivée de l'enfant, qu'au soutien à la parentalité ainsi qu'aux personnes qui ont été adoptées. Le respect des droits de l'enfant ainsi que du respect de l'intérêt supérieur de ce dernier dans la prise de décisions, font partie de la mission de notre Association.

Nous travaillons activement dans l'accompagnement et le soutien à la recherche d'origines, en particulier depuis 2022 avec la signature d'une collaboration avec le canton de Genève, par laquelle nous avons accompagné à cette date, plus de 70 personnes.

Nous nous positionnons en faveur de l'Adoption facilitée de l'enfant de la/du partenaire, c'est-à-dire d'adapter la loi à l'évolution de la société, afin de garantir l'intérêt de l'enfant et sa protection juridique totale.

La législation actuelle a conçu l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire pour des personnes qui adoptent un enfant issu d'une union antérieure de leur

partenaire et qui possède en règle générale déjà deux parents. Ce cadre légal a été dépassé par les pratiques médicales actuelles auxquelles font appel les couples hétérosexuels que homoparentaux, en particulier à l'étranger.

Conséquence directe de ces actions, est que l'enfant vivra, à sa naissance avec ses deux parents, dont l'un seulement sera reconnu comme parent juridique, l'autre étant un parent d'intention sans lien juridique avec l'enfant. Actuellement, les démarches sont lourdes et longues, au minimum deux ans. Durant cette période l'enfant n'est pas pleinement protégé sur le plan juridique car il n'a qu'un seul parent juridique.

Les allègements proposés, tels que la suppression de l'exigence du lien nourricier d'un an, la possibilité de déposer la requête d'adoption avant même que l'ensemble des conditions à l'adoption ne soient remplies et la simplification de l'évaluation de l'aptitude de l'adoptant en fonction des circonstances, permettront une durée de la procédure d'adoption raccourcie, et par conséquent une protection de l'enfant plus rapide et une sécurité juridique.

Toutefois, la réduction du temps de la procédure devra être décidée cas par cas, sur la base d'une évaluation psychologique du couple. Le lien nourricier doit être clairement établi une fois que l'enfant est là, même si le couple vivait déjà ensemble avant l'arrivée de l'enfant, ainsi que le projet de famille avant d'établir la filiation légale.

Le fait de nous positionner de manière positive face aux modifications proposées, ne veulent pas dire pour autant que notre Association cautionne ces pratiques, en particulier le recours à la GPA ou au don des gamètes à l'étranger. En effet, nous pensons que dans l'état actuel de choses il est dans l'intérêt de l'enfant d'établir au plus vite ce lien de filiation avec le parent d'intention pour parer aux aléas de la vie, mais il faut reconnaître que ces modes de conception contreviennent la législation suisse et les droits de l'enfant à naître.

En effet, ces pratiques ne respectent pas le cadre légal, en particulier le droit à l'accès à ses origines, qui est lui garanti par la Constitution, car il fait partie des droits de la personnalité.

Hormis le cadre légal, et grâce à notre pratique professionnelle, nous pouvons attester des atteintes à la santé mentale causées par le fait de se voir empêché de connaître ses origines. Ceci sans mentionner les conséquences potentiellement graves, dues au fait de ne pas pouvoir accéder au dossier médical de géniteur ou génitrice (biologiques). En effet, ces personnes se voient dans l'impossibilité de répondre aux questions sur leurs antécédents médicaux. Finalement, les dilemmes éthiques d'un tel refus, dépassent le cadre légal.

Par conséquent, nous vous prions de tenir compte de notre position en faveur de la motion qui fait l'objet de cette consultation, ainsi que de nos préoccupations en ce qui concerne le fait de garantir l'accès aux origines des enfants conçus en faisant appel aux méthodes décrites. En effet, nous sommes de l'avis que l'adoption facilitée devrait être accessible uniquement aux familles qui donnent une garantie sur le respect du droit de l'enfant à naître de l'accès à ses origines à sa majorité, comme il est prévu par la Constitution.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre position, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller Fédéral, l'expression de notre considération distinguée.



Macarena Fatio
Directrice

Per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 8. November 2024
13.01 cst

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) ein. Wir danken Ihnen dafür bestens. Die zuständigen interkantonalen Regierungskonferenzen, namentlich die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) sowie die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) haben ihre Haltung inhaltlich koordiniert und nehmen deshalb nachfolgend gemeinsam Stellung.

Es ist nachvollziehbar, dass das Verfahren der Stiefkindadoption überprüft wird, da es heute auf die Situation zugeschnitten ist, dass eine Person ein Kind aus einer früheren Beziehung ihrer Partnerin oder ihres Partners adoptiert. Dennoch erachten wir die vorgeschlagene Regelung als ungeeignet, um das Bedürfnis nach einer möglichst raschen rechtlichen Anerkennung von Kindern, die mittels einer privaten Samenspende, einer Eizellenspende im Ausland oder einer Leihmutterschaft im Ausland gezeugt wurden, unter Wahrung des Kindeswohls zu ermöglichen.

Die oben genannten Verfahren der Fortpflanzungsmedizin wurden in der Schweiz vom Gesetzgeber diskutiert und aus ethischen Gründen abgelehnt. Vor allem mit der Begründung, dass das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung nicht gewahrt werden könne. Mit der Vorlage werden die Adoptionsbehörden in ihrer Eignungsabklärung nun massiv eingeschränkt und den Kinderschutzbehörden stehen weniger Zeit und Mittel zur Verfügung, um das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung zu gewährleisten. Das Verfahren soll künftig nicht mehr ergebnisoffen, sondern von Gesetzes wegen auf die Bewilligung der Adoption ausgerichtet sein.

Das vereinfachte Verfahren würde die Inanspruchnahme umstrittener reproduktionsmedizinischer Hilfeleistungen wie Leihmutterschaft oder private Samen- und Eizellspende gegenüber dem ordentlichen Adoptionsverfahren fördern. Dies widerspricht der Absicht des Gesetzgebers, die genannten Verfahren in der Schweiz nicht zu legalisieren, weshalb vorgängig eine Grundsatzdiskussion über deren Zulässigkeit geführt werden sollte, bevor diese mit der geplanten Revision deutlich erleichtert und somit gleichzeitig das Kindeswohl und damit das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung gefährdet wird.

Auch in Kenntnis der leidvollen Schicksale im Zusammenhang mit Adoptionen aus Sri Lanka sowie weiterer Herkunftsländer stehen die Behörden aus unserer Sicht in der Pflicht, das Kindeswohl auch im Zusammenhang mit der Anerkennung fortpflanzungsmedizinischer Unterstützungsleistungen im Ausland nicht unnötig zu gefährden.

In diesem Sinne sprechen wir uns dafür aus, die Stiefkindadoption nicht wie vorgeschlagen über eine Revision des Zivilgesetzbuchs zu erleichtern, sondern die Revision des Abstammungsrechts zügig voranzutreiben beziehungsweise das Kindesrecht im Rahmen fortpflanzungsmedizinischer Massnahmen im Ausland mittels einer Revision des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG) sicherzustellen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, bestens für die Berücksichtigung unserer Haltung.

Freundliche Grüsse

Regierungsrätin
Karin Kayser-Frutschi
Co-Präsidentin KKJPD

Regierungsrätin
Kathrin Schweizer
Präsidentin KOKES

Ministerin
Nathalie Barthoulot
Präsidentin SODK

Association Les Klamydia's
c/o C. Béziane
Maupas 26
1004 Lausanne
lesklamydias@gmail.com

Chancellerie fédérale
zz@bj.admin

Lausanne, le 14 octobre 2024

Consultation sur la modification du Code civil, Adoption facilitée de l'enfant du/de la conjoint·e ou du/de la partenaire : Prise de position de l'association les Klamydia's

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions pour l'opportunité de prendre position sur le projet de modification du Code civil (facilitation de l'adoption de l'enfant du/ de la conjoint·e).

L'association les Klamydia's s'engage pour la santé des personnes s'identifiant comme lesbiennes, bisexuel·le·x·s et queers en Suisse romande. L'égalité des droits et la protection contre la discrimination contribuent à la bonne santé globale des lesbiennes, bisexuel·le·x·s et queers. C'est pourquoi une de nos préoccupations est la protection complète des enfants dans les familles arc-en-ciel, y compris la possibilité pour l'enfant d'avoir deux parents dès la naissance.

A. Remarques générales

Les Klamydia's considère qu'une révision des règles sur l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e est urgentement nécessaire et accueille favorablement la révision proposée.

Le droit actuel est conçu pour des situations dans lesquelles une personne adopte un enfant issu d'une relation antérieure de son ou sa partenaire. La condition est que le couple partage un foyer commun depuis au moins trois ans et que la personne souhaitant adopter ait assuré l'éducation et les soins de l'enfant pendant au moins une année. Des investigations approfondies et chronophages doivent être menées avant qu'une adoption puisse être prononcée.

La motion 22.3382 de la CAJ-N « Pas d'entraves inutiles à l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e » met l'accent sur d'autres configurations. Cette motion a chargé le Conseil fédéral de soumettre une proposition de révision pour les situations dans lesquelles un enfant a été conçu par un don de sperme privé ou dans le cadre d'une procédure de procréation médicalement assistée à l'étranger (y compris la gestation pour autrui). Dans ces cas,

l'enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun et vit dès sa naissance avec le parent légal et la personne souhaitant l'adopter.

Le droit actuel de l'adoption ne répond pas adéquatement à ces configurations. Cela concerne particulièrement la longue durée avant que l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e ne soit prononcée. La période de prise en charge d'un an et la procédure d'adoption prennent généralement entre 2 et 3 ans, pendant lesquels l'enfant n'est pas pleinement protégé, car il n'a qu'un seul parent légal. Pour les familles concernées, cela représente un fardeau important et inutile. La pratique actuelle des procédures d'adoption – qui varie fortement d'un canton à l'autre – est perçue par les familles arc-en-ciel comme inadaptée, longue et très contraignante.

La révision proposée prévoit que, dans de telles situations, l'exigence de la période de prise en charge d'un an soit supprimée. L'adoption pourra avoir lieu dès que le couple aura vécu ensemble pendant trois ans. La demande d'adoption pourra être déposée avant que toutes les conditions d'adoption ne soient remplies. De plus, l'évaluation de l'aptitude sera simplifiée en fonction des circonstances, et la procédure d'adoption devra, dans la mesure du possible, être finalisée dans un délai de six mois après le dépôt de la demande.

Les Klamydia's soutient les simplifications prévues pour l'adoption de l'enfant par le/la partenaire. Elles représentent une amélioration extrêmement importante pour les familles arc-en-ciel.

Toutefois, les Klamydia's souhaite également saisir l'opportunité de cette proposition de révision pour encourager d'autres améliorations : il serait essentiel, de lege ferenda, d'établir une parentalité d'origine pour tous les parents d'intention vivant ensemble au moment de la naissance de l'enfant, c'est-à-dire, notamment, dans le cas de dons de sperme privés ou de procédures de procréation médicalement assistée à l'étranger (voir les explications ci-dessous sous lit. C).

B. Remarques sur le projet

1. Art. 264c bis CC (facilitation de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire)

Même si cela n'est que peu explicitement mentionné dans le rapport explicatif, la nouvelle réglementation **s'appliquera majoritairement aux familles arc-en-ciel**. Pour les couples de sexes différents, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC), indépendamment de la filiation génétique réelle. Ces couples ne dépendent pas d'une procédure d'adoption dans les cas où l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue. Depuis l'introduction du mariage pour tou·te·s, l'épouse de la mère est également considérée comme l'« autre parent » si l'enfant a été conçu en Suisse par don de sperme selon les dispositions de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998 (art. 255a, al. 1 CC), les informations concernant le donneur de sperme étant centralisées. Dans toutes les autres configurations de relation de même sexe, la partenaire ou le partenaire n'est pas considéré·e comme le/la second·e parent, même si l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue.

La nouvelle réglementation s'appliquera donc en particulier dans les configurations où un enfant est conçu dans une relation homosexuelle par don de sperme privé ou par un

procédé de procréation médicalement assistée à l'étranger. Les Klamydia's se réjouit que la révision proposée qui prévoit l'ajout d'un nouvel article dans le droit de l'adoption, qui introduit une « adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire » pour ces configurations spécifiques.

Conformément au droit actuel (art. 264, al. 1 CC), la personne souhaitant adopter doit avoir prodigué des soins et de l'éducation à l'enfant mineur pendant au moins un an avant que la demande d'adoption puisse être déposée. Cette disposition n'a aucun sens dans les configurations où les parents d'intention vivent ensemble avec l'enfant dès sa naissance.

L'enfant est certes né dans une relation de couple, mais au moment de la naissance, il n'a qu'un seul parent légal. Tant que la coparentalité dès la naissance n'est pas possible dans de telles situations, le/la partenaire doit établir sa relation juridique avec l'enfant par l'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Dans ces configurations, il est important que l'établissement de la filiation avec le parent d'intention se fasse dès que possible après la naissance et sans obstacles inutiles. **Pour des raisons d'intérêt supérieur de l'enfant et de sécurité juridique, il existe un intérêt public considérable à établir rapidement la relation de filiation avec le second parent dans un délais court.**

Il est donc très positif que dans ces cas, l'exigence d'une période de prise en charge d'un an soit supprimée, d'autant plus que la période de prise en charge dans ces configurations n'apporte aucune valeur ajoutée, mais retarde inutilement la protection optimale de l'enfant. Il convient de noter que les parents d'intention sont très affectés par la situation juridique incertaine jusqu'à l'adoption selon le droit en vigueur, ce qui n'est pas dans l'intérêt de la famille ni du bien-être de l'enfant. La simplification prévue représente une amélioration importante de la situation juridique des familles arc-en-ciel.

Il n'est pas nécessaire, dans ces configurations, d'exiger une durée minimale de vie commune. **L'exigence de trois ans devrait être supprimée.** Pour les couples qui, pour une raison quelconque, ne vivent pas ensemble ou ne vivent ensemble que depuis peu de temps, ne devraient pas voir la double parentalité et donc la protection optimale de l'enfant retardées inutilement de plusieurs années. **La situation d'un enfant désiré qui naît dans une relation homosexuelle ne diffère fondamentalement pas d'une relation de concubinage hétérosexuelle, dans laquelle la reconnaissance de l'enfant n'est pas liée à un domicile commun.** En revanche, dans les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire, l'exigence d'un ménage commun de trois ans semble raisonnable, car elle permet de garantir que la relation avec l'enfant issu d'une relation antérieure du partenaire ou de la partenaire présente une stabilité suffisante. Dans les configurations visées ici, cela n'est pas nécessaire.

2. Art. 266 al. 3 et 267 al. 2, ch. 4 CC (Adoption d'une personne majeure)

Cette disposition concerne l'adoption d'adultes. Elle ne se réfère pas spécifiquement aux cas d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, mais à toutes les formes d'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Il est compréhensible et logique que, pour l'adoption d'une personne majeure, l'exigence d'un ménage commun entre le parent et la personne souhaitant adopter puisse être omise. En effet, les adultes ne sont plus nécessairement dépendants de l'existence d'un domicile commun et de la relation entre le parent et le beau-parent.

L'ajout proposé à l'art. 267 al. 3, ch. 4 CC semble raisonnable, étant donné que l'adoption d'un adulte par un beau-parent doit également être possible même si le mariage, le partenariat enregistré ou le ménage commun ont été dissous.

3. Art. 268 al. 2bis CC (Procédure)

Dans l'intérêt d'une sécurisation juridique rapide de l'enfant par deux parents, il est également pertinent et souhaitable que la demande d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire puisse être déposée avant que toutes les conditions d'adoption soient remplies. Cela permettrait que la demande d'adoption simplifiée soit déposée rapidement après la naissance de l'enfant, même si le couple n'a rempli la condition d'un ménage commun pendant trois ans qu'au cours de la première année de vie de l'enfant.

Il est également très positif de permettre, dans certains cas, de déroger à l'exigence d'avoir un ménage commun au moment de la soumission de la demande. Cela permet aux autorités compétentes de disposer d'une certaine marge de manœuvre, par exemple dans les situations où le couple ne peut pas vivre ensemble pour des raisons professionnelles ou de droit des étrangers, ou encore si le couple se sépare avant la fin de la procédure d'adoption.

4. Art. 268 al. 3 CC (Procédure)

Le projet de révision prévoit que l'autorité compétente, dans le cadre d'une adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, limite l'enquête et simplifie la procédure afin que la filiation avec la personne souhaitant adopter puisse être établie dans les six mois suivant le dépôt de la demande. Dans le rapport explicatif (page 18), il est précisé qu'une évaluation complète de la capacité à être parent, incluant des rapports sociaux, pourrait être omise. L'enquête devrait se limiter aux circonstances qui pourraient entraîner la révocation de l'autorité parentale ou même une privation de celle-ci. En règle générale, un extrait du casier judiciaire et une demande auprès de l'APEA devraient suffire. Par ailleurs, il est également précisé qu'il ne serait pas nécessaire de tenir compte de l'attitude des enfants de la personne souhaitant adopter.

Les observations du rapport explicatif peuvent être pleinement approuvées. Il est très positif que les différences significatives entre les enfants nés dans la famille et les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire soient enfin reconnues. Les simplifications proposées pour l'enquête sont appropriées et importantes.

L'expérience des adoptions d'enfants du/de la partenaire dans les familles arc-en-ciel montre clairement que la procédure actuelle d'adoption n'est pas une alternative satisfaisante à la parentalité originelle. Non seulement les exigences strictes et la longue durée entre la naissance et l'adoption représentent une lourde charge, mais l'« évaluation de la capacité à être parent » est également perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Ainsi, dans le canton de Zurich, 23 documents sont exigés, dont certains nécessitent de révéler des informations très personnelles, et une maladie du parent adoptif peut devenir un obstacle. En revanche, les couples hétérosexuels peuvent établir la parentalité légale sans évaluation et directement dès la naissance.

Dans certains cantons, la procédure d'adoption prend actuellement jusqu'à deux ans. Rien qu'en supprimant l'exigence de la période d'un an de prise en charge, la sécurisation juridique rapide de la famille ne serait pas garantie. **Une réduction de la durée de la procédure à six mois représente un grand progrès pour les familles concernées.**

Cela constitue une amélioration majeure de la situation des familles arc-en-ciel, car la procédure d'adoption simplifiée et accélérée proposée est une avancée essentielle.

Cette modification est tout aussi importante aux yeux des Klamydia's que l'abandon de l'exigence de la période d'un an de prise en charge.

5. Titre final, art. 12bis

La nouvelle disposition transitoire stipule que la nouvelle législation s'appliquera aux procédures d'adoption en cours. Cette modification est également bienvenue. Elle permet que l'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, et en particulier la procédure simplifiée prévue, soit mise en œuvre aussi rapidement que possible. Les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun auront un deuxième parent légal dans un délai plus court, assurant ainsi une meilleure protection.

6. Autres améliorations nécessaires pour les familles arc-en-ciel

Selon la législation actuelle, ainsi que la révision législative prévue, les familles sont toujours traitées différemment selon le mode de conception de l'enfant.

Dans le cas des couples hétérosexuels, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC). Pour les couples de femmes mariées ayant un enfant conçu par don de sperme (en Suisse) conformément à la loi sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998, l'enfant bénéficie également d'une protection juridique complète dès la naissance et dispose de deux parents légaux. En revanche, les enfants issus de familles arc-en-ciel, conçus par un don de sperme privé ou par un traitement de fertilité à l'étranger, n'ont, à la naissance, qu'un seul parent légal, tant aujourd'hui qu'après la mise en œuvre de la révision législative actuelle.

Les simplifications prévues pour l'adoption d'un enfant par le partenaire représentent un progrès important. Cependant, la protection juridique complète n'est obtenue qu'à la fin d'une procédure d'adoption qui reste relativement complexe. Ces enfants restent des enfants de "seconde classe" et n'ont pas la même protection que les autres enfants. **Il est donc nécessaire, dans l'intérêt de l'enfant, de la sécurité juridique et de l'égalité, que tous les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun et nés au sein d'une relation stable puissent, dès le début, avoir deux parents légaux.** Cela est fondamental pour garantir la sécurité juridique de l'enfant et de la famille, car l'établissement de la filiation implique des droits essentiels tels que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, la pension alimentaire, les prestations d'assurance sociale, les droits successoraux ou fiscaux.

Une procédure d'adoption, même simplifiée, reste une lourde charge pour les personnes concernées et entraîne le fait que l'enfant n'est pas dès le début entièrement protégé (avec deux parents). En outre, comme mentionné dans le nouvel article 264bis CC, d'autres conditions doivent être remplies pour qu'une adoption puisse avoir lieu, notamment celle selon laquelle le couple doit vivre ensemble depuis au moins trois ans, ce qui n'est pas toujours le cas.

Il est urgent et important de procéder à d'autres ajustements pour améliorer la situation des familles arc-en-ciel.

Nous vous prions de bien vouloir prendre en compte nos préoccupations dans le cadre de la poursuite de la procédure législative et d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Camille Beziane
Président-e des Klamydia's

C. Beziane



Lesbenorganisation Schweiz
Organisation suisse des lesbiennes
Organizzazione svizzera delle lesbiche

Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

Zürich, 14.10.2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches: Erleichterung Stiefkindadoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterung Stiefkindadoption) Stellung nehmen zu können.

Die Lesbenorganisation Schweiz LOS ist der Schweizer Dachverband für Lesben, Bisexuelle und queere Frauen. Die LOS setzt sich dafür ein, dass frauenliebende Frauen in der Schweiz sichtbar und gleichberechtigt sind. Wir engagieren uns insbesondere für Gleichstellung und für den Schutz vor Diskriminierung. Im Bereich des Familienrechts setzen wir uns ein für die Rechte von Regenbogenfamilien und für die rechtliche Gleichstellung aller Familienformen unabhängig von der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität der Eltern. Ein zentrales Anliegen ist der umfassende Schutz von Kindern in Regenbogenfamilien und damit verbunden die Möglichkeit eines Kindsverhältnisses zu 2 Elternteilen ab Geburt.

A. Allgemeine Bemerkungen

Die LOS erachtet eine Revision der Regeln über die Stiefkindadoption als dringend notwendig und begrüsst grundsätzlich die vorliegende Revision.

Das **geltende Recht ist für Situationen konzipiert**, in der eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung ihrer Partnerin oder ihres Partners stammt. Voraussetzung dafür ist, dass das Paar seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt und die adoptionswillige Person während mindestens eines Jahres für Pflege und Erziehung des Kindes gesorgt hat. Es müssen weitreichende und zeitaufwändige Abklärungen getroffen werden, bevor eine Adoption ausgesprochen werden kann.

Die **Motion 22.3382 RK-N «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption»** hat andere Konstellationen im Fokus. Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, eine Revisionsvorlage vorzulegen für Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende oder im Rahmen eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland (inklusive Leihmutterschaft) gezeugt wurde. Das Kind wird in solchen Konstellationen im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und lebt ab Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person zusammen.



Das **geltende Adoptionsrecht wird diesen Konstellationen nicht gerecht**. Dies gilt insbesondere für die lange Dauer, bis die Stiefkindadoption ausgesprochen wird. Das einjährige Pflegeverhältnis und das Adoptionsverfahren beanspruchen in der Regel 2 bis 3 Jahre, während der das Kind nicht vollumfänglich abgesichert ist, weil es nur einen rechtlichen Elternteil hat. Für die betroffenen Familie ist dies eine grosse und unnötige Belastung. Die aktuelle Praxis der Adoptionsverfahren – die kantonal sehr unterschiedlich gehandhabt wird – wird von Regenbogenfamilien als unpassend, langwierig und sehr belastend erlebt.

Vorgeschlagen wird mit der **vorliegenden Revision**, dass künftig in solchen Konstellationen auf das Erfordernis des Pflegejahrs verzichtet wird. Die Adoption soll erfolgen können, sobald der gemeinsame Haushalt des Paares drei Jahre gedauert hat. Das Adoptionsgesuch kann dabei bereits eingereicht werden, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Zudem soll die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren soll möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden.

Die LOS unterstützt die vorgesehenen Erleichterungen der Adoption des Kindes durch den Partner oder die Partnerin. Sie stellen eine eminent wichtige Verbesserung für Regenbogenfamilien dar.

Die LOS nimmt die Revisionsvorlage aber auch zum Anlass, **weitere Verbesserungen** anzuregen: Wichtig wäre de lege ferenda eine originäre Elternschaft aller bei der Geburt zusammenlebenden Wunscheltern, d.h. insbesondere auch bei der privaten Samenspende oder bei fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland (vgl. dazu die nachstehenden Ausführungen unter lit. C).

B. Bemerkungen zum Entwurf

1. Art. 264c^{bis} ZGB (erleichterte Stiefkindadoption)

Auch wenn es im erläuternden Bericht kaum explizit erwähnt wird, wird **die neue Regelung mehrheitlich auf Regenbogenfamilien Anwendung finden**. Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Eheleichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt – unabhängig der tatsächlichen genetischen Abstammung. Sie sind in Fällen, in denen das Kind in eine gelebte Paarbeziehung geboren wird, nicht auf ein Adoptionsverfahren angewiesen. Seit der Einführung der Ehe für alle gilt auch die Ehefrau der Mutter als der «andere Elternteil», sofern das Kind nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde (Art. 255 a Abs. 1 ZGB), wobei die Informationen über den Samenspender zentral hinterlegt sind. **In allen anderen Konstellationen von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** gilt die Partnerin bzw. der Partner nicht als 2. Elternteil, auch wenn das Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird.



Zur Anwendung kommen wird die neue Regelung demnach insbesondere für Konstellationen, in denen ein Kind in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mittels privater Samenspende oder eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurde. Die LOS begrüsst es, dass mit der vorliegenden Revision ein weiterer Artikel ins Adoptionsrecht eingefügt werden soll, welcher **für derartige Konstellationen in einer eigenen Bestimmung eine «erleichterte Stiefkindadoption» vorsieht.**

Gemäss geltenden Recht (Art. 264 Abs. 1 ZGB) muss die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind grundsätzlich während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben, bevor ein Adoptionsgesuch gestellt werden kann. Diese Bestimmung ergibt keinen Sinn in Konstellationen, in denen Wunscheltern von Anfang an gemeinsam mit dem Kind zusammenleben.

Das Kind wird zwar in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren, hat aber im Zeitpunkt der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Solange in solchen Fällen eine gemeinsame Elternschaft ab Geburt nicht möglich ist, ist der Partner bzw. die Partnerin darauf angewiesen, das Rechtsverhältnis zum Kind auf dem Wege der Stiefkindadoption herzustellen. In solchen Konstellationen soll die **Begründung des Kindsverhältnisses zum Wunschelternanteil möglichst zeitnah zur Geburt** und ohne unnötige Hürden erfolgen. Aus Gründen des Kindeswohls und der Rechtssicherheit besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer raschen Begründung des Kindsverhältnis auch zum zweiten Elternteil.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass in diesen Fällen auf das Erfordernis des einjährigen Pflegeverhältnisses verzichtet werden soll, zumal die Pflegezeit in diesen Konstellationen keinen Mehrwert bringt, sondern die optimale Absicherung des Kindes nur unnötig verzögert. Zu bedenken ist, dass die Wunscheltern durch die unsichere Rechtssituation bis zur Adoption nach geltendem Recht sehr belastet sind, was ebenfalls nicht im Interesse der Familie und des Kindeswohls ist. Die vorgesehene Erleichterung stellt eine **wichtige Verbesserung der rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien** dar.

Nicht erforderlich ist in derartigen Konstellationen eine Mindestdauer des gemeinsamen Haushaltes. **Auf die Mindestdauer von 3 Jahren sollte verzichtet werden.** Bei Paaren, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder noch nicht lange zusammenwohnen, soll die doppelte Elternschaft und damit der optimale Schutz des Kindes nicht unnötig um mehrere Jahre verzögert werden. Die Situation eines gemeinsamen Wunschkindes, das in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wird, unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von einer heterosexuellen Konkubinatsbeziehung, in der die Anerkennung des Kindes nicht an einen gemeinsamen Wohnsitz geknüpft ist. Bei herkömmlichen Stiefkindadoptionen erscheint das Erfordernis eines 3-jährigen gemeinsamen Haushalts hingegen sinnvoll, weil gewährleistet sein soll, dass die Beziehung zum aus einer früheren Beziehung stammenden Kind des Partners oder der Partnerin eine hinreichende Stabilität aufweist. In den vorliegend anvisierten Konstellationen ist dies jedoch nicht nötig.



2. Art. 266 Abs. 3 und 267 Abs. 2 Ziffer 4 ZGB (Adoption einer volljährigen Person)

Diese Bestimmung betrifft die Erwachsenenadoption. Sie bezieht sich nicht spezifisch auf Fälle der erleichterten Stiefkindadoption, sondern auf alle Fälle von Stiefkindadoptionen. Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, dass bei der Adoption nach der Volljährigkeit vom Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes des Elternteils und der adoptionswilligen Person abgesehen werden kann. Volljährige Personen sind nicht mehr zwingend auf das Bestehen eines gemeinsamen Haushalts und die Bindung von Elternteil und Stiefelternteil angewiesen.

Die vorgesehene Ergänzung in Art. 267 Abs. 3 Ziffer 4 ZGB erscheint sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die Adoption eines erwachsenen Stiefkindes auch möglich sein soll, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder der gemeinsame Haushalt aufgehoben wurden.

3. Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB (Verfahren)

Im Interesse einer zeitnahen rechtlichen Absicherung des Kindes durch zwei Elternteile ist es auch sinnvoll und zu begrüßen, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption bereits eingereicht werden kann, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Damit wird ermöglicht, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption auch dann zeitnah nach der Geburt des Kindes eingereicht werden kann, wenn das Paar erst im Verlauf des ersten Lebensjahres des Kindes die Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllt.

Sehr zu begrüßen ist auch die Möglichkeit, dass ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden kann. Damit wird den zuständigen Behörden sinnvollerweise ein gewisses Ermessen eingeräumt etwa in Fällen, in denen das Paar aus beruflichen oder ausländerrechtlichen Gründen nicht zusammenwohnen kann, oder sich das Paar vor Abschluss des Adoptionsverfahrens trennt.

4. Art. 268 Abs. 3 ZGB (Verfahren)

Die Revisionsvorlage sieht vor, dass die zuständige Behörde bei einer erleichterten Stiefkindadoption die Untersuchung beschränkt und das Verfahren so vereinfacht, dass innert 6 Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindsverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Im erläuternden Bericht (Seite 18) wird konkretisierend ausgeführt, dass insbesondere eine umfassende Eignungsabklärung mit Sozialberichten unterbleiben könne. Die Untersuchung solle sich auf Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. In der Regel genüge dafür der behördliche Strafregisterauszug und eine Anfrage an die KESB. Gleichzeitig könne auch auf die Würdigung der Einstellung der Nachkommen der adoptionswilligen Person verzichtet werden.



Diesen Ausführungen im erläuternden Bericht kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Es ist zu begrüßen, dass die signifikanten Unterschiede von Kindern, die in die Familie hineingeboren werden, im Vergleich zu herkömmlichen Stiefkindadoptionen endlich anerkannt werden. **Die vorgesehenen Vereinfachungen bei der Untersuchung sind sachgerecht und wichtig.**

Die Erfahrung mit der Stiefkindadoption in Regenbogenfamilien zeigen in der Tat sehr klar, dass das bisherige Verfahren der Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 23 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Demgegenüber können verschiedengeschlechtliche Paare die rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen.

In gewissen Kantonen dauert das Adoptionsverfahren aktuell bis zu 2 Jahren. Allein mit der Abschaffung des Erfordernisses der einjährigen Pflegezeit wäre die angestrebte zeitnahe rechtliche Absicherung der Familie nicht sichergestellt. **Eine Beschränkung der Verfahrensdauer auf 6 Monate ist ein grosser Fortschritt für die betroffenen Familien.**

Es stellt eine massive Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar, wenn das Adoptionsverfahren im vorgesehenen Sinne vereinfacht und beschleunigt wird. Diese Neuerung ist aus Sicht der LOS ebenso wichtig wie der Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis.

5. Schlusstitel Art. 12b^{bis}

In der neuen Übergangsbestimmung wird festgehalten, dass das neue Recht auf hängige Adoptionsverfahren Anwendung finden soll. Diese Neuerung wird ebenfalls begrüsst. Sie ermöglicht, dass die erleichterte Stiefkindadoption und insbesondere das vorgesehene vereinfachte Verfahren möglichst schnell umgesetzt werden. Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt wurden, erhalten innert kürzerer Zeit einen zweiten rechtlichen Elternteil und werden damit schneller abgesichert.



C. Weitere nötige Verbesserungen für Regenbogenfamilien

Gemäss geltendem Recht - und auch mit der vorgesehenen Gesetzesrevision - werden Familien - je nach Art der Zeugung des Kindes – nach wie vor unterschiedlich behandelt.

Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelechtsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt. Bei verheirateten Frauenpaaren mit einem Kind, das nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde, geniesst das Kind ebenfalls ab Geburt vollen rechtlichen Schutz und verfügt über 2 Elternteile. Kinder in Regenbogenfamilien, die mittels einer privaten Samenspende oder mittels eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurden, haben indessen - heute und auch nach Umsetzung der vorliegenden Revisionsvorlage - bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil.

Die mit der Revisionsvorlage vorgesehenen Erleichterungen bei der Stiefkindadoption stellen zwar einen wichtigen Fortschritt dar. Der volle rechtliche Schutz wird jedoch erst am Ende des - gleichwohl aufwändigen - Adoptionsverfahrens erreicht. Solche Kinder bleiben Kinder 2. Klasse und geniessen nicht denselben Schutz wie alle anderen Kinder. Anzustreben ist daher - im Sinne des Kindeswohls, der Rechtssicherheit und der Gleichstellung - dass **alle Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren werden, von Anfang an zwei rechtliche Elternteile haben können**. Für die Absicherung des Kindes und der Familie ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

Ein Adoptionsverfahren ist - auch wenn es vereinfacht wird - eine erhebliche Belastung für die Betroffenen und hat zur Folge, dass das Kind nicht von Anfang optimal (mit 2 Elternteilen) abgesichert ist. Auch müssen - wie im neuen Art. 264c^{bis} ZGB erwähnt - die übrigen Voraussetzungen einer Adoption, insbesondere die Voraussetzung, dass das Paar seit mindestens 3 Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt, im Zeitpunkt der Adoption erfüllt sein, was nicht immer der Fall ist.

Es ist dringend und wichtig, dass weitere Anpassungen zur Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien erfolgen.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Nadja Herz, CO-Präsidentin LOS



network | postfach | CH-8031 zürich

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Herr Bundesrat Beat Jans

Bundeshaus West

CH-3003 Bern

Elektronisch an zz@bj.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2024

Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches: Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
sehr geehrte Damen bis Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterung Stiefkindadoption) Stellung nehmen zu dürfen.

Wir sind eine Vereinigung schwuler und bisexueller Männer*, die mit ihrem Engagement Verantwortung übernehmen. Gemeinsam bilden wir die Schweizer Organisation network und setzen uns als Führungskräfte ein für Offenheit, Respekt, soziale Vielfalt, Inklusion und Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft. network bietet uns ein Kontaktnetz und ermöglicht Begegnungen zur persönlichen und beruflichen Entwicklung. Durch die Kompetenz der Mitglieder engagiert sich network in Fragen rund um LGBTI-Themen aus den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft und Soziales. Einige unserer Mitglieder sind Eltern und leben in unterschiedlichen Konstellationen als sogenannte Regenbogenfamilien oder haben einen Kinderwunsch. Entsprechend sind unsere Mitglieder von Gesetzesänderung direkt oder indirekt betroffen.

A. Allgemeine Bemerkungen

network erachtet eine Revision der Regeln über die Stiefkindadoption als dringend notwendig und begrüsst grundsätzlich die vorliegende Revision.

Das geltende Recht ist für Situationen konzipiert, in der eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung ihres*ihres Partner*in stammt. Voraussetzung dafür ist, dass das Paar seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt und die adoptionswillige Person während mindestens eines Jahres für Pflege und Erziehung des Kindes gesorgt hat. Es müssen weitreichende und zeitaufwändige Abklärungen getroffen werden, bevor eine Adoption ausgesprochen werden kann.



Die Motion 22.3382 RK-N «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption» hat andere Konstellationen im Fokus. Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, eine Revisionsvorlage vorzulegen für Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende oder im Rahmen

eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland (inklusive Leihmutterschaft) gezeugt wurde. Das Kind wird in solchen Konstellationen im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und lebt ab Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person zusammen.

Das geltende Adoptionsrecht wird diesen Konstellationen nicht gerecht. Dies gilt insbesondere für die lange Dauer, bis die Stiefkindadoption ausgesprochen wird. Das einjährige Pflegeverhältnis und das Adoptionsverfahren beanspruchen in der Regel 2 bis 3 Jahre, während der das Kind nicht vollumfänglich abgesichert ist, weil es nur einen rechtlichen Elternteil hat. Für die betroffene Familie ist dies eine grosse und unnötige Belastung. Die aktuelle Praxis der Adoptionsverfahren – die zudem kantonale sehr unterschiedlich gehandhabt wird – wird von unseren Mitgliedern, die in einer Regenbogenfamilien leben oder einen Kinderwunsch haben, als unpassend, langwierig und sehr belastend erlebt.

Vorgeschlagen wird mit der **vorliegenden Revision**, dass künftig in solchen Konstellationen auf das Erfordernis des Pflegejahrs verzichtet wird. Die Adoption soll erfolgen können, sobald der gemeinsame Haushalt des Paares drei Jahre gedauert hat. Das Adoptionsgesuch kann dabei bereits eingereicht werden, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Zudem soll die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren soll möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden.

Network unterstützt die vorgesehenen Erleichterungen der Adoption des Kindes durch den*die Partner*in. Sie stellen eine eminent wichtige Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar.

Network nimmt die Revisionsvorlage aber auch zum Anlass, **weitere Verbesserungen** anzuregen: Wichtig wäre de lege ferenda eine originäre Elternschaft aller bei der Geburt zusammenlebenden intentionalen Eltern, d.h. insbesondere auch bei der privaten Samenspende oder bei fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland (vgl. dazu die nachstehenden Ausführungen unter lit. C).

B. Bemerkungen zum Entwurf

Art. 264c^{bis} ZGB (erleichterte Stiefkindadoption)

Auch wenn es im erläuternden Bericht kaum explizit erwähnt wird, wird **die neue Regelung mehrheitlich auf Regenbogenfamilien Anwendung finden**. Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt – unabhängig der tatsächlichen genetischen Abstammung. Sie sind in Fällen, in denen das Kind in eine gelebte Paarbeziehung geboren wird, nicht auf ein Adoptionsverfahren angewiesen. Seit der Einführung der Ehe für alle gilt auch die Ehefrau der Mutter als der «andere Elternteil», sofern das Kind nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende in der Schweiz gezeugt wurde (Art. 255 a Abs. 1 ZGB), wobei die Informationen über den Samen-



spender zentral hinterlegt sind. **In allen anderen Konstellationen von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** gilt der*die Partner*in nicht als 2. Elternteil, auch wenn das Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird.

Zur Anwendung kommen wird die neue Regelung demnach insbesondere für Konstellationen, in denen ein Kind in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mittels privater Samenspende oder eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurde. Network begrüsst es, dass mit der vorliegenden Revision ein weiterer Artikel ins Adoptionsrecht eingefügt werden soll, welcher **für derartige Konstellationen in einer eigenen Bestimmung eine «erleichterte Stiefkindadoption» vorsieht.**

Gemäss geltendem Recht (Art. 264 Abs. 1 ZGB) muss die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind grundsätzlich während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben, bevor ein Adoptionsgesuch gestellt werden kann. Diese Bestimmung ergibt keinen Sinn in Konstellationen, in denen Wunschertern von Anfang an gemeinsam mit dem Kind zusammenleben.

Das Kind wird zwar in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren, hat aber im Zeitpunkt der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Solange in solchen Fällen eine gemeinsame Elternschaft ab Geburt nicht möglich ist, ist der*die Partner*in darauf angewiesen, das Rechtsverhältnis zum Kind auf dem Wege der Stiefkindadoption herzustellen. In solchen Konstellationen soll die **Begründung des Kindsverhältnisses zum Wunscherternteil möglichst zeitnah zur Geburt** und ohne unnötige Hürden erfolgen. Aus Gründen des Kindeswohls und der Rechtssicherheit besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer raschen Begründung des Kindsverhältnis auch zum zweiten Elternteil.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass in diesen Fällen auf das Erfordernis des einjährigen Pflegeverhältnisses verzichtet werden soll, zumal die Pflegezeit in diesen Konstellationen keinen Mehrwert bringt, sondern die optimale Absicherung des Kindes nur unnötig verzögert. Zu bedenken ist, dass die Situation für intentionalen Eltern durch die unsichere Rechtssituation bis zur Adoption nach geltendem Recht sehr belastet ist, was ebenfalls nicht im Interesse der Familie und des Kindeswohls ist. Die vorgesehene Erleichterung stellt eine **wichtige Verbesserung der rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien** dar.

Nicht erforderlich ist in derartigen Konstellationen eine Mindestdauer des gemeinsamen Haushaltes. **Auf die Mindestdauer von 3 Jahren ist zu verzichten.** Bei Paaren, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder noch nicht lange zusammenwohnen, soll die doppelte Elternschaft und damit der optimale Schutz des Kindes nicht unnötig um mehrere Jahre verzögert werden. Die Situation eines gemeinsamen Wunschkindes, das in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wird, unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von einer verschiedengeschlechtlichen Konkubinatsbeziehung, in der die Anerkennung des Kindes nicht an einen gemeinsamen Wohnsitz geknüpft ist.

Art. 266 Abs. 3 und 267 Abs. 2 Ziffer 4 ZGB (Adoption einer volljährigen Person)

Diese Bestimmung betrifft die Erwachsenenadoption. Sie bezieht sich nicht spezifisch auf Fälle der erleichterten Stiefkindadoption, sondern auf alle Fälle von Stiefkindadoptionen. Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, dass bei der Adoption nach der Volljährigkeit vom Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes des Elternteils und der adoptionswilligen Person abgesehen werden kann.



Volljährige Personen sind nicht mehr zwingend auf das Bestehen eines gemeinsamen Haushalts und die Bindung von Elternteil und Stiefelternteil angewiesen.

Die vorgesehene Ergänzung in Art. 267 Abs. 3 Ziffer 4 ZGB erscheint sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die Adoption eines erwachsenen Stiefkindes auch möglich sein soll, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder der gemeinsame Haushalt aufgehoben wurden.

Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB (Verfahren)

Im Interesse einer zeitnahen rechtlichen Absicherung des Kindes durch zwei Elternteile ist es auch sinnvoll und zu begrüßen, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption bereits eingereicht werden kann, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Damit wird ermöglicht, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption auch dann zeitnah nach der Geburt des Kindes eingereicht werden kann, wenn das Paar erst im Verlauf des ersten Lebensjahres des Kindes die Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllt.

Sehr zu begrüßen ist auch die Möglichkeit, dass ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden kann. Damit wird den zuständigen Behörden sinnvollerweise ein gewisses Ermessen eingeräumt etwa in Fällen, in denen das Paar aus beruflichen oder ausländerrechtlichen Gründen nicht zusammenwohnen kann, oder sich das Paar vor Abschluss des Adoptionsverfahrens trennt.

Art. 268 Abs. 3 ZGB (Verfahren)

Die Revisionsvorlage sieht vor, dass die zuständige Behörde bei einer erleichterten Stiefkindadoption die Untersuchung beschränkt und das Verfahren so vereinfacht, dass innert 6 Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindsverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Im erläuternden Bericht (Seite 18) wird konkretisierend ausgeführt, dass insbesondere eine umfassende Eignungsabklärung mit Sozialberichten unterbleiben könne. Die Untersuchung solle sich auf Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. In der Regel genüge dafür der behördliche Strafregisterauszug und eine Anfrage an die KESB. Gleichzeitig könne auch auf die Würdigung der Einstellung der Nachkommen der adoptionswilligen Person verzichtet werden.

Diesen Ausführungen im erläuternden Bericht kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Es ist zu begrüßen, dass die signifikanten Unterschiede von Kindern, die in die Familie hineingeboren werden, im Vergleich zu herkömmlichen Stiefkindadoptionen endlich anerkannt werden. **Die vorgesehenen Vereinfachungen bei der Untersuchung sind sachgerecht und wichtig.**

Die Erfahrung mit der Stiefkindadoption in Regenbogenfamilien zeigen in der Tat sehr klar, dass das bisherige Verfahren der Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 23 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Demgegenüber können verschiedengeschlechtliche Paare die rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen.



In gewissen Kantonen dauert das Adoptionsverfahren aktuell bis zu 2 Jahren. Allein mit der Abschaffung des Erfordernisses der einjährigen Pflegezeit wäre die angestrebte zeitnahe rechtliche Absicherung der Familie nicht sichergestellt. **Eine Beschränkung der Verfahrensdauer auf 6 Monate ist ein grosser Fortschritt für die betroffenen Familien.**

Es stellt eine massive Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar, wenn das Adoptionsverfahren im vorgesehenen Sinne vereinfacht und beschleunigt wird. Diese Neuerung ist aus Sicht von Network ebenso wichtig wie der Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis.

Schlusstitel Art. 12b^{bis}

In der neuen Übergangsbestimmung wird festgehalten, dass das neue Recht auf hängige Adoptionsverfahren Anwendung finden soll. Diese Neuerung wird ebenfalls begrüsst. Sie ermöglicht, dass die erleichterte Stiefkindadoption und insbesondere das vorgesehene vereinfachte Verfahren möglichst schnell umgesetzt werden. Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt wurden, erhalten innert kürzerer Zeit einen zweiten rechtlichen Elternteil und werden damit schneller abgesichert.

C. Weitere nötige Verbesserungen für Regenbogenfamilien

Gemäss geltendem Recht - und auch mit der vorgesehenen Gesetzesrevision - werden Familien - je nach Art der Zeugung des Kindes – nach wie vor unterschiedlich behandelt.

Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt. Bei verheirateten Frauenpaaren mit einem Kind, das nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde, geniesst das Kind ebenfalls ab Geburt vollen rechtlichen Schutz und verfügt über 2 Elternteile. Kinder in Regenbogenfamilien, die mittels einer privaten Samenspende oder mittels eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurden, haben indessen - heute und auch nach Umsetzung der vorliegenden Revisionsvorlage - bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Dies betrifft insbesondere Männerpaare, welche eine Leihmutterschaft in den USA oder Kanada in Anspruch nehmen.

Die mit der Revisionsvorlage vorgesehenen Erleichterungen bei der Stiefkindadoption stellen zwar einen wichtigen Fortschritt dar. Der volle rechtliche Schutz wird jedoch erst am Ende des - gleichwohl aufwändigen - Adoptionsverfahrens erreicht. Solche Kinder bleiben Kinder 2. Klasse und geniessen nicht denselben Schutz wie **alle anderen Kinder. Anzustreben ist daher - im Sinne des Kindeswohls, der Rechtssicherheit und der Gleichstellung - dass alle Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren werden, von Anfang an zwei rechtliche Elternteile haben können.** Für die Absicherung des Kindes und der Familie ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

Ein Adoptionsverfahren ist - auch wenn es vereinfacht wird - eine erhebliche Belastung für die Betroffenen und hat zur Folge, dass das Kind nicht von Anfang optimal (mit 2 Elternteilen) abgesichert ist. Auch müssen - wie im neuen Art. 264c^{bis} ZGB erwähnt - die übrigen Voraussetzungen einer Adoption erfüllt sein.



Im Sinne der Gleichstellung ist es unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare zudem mindestens 3 Jahre einen gemeinsamen Haushalt vor der Stiefkindadoption führen müssen – währenddessen verschiedengeschlechtliche Paare keinen gemeinsamen Haushalt führen müssen, um ihr gemeinsames Kind anzuerkennen.

Es ist daher dringend und wichtig, dass diese ungerechtfertigte Ungleichbehandlung im vorliegenden Entwurf behoben wird. Zudem müssen weitere Anpassungen zur Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien erfolgen.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Andreas Künzler
Präsident network

Dyami Häfliger
Co-Leiter Politische Kommission network



Per E-Mail: zz@bj.admin.ch
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
CH-3000 Bern

Winterthur, 16. Oktober 2024

Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns im Rahmen des obengenannten Vernehmlassungsverfahrens zu äussern.

Kurz zu unserer Stiftung:

Die Stiftung bezweckt das Führen einer unabhängigen, nationalen und niederschweligen Ombudsstelle zur Stärkung der Kinderrechte. Auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-Behindertenkonvention, deren Zusatzprotokollen, weiteren Schutzbestimmungen, der nationalen Gesetze sowie der Leitlinien des Europarates für eine kindgerechte Justiz berät und informiert sie Kinder und Jugendliche in der Schweiz in Bezug auf ihre Rechte und vermittelt zwischen ihnen und beispielsweise Gerichten, Behörden, öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Organisationen, die mit der Betreuung von Kindern und Jugendlichen befasst sind. Sie prüft die individuelle Situation und spricht Empfehlungen aus. Sie leistet Präventionsarbeit zum nachhaltigen Schutz und zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, stärkt deren Partizipation und orientiert sich am übergeordneten Kindesinteresse. Die Stiftung stellt ihre Kompetenzen, ihr Wissen und ihre Erfahrung im Bereich Kinder- und Verfahrensrechte Fachpersonen, Bildungsinstitutionen, Gesetzgebungsorganen wie auch politischen Kreisen und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Zudem unterstützt sie Bund und Kantone in deren Sensibilisierungsarbeit zur Förderung eines kindgerechten Rechtssystems, informiert sie mittels Berichte und spricht Empfehlungen aus. Sie ist weisungsunabhängig, hat keine Parteistellung und keine Rechtsprechungsbefugnisse.

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz

📍 Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
☎ +41 (0) 52 260 15 55 | ✉ info@kinderombudsstelle.ch
www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto

Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

Position

Die Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz begrüsst grundsätzlich die Änderungen im ZGB für die erleichterte Stiefkindadoption und heisst es gut, dass das Thema angegangen wird. Es ist wichtig, dass möglichst alle Kinder gleich abgesichert sind und zwei rechtliche Elternteile haben. Ein zivilrechtlicher Ansatz ermöglicht die Notwendigkeit, kindgerechte Verfahren zu schaffen und Familien in ihrer heutigen Vielfalt zu unterstützen und dass adoptierte Kinder so früh wie möglich in einem gesicherten Umfeld aufwachsen dürfen. Dennoch sind wir nicht in allen Punkten vollständig überzeugt und sehen in wenigen Bereichen Verbesserungspotenzial.

Ausgangslage

Das heutige Adoptionsverfahren basiert noch auf einem traditionellen Verständnis von Familiengründung, bei dem ein Kind entweder zwei leibliche Eltern hat oder von einem neuen Partner eines Elternteils adoptiert wird. Auch Kinder, die im Rahmen des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FedMG) in der Schweiz gezeugt wurden, fallen unter diese Regelung. Es haben sich jedoch sowohl die Möglichkeiten der Familiengestaltung im Ausland als auch die Fortpflanzungsmedizin weiterentwickelt. Diese neuen Wege der Familienplanung erfordern eine Anpassung des Gesetzes. Um das Wohl des Kindes bestmöglich zu gewährleisten, muss das Gesetz den verschiedenen Familienmodellen und den individuellen Zeugungsmöglichkeiten gerecht werden, die auch im Ausland verfügbar sind, wie zum Beispiel Leihmutterschaft oder Samenspende.

Gesetzesvorschlag

1. Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis
 - a. Allgemein

Wir begrüssen ausdrücklich die geplante Änderung im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB), die den Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis bei der Stiefkindadoption vorsieht. Diese Anpassung stellt eine sinnvolle Erleichterung dar, die dem Wohl der betroffenen Kinder dient, indem sie den Adoptionsprozess für Stiefeltern beschleunigt und vereinfacht. Diese Anpassung ermöglicht eine schnellere und unkompliziertere rechtliche Absicherung. Durch die Beschleunigung des Adoptionsprozesses wird gewährleistet, dass

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz

📍 Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
☎ +41 (0) 52 260 15 55 | ✉ info@kinderombudsstelle.ch

www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto

Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

das Kind zügiger in den Genuss der Sicherheit kommt, zwei rechtliche Elternteile zu haben, die gemeinsam Verantwortung für sein Wohlergehen tragen. Diese Erleichterung trägt entscheidend dazu bei, Kindern ein stabiles und geschütztes Umfeld zu bieten, da in Abgrenzung der klassischen Stiefkindadoption nicht bereits zwei rechtliche Elternteile zu Beginn an vorhanden sind.

b. Wording

Grundsätzlich möchten wir anmerken, dass der Begriff „Pflegeverhältnis“ irreführend sein könnte. Dieser Begriff impliziert administrative Aufgaben oder die Verpflichtung, eine bestimmte Art von "Verhältnis" mit den Behörden zu pflegen, was nicht im Sinne der Regelung ist. Wir empfehlen, eine präzisere und weniger missverständliche Bezeichnung zu wählen, um Klarheit zu schaffen und Missverständnisse zu vermeiden.

2. Abstammungsrecht

In Anbetracht der geplanten Revision zum Abstammungsrecht (Mo. 22.3235, Zeitgemässes Abstammungsrecht) stellt sich die Frage, wie sinnvoll die hier zur Diskussion stehenden Anpassungen sind. Im erläuternden Bericht wird an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, dass der bevorstehenden Revision nicht vorgegriffen werden soll. Es ist zu verhindern, dass durch diese zwei getrennten Geschäfte ein «Flickenteppich» entsteht. Der Fokus auf punktuelle Erleichterungen für die Stiefkindadoption mag zwar kurzfristig pragmatisch erscheinen, doch eine umfassende Reform des Abstammungsrechts, die bereits in Arbeit ist, würde eine einheitlichere und klarere Regelung schaffen.

Anstatt den Prozess zu fragmentieren, wäre es sinnvoll, die Reform des Abstammungsrechts abzuwarten und in diesem Rahmen eine ganzheitliche Lösung zu implementieren. Dies würde nicht nur zu einer einfacheren Adoption führen, sondern auch das Abstammungsrecht stärker einbinden, indem klare und konsistente Regelungen für diverse Familienkonstellationen geschaffen werden, wie es der aktuellen gesellschaftlichen Realität entspricht. Damit könnten Widersprüche und Unsicherheiten sowie unnötige politische Diskussionen vermieden werden, die durch parallele Gesetzesänderungen entstehen könnten.

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz

📍 Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
☎ +41 (0) 52 260 15 55 | ✉ info@kinderombudsstelle.ch

www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto

Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

Es erscheint sinnvoller, das grosse Ziel im Auge zu behalten, anstatt schrittweise Anpassungen vorzunehmen, die möglicherweise später durch eine umfassende Abstammungsrechtsreform revidiert werden müssen

3. Einreichung des Adoptionsgesuchs vor Erfüllung sämtlicher Adoptionsvoraussetzungen

Wir begrüssen ausdrücklich die Möglichkeit, das Adoptionsgesuch bereits vor Erfüllung sämtlicher Adoptionsvoraussetzungen einreichen zu können. Diese Flexibilisierung trägt dazu bei, den Adoptionsprozess zu beschleunigen und vermeidet unnötige Verzögerungen, insbesondere in Fällen, in denen alle wesentlichen Voraussetzungen absehbar sind, aber noch nicht formal erfüllt wurden.

Ausserdem begrüssen wir die Ausnahmeregelung in Art. 268 Abs. 2bis VE-ZGB ausdrücklich, bei welcher mittels begründeten Antrags vom Erfordernis des noch bestehenden gemeinsamen Haushaltes im Zeitpunkt der Einreichung des Adoptionsgesuchs abgesehen werden kann. Sie stellt sicher, dass Kinder nicht nur aufgrund einer Trennung der Eltern mit nur einem rechtlichen Elternteil zurückbleiben. Diese Regelung trägt entscheidend dazu bei, dass das Kindeswohl im Vordergrund steht, indem sie eine flexible und auf die individuellen Umstände angepasste rechtliche Absicherung ermöglicht. So wird vermieden, dass das Fehlen eines gemeinsamen Haushalts nach einer Trennung dem Kind einen zweiten rechtlichen Elternteil verwehrt. Wir befürworten hier die Idee einer Elternvereinbarung, die im Abstammungsrecht diskutiert wird.

4. Beschränkung und Vereinfachung der Eignungsabklärung

Wir begrüssen die Beschränkung und Vereinfachung der Eignungsabklärung, da dies eine schnellere rechtliche Absicherung des Kindes ermöglicht. So kann das Kind früher zwei rechtliche Elternteile haben, was entscheidend für seine finanzielle und rechtliche Absicherung ist.

Wir heissen es gut, dass weiterhin ein Strafregisterauszug eingeholt wird und eine Anfrage bei der KESB durchgeführt wird. Dadurch wird gewährleistet, dass das Wohl des Kindes im

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz

📍 Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
☎ +41 (0) 52 260 15 55 | ✉ info@kinderombudsstelle.ch

www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto

Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

Vordergrund steht und eine gewisse Sicherheit besteht, dass das Kind in guten Händen ist und keinen Gefahren ausgesetzt ist.

Zu bedenken ist jedoch, dass das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung sehr hochzugewichtet ist und auch in diesem Prozess sichergestellt werden muss. Der vereinfachte Prozess könnte dazu führen, dass das Bewusstsein für die Bedeutung der Abstammung des Kindes und die Notwendigkeit, das Kind darüber zu informieren, in den Hintergrund rückt. Es ist unerlässlich, dass festgehalten wird, dass das Kind zwingend über seine Abstammung informiert wird oder Zugang zu diesen Informationen erhält. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Kind in der Lage ist, seine Herkunft zu verstehen, was für seine Identitätsbildung und psychologische Gesundheit von großer Bedeutung ist.

Wir fordern daher, dass trotz der Vereinfachung des Adoptionsprozesses eine verpflichtende Beratung und eine klare Sicherstellung der Informationsweitergabe zur Abstammung bestehen bleibt.

5. Absehen von gemeinsamem Haushalt bei Stiefkindadoption im Erwachsenenalter

Da unser Fokus auf Kindern liegt, haben wir uns in unserer Expertise nicht eingehend mit der Thematik der Stiefkindadoption im Erwachsenenalter befasst. Nach sorgfältiger Lektüre des Berichts begrüssen wir jedoch diese Änderung.

6. Weitere Anmerkung

Allgemein möchten wir anmerken, dass wir die Zustimmung und Anhörung des Kindes bei einer (Stiefkind-)Adoption als äusserst wichtig erachten. In Art. 265 ZGB ist die Zustimmung bei Urteilsfähigkeit bereits festgehalten, wobei wir eine Anhörung und gegebenenfalls Zustimmung des Kindes in jedem Fall als notwendig erachten.

Fazit

Wir begrüssen es sehr, dass die Thematik behandelt wird, jedoch müssen noch einige wenige Änderungen beachtet werden.

Für die Berücksichtigung unserer Standpunkte danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz



Katja Cavalleri Hug
lic.iur.
Stv. GF, Leiterin Fachbereiche
Beratung und Expertise



Corina Ringli
MLaw
Juristische Mitarbeiterin
Beratung und Expertise

Par e-mail uniquement

Monsieur Beat JANS
Conseiller fédéral
Département fédéral de justice et de police
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Genève, le 16 octobre 2024

Modification du Code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire) – procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

L'Ordre des avocats de Genève (ODAGE) est une association de droit privé qui représente la profession d'avocat à Genève, en Suisse et à l'étranger. La Commission des droits de l'enfant de l'ODAGE a notamment pour vocation d'œuvrer au respect de la Convention internationale des droits de l'enfant et de s'investir dans les actions visant au respect de leurs droits.

C'est à ce titre que l'ODAGE, par sa Commission des droits de l'enfant, vous adresse la présente prise de position dans le cadre de la procédure de consultation en lien avec le projet de modification du Code civil sur le droit de l'adoption, intitulé « Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire ».

Il ressort du Rapport explicatif à l'ouverture de la procédure de consultation que cette adoption facilitée viserait l'enfant du conjoint ou du partenaire conçu grâce à un don de sperme privé, un don de sperme éventuellement anonyme, ou d'autres méthodes de procréation médicalement assistée autorisées à l'étranger, y compris la gestation pour autrui, et qui vit dès sa naissance avec un parent légal et l'autre parent d'intention. En vue de la facilitation de l'adoption, le Conseil Fédéral prévoit ainsi qu'il soit renoncé à la condition du lien nourricier d'un an, et souhaite limiter à six mois le délai pour l'ensemble de la procédure d'adoption.

L'ODAGE soutient le projet de modification du Code civil.

En effet, la Suisse est partie à la Convention des droits de l'enfant du 20 novembre 1989 (CDE), qu'elle a ratifiée le 24 février 1997. Cette Convention prévoit à son article 3 que dans toutes les décisions qui concernent les enfants, qu'elles soient le fait des institutions publiques ou privées de protection sociale, des tribunaux, des autorités administratives ou des organes législatifs, l'intérêt supérieur de l'enfant doit être une considération primordiale. L'article 7 de la CDE prévoit quant à lui que l'enfant est enregistré aussitôt à sa naissance et a dès celle-ci le droit à un nom, le droit d'acquérir une nationalité et, dans la mesure du possible, le droit de connaître ses parents et d'être élevé par eux.

La Suisse est également partie à la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 (CEDH), qu'elle a ratifiée le 28 novembre 1974. L'article 8 de la CEDH prévoit que toute personne a droit au respect de sa vie privée et familiale, de son domicile et de sa correspondance. Les ingérences de l'Etat à ce droit sont réglementées à l'alinéa 2 de cet article.

Dans son avis consultatif du 10 avril 2019, lequel concernait l'établissement de la filiation d'un enfant né par gestation pour autrui avec sa mère d'intention, la Cour européenne des droits de l'homme (Cour EDH) a considéré que les Etats devaient prévoir un mécanisme effectif d'établissement du lien de filiation, et que l'adoption, pour ce faire, était une voie acceptable, pour autant toutefois que ses conditions soient adaptées, et que ses modalités permettent une décision rapide, de sorte à éviter que l'enfant soit maintenu longtemps dans l'incertitude juridique quant à ce lien¹. Par incertitude juridique, la Cour EDH entend notamment le risque de ne pas accéder à la nationalité du parent d'intention, l'amointrissement des droits de l'enfant dans la succession du parent d'intention, la fragilité de la relation entre l'enfant et le parent d'intention en cas de séparation de ce dernier avec le parent légal ou en cas de décès de ce dernier, ou encore l'absence de protection de l'enfant en cas de refus du parent d'intention de le prendre en charge².

Par ailleurs, dans plusieurs de ses arrêts, la Cour EDH a eu l'occasion de statuer qu'une procédure d'adoption d'une durée de 4.1 mois ou de 4.7 mois était raisonnable³. La procédure d'adoption helvétique actuelle, pouvant durer plusieurs années, n'est ainsi pas manifestement pas compatible avec les exigences de la Cour EDH.

Au niveau suisse, le Tribunal fédéral a également, dans plusieurs arrêts, souligné qu'il appartenait aux autorités en charge de la procédure d'adoption, en présence d'enfants nés par gestation pour autrui, d'appliquer de manière généreuse et pragmatique les conditions du droit de l'adoption, ajoutant que la procédure ne devait pas être excessivement longue⁴.

Pour les motifs qui précèdent, L'ODAGE est d'avis que la modification envisagée par le Conseil fédéral va dans le sens du respect des obligations conventionnelles de la Suisse, et dans celui d'une meilleure protection de l'enfant ainsi que du respect de son intérêt supérieur. En effet, dite modification réduirait significativement la période d'incertitude juridique dans laquelle se trouverait l'enfant jusqu'au prononcé de son adoption par le conjoint ou le partenaire de son parent légal. A titre de comparaison, actuellement, la procédure d'adoption par le conjoint ou le partenaire du parent légal dure en effet généralement deux ans (comprenant la durée d'un an exigée pour le lien nourricier⁵), délai manifestement excessif et disproportionné, et donc non conforme aux exigences de la CEDH.

L'ODAGE s'interroge toutefois sur la nécessité du maintien de la condition de l'exigence de la durée de vie commune de trois ans du parent légal et de son conjoint ou partenaire. Dans la mesure où l'enfant vivra généralement avec le parent légal et l'autre parent d'intention dès sa naissance, l'impossibilité d'une adoption par ce dernier en l'absence de trois ans de vie commune apparaît en effet disproportionnée, dans la mesure où la venue au monde de l'enfant est généralement le résultat d'un projet commun des époux ou partenaires. En outre, cette condition place le parent légal en position de force vis-à-vis de l'autre parent. Enfin, l'absence d'un double lien de filiation avec le parent légal et le parent social placerait l'enfant dans une situation bancale et précaire, au regard de l'incertitude juridique mentionnée *supra*. L'ODAGE est ainsi d'avis que le nouveau

¹ Cour EDH, Avis consultatif relatif à la reconnaissance en droit interne d'un lien de filiation entre un enfant né d'une gestation pour autrui pratiquée à l'étranger et la mère d'intention, du 10 avril 2019, par. 54.

² Cour EDH, Avis consultatif relatif à la reconnaissance en droit interne d'un lien de filiation entre un enfant né d'une gestation pour autrui pratiquée à l'étranger et la mère d'intention, du 10 avril 2019, par. 40.

³ Cour EDH, arrêts C. et E. c. France, nos 1462/18 et 17348/18, par. 34ss et D. c. France, no 11288/18, par. 50ss, 38ss, 64.

⁴ TF 5A_545/2020 du 7 février 2022 ; TF 5A_32/2021 du 1^{er} juillet 2022.

⁵ Rapport explicatif relatif à l'ouverture de la procédure de consultation, « Modification du Code civil, Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire » du 26 juin 2024, p. 2.

droit devrait permettre qu'il soit dérogé, dans certaines situations, à l'exigence de la durée de vie commune de trois ans, ce dans l'intérêt de l'enfant, ou à tout le moins que cette durée de vie commune soit réduite.

L'ODAGE reste bien entendu à disposition pour toutes informations complémentaires que vous souhaiteriez obtenir.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments dévoués.



Camille LA SPADA-ODIER
Co-Présidente de la Commission
des droits de l'enfant



Sonia RYSER
Co-Présidente de la Commission
des droits de l'enfant



Sandrine GIROUD
Bâtonnière de l'Ordre des
avocats de Genève

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Eingereicht per Mail an:

zz@bj.admin.ch

Zürich, 15. Oktober 2024

Stellungnahme von PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz bezüglich Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz bedankt sich für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) Stellung zu nehmen.

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz ist ein Kompetenzzentrum für Fragen rund um Kinder in Pflege- und Adoptivfamilien. PACH bietet Bildung und Beratung für alle an einem Pflegeverhältnis oder einer Adoption Beteiligten. PACH bietet insbesondere auch Herkunftsberatung für adoptierte Personen und Personen, welche durch eine Samenspende oder eine andere fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, geboren sind. Die Umsetzung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung hat für PACH eine hohe Priorität. PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Rechte der betroffenen Kinder sichergestellt sind und sie geborgen aufwachsen können.

1. Allgemeine Bemerkungen zur beantragten Neuregelung

Die Motion 22.3382 verlangt eine Anpassung der Bestimmungen zur Stiefkindadoption, damit zwischen dem Kind und dem Wunschelalterteil rasch ein Kindesverhältnis begründet werden kann, sofern der rechtliche Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit dem Wunschelalterteil einen gemeinsamen Haushalt führt. Dazu soll die erleichterte Stiefkindadoption in einer eigenen ZGB-Bestimmung geregelt werden (Art. 264c^{bis} VE-ZGB). Zur Vereinfachung und Beschleunigung werden Anpassungen im Bereich der Adoptionsvoraussetzungen (Art. 264c^{bis} VE-ZGB) und des Adoptionsverfahrens (Art. 268 Abs. 2bis und Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB) vorgeschlagen. Zudem soll mit dem Absehen vom gemeinsamen Haushalt bei einer Stiefkindadoption im Erwachsenenalter auch Anpassungen bei der Erwachsenenadoption erfolgen (Art. 266 Abs. 3 und Art. 267 Abs. 3 Ziff. 4 VE-ZGB).

Der Vorlage ist zu entnehmen, dass dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung von Bundesrat und Parlament grosses Gewicht beigemessen wird. Neben dem Kindeswohl muss deshalb auch das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung Richtschnur sein bei der Beurteilung der aktuellen Vorlage.

2. Erleichterte Stiefkindadoption von Minderjährigen

Bei der Stiefkindadoption von Kindern, welche mit einer privaten Samenspende, mit einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurden, soll künftig auf das Erfordernis des Pflegejahres verzichtet werden (Art. 264c VE-ZGB). Zudem sollen die Eignungsabklärung in diesen Fällen vereinfacht und das Adoptionsverfahren möglichst innerhalb von sechs Monaten seit Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden (Art. 268a Abs. 3 VE-ZGB).

PACH begrüsst die allgemeine Stossrichtung einer erleichterten Stiefkindadoption, damit im Interesse der betroffenen Kinder möglichst rasch ein Kindesverhältnis zum Wunscherternteil begründet werden kann. Bei den vorgesehenen Erleichterungen und Vereinfachungen muss immer auch das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung mitgedacht werden. In Anbetracht dessen, dass eine Adoption in der Regel unwiderruflich ist, muss das Adoptionsverfahren stets mit grosser Sorgfalt durchgeführt werden.

2.1 Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis

Bei der klassischen Stiefkindadoption muss die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind grundsätzlich während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erweisen, bevor ein Adoptionsgesuch gestellt werden kann. Zudem muss ein gemeinsamer Haushalt von mindestens 3 Jahren mit dem Elternteil des Kindes bestehen. Diese Zeit ist sinnvoll, damit sich eine tragfähige Eltern-Kind-Beziehung entwickeln kann. Zudem hat ein solches Kind in der Regel einen zweiten Elternteil und ist rechtlich abgesichert. Es ist in diesem Kontext sorgfältig abzuklären, ob eine Stiefkindadoption dem Kindeswillen entspricht und ob das Kind die Tragweite einer Stiefkindadoption verstehen kann. Es sollte insbesondere geprüft werden, ob die Adoption nur angestrebt wird, um den abwesenden Elternteil auszugrenzen oder um Bedürfnisse der Eltern zu befriedigen.

Bei einem Kind, das mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren inklusive einer Leihmutterschaft, gezeugt wurde, ist die Situation in der Regel eine andere. Das Kind wird in eine bestehende gelebte Paarbeziehung geboren im Rahmen einer «gemeinsamen Familienplanung», verfügt aber nur über einen rechtlichen Elternteil ab Geburt. Es ist im Interesse des Kindes, möglichst rasch auch ein Kindesverhältnis zum Wunscherternteil zu begründen und damit einen zweiten rechtlichen Elternteil zu erhalten. Im Interesse des Kindes kann auf das einjährige Pflegeverhältnis verzichtet werden, wenn die anderen Voraussetzungen erfüllt sind.

2.2 Einreichung des Adoptionsgesuchs vor Erfüllung sämtlicher Adoptionsvoraussetzungen und Ausnahmeklausel

In den in der Vorlage beschriebenen Familienkonstellationen wurde das Kind in der Regel im Rahmen einer gemeinsamen Familienplanung gezeugt und lebt ab dem Zeitpunkt der Geburt mit der adoptionswilligen Person d. h. mit dem Wunscherternteil zusammen. PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz erachtet deshalb das Erfordernis des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre aus Kindeswohlperspektive nicht als sinnvoll. Ist das Kind nämlich im Rahmen eines «gemeinsamen Familienprojekts» geboren, dann ist es im Interesse des Kindes, dass es ein Kindesverhältnis zum Wunscherternteil begründen kann, auch wenn die Eltern noch nicht 3 Jahre in einem gemeinsamen Haushalt leben oder sich die Eltern trennen bevor sie das Erfordernis des gemeinsamen Haushalts während 3 Jahren erfüllen. Aus der Perspektive des Kindes ist es in diesen Konstellationen unerheblich, ob die Eltern bereits während 3 Jahren zusammengelebt haben oder nicht. PACH plädiert deshalb dafür, dass diese Voraussetzung gestrichen wird.

2.3 Beschränkung und Vereinfachung der Eignungsabklärung und Entscheid innert sechs Monaten

In der Vorlage ist vorgesehen, dass die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren möglichst innerhalb von sechs Monaten seit Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden. PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz begrüsst grundsätzlich eine Beschleunigung des Adoptionsverfahrens in den beschriebenen Konstellationen. In Bezug auf die vorgeschlagene Vereinfachung der Eignungsabklärung möchte PACH aber betonen, dass eine Adoption immer dem Wohl des Kindes entsprechen muss – unabhängig davon, ob es sich um eine klassische Stiefkindadoption oder eine erleichterte Stiefkindadoption handelt. Das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner eigenen Abstammung bildet Teil des Kindeswohls. Deshalb ist es wichtig, zusammen mit den Eltern Grundlagen zu schaffen, damit sie dieses Recht im Alltag auch tatsächlich umsetzen können. Neben der Feststellung des Sachverhalts und der Dokumentation des genetischen bzw. biologischen Elternteils ist es zentral, dass die (Wunsch)Eltern für die Bedürfnisse und Rechte des Kindes in Bezug auf seine genetische bzw. biologische Herkunft sensibilisiert sind. In der Praxis sieht PACH hier heute auch bei der klassischen Stiefkindadoption Herausforderungen. So gibt es Situationen, in welchen ein Kind bei einer (klassischen) Stiefkindabklärung (noch) nicht weiss, dass der Stiefelternteil nicht der leibliche Elternteil ist. Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sind hier zentral. Den Eltern muss vermittelt werden, dass ihr Kind das Recht hat zu wissen, wer seine Erzeuger sind. Zudem ist es wichtig, dass Eltern in diesem Prozess unterstützt werden können, damit sie das Kind in diesen Fragen adäquat begleiten können. Unseres Erachtens ist unklar, wer bei einer Annahme der Vorlage diese Aufgaben übernimmt. Die Vorlage will die Sozialabklärung auf die Untersuchung von Umständen beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. Dafür genügt gemäss Vorlage der behördliche Strafregisterauszug und eine Anfrage an die KESB. Keinen Bezug nimmt die Vorlage hier auf die Sicherstellung des Rechts des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung. Aus Sicht von PACH reicht dies keinesfalls aus. Der Umgang der Eltern mit der Herkunftsthematik und ihre Begleitung im Alltag muss zwingend Teil der Abklärung sein.

3. Absehen vom gemeinsamen Haushalt bei Stiefkindadoption im Erwachsenenalter

PACH begrüsst die vorgeschlagene Änderung bei Stiefkindadoptionen im Erwachsenenalter vom Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes abzusehen. Da erwachsene Stiefkinder in ihrer Beziehungsgestaltung zu ihren Eltern nicht von einem gemeinsamen Haushalt abhängig sind und ein gemeinsamer Haushalt von Elternteil und Stiefelternteil somit von untergeordneter Bedeutung ist, kann mit dem Absehen des gemeinsamen Haushaltes die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch ehemalige Stiefkinder vom einstigen Stiefelternteil im Rahmen einer Erwachsenenadoption adoptiert werden können. Diese Änderung eröffnet die Möglichkeit für verschiedene Konstellationen, die soziale Eltern-Kind-Bindung auch im Erwachsenenalter rechtlich abbilden zu können.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz



Barbara Gysi
Präsidentin



Cora Bachmann
Geschäftsleiterin



Seraina Berner Boadi-Attafuah
Juristische Mitarbeiterin

Stefan Thöni, Parkstrasse 7, 6312 Steinhausen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

13. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Vernehmlassungsantwort zur erleichterten Stiefkindadoption einreichen zu dürfen.

Allgemeines

Zunächst möchten wir betonen, dass wir für jede Erleichterung bei der selbstbestimmten Familienplanung aller Menschen sind und so auch die vorliegende Vorlage im Grundsatz begrüssen.

Jedoch sind wir der Auffassung, dass auch die vorliegende Vorlage bezüglich der Adoption zu viele unnötig bevormundende Regelungen bestehen lässt. Insbesondere tragen diese Regelungen der heutigen Realität mit vielen unterschiedlichen, vom Gesetzgeber nicht mehr zu enumerierenden, Familienmodellen nicht mehr Rechnung.

Beispielsweise verabreden sich heute Eltern zum Co-Parenting, ohne eine (romantische) Partnerschaft eingehen zu wollen¹. Dem trägt die infrage stehende Vorlage leider keine Rechnung.

Ebenso wenig wird berücksichtigt, dass viele Menschen heutzutage für eine Partnerschaft einen gemeinsamen Haushalt ebenso wenig als Voraussetzung sehen wie für eine gemeinsame Erziehung eines Kindes.

¹<https://de.wikipedia.org/wiki/Co-Parenting>

Zudem möchten wir infrage stellen, ob für ein Kind genau zwei Elternteile immer das Optimum sind. Wenn sich alle einig sind, dass zwei Elternteile regelmässig besser für das Kindeswohl sind als nur ein Elternteil, liegt es doch nahe, dass ein drittes oder sogar viertes Elternteil ebenso positiv sein können.

Adoption Minderjähriger

Im Sinne des Gedankens, dass Eltern in der Regel am besten wissen, was für ihr Kind das Beste ist, schlagen wir deshalb vor, dass das einzige Elternteil beziehungsweise alle bestehenden Elternteile zusammen mit einem willigen weiteren Elternteil und dem Kind, so es diesbezüglich urteilsfähig ist, jederzeit und ohne weitere Voraussetzungen ein zusätzliches Elternverhältnis begründen können. Für das Zivilstandsamt wäre nurmehr zu prüfen, ob das Kind urteilsfähig ist und ob die Zustimmung aller beteiligten vorliegt. Ein staatlicher Eingriff durch die KESB sollte die Ausnahme für den Fall eines das Kindeswohl gefährdenden Verhaltens der Erwachsenen bleiben.

Anderweitige Ehen oder Partnerschaften der beteiligten Personen stellen unserer Auffassung nach nicht per se ein Hindernis für eine Adoption dar. Jedoch sollte in diesem Fall auch die Zustimmung der jeweiligen (Ehe)partner zu Adoption vorliegen.

Erwachsenenadoption

Bei der Erwachsenenadoption muss in der Regel davon ausgegangen werden, dass die betroffene Person am besten weiss, mit welchem Menschen sie ein Kindsverhältnis haben möchte. Daher sollte sie dieses auch mit jeder anderen erwachsenen Person jederzeit und ohne weitere Voraussetzungen eingehen können. Grenze bildet selbstverständlich die diesbezügliche Urteilsfähigkeit. Dasselbe gilt für die Auflösung von Kindsverhältnissen.

Um einem Missbrauch vorzubeugen, könnten gewisse Wartefristen eingeführt werden, beispielsweise ein Jahr pro bereits bestehendem Elternteil für die Einrichtung eines neuen Kindsverhältnisses und zwei Jahre für die Aufhebung eines Kindsverhältnisses.

Auch sollte es einem erwachsenen Kind möglich sein, ein Kindsverhältnis, egal ob natürlich, gesetzlich oder gewillkürt zustande gekommen, einseitig aufzuheben. Auch hier sollte es eine Aufhebungsfrist von beispielsweise drei Jahren geben.

Freundliche Grüsse

Stefan Thöni



Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer*
Fédération suisse des hommes* gals et bi
Federazione svizzera degli uomini* gay e bi
Federaziun svizra dals umens* gay e bi

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2024

Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches: Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
sehr geehrte Damen bis Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterung Stiefkindadoption) Stellung nehmen zu dürfen.

Bei Pink Cross – dem nationalen Dachverband der schwulen und bi Männer* – sind über 2500 Einzelpersonen sowie über 50 Organisationen und Betriebe Mitglied. Somit vertritt Pink Cross mehrere Tausend schwule und bisexuelle Männer in der ganzen Schweiz. Wir engagieren uns insbesondere für Gleichstellung und für den Schutz vor Diskriminierung. Im Bereich des Familienrechts setzen wir uns ein für die Rechte von Regenbogenfamilien und für die rechtliche Gleichstellung aller Familienformen unabhängig von der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität der Eltern. Ein zentrales Anliegen ist der umfassende Schutz von Kindern in Regenbogenfamilien und damit verbunden die Möglichkeit eines Kindsverhältnis zu beiden intentionalen Elternteilen ab Geburt.

A. Allgemeine Bemerkungen

Pink Cross erachtet eine Revision der Regeln über die Stiefkindadoption als dringend notwendig und begrüsst grundsätzlich die vorliegende Revision.

Das **geltende Recht ist für Situationen konzipiert**, in der eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung ihres*ihres Partner*in stammt. Voraussetzung dafür ist, dass das Paar seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt und die adoptionswillige Person während mindestens eines Jahres für Pflege und Erziehung des Kindes gesorgt hat. Es müssen weitreichende und zeitaufwändige Abklärungen getroffen werden, bevor eine Adoption ausgesprochen werden kann.

Die **Motion 22.3382 RK-N «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption»** hat andere Konstellationen im Fokus. Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, eine Revisionsvorlage vorzulegen für Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende oder im Rahmen eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland (inklusive Leihmutterschaft) gezeugt wurde. Das Kind wird in solchen Konstellationen im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und lebt **ab Geburt** mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person zusammen.

Das **geltende Adoptionsrecht wird diesen Konstellationen nicht gerecht**. Dies gilt insbesondere für die lange Dauer, bis die Stiefkindadoption ausgesprochen wird. Das einjährige Pflegeverhältnis und das Adoptionsverfahren beanspruchen in der Regel 2 bis 3 Jahre, während der das Kind nicht vollumfänglich abgesichert ist, weil es nur einen rechtlichen Elternteil hat. Für die betroffenen Familie ist dies eine grosse und unnötige Belastung. Die aktuelle Praxis der Adoptionsverfahren – die zudem kantonal sehr unterschiedlich gehandhabt wird – wird von Regenbogenfamilien als unpassend, langwierig und sehr belastend erlebt.

Vorgeschlagen wird mit der **vorliegenden Revision**, dass künftig in solchen Konstellationen auf das Erfordernis des Pflegejahrs verzichtet wird. Die Adoption soll erfolgen können, sobald der gemeinsame Haushalt des Paares drei Jahre gedauert hat. Das Adoptionsgesuch kann dabei bereits eingereicht werden, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Zudem soll die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren soll möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden.

Pink Cross unterstützt die vorgesehenen Erleichterungen der Adoption des Kindes durch den*die Partner*in. Sie stellen eine eminent wichtige Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar.

Pink Cross nimmt die Revisionsvorlage aber auch zum Anlass, **weitere Verbesserungen** anzuregen: Wichtig wäre de lege ferenda eine originäre Elternschaft aller bei der Geburt zusammenlebenden intentionalen Eltern, d.h. insbesondere auch bei der privaten Samenspende oder bei fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland (vgl. dazu die nachstehenden Ausführungen unter lit. C).

B. Bemerkungen zum Entwurf

Art. 264c^{bis} ZGB (erleichterte Stiefkindadoption)

Auch wenn es im erläuternden Bericht kaum explizit erwähnt wird, wird **die neue Regelung mehrheitlich auf Regenbogenfamilien Anwendung finden**. Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt – unabhängig der tatsächlichen genetischen Abstammung. Sie sind in Fällen, in denen das Kind in eine gelebte Paarbeziehung geboren wird, nicht auf ein Adoptionsverfahren angewiesen. Seit der Einführung der Ehe für alle gilt auch die Ehefrau der Mutter als der «andere Elternteil», sofern das Kind nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende in der Schweiz gezeugt wurde (Art. 255 a Abs. 1 ZGB), wobei die Informationen über den Samenspender zentral hinterlegt sind. **In allen anderen Konstellationen von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** gilt der*die Partner*in nicht als 2. Elternteil, auch wenn das Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird.

Zur Anwendung kommen wird die neue Regelung demnach insbesondere für Konstellationen, in denen ein Kind in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mittels privater Samenspende oder eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurde. Pink Cross begrüsst es, dass mit der vorliegenden Revision ein weiterer Artikel ins Adoptionsrecht eingefügt werden soll, welcher **für derartige Konstellationen in einer eigenen Bestimmung eine «erleichterte Stiefkindadoption» vorsieht**.

Gemäss geltenden Recht (Art. 264 Abs. 1 ZGB) muss die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind grundsätzlich während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben, bevor ein Adoptionsgesuch gestellt werden kann. Diese Bestimmung ergibt keinen Sinn in Konstellationen, in denen Wunscheltern von Anfang an gemeinsam mit dem Kind zusammenleben.

Das Kind wird zwar in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren, hat aber im Zeitpunkt der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Solange in solchen Fällen eine gemeinsame Elternschaft ab Geburt nicht möglich ist, ist der*die Partner*in darauf angewiesen, das Rechtsverhältnis zum Kind auf dem Wege der Stiefkindadoption herzustellen. In solchen Konstellationen soll die **Begründung des Kindsverhältnisses zum Wunschelternteil möglichst zeitnah zur Geburt** und ohne unnötige Hürden erfolgen. Aus Gründen des Kindeswohls und der Rechtssicherheit besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer raschen Begründung des Kindsverhältnis auch zum zweiten Elternteil.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass in diesen Fällen auf das Erfordernis des einjährigen Pflegeverhältnisses verzichtet werden soll, zumal die Pflegezeit in diesen Konstellationen keinen Mehrwert bringt, sondern die optimale Absicherung des Kindes nur unnötig verzögert. Zu bedenken ist, dass die intentionalen Eltern durch die unsichere Rechtssituation bis zur Adoption nach geltendem Recht sehr belastet sind, was ebenfalls nicht im Interesse der Familie und des Kindeswohls ist. Die vorgesehene Erleichterung stellt eine **wichtige Verbesserung der rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien** dar.

Nicht erforderlich ist in derartigen Konstellationen eine Mindestdauer des gemeinsamen Haushaltes. **Auf die Mindestdauer von 3 Jahren sollte verzichtet werden.** Bei Paaren, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder noch nicht lange zusammenwohnen, soll die doppelte Elternschaft und damit der optimale Schutz des Kindes nicht unnötig um mehrere Jahre verzögert werden. Die Situation eines gemeinsamen Wunschkindes, das in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wird, unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von einer verschiedengeschlechtlichen Konkubinatsbeziehung, in der die Anerkennung des Kindes nicht an einen gemeinsamen Wohnsitz geknüpft ist. Bei herkömmlichen Stiefkindadoptionen erscheint das Erfordernis eines 3-jährigen gemeinsamen Haushaltes hingegen sinnvoll, weil gewährleistet sein soll, dass die Beziehung zum aus einer früheren Beziehung stammenden Kind des Partners oder der Partnerin eine hinreichende Stabilität aufweist. In den vorliegend anvisierten Konstellationen ist dies jedoch nicht nötig.

Art. 266 Abs. 3 und 267 Abs. 2 Ziffer 4 ZGB (Adoption einer volljährigen Person)

Diese Bestimmung betrifft die Erwachsenenadoption. Sie bezieht sich nicht spezifisch auf Fälle der erleichterten Stiefkindadoption, sondern auf alle Fälle von Stiefkindadoptionen. Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, dass bei der Adoption nach der Volljährigkeit vom Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes des Elternteils und der adoptionswilligen Person abgesehen werden kann. Volljährige Personen sind nicht mehr zwingend auf das Bestehen eines gemeinsamen Haushaltes und die Bindung von Elternteil und Stiefelternteil angewiesen.

Die vorgesehene Ergänzung in Art. 267 Abs. 3 Ziffer 4 ZGB erscheint sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die Adoption eines erwachsenen Stiefkindes auch möglich sein soll, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder der gemeinsame Haushalt aufgehoben wurden.

Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB (Verfahren)

Im Interesse einer zeitnahen rechtlichen Absicherung des Kindes durch zwei Elternteile ist es auch sinnvoll und zu begrüßen, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption bereits eingereicht werden kann, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Damit wird ermöglicht, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption auch dann zeitnah nach der Geburt des Kindes eingereicht werden kann, wenn das Paar erst im Verlauf des ersten Lebensjahres des Kindes die Voraussetzung des gemeinsamen Haushaltes während dreier Jahre erfüllt.

Sehr zu begrüßen ist auch die Möglichkeit, dass ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden kann. Damit

wird den zuständigen Behörden sinnvollerweise ein gewisses Ermessen eingeräumt etwa in Fällen, in denen das Paar aus beruflichen oder ausländerrechtlichen Gründen nicht zusammenwohnen kann, oder sich das Paar vor Abschluss des Adoptionsverfahrens trennt.

Art. 268 Abs. 3 ZGB (Verfahren)

Die Revisionsvorlage sieht vor, dass die zuständige Behörde bei einer erleichterten Stiefkindadoption die Untersuchung beschränkt und das Verfahren so vereinfacht, dass innert 6 Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindsverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Im erläuternden Bericht (Seite 18) wird konkretisierend ausgeführt, dass insbesondere eine umfassende Eignungsabklärung mit Sozialberichten unterbleiben könne. Die Untersuchung solle sich auf Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. In der Regel genüge dafür der behördliche Strafregisterauszug und eine Anfrage an die KESB. Gleichzeitig könne auch auf die Würdigung der Einstellung der Nachkommen der adoptionswilligen Person verzichtet werden.

Diesen Ausführungen im erläuternden Bericht kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Es ist zu begrüssen, dass die signifikanten Unterschiede von Kindern, die in die Familie hineingeboren werden, im Vergleich zu herkömmlichen Stiefkindadoptionen endlich anerkannt werden. **Die vorgesehenen Vereinfachungen bei der Untersuchung sind sachgerecht und wichtig.**

Die Erfahrung mit der Stiefkindadoption in Regenbogenfamilien zeigen in der Tat sehr klar, dass das bisherige Verfahren der Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 23 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Demgegenüber können verschiedengeschlechtliche Paare die rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen.

In gewissen Kantonen dauert das Adoptionsverfahren aktuell bis zu 2 Jahren. Allein mit der Abschaffung des Erfordernisses der einjährigen Pflegezeit wäre die angestrebte zeitnahe rechtliche Absicherung der Familie nicht sichergestellt. **Eine Beschränkung der Verfahrensdauer auf 6 Monate ist ein grosser Fortschritt für die betroffenen Familien.**

Es stellt eine massive Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar, wenn das Adoptionsverfahren im vorgesehenen Sinne vereinfacht und beschleunigt wird. Diese Neuerung ist aus Sicht von Pink Cross ebenso wichtig wie der Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis.

Schlusstitel Art. 12b^{bis}

In der neuen Übergangsbestimmung wird festgehalten, dass das neue Recht auf hängige Adoptionsverfahren Anwendung finden soll. Diese Neuerung wird ebenfalls begrüsst. Sie ermöglicht, dass die erleichterte Stiefkindadoption und insbesondere das vorgesehene vereinfachte Verfahren möglichst schnell umgesetzt werden. Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt wurden, erhalten innert kürzerer Zeit einen zweiten rechtlichen Elternteil und werden damit schneller abgesichert.

C. Weitere nötige Verbesserungen für Regenbogenfamilien

Gemäss geltendem Recht - und auch mit der vorgesehenen Gesetzesrevision - werden Familien - je nach Art der Zeugung des Kindes – nach wie vor unterschiedlich behandelt.

Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt. Bei verheirateten Frauenpaaren mit einem Kind, das nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde, geniesst das Kind ebenfalls ab Geburt vollen rechtlichen Schutz und verfügt über 2 Elternteile. Kinder in Regenbogenfamilien, die mittels einer privaten Samenspende oder mittels eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurden, haben indessen - heute und auch nach Umsetzung der vorliegenden Revisionsvorlage - bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Dies betrifft insbesondere Männerpaare, welche eine Leihmutterschaft in den USA oder Kanada in Anspruch nehmen.

Die mit der Revisionsvorlage vorgesehenen Erleichterungen bei der Stiefkindadoption stellen zwar einen wichtigen Fortschritt dar. Der volle rechtliche Schutz wird jedoch erst am Ende des - gleichwohl aufwändigen - Adoptionsverfahrens erreicht. Solche Kinder bleiben Kinder 2. Klasse und geniessen nicht denselben Schutz wie alle anderen Kinder. Anzustreben ist daher - im Sinne des Kindeswohls, der Rechtssicherheit und der Gleichstellung - dass **alle Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren werden, von Anfang an zwei rechtliche Elternteile haben können.** Für die Absicherung des Kindes und der Familie ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

Ein Adoptionsverfahren ist - auch wenn es vereinfacht wird - eine erhebliche Belastung für die Betroffenen und hat zur Folge, dass das Kind nicht von Anfang optimal (mit 2 Elternteilen) abgesichert ist. Auch müssen - wie im neuen Art. 264c^{bis} ZGB erwähnt - die übrigen Voraussetzungen einer Adoption erfüllt sein. **Im Sinne der Gleichstellung ist es unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare zudem mindestens 3 Jahre einen gemeinsamen Haushalt vor der Stiefkindadoption führen müssen – währenddessen verschiedengeschlechtliche Paare keinen gemeinsamen Haushalt führen müssen, um ihr gemeinsames Kind anzuerkennen.**

Es ist daher dringend und wichtig, dass diese ungerechtfertigte Ungleichbehandlung im vorliegenden Entwurf behoben wird. Zudem müssen weitere Anpassungen zur Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien erfolgen.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Adrian Knecht

Co-Präsident Pink Cross



Roman Heggli

Geschäftsleiter Pink Cross

Pro Juventute
Thurgauerstrasse 39
Postfach, 8050 Zürich
T: 076 312 13 25
M: politik@projuventute.ch
www.projuventute.ch



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
CH-3003 Bern

Eingereicht per Mail an: zz@bj.admin.ch

Zürich, 17. Oktober 2024

Vernehmlassung betreffend die Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrter Herr Bundesrat Beat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Pro Juventute bedankt sich für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zur Änderung des ZGB hinsichtlich einer Erleichterung der Stiefkindadoption in Umsetzung der Motion 22.3382 der RK-N («Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption») teilzunehmen.

Als grösste Schweizer Fachorganisation für Kinder und Jugendliche setzt sich Pro Juventute für die gesunde psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein. Mit vielfältigen Informations- und Beratungsangeboten unterstützen wir sie gemeinsam mit ihren Eltern direkt und wirkungsvoll auf ihrem Weg zu selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten.

Wichtiger Schritt für betroffenen Familien

Pro Juventute begrüsst die Revision des ZGB als wichtigen Schritt hin zu einem zeitgemässen Adoptionsrecht und als Anpassung an die in der Realität gelebten Verhältnisse. Der Botschaft ist erfreulicherweise zu entnehmen, dass dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung von Bundesrat und Parlament grosses Gewicht beigemessen wird.

Für unsere Stiftung steht das Kindeswohl im Zentrum. Bei Paaren, welche sich ihren Kinderwunsch mittels privaten Samenspenden, einer (anonymen) Samenspende oder weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren wie etwa einer Leihmutterschaft erfüllen, besteht heute eine problematische Gesetzeslücke: Das Kind lebt bereits seit Geburt mit dem Wunschelternteil respektive der adoptionswilligen Person zusammen, eine Adoption ist jedoch erst nach Ablauf des einjährigen Pflegejahrs sowie nach dem dreijährigen Bestehen eines gemeinsamen Haushalts möglich. Das Kind wird in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren, hat aber während des ersten Lebensjahres nur einen rechtlichen Elternteil.

Rechtliche Absicherung schafft Zugehörigkeit und fördert das Kindeswohl

Aus Sicht von Pro Juventute ist es im Interesse des Kindeswohles, dass das Kindsverhältnis zum Wunschelternteil nach der Geburt möglichst schnell und effizient begründet werden kann. Ein Kind, das in einer Familie mit zwei rechtlich anerkannten Elternteilen aufwächst, kann seine Identität klar in einem sozialen und familiären Kontext einordnen. Dies stärkt

das Gefühl von Zugehörigkeit und familiärer Integration. Kinder von Paaren, die durch alternative Fortpflanzungsverfahren gezeugt wurden, haben dasselbe Recht auf Anerkennung, rechtlichen Schutz, emotionale Sicherheit und elterliche Verantwortung wie alle anderen Kinder. Ein rechtlich abgesicherter Rahmen, in dem beide Elternteile gleichwertig Verantwortung übernehmen können, trägt dazu bei, dass das Kind in einer stabilen Umgebung aufwachsen kann. Die Verzögerung oder das Fehlen der rechtlichen Anerkennung eines zweiten Elternteils könnte das hingegen Kind Vorurteilen, rechtlichen Benachteiligungen oder einer Diskriminierung aussetzen, was langfristige negative Auswirkungen haben kann.

Vor diesem Hintergrund begrüsst Pro Juventute, dass in den genannten Fällen künftig auf das Erfordernis des einjährigen Pflegejahres verzichtet wird, sodass die Kinder durch die Anerkennung des Wunschelternteils so rasch wie möglich rechtlich vollumfänglich abgesichert sind. Angesichts der unterschiedlichen Ausgangslage im Vergleich zur «klassischen» Stiefkindadoption ist die Streichung dieser Voraussetzung überaus sinnvoll. Die Vereinfachung der Eignungsabklärung und die schnellere Abwicklung des Adoptionsverfahrens befürwortet unsere Stiftung ebenfalls.

Keine neuen Gesetzeslücken schaffen

In den in der Vorlage beschriebenen Familienkonstellationen wurde das Kind in der Regel im Rahmen einer gemeinsamen Familienplanung gezeugt und lebt seit der Geburt mit der adoptionswilligen Person, also dem Wunschelternteil, zusammen. Pro Juventute hält es aus Sicht des Kindeswohls daher für nicht sinnvoll, das Erfordernis eines gemeinsamen Haushalts über drei Jahre aufrechtzuerhalten. Wenn das Kind Teil eines «gemeinsamen Familienprojekts» ist, liegt es im Interesse des Kindes, eine rechtliche Beziehung zum Wunschelternteil aufzubauen – unabhängig davon, ob die Eltern bereits drei Jahre zusammenleben oder sich vor Ablauf dieser Frist trennen. Aus der Perspektive des Kindes ist das Zusammenleben der Eltern über drei Jahre in diesen Fällen unerheblich. Pro Juventute regt deshalb an, diese Voraussetzung zu überprüfen, um so auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Rechnung zu tragen, welcher festhält, dass das notwendige Verfahren nicht zu lange dauern darf.

Die Änderung bezüglich der Vereinfachung der Adoption eines volljährig gewordenen Stiefkinds ist für Pro Juventute nachvollziehbar und unterstützenswert. Sie eröffnet die Möglichkeit für verschiedene Konstellationen, die soziale Eltern-Kind-Bindung auch im Erwachsenenalter rechtlich abbilden zu können.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen und einen Austausch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Lulzana Musliu
Leiterin Politik & Medien



Biel, 17. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches: Erleichterung Stiefkindadoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterung Stiefkindadoption) Stellung nehmen zu können.

QueerBienne ist der LGBTQIA+-Verein der Region Biel, Seeland und Umgebung. Er setzt sich dafür ein, Biel für LGBTQIA+-Menschen sicherer und inklusiver zu machen, mit dem Ziel, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Dieses Engagement orientiert sich an drei Hauptaktivitäten: Erstens durch die Schaffung von Netzwerken durch verschiedene Veranstaltungen wie monatliche Treffen, runde Tische oder Filmvorführungen. Dann durch Sensibilisierungskampagnen, wie zum Beispiel die Kampagne «Für queere Gesundheit». Schliesslich durch Schulungen zu LGBTQIA+-Themen für öffentliche und private Institutionen.

Obwohl unsere Hauptaufgabe darin besteht, Biel sicherer und offener zu machen, hat die Verteidigung der Rechte der Regenbogenfamilien in der Region ebenfalls Priorität. Wir setzen uns dafür ein, den vollständigen Schutz der Kinder in diesen Familien zu gewährleisten, insbesondere indem wir dem Kind ermöglichen, von Geburt an zwei Eltern zu haben, unabhängig von der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität der Eltern.

A. Allgemeine Bemerkungen

QueerBienne erachtet eine Revision der Regeln über die Stiefkindadoption als dringend notwendig und begrüsst grundsätzlich die vorliegende Revision.

Das **geltende Recht ist für Situationen konzipiert**, in der eine Person ein Kind adoptiert, das aus einer früheren Beziehung ihrer Partnerin oder ihres Partners stammt. Voraussetzung dafür ist, dass das Paar seit mindestens drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt und die adoptionswillige Person während mindestens eines Jahres für Pflege und Erziehung des Kindes gesorgt hat. Es müssen weitreichende und zeitaufwändige Abklärungen getroffen werden, bevor eine Adoption ausgesprochen werden kann.

Die **Motion 22.3382 RK-N «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption»** hat andere Konstellationen im Fokus. Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, eine Revisionsvorlage vorzulegen für Situationen, in denen ein Kind mit einer privaten Samenspende oder im Rahmen eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland (inklusive Leihmutterschaft) gezeugt wurde. Das Kind wird in solchen Konstellationen im



Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und lebt ab Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person zusammen.

Das **geltende Adoptionsrecht wird diesen Konstellationen nicht gerecht**. Dies gilt insbesondere für die lange Dauer, bis die Stiefkindadoption ausgesprochen wird. Das einjährige Pflegeverhältnis und das Adoptionsverfahren beanspruchen in der Regel 2 bis 3 Jahre, während der das Kind nicht vollumfänglich abgesichert ist, weil es nur einen rechtlichen Elternteil hat. Für die betroffenen Familie ist dies eine grosse und unnötige Belastung. Die aktuelle Praxis der Adoptionsverfahren – die kantonal sehr unterschiedlich gehandhabt wird – wird von Regenbogenfamilien als unpassend, langwierig und sehr belastend erlebt.

Vorgeschlagen wird mit der **vorliegenden Revision**, dass künftig in solchen Konstellationen auf das Erfordernis des Pflegejahrs verzichtet wird. Die Adoption soll erfolgen können, sobald der gemeinsame Haushalt des Paares drei Jahre gedauert hat. Das Adoptionsgesuch kann dabei bereits eingereicht werden, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Zudem soll die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren soll möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden.

QueerBienne unterstützt die vorgesehenen Erleichterungen der Adoption des Kindes durch den Partner oder die Partnerin. Sie stellen eine eminent wichtige Verbesserung für Regenbogenfamilien dar.

QueerBienne nimmt die Revisionsvorlage aber auch zum Anlass, **weitere Verbesserungen** anzuregen: Wichtig wäre de lege ferenda eine originäre Elternschaft aller bei der Geburt zusammenlebenden Wunschertern, d.h. insbesondere auch bei der privaten Samenspende oder bei fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland (vgl. dazu die nachstehenden Ausführungen unter lit. C).

B. Bemerkungen zum Entwurf

1. Art. 264c^{bis} ZGB (erleichterte Stiefkindadoption)

Auch wenn es im erläuternden Bericht kaum explizit erwähnt wird, wird **die neue Regelung mehrheitlich auf Regenbogenfamilien Anwendung finden**. Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt – unabhängig der tatsächlichen genetischen Abstammung. Sie sind in Fällen, in denen das Kind in eine gelebte Paarbeziehung geboren wird, nicht auf ein Adoptionsverfahren angewiesen. Seit der Einführung der Ehe für alle gilt auch die Ehefrau der Mutter als der «andere Elternteil», sofern das Kind nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde (Art. 255 a Abs. 1 ZGB), wobei die Informationen über den Samenspender zentral hinterlegt sind. **In allen anderen Konstellationen von**



gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gilt die Partnerin bzw. der Partner nicht als 2. Elternteil, auch wenn das Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird.

Zur Anwendung kommen wird die neue Regelung demnach insbesondere für Konstellationen, in denen ein Kind in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mittels privater Samenspende oder eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurde. QueerBienne begrüsst es, dass mit der vorliegenden Revision ein weiterer Artikel ins Adoptionsrecht eingefügt werden soll, welcher **für derartige Konstellationen in einer eigenen Bestimmung eine «erleichterte Stiefkindadoption» vorsieht.**

Gemäss geltenden Recht (Art. 264 Abs. 1 ZGB) muss die adoptionswillige Person dem minderjährigen Kind grundsätzlich während mindestens eines Jahres Pflege und Erziehung erwiesen haben, bevor ein Adoptionsgesuch gestellt werden kann. Diese Bestimmung ergibt keinen Sinn in Konstellationen, in denen Wunscheltern von Anfang an gemeinsam mit dem Kind zusammenleben.

Das Kind wird zwar in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren, hat aber im Zeitpunkt der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Solange in solchen Fällen eine gemeinsame Elternschaft ab Geburt nicht möglich ist, ist der Partner bzw. die Partnerin darauf angewiesen, das Rechtsverhältnis zum Kind auf dem Wege der Stiefkindadoption herzustellen. In solchen Konstellationen soll die **Begründung des Kindsverhältnisses zum Wunschelelternteil möglichst zeitnah zur Geburt** und ohne unnötige Hürden erfolgen. Aus Gründen des Kindeswohls und der Rechtssicherheit besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer raschen Begründung des Kindsverhältnis auch zum zweiten Elternteil.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass in diesen Fällen auf das Erfordernis des einjährigen Pflegeverhältnisses verzichtet werden soll, zumal die Pflegezeit in diesen Konstellationen keinen Mehrwert bringt, sondern die optimale Absicherung des Kindes nur unnötig verzögert. Zu bedenken ist, dass die Wunscheltern durch die unsichere Rechtssituation bis zur Adoption nach geltendem Recht sehr belastet sind, was ebenfalls nicht im Interesse der Familie und des Kindeswohls ist. Die vorgesehene Erleichterung stellt eine **wichtige Verbesserung der rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien** dar.

Nicht erforderlich ist in derartigen Konstellationen eine Mindestdauer des gemeinsamen Haushaltes. **Auf die Mindestdauer von 3 Jahren sollte verzichtet werden.** Bei Paaren, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht oder noch nicht lange zusammenwohnen, soll die doppelte Elternschaft und damit der optimale Schutz des Kindes nicht unnötig um mehrere Jahre verzögert werden. Die Situation eines gemeinsamen Wunschkindes, das in eine gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren wird, unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von einer heterosexuellen Konkubinatsbeziehung, in der die Anerkennung des Kindes nicht an einen gemeinsamen Wohnsitz geknüpft ist. Bei herkömmlichen Stiefkindadoptionen erscheint das Erfordernis eines 3-jährigen gemeinsamen Haushalts hingegen sinnvoll, weil gewährleistet sein soll, dass die

Beziehung zum aus einer früheren Beziehung stammenden Kind des Partners oder der Partnerin eine hinreichende Stabilität aufweist. In den vorliegend anvisierten Konstellationen ist dies jedoch nicht nötig.

2. Art. 266 Abs. 3 und 267 Abs. 2 Ziffer 4 ZGB (Adoption einer volljährigen Person)

Diese Bestimmung betrifft die Erwachsenenadoption. Sie bezieht sich nicht spezifisch auf Fälle der erleichterten Stiefkindadoption, sondern auf alle Fälle von Stiefkindadoptionen. Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, dass bei der Adoption nach der Volljährigkeit vom Erfordernis des gemeinsamen Haushaltes des Elternteils und der adoptionswilligen Person abgesehen werden kann. Volljährige Personen sind nicht mehr zwingend auf das Bestehen eines gemeinsamen Haushalts und die Bindung von Elternteil und Stiefelternteil angewiesen.

Die vorgesehene Ergänzung in Art. 267 Abs. 3 Ziffer 4 ZGB erscheint sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die Adoption eines erwachsenen Stiefkindes auch möglich sein soll, wenn die Ehe, die eingetragene Partnerschaft oder der gemeinsame Haushalt aufgehoben wurden.

3. Art. 268 Abs. 2^{bis} ZGB (Verfahren)

Im Interesse einer zeitnahen rechtlichen Absicherung des Kindes durch zwei Elternteile ist es auch sinnvoll und zu begrüßen, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption bereits eingereicht werden kann, bevor sämtliche Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind. Damit wird ermöglicht, dass das Gesuch um erleichterte Stiefkindadoption auch dann zeitnah nach der Geburt des Kindes eingereicht werden kann, wenn das Paar erst im Verlauf des ersten Lebensjahres des Kindes die Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllt.

Sehr zu begrüßen ist auch die Möglichkeit, dass ausnahmsweise vom Erfordernis, im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs einen gemeinsamen Haushalt zu führen, abgewichen werden kann. Damit wird den zuständigen Behörden sinnvollerweise ein gewisses Ermessen eingeräumt etwa in Fällen, in denen das Paar aus beruflichen oder ausländerrechtlichen Gründen nicht zusammenwohnen kann, oder sich das Paar vor Abschluss des Adoptionsverfahrens trennt.

4. Art. 268 Abs. 3 ZGB (Verfahren)

Die Revisionsvorlage sieht vor, dass die zuständige Behörde bei einer erleichterten Stiefkindadoption die Untersuchung beschränkt und das Verfahren so vereinfacht, dass innert 6 Monaten nach der Einreichung des Gesuchs ein Kindsverhältnis zur adoptionswilligen Person begründet werden kann. Im erläuternden Bericht (Seite 18) wird konkretisierend ausgeführt, dass insbesondere eine umfassende Eignungsabklärung mit Sozialberichten unterbleiben könne. Die Untersuchung solle sich auf Umstände beschränken, die zu einer Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder gar zu einer Entziehung der elterlichen Sorge führen könnten. In der Regel genüge dafür der

behördliche Strafregistrauszug und eine Anfrage an die KESB. Gleichzeitig könne auch auf die Würdigung der Einstellung der Nachkommen der adoptionswilligen Person verzichtet werden.

Diesen Ausführungen im erläuternden Bericht kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Es ist zu begrüßen, dass die signifikanten Unterschiede von Kindern, die in die Familie hineingeboren werden, im Vergleich zu herkömmlichen Stiefkindadoptionen endlich anerkannt werden. **Die vorgesehenen Vereinfachungen bei der Untersuchung sind sachgerecht und wichtig.**

Die Erfahrung mit der Stiefkindadoption in Regenbogenfamilien zeigen in der Tat sehr klar, dass das bisherige Verfahren der Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 23 Beilagen verlangt, in denen Persönliches preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Demgegenüber können verschiedengeschlechtliche Paare die rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen.

In gewissen Kantonen dauert das Adoptionsverfahren aktuell bis zu 2 Jahren. Allein mit der Abschaffung des Erfordernisses der einjährigen Pflegezeit wäre die angestrebte zeitnahe rechtliche Absicherung der Familie nicht sichergestellt. **Eine Beschränkung der Verfahrensdauer auf 6 Monate ist ein grosser Fortschritt für die betroffenen Familien.**

Es stellt eine massive Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien dar, wenn das Adoptionsverfahren im vorgesehenen Sinne vereinfacht und beschleunigt wird. Diese Neuerung ist aus Sicht QueerBienne ebenso wichtig wie der Verzicht auf das einjährige Pflegeverhältnis.

5. Schlusstitel Art. 12b^{bis}

In der neuen Übergangsbestimmung wird festgehalten, dass das neue Recht auf hängige Adoptionsverfahren Anwendung finden soll. Diese Neuerung wird ebenfalls begrüsst. Sie ermöglicht, dass die erleichterte Stiefkindadoption und insbesondere das vorgesehene vereinfachte Verfahren möglichst schnell umgesetzt werden. Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt wurden, erhalten innert kürzerer Zeit einen zweiten rechtlichen Elternteil und werden damit schneller abgesichert.



C. Weitere nötige Verbesserungen für Regenbogenfamilien

Gemäss geltendem Recht - und auch mit der vorgesehenen Gesetzesrevision - werden Familien - je nach Art der Zeugung des Kindes – nach wie vor unterschiedlich behandelt.

Bei verschiedengeschlechtlichen Paaren wird das Kindsverhältnis in der Regel kraft Ehelichkeitsvermutung (Art. 255 Abs. 1 ZGB) oder durch Anerkennung (Art. 260 Abs. 1 ZGB) hergestellt. Bei verheirateten Frauenpaaren mit einem Kind, das nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes vom 18.12.1998 durch eine Samenspende (in der Schweiz) gezeugt wurde, geniesst das Kind ebenfalls ab Geburt vollen rechtlichen Schutz und verfügt über 2 Elternteile. Kinder in Regenbogenfamilien, die mittels einer privaten Samenspende oder mittels eines fortpflanzungsmedizinischen Verfahrens im Ausland gezeugt wurden, haben indessen - heute und auch nach Umsetzung der vorliegenden Revisionsvorlage - bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil.

Die mit der Revisionsvorlage vorgesehenen Erleichterungen bei der Stiefkindadoption stellen zwar einen wichtigen Fortschritt dar. Der volle rechtliche Schutz wird jedoch erst am Ende des - gleichwohl aufwändigen - Adoptionsverfahrens erreicht. Solche Kinder bleiben Kinder 2. Klasse und geniessen nicht denselben Schutz wie alle anderen Kinder. Anzustreben ist daher - im Sinne des Kindeswohls, der Rechtssicherheit und der Gleichstellung - dass **alle Kinder, die im Rahmen eines gemeinsamen Kinderwunsches gezeugt und in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren werden, von Anfang an zwei rechtliche Elternteile haben können.** Für die Absicherung des Kindes und der Familie ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

Ein Adoptionsverfahren ist - auch wenn es vereinfacht wird - eine erhebliche Belastung für die Betroffenen und hat zur Folge, dass das Kind nicht von Anfang optimal (mit 2 Elternteilen) abgesichert ist. Auch müssen - wie im neuen Art. 264c^{bis} ZGB erwähnt - die übrigen Voraussetzungen einer Adoption, insbesondere die Voraussetzung, dass das Paar seit mindestens 3 Jahren einen gemeinsamen Haushalt führt, im Zeitpunkt der Adoption erfüllt sein, was nicht immer der Fall ist.

Es ist dringend und wichtig, dass weitere Anpassungen zur Verbesserung der Situation von Regenbogenfamilien erfolgen.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Naomi Rey, Vorstandsmitglied von QueerBienne



Bienne, le 17 octobre 2024

Consultation sur la modification du Code civil : Adoption facilitée de l'enfant du/de la conjoint·e ou du/de la partenaire

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions pour l'opportunité de prendre position sur le projet de modification du Code civil (facilitation de l'adoption de l'enfant du/ de la conjoint·e).

QueerBienne est l'association LGBTQIA+ de la région de Bienne, du Seeland et des environs. Elle s'engage à rendre Bienne plus sûre et inclusive pour les personnes LGBTQIA+, dans le but d'améliorer leurs conditions de vie. Cet engagement s'articule autour de trois axes principaux : d'abord, par la création de réseaux à travers divers événements, tels que des rencontres mensuelles, des tables rondes ou des projections de films. Ensuite, par des campagnes de sensibilisation, comme la campagne « Pour une santé queer ». Enfin, par des formations sur les questions LGBTQIA+ destinées aux institutions publiques et privées. Bien que notre mission principale soit de rendre Bienne plus sûre et ouverte, la défense des droits des familles arc-en-ciel de la région est également une priorité. Nous militons pour garantir une protection complète des enfants dans ces familles, notamment en permettant à l'enfant d'avoir deux parents dès la naissance, indépendamment de l'orientation sexuelle ou de l'identité de genre des parents.

A. Remarques générales

QueerBienne considère qu'une révision des règles sur l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e est urgemment nécessaire et accueille favorablement la révision proposée.

Le droit actuel est conçu pour des situations dans lesquelles une personne adopte un enfant issu d'une relation antérieure de son ou sa partenaire. La condition est que le couple partage un foyer commun depuis au moins trois ans et que la personne souhaitant adopter ait assuré l'éducation et les soins de l'enfant pendant au moins une année. Des investigations approfondies et chronophages doivent être menées avant qu'une adoption puisse être prononcée.

La motion 22.3382 de la CAJ-N « Pas d'entraves inutiles à l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e » met l'accent sur d'autres configurations. Cette motion a chargé le Conseil fédéral de soumettre une proposition de révision pour les situations dans lesquelles un enfant a été conçu par un don de sperme privé ou dans le cadre d'une procédure de procréation médicalement assistée à l'étranger (y compris la gestation pour autrui). Dans ces cas, l'enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun et vit dès sa naissance avec le parent légal et la personne souhaitant l'adopter.

Le droit actuel de l'adoption ne répond pas adéquatement à ces configurations. Cela concerne particulièrement la longue durée avant que l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e ne soit prononcée. La période de prise en charge d'un an et la procédure d'adoption prennent généralement entre 2 et 3 ans, pendant lesquels l'enfant n'est pas pleinement protégé, car il n'a qu'un seul parent légal. Pour les familles concernées, cela représente un fardeau important et inutile. La pratique actuelle des procédures d'adoption – qui varie fortement d'un canton à l'autre – est perçue par les familles arc-en-ciel comme inadaptée, longue et très contraignante.

La révision proposée prévoit que, dans de telles situations, l'exigence de la période de prise en charge d'un an soit supprimée. L'adoption pourra avoir lieu dès que le couple aura vécu ensemble pendant trois ans. La demande d'adoption pourra être déposée avant que toutes les conditions d'adoption ne soient remplies. De plus, l'évaluation de l'aptitude sera simplifiée en fonction des circonstances, et la procédure d'adoption devra, dans la mesure du possible, être finalisée dans un délai de six mois après le dépôt de la demande.

QueerBienne soutient les simplifications prévues pour l'adoption de l'enfant par le/la partenaire. Elles représentent une amélioration extrêmement importante pour les familles arc-en-ciel.

Toutefois, QueerBienne souhaite également saisir l'opportunité de cette proposition de révision pour encourager d'autres améliorations : il serait essentiel, de lege ferenda, d'établir une parentalité d'origine pour tous les parents d'intention vivant ensemble au moment de la naissance de l'enfant, c'est-à-dire, notamment, dans le cas de dons de sperme privés ou de procédures de procréation médicalement assistée à l'étranger (voir les explications ci-dessous sous lit. C).

B. Remarques sur le projet

1. Art. 264c bis CC (facilitation de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire)

Même si cela n'est que peu explicitement mentionné dans le rapport explicatif, la nouvelle réglementation **s'appliquera majoritairement aux familles arc-en-ciel**. Pour les couples de sexes différents, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC), indépendamment de la filiation génétique réelle. Ces couples ne dépendent pas d'une procédure d'adoption dans les cas où l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue. Depuis l'introduction du mariage pour tou·te·s, l'épouse de la mère est également considérée comme l'« autre parent » si l'enfant a été conçu en Suisse par don de sperme selon les dispositions de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998 (art. 255a, al. 1 CC), les informations concernant le donneur de sperme étant centralisées. Dans toutes les autres configurations de relation de même sexe, la partenaire ou le partenaire n'est pas considéré·e comme le/la second·e parent, même si l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue.

La nouvelle réglementation s'appliquera donc en particulier dans les configurations où un enfant est conçu dans une relation homosexuelle par don de sperme privé ou par un procédé de procréation médicalement assistée à l'étranger. QueerBienne se réjouit que la révision proposée qui prévoit l'ajout d'un nouvel article dans le droit de l'adoption, qui introduit une « adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire » pour ces configurations spécifiques.

Conformément au droit actuel (art. 264, al. 1 CC), la personne souhaitant adopter doit avoir prodigué des soins et de l'éducation à l'enfant mineur pendant au moins un an avant que la demande d'adoption puisse être déposée. Cette disposition n'a aucun sens dans les configurations où les parents d'intention vivent ensemble avec l'enfant dès sa naissance.

L'enfant est certes né dans une relation de couple, mais au moment de la naissance, il n'a qu'un seul parent légal. Tant que la coparentalité dès la naissance n'est pas possible dans de telles situations, le/la partenaire doit établir sa relation juridique avec l'enfant par l'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Dans ces configurations, il est important que l'établissement de la filiation avec le parent d'intention se fasse dès que possible après la naissance et sans obstacles inutiles. **Pour des raisons d'intérêt supérieur de l'enfant et de sécurité juridique, il existe un intérêt public considérable à établir rapidement la relation de filiation avec le second parent dans un délai court.**

Il est donc très positif que dans ces cas, l'exigence d'une période de prise en charge d'un an soit supprimée, d'autant plus que la période de prise en charge dans ces configurations n'apporte aucune valeur ajoutée, mais retarde inutilement la protection optimale de l'enfant. Il convient de noter que les parents d'intention sont très affectés par la situation juridique incertaine jusqu'à l'adoption selon le droit en vigueur, ce qui n'est pas dans l'intérêt de la famille ni du bien-être de l'enfant. La simplification prévue représente une amélioration importante de la situation juridique des familles arc-en-ciel.

Il n'est pas nécessaire, dans ces configurations, d'exiger une durée minimale de vie commune. **L'exigence de trois ans devrait être supprimée.** Pour les couples qui, pour une raison quelconque, ne vivent pas ensemble ou ne vivent ensemble que depuis peu de temps, ne devraient pas voir la double parentalité et donc la protection optimale de l'enfant retardées inutilement de plusieurs années. **La situation d'un enfant désiré qui naît dans une relation homosexuelle ne diffère fondamentalement pas d'une relation de concubinage hétérosexuelle, dans laquelle la reconnaissance de l'enfant n'est pas liée à un domicile commun.** En revanche, dans les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire, l'exigence d'un ménage commun de trois ans semble raisonnable, car elle permet de garantir que la relation avec l'enfant issu d'une relation antérieure du partenaire ou de la partenaire présente une stabilité suffisante. Dans les configurations visées ici, cela n'est pas nécessaire.

2. Art. 266 al. 3 et 267 al. 2, ch. 4 CC (Adoption d'une personne majeure)

Cette disposition concerne l'adoption d'adultes. Elle ne se réfère pas spécifiquement aux cas d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, mais à toutes les formes d'adoption de

l'enfant du/de la partenaire. Il est compréhensible et logique que, pour l'adoption d'une personne majeure, l'exigence d'un ménage commun entre le parent et la personne souhaitant adopter puisse être omise. En effet, les adultes ne sont plus nécessairement dépendants de l'existence d'un domicile commun et de la relation entre le parent et le beau-parent.

L'ajout proposé à l'art. 267 al. 3, ch. 4 CC semble raisonnable, étant donné que l'adoption d'un adulte par un beau-parent doit également être possible même si le mariage, le partenariat enregistré ou le ménage commun ont été dissous.

3. Art. 268 al. 2bis CC (Procédure)

Dans l'intérêt d'une sécurisation juridique rapide de l'enfant par deux parents, il est également pertinent et souhaitable que la demande d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire puisse être déposée avant que toutes les conditions d'adoption soient remplies. Cela permettrait que la demande d'adoption simplifiée soit déposée rapidement après la naissance de l'enfant, même si le couple n'a rempli la condition d'un ménage commun pendant trois ans qu'au cours de la première année de vie de l'enfant.

Il est également très positif de permettre, dans certains cas, de déroger à l'exigence d'avoir un ménage commun au moment de la soumission de la demande. Cela permet aux autorités compétentes de disposer d'une certaine marge de manœuvre, par exemple dans les situations où le couple ne peut pas vivre ensemble pour des raisons professionnelles ou de droit des étrangers, ou encore si le couple se sépare avant la fin de la procédure d'adoption.

4. Art. 268 al. 3 CC (Procédure)

Le projet de révision prévoit que l'autorité compétente, dans le cadre d'une adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, limite l'enquête et simplifie la procédure afin que la filiation avec la personne souhaitant adopter puisse être établie dans les six mois suivant le dépôt de la demande. Dans le rapport explicatif (page 18), il est précisé qu'une évaluation complète de la capacité à être parent, incluant des rapports sociaux, pourrait être omise. L'enquête devrait se limiter aux circonstances qui pourraient entraîner la révocation de l'autorité parentale ou même une privation de celle-ci. En règle générale, un extrait du casier judiciaire et une demande auprès de l'APEA devraient suffire. Par ailleurs, il est également précisé qu'il ne serait pas nécessaire de tenir compte de l'attitude des enfants de la personne souhaitant adopter.

Les observations du rapport explicatif peuvent être pleinement approuvées. Il est très positif que les différences significatives entre les enfants nés dans la famille et les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire soient enfin reconnues. Les simplifications proposées pour l'enquête sont appropriées et importantes.

L'expérience des adoptions d'enfants du/de la partenaire dans les familles arc-en-ciel montre clairement que la procédure actuelle d'adoption n'est pas une alternative satisfaisante à la parentalité originelle. Non seulement les exigences strictes et la longue durée entre la naissance et l'adoption représentent une lourde charge, mais l'« évaluation de la capacité à être parent » est également perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Ainsi, dans le canton de Zurich, 23 documents sont exigés, dont certains nécessitent de

révéler des informations très personnelles, et une maladie du parent adoptif peut devenir un obstacle. En revanche, les couples hétérosexuels peuvent établir la parentalité légale sans évaluation et directement dès la naissance.

Dans certains cantons, la procédure d'adoption prend actuellement jusqu'à deux ans. Rien qu'en supprimant l'exigence de la période d'un an de prise en charge, la sécurisation juridique rapide de la famille ne serait pas garantie. **Une réduction de la durée de la procédure à six mois représente un grand progrès pour les familles concernées.**

Cela constitue une amélioration majeure de la situation des familles arc-en-ciel, car la procédure d'adoption simplifiée et accélérée proposée est une avancée essentielle. Cette modification est tout aussi importante aux yeux de QueerBienne que l'abandon de l'exigence de la période d'un an de prise en charge.

5. Titre final, art. 12bis

La nouvelle disposition transitoire stipule que la nouvelle législation s'appliquera aux procédures d'adoption en cours. Cette modification est également bienvenue. Elle permet que l'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, et en particulier la procédure simplifiée prévue, soit mise en œuvre aussi rapidement que possible. Les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun auront un deuxième parent légal dans un délai plus court, assurant ainsi une meilleure protection.

6. Autres améliorations nécessaires pour les familles arc-en-ciel

Selon la législation actuelle, ainsi que la révision législative prévue, les familles sont toujours traitées différemment selon le mode de conception de l'enfant.

Dans le cas des couples hétérosexuels, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC). Pour les couples de femmes mariées ayant un enfant conçu par don de sperme (en Suisse) conformément à la loi sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998, l'enfant bénéficie également d'une protection juridique complète dès la naissance et dispose de deux parents légaux. En revanche, les enfants issus de familles arc-en-ciel, conçus par un don de sperme privé ou par un traitement de fertilité à l'étranger, n'ont, à la naissance, qu'un seul parent légal, tant aujourd'hui qu'après la mise en œuvre de la révision législative actuelle.

Les simplifications prévues pour l'adoption d'un enfant par le partenaire représentent un progrès important. Cependant, la protection juridique complète n'est obtenue qu'à la fin d'une procédure d'adoption qui reste relativement complexe. Ces enfants restent des enfants de "seconde classe" et n'ont pas la même protection que les autres enfants. **Il est donc nécessaire, dans l'intérêt de l'enfant, de la sécurité juridique et de l'égalité, que tous les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun et nés au sein d'une relation stable puissent, dès le début, avoir deux parents légaux.** Cela est fondamental pour garantir la sécurité juridique de l'enfant et de la famille, car l'établissement de la filiation implique des droits essentiels tels que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, la pension alimentaire, les prestations d'assurance sociale, les droits successoraux ou fiscaux.



Une procédure d'adoption, même simplifiée, reste une lourde charge pour les personnes concernées et entraîne le fait que l'enfant n'est pas dès le début entièrement protégé (avec deux parents). En outre, comme mentionné dans le nouvel article 264bis CC, d'autres conditions doivent être remplies pour qu'une adoption puisse avoir lieu, notamment celle selon laquelle le couple doit vivre ensemble depuis au moins trois ans, ce qui n'est pas toujours le cas.

Il est urgent et important de procéder à d'autres ajustements pour améliorer la situation des familles arc-en-ciel.

Nous vous prions de bien vouloir prendre en compte nos préoccupations dans le cadre de la poursuite de la procédure législative.

Avec nos salutations distinguées,

Naomi Rey, membre du comité de QueerBienne



Sion, le 14 octobre 2024

Consultation sur la modification du Code civil : Adoption facilitée de l'enfant du/de la conjoint·e ou du/de la partenaire

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions pour l'opportunité de prendre position sur le projet de modification du Code civil (facilitation de l'adoption de l'enfant du/ de la conjoint·e).

L'association QueerVS, issue de la fusion des associations Alpagai et QueerWallis, défend les droits des personnes LGBTQIA+ en Valais, dans les deux régions linguistiques.

QueerVS accueille et conseille régulièrement des familles arc-en-ciel, ou des personnes souhaitant fonder une famille. Nous défendons ainsi les droits des familles arc-en-ciel et l'égalité juridique de toutes les formes de familles, indépendamment de l'orientation sexuelle ou de l'identité de genre des parents. L'une de nos préoccupations centrales est la protection complète des enfants dans les familles arc-en-ciel, y compris la possibilité pour l'enfant d'avoir deux parents dès la naissance.

A. Remarques générales

QueerVS considère qu'une révision des règles sur l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e est urgemment nécessaire et accueille favorablement la révision proposée.

Le droit actuel est conçu pour des situations dans lesquelles une personne adopte un enfant issu d'une relation antérieure de son ou sa partenaire. La condition est que le couple partage un foyer commun depuis au moins trois ans et que la personne souhaitant adopter ait assuré l'éducation et les soins de l'enfant pendant au moins une année. Des investigations approfondies et chronophages doivent être menées avant qu'une adoption puisse être prononcée.

La motion 22.3382 de la CAJ-N « Pas d'entraves inutiles à l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e » met l'accent sur d'autres configurations. Cette motion a chargé le Conseil fédéral de soumettre une proposition de révision pour les situations dans lesquelles un enfant a été conçu par un don de sperme privé ou dans le cadre d'une procédure de procréation médicalement assistée à l'étranger (y compris la gestation pour autrui). Dans ces cas, l'enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun et vit dès sa naissance avec le parent légal et la personne souhaitant l'adopter.

Le droit actuel de l'adoption ne répond pas adéquatement à ces configurations. Cela concerne particulièrement la longue durée avant que l'adoption de l'enfant du/de la



conjoint·e ne soit prononcée. La période de prise en charge d'un an et la procédure d'adoption prennent généralement entre 2 et 3 ans, pendant lesquels l'enfant n'est pas pleinement protégé, car il n'a qu'un seul parent légal. Pour les familles concernées, cela représente un fardeau important et inutile. La pratique actuelle des procédures d'adoption – qui varie fortement d'un canton à l'autre – est perçue par les familles arc-en-ciel comme inadaptée, longue et très contraignante.

La révision proposée prévoit que, dans de telles situations, l'exigence de la période de prise en charge d'un an soit supprimée. L'adoption pourra avoir lieu dès que le couple aura vécu ensemble pendant trois ans. La demande d'adoption pourra être déposée avant que toutes les conditions d'adoption ne soient remplies. De plus, l'évaluation de l'aptitude sera simplifiée en fonction des circonstances, et la procédure d'adoption devra, dans la mesure du possible, être finalisée dans un délai de six mois après le dépôt de la demande.

QueerVS soutient les simplifications prévues pour l'adoption de l'enfant par le/la partenaire. Elles représentent une amélioration extrêmement importante pour les familles arc-en-ciel.

Toutefois, QueerVS souhaite également saisir l'opportunité de cette proposition de révision pour encourager d'autres améliorations : il serait essentiel, de lege ferenda, d'établir une parentalité d'origine pour tous les parents d'intention vivant ensemble au moment de la naissance de l'enfant, c'est-à-dire, notamment, dans le cas de dons de sperme privés ou de procédures de procréation médicalement assistée à l'étranger (voir les explications ci-dessous sous lit. C).

B. Remarques sur le projet

1. Art. 264c bis CC (facilitation de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire)

Même si cela n'est que peu explicitement mentionné dans le rapport explicatif, la nouvelle réglementation **s'appliquera majoritairement aux familles arc-en-ciel**. Pour les couples de sexes différents, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC), indépendamment de la filiation génétique réelle. Ces couples ne dépendent pas d'une procédure d'adoption dans les cas où l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue. Depuis l'introduction du mariage pour tou·te·s, l'épouse de la mère est également considérée comme l'« autre parent » si l'enfant a été conçu en Suisse par don de sperme selon les dispositions de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998 (art. 255a, al. 1 CC), les informations concernant le donneur de sperme étant centralisées. Dans toutes les autres configurations de relation de même sexe, la partenaire ou le partenaire n'est pas considéré·e comme le/la second·e parent, même si l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue.

La nouvelle réglementation s'appliquera donc en particulier dans les configurations où un enfant est conçu dans une relation homosexuelle par don de sperme privé ou par un procédé de procréation médicalement assistée à l'étranger. QueerVS se réjouit que la



révision proposée qui prévoit l'ajout d'un nouvel article dans le droit de l'adoption, qui introduit une « adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire » pour ces configurations spécifiques.

Conformément au droit actuel (art. 264, al. 1 CC), la personne souhaitant adopter doit avoir prodigué des soins et de l'éducation à l'enfant mineur pendant au moins un an avant que la demande d'adoption puisse être déposée. Cette disposition n'a aucun sens dans les configurations où les parents d'intention vivent ensemble avec l'enfant dès sa naissance.

L'enfant est certes né dans une relation de couple, mais au moment de la naissance, il n'a qu'un seul parent légal. Tant que la coparentalité dès la naissance n'est pas possible dans de telles situations, le/la partenaire doit établir sa relation juridique avec l'enfant par l'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Dans ces configurations, il est important que l'établissement de la filiation avec le parent d'intention se fasse dès que possible après la naissance et sans obstacles inutiles. **Pour des raisons d'intérêt supérieur de l'enfant et de sécurité juridique, il existe un intérêt public considérable à établir rapidement la relation de filiation avec le second parent dans un délais court.**

Il est donc très positif que dans ces cas, l'exigence d'une période de prise en charge d'un an soit supprimée, d'autant plus que la période de prise en charge dans ces configurations n'apporte aucune valeur ajoutée, mais retarde inutilement la protection optimale de l'enfant. Il convient de noter que les parents d'intention sont très affectés par la situation juridique incertaine jusqu'à l'adoption selon le droit en vigueur, ce qui n'est pas dans l'intérêt de la famille ni du bien-être de l'enfant. La simplification prévue représente une amélioration importante de la situation juridique des familles arc-en-ciel.

Il n'est pas nécessaire, dans ces configurations, d'exiger une durée minimale de vie commune. **L'exigence de trois ans devrait être supprimée.** Pour les couples qui, pour une raison quelconque, ne vivent pas ensemble ou ne vivent ensemble que depuis peu de temps, ne devraient pas voir la double parentalité et donc la protection optimale de l'enfant retardées inutilement de plusieurs années. **La situation d'un enfant désiré qui naît dans une relation homosexuelle ne diffère fondamentalement pas d'une relation de concubinage hétérosexuelle, dans laquelle la reconnaissance de l'enfant n'est pas liée à un domicile commun.** En revanche, dans les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire, l'exigence d'un ménage commun de trois ans semble raisonnable, car elle permet de garantir que la relation avec l'enfant issu d'une relation antérieure du partenaire ou de la partenaire présente une stabilité suffisante. Dans les configurations visées ici, cela n'est pas nécessaire.

2. Art. 266 al. 3 et 267 al. 2, ch. 4 CC (Adoption d'une personne majeure)

Cette disposition concerne l'adoption d'adultes. Elle ne se réfère pas spécifiquement aux cas d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, mais à toutes les formes d'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Il est compréhensible et logique que, pour l'adoption d'une personne majeure, l'exigence d'un ménage commun entre le parent et la personne souhaitant adopter puisse être omise. En effet, les adultes ne sont plus nécessairement dépendants de l'existence d'un domicile commun et de la relation entre le parent et le beau-parent.



L'ajout proposé à l'art. 267 al. 3, ch. 4 CC semble raisonnable, étant donné que l'adoption d'un adulte par un beau-parent doit également être possible même si le mariage, le partenariat enregistré ou le ménage commun ont été dissous.

3. Art. 268 al. 2bis CC (Procédure)

Dans l'intérêt d'une sécurisation juridique rapide de l'enfant par deux parents, il est également pertinent et souhaitable que la demande d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire puisse être déposée avant que toutes les conditions d'adoption soient remplies. Cela permettrait que la demande d'adoption simplifiée soit déposée rapidement après la naissance de l'enfant, même si le couple n'a rempli la condition d'un ménage commun pendant trois ans qu'au cours de la première année de vie de l'enfant.

Il est également très positif de permettre, dans certains cas, de déroger à l'exigence d'avoir un ménage commun au moment de la soumission de la demande. Cela permet aux autorités compétentes de disposer d'une certaine marge de manœuvre, par exemple dans les situations où le couple ne peut pas vivre ensemble pour des raisons professionnelles ou de droit des étrangers, ou encore si le couple se sépare avant la fin de la procédure d'adoption.

4. Art. 268 al. 3 CC (Procédure)

Le projet de révision prévoit que l'autorité compétente, dans le cadre d'une adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, limite l'enquête et simplifie la procédure afin que la filiation avec la personne souhaitant adopter puisse être établie dans les six mois suivant le dépôt de la demande. Dans le rapport explicatif (page 18), il est précisé qu'une évaluation complète de la capacité à être parent, incluant des rapports sociaux, pourrait être omise. L'enquête devrait se limiter aux circonstances qui pourraient entraîner la révocation de l'autorité parentale ou même une privation de celle-ci. En règle générale, un extrait du casier judiciaire et une demande auprès de l'APEA devraient suffire. Par ailleurs, il est également précisé qu'il ne serait pas nécessaire de tenir compte de l'attitude des enfants de la personne souhaitant adopter.

Les observations du rapport explicatif peuvent être pleinement approuvées. Il est très positif que les différences significatives entre les enfants nés dans la famille et les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire soient enfin reconnues. Les simplifications proposées pour l'enquête sont appropriées et importantes.

L'expérience des adoptions d'enfants du/de la partenaire dans les familles arc-en-ciel montre clairement que la procédure actuelle d'adoption n'est pas une alternative satisfaisante à la parentalité originelle. Non seulement les exigences strictes et la longue durée entre la naissance et l'adoption représentent une lourde charge, mais l'« évaluation de la capacité à être parent » est également perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Ainsi, dans le canton de Zurich, 23 documents sont exigés, dont certains nécessitent de révéler des informations très personnelles, et une maladie du parent adoptif peut devenir un obstacle. En revanche, les couples hétérosexuels peuvent établir la parentalité légale sans évaluation et directement dès la naissance.



Dans certains cantons, la procédure d'adoption prend actuellement jusqu'à deux ans. Rien qu'en supprimant l'exigence de la période d'un an de prise en charge, la sécurisation juridique rapide de la famille ne serait pas garantie. **Une réduction de la durée de la procédure à six mois représente un grand progrès pour les familles concernées.**

Cela constitue une amélioration majeure de la situation des familles arc-en-ciel, car la procédure d'adoption simplifiée et accélérée proposée est une avancée essentielle. Cette modification est tout aussi importante aux yeux de QueerVS que l'abandon de l'exigence de la période d'un an de prise en charge.

5. Titre final, art. 12bis

La nouvelle disposition transitoire stipule que la nouvelle législation s'appliquera aux procédures d'adoption en cours. Cette modification est également bienvenue. Elle permet que l'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, et en particulier la procédure simplifiée prévue, soit mise en œuvre aussi rapidement que possible. Les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun auront un deuxième parent légal dans un délai plus court, assurant ainsi une meilleure protection.

6. Autres améliorations nécessaires pour les familles arc-en-ciel

Selon la législation actuelle, ainsi que la révision législative prévue, les familles sont toujours traitées différemment selon le mode de conception de l'enfant.

Dans le cas des couples hétérosexuels, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC). Pour les couples de femmes mariées ayant un enfant conçu par don de sperme (en Suisse) conformément à la loi sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998, l'enfant bénéficie également d'une protection juridique complète dès la naissance et dispose de deux parents légaux. En revanche, les enfants issus de familles arc-en-ciel, conçus par un don de sperme privé ou par un traitement de fertilité à l'étranger, n'ont, à la naissance, qu'un seul parent légal, tant aujourd'hui qu'après la mise en œuvre de la révision législative actuelle.

Les simplifications prévues pour l'adoption d'un enfant par le partenaire représentent un progrès important. Cependant, la protection juridique complète n'est obtenue qu'à la fin d'une procédure d'adoption qui reste relativement complexe. Ces enfants restent des enfants de "seconde classe" et n'ont pas la même protection que les autres enfants. **Il est donc nécessaire, dans l'intérêt de l'enfant, de la sécurité juridique et de l'égalité, que tous les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun et nés au sein d'une relation stable puissent, dès le début, avoir deux parents légaux.** Cela est fondamental pour garantir la sécurité juridique de l'enfant et de la famille, car l'établissement de la filiation implique des droits essentiels tels que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, la pension alimentaire, les prestations d'assurance sociale, les droits successoraux ou fiscaux.



Une procédure d'adoption, même simplifiée, reste une lourde charge pour les personnes concernées et entraîne le fait que l'enfant n'est pas dès le début entièrement protégé (avec deux parents). En outre, comme mentionné dans le nouvel article 264bis CC, d'autres conditions doivent être remplies pour qu'une adoption puisse avoir lieu, notamment celle selon laquelle le couple doit vivre ensemble depuis au moins trois ans, ce qui n'est pas toujours le cas.

Il est urgent et important de procéder à d'autres ajustements pour améliorer la situation des familles arc-en-ciel.

Nous vous prions de bien vouloir prendre en compte nos préoccupations dans le cadre de la poursuite de la procédure législative.

Avec nos salutations distinguées,

Gaé Colussi et Judith Matter, co-présidence de QueerVS

Stellungnahme:

ERLEICHTERTE STIEFKINDADOPTION

(ÄNDERUNG DES ZIVILGESETZBUCHES IN VERNEHMLASSUNG AUF BUNDESBENE)

verfasst am 30.08.2024 / geändert und übersetzt am 17.10.2024 in Lausanne

VORBEMERKUNGEN

Der Dachverband *Regenbogenfamilien* wurde 2010 ins Leben gerufen. Er engagiert sich seit seiner Gründung für die Förderung der gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein¹ und setzt sich dafür ein, dass diese in der Schweiz als eine von vielen möglichen und gleichwertigen Familienkonstellationen anerkannt werden.

Seit Inkrafttreten der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare am 1. Januar 2018 ist der Verband bemüht, das neue Verfahren zu begleiten und gleichgeschlechtliche Paare, die ein solches Adoptionsverfahren einleiten, bestmöglich zu informieren und zu unterstützen.

Schon bald wurde die Notwendigkeit deutlich, die verschiedenen Stellen, die am Verfahren mitwirken können, für die Lebensrealitäten von Regenbogenfamilien¹ zu sensibilisieren. Auch zeigte sich, dass sich die Verfahren je nach Kanton sehr unterschiedlich gestalten. Die entsprechende Arbeit war in der französischsprachigen Schweiz besonders intensiv. Dort wurden wir als Dachverband bereits im Frühjahr 2018 von der *Konferenz der kantonalen Zentralbehörden im Adoptionswesen der Westschweiz und des Tessins (CLACA)* empfangen. Mehrere Fachstellen, die für die Sozialabklärung zuständig sind, fragten Sensibilisierungsmassnahmen für ihre Mitarbeitenden an, um sich angemessen auf den Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren vorzubereiten. Ähnliche Anfragen kamen in der Folge auch von Fachstellen für sexuelle Gesundheit, Perinatalität, Paarberatung und Familienhilfe. Der Verband hat ferner auf die besondere Problematik der Kindesanhörung bei gleichgeschlechtlichen Paaren und deren Kindern im Kontext dieses innerfamiliären Verfahrens aufmerksam gemacht.

Um (zukünftige) Familien, die sich an das französischsprachige Beratungsteam unseres Verbands wenden oder sich zu unserer einmal pro Monat in Lausanne angebotenen Sprechstunde zum Thema Regenbogenelternschaft² anmelden, so kompetent wie möglich zu beraten, sind wir in den letzten sechs Jahren zudem ständig in Kontakt geblieben mit den Verantwortlichen der Adoptionsbehörden in den einzelnen Kantonen und haben uns über etwaige Neuerungen in der Bearbeitung und über deren tatsächliche Dauer ab Einreichung des Gesuchs informiert.

¹ Familien, in denen sich mindestens ein Elternteil oder künftiger Elternteil innerhalb des Kürzels «LGBTQIA+» identifiziert.

² Kostenlose Veranstaltung für alle dank Unterleistungsvertrag mit *Pro Familia Schweiz* ; Näheres dazu auf unserer Website: <https://www.regenbogenfamilien.ch/fr/events/>

Der Austausch mit den Eltern hat uns konkret gezeigt, welche Besorgnisse sie jeweils haben und welchen Schwierigkeiten sie im Rahmen dieses Verfahrens zur innerfamiliären Adoption begegnen³. Heute ist besonders die lange Wartezeit zwischen den einzelnen Etappen des Adoptionsverfahrens ein wichtiger Faktor.

Aus diesem Grund hat sich unser Verband auch stark gemacht für den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin⁴ und für die Elternschaftsvermutung der Ehefrau der gebärenden Mutter. Auf diesem Wege wird sie mit der Geburt des Kindes automatisch zu dessen rechtlichen Mutter, was eine umfassende rechtliche Absicherung für die ganze Familie bedeutet. Der Gesetzgeber hat letztendlich entschieden, als Bedingung hinzuzufügen, dass das Kind in einer Fruchtbarkeitsklinik in der Schweiz gezeugt wurde. Damit soll in erster Linie das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung gewahrt werden.

Diese Entscheidung bewirkte eine immer noch andauernde Ungleichbehandlung von Regenbogenfamilien in der Schweiz, und zwar in Abhängigkeit davon, wie das Kind gezeugt wurde:

- Fortpflanzungsverfahren⁴ mit Samenspende in einer Fruchtbarkeitsklinik in der Schweiz: Bei verheirateten Frauenpaaren mit gemeinsamer Familienplanung ist das Kind ab der Geburt vollständig rechtlich abgesichert.
- Fortpflanzungsverfahren⁴ mit Samenspende oder Leihmutterschaft im Ausland (auch in anerkannten Fruchtbarkeitskliniken): Das Kind ist erst mit ca. 3 Jahren vollständig rechtlich abgesichert, nach einem langwierigen, kostspieligen und unnötig weit in die Privatsphäre eingreifenden Adoptionsverfahren (einjähriges Pflegeverhältnis vor Einreichung des Gesuchs und – je nach Kanton und zum heutigen Zeitpunkt – eine Verfahrensdauer von 1,5 bis 2,5 Jahren).

Im aktuellen Kontext vertritt der Verband dennoch die Ansicht, dass die in die Vernehmlassung gegebene Vorlage zur Erleichterung der Stiefkindadoption einen wichtigen Fortschritt darstellt und unterstützt werden sollte.

Die wichtigsten positiven Aspekte sind aus unserer Sicht folgende:

- (i) Mit der Einführung eines Zeitrahmens von sechs Monaten für die Abwicklung des Verfahrens wird die nötige rechtliche Absicherung des Elternpaares und des gemeinsamen Kindes in den Mittelpunkt gerückt. Das ist eine erhebliche Erleichterung für künftige Familien. Im Kanton Waadt beträgt die tatsächliche Verfahrensdauer aktuell rund 24 Monate. Der Verzicht auf das Erfordernis des

³ Der anfängliche Elan der Familien kann beispielsweise gebremst werden, wenn mehr als ein halbes Jahr vergeht zwischen dem Versand der Unterlagen, die durch das *Zivilstandsamt des Kantons Waadt* erstellt wurden, an die zentrale Behörde für Adoption *DGEJ* und dem ersten Kontakt mit dieser Behörde. Ursache hierfür sind fehlende Kapazitäten – das ist uns durchaus klar.

⁴ Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung

zwölfmonatigen Pflegeverhältnisses vor Einreichung des Gesuchs reicht daher nicht aus, um eine zügige rechtliche Absicherung der Familie zu gewährleisten.

Die Gesetzesvorlage sieht eine Erleichterung des Adoptionsverfahrens für gleichgeschlechtliche Paare vor, in deren Beziehung ein gemeinsam geplantes Wunschkind hineingeboren wird. Damit wird anerkannt, dass signifikante Unterschiede bestehen zu gegengeschlechtlichen Eltern in Fortsetzungsfamilien, für die die Stiefkindadoption ursprünglich gedacht war. Positiv zu vermerken ist auch die Vereinfachung der Sozialabklärung sowie der Hinweis im erläuternden Bericht, dass damit nicht bezweckt wird, die Eignung des Paares als Eltern zu beurteilen, sondern allfällige schwerwiegende Umstände aufzudecken, die eine Schutzmassnahme für Minderjährige rechtfertigen würden.

Diese Klarstellung stellt ebenfalls einen beträchtlichen Fortschritt für Regenbogenfamilien dar.

Wie der bisherige Austausch mit den Familien zeigt, fällt es ihnen schwer zu verstehen, worum genau es bei der Sozialabklärung geht und welche Ziele damit tatsächlich verfolgt werden. Sie gehen oft mit grosser Sorge daran und fragen sich bei einigen Fragestellungen, inwiefern diese für sie überhaupt relevant sind.

- (ii) Sehr erfreulich ist auch, dass die Vorlage einen Artikel beinhaltet, der es einer Person nach Erreichen der Volljährigkeit ermöglicht, von dem Elternteil adoptiert zu werden, der sie ohne ein entsprechendes Rechtsverhältnis aufgezogen hat. Und das auch, wenn die Eltern getrennt sind, und ohne dass das Kindesverhältnis zum anderen Elternteil aufgelöst würde oder dessen Einverständnis zur Adoption erforderlich wäre.

Wir begrüssen auch den gesetzgeberischen Willen, diese Änderung des Zivilgesetzbuches zeitnah einzuführen, damit die erleichterte Stiefkindadoption in Kraft treten kann.

Trotzdem sehen wir **in zwei Punkten Verbesserungsbedarf**, damit bestimmte Familiensituationen nicht ungerechtfertigterweise über einen mehr oder weniger langen Zeitraum von der rechtlichen Absicherung ausgeschlossen werden, die ein Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen bietet. Auf der nächsten Seite legen wir unsere Verbesserungsvorschläge dar.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE ZUR VORLAGE

Die Vorlage für eine erleichterte Stiefkindadoption schliesst in ihrer aktuellen Fassung de facto zwei Familiensituationen von einem schnellen Zugang zur vollständigen rechtlichen Absicherung aus, die das Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen bietet:

- (a) Paare, die bei Geburt des Kindes nicht einen gemeinsamen Haushalt während dreier Jahre nachweisen können.
- (b) Paare, die diese Voraussetzung des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllten, sich aber getrennt haben, bevor ein Gesuch für eine Stiefkindsadoption gestellt werden konnte.

In beiden Fällen sind die in dieser Vorlage vorgesehenen Lösungen nicht zufriedenstellend, da sie die Möglichkeit, das Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen zu begründen, um mehrere Jahre hinauszögern.

- (a) Die Paare können natürlich ihr Gesuch schon stellen, bevor das Erfordernis des gemeinsamen Haushalts während dreier Jahre erfüllt ist. Allerdings wird die Adoption erst ausgesprochen, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist – also in manchen Fällen, wenn das Kind bereits 1,5 oder 2 Jahre alt ist.
- (b) In diesem Fall wird eine gemeinsame Elternschaft erst nach der Volljährigkeit des Kindes möglich. So kann es passieren, dass Kind und Eltern fast zwei Jahrzehnte lang auf eine rechtliche Absicherung verzichten müssen.

Angesichts des gesetzgeberischen Willens, innerhalb von sechs Monaten denjenigen Familien eine rechtliche Absicherung zu gewähren, die unter die Kriterien der erleichterten Adoption fallen – gemeinsamer Kinderwunsch und einer der beiden Elternteile kann nur über den Weg der innerfamiliären Adoption als rechtlicher Elternteil anerkannt werden – und unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der entsprechenden Absicherung des Kindes, die durch das Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen entsteht, sollte eine angemessenere Lösung für diese beiden Ausgangslagen gefunden werden.

Um so weit wie möglich im Rahmen dieser Vorlage zu bleiben, sehen wir die beste Möglichkeit darin, die beiden genannten Fälle in eine Ausnahmeklausel aufzunehmen.

Im ersten Fall fände eine eingehendere Abklärung statt, bei der auch ein Dokument zum Nachweis der gemeinsamen Familienplanung eingefordert werden kann. Auf der Grundlage dieser Elemente sollte die Adoption auch hier innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes ausgesprochen werden.

Im zweiten Fall sollte nicht nur eine gemeinsame Familienplanung vor der Trennung des Paares nachgewiesen werden, sondern auch die weitere materielle und emotionale Versorgung des Kindes durch beide Elternteile. Anders als bei einem Kind, das die Volljährigkeit erreicht, bliebe hier zudem die Voraussetzung bestehen, dass der rechtliche Elternteil der Adoption zustimmt.

Es ist uns bewusst, dass es bei der Trennung gleichgeschlechtlicher Paare mit Kind(ern) konfliktreiche Situationen geben kann, sei es, dass der rechtliche Elternteil dem anderen, nicht rechtlich anerkannten Elternteil die Erlaubnis verweigert, sein Kind bzw. seine Kinder zu sehen, oder dass sich der nicht rechtlich anerkannte Elternteil nicht mehr an der Versorgung seines Kindes bzw. seiner Kinder beteiligt. In einem solchen Kontext sind Rechtsberatung und rechtliche Unterstützung vonnöten. Das Gleiche gilt für alle anderen Familienkonstellationen, bei denen das Kindeswohl im Mittelpunkt steht.

ÜBERGANGSLÖSUNG FÜR SAMENSPENDE BIRGT GROSSE PROBLEME

Die vorgeschlagene Übergangslösung für den Fall der privaten Samenspende erweist sich als sehr problematisch und sollte unserer Ansicht nach komplett überarbeitet werden.

Angesichts der seit Inkrafttreten des neuen Adoptionsrechts im Januar 2018 gängigen Praxis bei privaten Samenspenden und im Hinblick auf die im Rahmen der Revision des Abstammungsrechts für diesen konkreten Fall angedachte Lösung würde die im erläuternden Bericht dargelegte Übergangslösung zu einer bedeutenden Verschlechterung für Frauenpaare und private Samenspender führen. Zudem sind die Beweggründe für eine solche «Lösung» kaum nachvollziehbar.

Zur Erinnerung: Die genannte Übergangslösung würde, so wie sie im erläuternden Bericht dargelegt ist, folgende Etappen umfassen:

Nach der Geburt des Kindes soll der private Samenspender

- (i) in einem ersten Schritt das Kind anerkennen, was ihn zu dessen rechtlichen Vatermacht,
- (ii) in einem zweiten Schritt auf diese aufgezwungene Vaterschaft verzichten und der Stiefkindadoption zustimmen.

Diese beiden Urkunden werden also in die Unterlagen des Kindes aufgenommen.

- (iii) in einem dritten Schritt – und auch nur nach Vollzug der beiden ersten Schritte, die den Samenspender de facto zum rechtlichen Elternteil des Kindes machen – kann die Wunschmutter ein erleichtertes Adoptionsverfahren in die Wege leiten.

Dieses Erfordernis stellt einen massiven Angriff auf die Familienplanung des Frauenpaares mit einem privaten Samenspender dar: Bei einer solchen Konfiguration ist der Samenspender eben ein Samenspender und nicht ein Vater, und die Eltern des Kindes sind das Frauenpaar. Das hier als Übergang vorgeschlagene «Herumbasteln» am Recht bietet keiner der betroffenen Parteien irgendeinen Vorteil, sondern bedeutet eine massive Verschlechterung im Vergleich zur bisherigen Praxis. Und das vor dem Hintergrund der Revision des Abstammungsrechts, in deren Rahmen eine rechtliche Gleichbehandlung der Samenspender in Erwägung gezogen wird – egal

ob der Samen in einer Fruchtbarkeitsklinik oder direkt einem Frauenpaar gespendet wird.

Überraschend ist, wie wenig Bedeutung dem ersten Jahr als Familie mit Kind beigemessen wird. Eine vorübergehende rechtliche Vaterschaft aufzuerlegen ist keine angemessene Lösung. Uns scheint, dass dieses administrative Hin und Her für alle Betroffenen besonders brutal ist: für die soziale Mutter im täglichen Leben mit dem Kind wie auch für den Samenspender.

Erwachsene Kinder, die mittels Samenspende gezeugt wurden, können dann nicht wie bisher vorgesehen mit Erreichen der Volljährigkeit Auskunft über den Spender verlangen, sondern sehen sich vor eine Identität gestellt mit einer Vielzahl an Etappen und Rechtsstellungen, die in einer schon lange vergangenen und kurzen Übergangszeit administrativ auferlegt wurden und deren Sinn nur schwer nachvollziehbar ist!

EMPFEHLUNGEN

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen sollte die Übergangslösung für den Fall der privaten Samenspende daher aus unserer Sicht im Einklang mit der bisherigen Praxis stehen. Das heisst:

- (i) Das Frauenpaar wird über das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft informiert.
- (ii) Dem Staat muss eine Garantie gegeben werden, dass dies tatsächlich der Fall ist, bei den Modalitäten bleibt aber ein gewisser Spielraum bestehen.

Im Kanton Waadt wurden unseres Wissens nach bisher im Wesentlichen zwei Lösungen umgesetzt:

- (i) Das Frauenpaar übergab dem Samenspender einen Brief, der auf dessen Position als Spender im Rahmen der Familienplanung des Paares hinwies und vermerkte, dass er Kenntnis hat über die vorgesehene Stiefkindadoption, die die beim *kantonalen Zivilstandsamt* erstellten Unterlagen ergänzen soll.
- (ii) War das Frauenpaar nicht gewillt, im Rahmen des Verfahrens ein Schreiben mit dem Namen des Spenders zu übergeben, bestand die Lösung in der notariellen Hinterlegung des besagten Schreibens und einem entsprechenden Nachweis im Adoptionsverfahren.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass in jedem Fall das Recht des Kindes und seiner Eltern, durch ein Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen abgesichert zu werden, oberste Priorität bleiben muss.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Der Verband freut sich, dass seit Mitte der 2010er-Jahre wichtige Fortschritte im Hinblick auf die Rechtslage von Regenbogenfamilien erzielt wurden. Wir stellen jedoch fest, dass diese rechtlichen Neuerungen stückweise erfolgen, ohne eine umfassende Reflexion über die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Regenbogenfamilien. Es werden lediglich bereits bestehende Regelungen auf gleichgeschlechtliche Paare ausgeweitet – wie bei der Stiefkindadoption und dem Gesetz zur Fortpflanzungsmedizin⁵ –, ohne die tatsächliche Situation dieser Paare voll zu berücksichtigen und den rechtlichen Rahmen entsprechend anzupassen.

Daher ist es wichtig, dass die tatsächlichen Bedürfnisse dieser Familien in Bezug auf die rechtliche Absicherung und die Anerkennung der gemeinsamen Familienplanung im Rahmen der aktuell in der Vernehmlassung befindlichen Vorlage zur Änderung des Zivilgesetzbuchs bestmöglich berücksichtigt werden. Wir hoffen auch, dass unsere Vorschläge bei dieser Gelegenheit mit einbezogen werden.

Erwähnenswert erscheint uns zudem, dass die Elternschaft von trans* Menschen bisher in den verschiedenen gesetzlichen Neuregelungen seit 2018 gänzlich ausser Acht gelassen wurde, und dass, obwohl die erleichterte Stiefkindadoption einen geeigneten Rahmen für konkrete Vorschläge in dieser Richtung bieten würde.

Méchineau Thomas

Geschäftsführer

Dachverband Regenbogenfamilien



⁵ Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung

**prise de position concernant :
ADOPTION FACILITÉE DE L'ENFANT
DU·DE LA CONJOINT·E, DU·DE LA PARTENAIRE OU DU·DE LA CONCUBIN·E
(RÉVISION DU CODE CIVIL MISE EN CONSULTATION AU NIVEAU FÉDÉRAL)**

rédigée le 30.08.2024 / modifiée et traduite le 17.10.2024 à Lausanne

AVANT-PROPOS

Créée en septembre 2010, l'association faîtière *familles arc-en-ciel* s'engage depuis sa création à promouvoir l'égalité sociale et juridique des familles arc-en-ciel¹ ; elle travaille à faire reconnaître ces familles en Suisse comme l'une des nombreuses et égales configurations familiales possibles.

Dès l'entrée en vigueur de l'adoption de l'enfant du·de la conjoint·e, du·de la partenaire ou du·de la concubin·e aux couples de même sexe le 1^{er} janvier 2018, l'association s'est préoccupée d'accompagner l'entrée en vigueur de cette nouvelle procédure afin d'informer et de soutenir au mieux les couples de même sexe qui s'y engageaient.

Les renseignements collectés ont montré la nécessité de sensibiliser aux réalités des familles arc-en-ciel¹ les différentes instances appelées à intervenir dans ce processus. L'hétérogénéité des procédures au niveau cantonal a aussi été mise en évidence. Ce travail a été particulièrement soutenu en Suisse romande où nous – en tant que faîtière – avons été reçu·e·s par la *Conférence romande des autorités cantonales en matière d'adoption (CLACA)* dès le printemps 2018. Plusieurs services en charge de l'enquête sociale ont sollicité une sensibilisation pour leur équipe afin de se préparer à accueillir de manière adéquate les couples de même sexe. Depuis, il en a été de même de la part des services spécialisés dans les domaines de la santé sexuelle, la périnatalité, le couple et du soutien aux familles. L'association a également mis en lumière les enjeux particuliers de l'audition de l'enfant dans le contexte de cette procédure intra-familiale pour les couples de même sexe et leurs enfants.

Tout au long des six dernières années, pour répondre au mieux aux (futures) familles qui s'adressent au groupe « conseils » romand de notre association ou qui s'inscrivent à notre « permanence mensuelle de conseils pour parentalités arc-en-ciel² » à Lausanne, nous avons aussi gardé contact avec les responsables des instances en charge de la procédure dans les différents cantons, afin de nous renseigner sur une éventuelle évolution des pratiques, ainsi que sur les durées effectives de traitement de requêtes.

Nos échanges avec les parents et futures parents nous ont permis de mesurer très concrètement les inquiétudes et les difficultés que chacun·e rencontre dans le cadre de

¹ familles dans lesquelles au moins un des parents ou futur parent s'identifie dans l'acronyme LGBTQIA+

² événement gratuit destiné à chacun·e découlant du sous-contrat de prestations conclu avec *Pro Familia Suisse* ; plus d'informations sur notre site : <https://www.regenbogenfamilien.ch/fr/events/>

cette procédure d'adoption intra-familiale³. Précisons qu'aujourd'hui c'est la très longue attente entre les étapes de la procédure d'adoption qui y contribue largement.

Cela a d'ailleurs également motivé l'engagement de notre association pour l'accès à la PMA⁴ et l'introduction de la présomption de parentalité pour l'épouse de la femme qui a accouché. Ce qui lui permet d'accéder de manière immédiate et automatique au statut de mère légale de son enfant, assurant ainsi une pleine sécurité juridique à l'ensemble de la famille dès la naissance de l'enfant. Le législateur a finalement décidé d'y ajouter que l'enfant doit être conçu dans une clinique de fertilité en Suisse ; ce qui permet principalement d'assurer l'accès à l'information sur les origines.

Cette décision crée une inégalité de traitement toujours actuelle au sein des familles arc-en-ciel suisses – ceci selon le mode de conception de l'enfant :

- PMA⁴ avec don de sperme dans une clinique de fertilité en Suisse : parmi les couples de femmes mariées ayant un projet parental commun, l'enfant bénéficie d'une pleine protection juridique dès sa naissance.
- PMA⁴ avec don de sperme ou gestation pour autrui à l'étranger (y compris en clinique de fertilité reconnue) : la pleine protection juridique est atteinte seulement au terme d'une procédure d'adoption longue, coûteuse et intrusive, quand l'enfant atteint ses 3 ans environ (1 an de soins nourriciers avant le dépôt de la requête et – selon le canton et à l'heure actuelle – 1.5 an à 2.5 ans de procédures).

Cela dit, compte tenu du contexte actuel, l'association estime que le projet d'adoption facilitée, mis en consultation, constitue un progrès important et doit être soutenu.

Selon nous, ses principales qualités sont :

- (i) De placer le besoin de sécurité juridique du couple parental et de leur enfant, dans un moment aussi important qu'une naissance, au cœur du dispositif en introduisant un cadre temporel de six mois pour l'aboutissement de la procédure. C'est un soulagement très important pour les futures familles. En effet, à l'heure actuelle, la durée de la procédure est d'environ vingt-quatre mois dans le Canton de Vaud et, dès lors, supprimer uniquement l'exigence des douze mois de soins nourriciers nécessaires au dépôt d'une requête, ne permettrait pas d'assurer rapidement la sécurité juridique de la famille.

³ Pour exemple, l'élan qui accompagne les familles en début de démarche peut être durement entamé quand l'attente entre l'envoi du dossier établi par l'*Office vaudois d'état civil* au pôle adoption du DGEJ et le premier contact avec ce service dépasse une demie-année sans nouvelle. Et cela découle – nous l'avons bien compris – du manque des disponibilités nécessaires.

⁴ Procréation Médicalement Assistée

En ouvrant l'accès à une procédure d'adoption facilitée aux couples de même sexe accueillant la naissance de leur enfant dans le cadre d'un projet parental commun, ce projet de loi reconnaît les différences significatives qui existent par rapport aux situations de recomposition familiale hétéroparentale pour lesquels a été conçu la procédure d'adoption de l'enfant du·de la conjoint·e. Aussi, la simplification de l'enquête sociale et le fait que le rapport explicatif précise que, dans le contexte d'une adoption facilitée, celle-ci ne vise pas à apprécier les aptitudes parentales du couple mais doit viser l'identification des situations graves qui pourrait justifier une mesure de protection de mineur·e·s.

Cette clarification constitue également un progrès considérable pour les familles arc-en-ciel.

Jusqu'ici, sur la base des échanges avec les familles, il apparaît que celles-ci ont des difficultés à comprendre la nature et les objectifs effectifs de l'enquête sociale, l'abordent souvent avec une grande anxiété et s'interrogent sur la pertinence de certaines des questions qui leurs sont adressées.

- (ii) Il est également très réjouissant que ce projet ait introduit un article permettant qu'une personne puisse à sa majorité être adoptée par le parent qui l'a élevée sans avoir de lien légal avec elle, même si ses parents sont séparés et sans défaire le lien de filiation avec son autre parent, mais aussi sans que l'accord à l'adoption de celui-ci soit nécessaire.

Nous nous réjouissons également de la volonté du législateur de pouvoir rapidement introduire cette révision du code civil permettant l'entrée en vigueur de l'adoption facilitée.

Malgré tout, de notre point de vue, **deux améliorations méritent d'être apportées au projet**, afin que certaines situations familiales ne se voient pas injustement exclues de la protection d'une double filiation pour une durée plus ou moins longue. Nous les exposons à la page suivante.

PROPOSITIONS D'AMÉLIORATIONS À APPORTER AU PROJET

À l'état actuel de projet d'adoption facilitée, deux types de situations familiales se trouvent, de fait, exclues d'un accès rapide à la pleine protection juridique conférée par la double filiation :

- (a) Les couples qui, au moment de la naissance de l'enfant, ne peuvent attester de trois ans de vie commune.
- (b) Les couples qui ont pu remplir cette condition des 3 ans de vie commune mais qui se sont séparés avant d'avoir pu initier une requête d'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e, du/de la partenaire ou du/de la concubin·e.

Dans un cas comme dans l'autre, les solutions prévues dans le présent projet sont insatisfaisantes, car elles diffèrent de plusieurs années la possibilité d'accéder à une double filiation.

- (a) Le couple peut certes déposer sa requête avant de remplir les 3 ans de vie commune mais le prononcé d'adoption ne surviendra que lorsque ce critère sera rempli, donc, en certains cas, quand l'enfant aura ses 1.5 an ou ses 2 ans.
- (b) Dans ce cas, la possibilité de bénéficier d'une double filiation est différée jusqu'à la majorité de l'enfant, ce qui peut priver l'enfant et ses parents d'une protection juridique durant près de deux décennies.

Au vu de la volonté du législateur d'assurer dans un délai de 6 mois la protection juridique des familles décrites comme ayant accès à un d'adoption facilité – projet parental commun et impossibilité pour l'un des parents d'établir son lien juridique avec l'enfant autrement que par une procédure d'adoption intra-familiale – et de l'intérêt supérieur de l'enfant de pouvoir être protégé·e par un double lien de filiation, il conviendrait de trouver une solution plus adaptée à ces deux situations.

Afin de rester au plus près du cadre proposé dans le projet, il nous semble que la meilleure solution serait d'inclure ces deux cas de figures dans ce qui peut bénéficier d'une clause d'exception.

Dans le premier cas, l'examen serait plus approfondi et justifierait la production de document attestant un projet parental commun. Sur la base de ces éléments, le prononcé d'adoption devrait également survenir dans un délai de 6 mois après la naissance de l'enfant.

Dans le second cas, il s'agirait non seulement de documenter un projet parental commun avant la séparation du couple mais aussi la poursuite de soins accordés à l'enfant sur le plan matériel comme émotionnel par chacun des deux parents suite à la séparation. Enfin, en ce cas, contrairement à la situation d'un enfant devenu majeur, l'autorisation à l'adoption de la part du parent légal demeurerait une condition nécessaire.

Nous sommes conscient·e·s du fait que les situations de séparation conflictuelle de couples de même sexe avec enfant·s dans lesquelles le parent sans statut légal peut soit

se trouver privé de l'accès à son ou ses enfants par le parent légal, soit, inversement, renoncer à participer à l'entretien de son ou ses enfants. Dans ce contexte, un accès et un appui juridique deviennent nécessaires. Il en est de même pour toutes les autres configurations familiales dans lesquelles le bien-être du ou des enfants est au cœur des préoccupations.

LA SOLUTION TRANSITOIRE POUR LE DON DE SPERME : UN PROBLÈME MAJEUR

La disposition transitoire préconisée en cas de don de sperme privé, s'avère hautement problématique et devrait – à notre avis – être entièrement revue.

Au vu d'une part des pratiques adoptées depuis l'entrée en vigueur du nouveau droit de l'adoption en janvier 2018 en cas de don de sperme privé et, d'autre part, de la solution pressentie pour cette situation précise dans le cadre de la révision du droit de la filiation, la solution transitoire présentée dans le rapport explicatif conduirait à une dégradation majeure pour les couples de femmes et le donneur de sperme privé. De plus, ce qui a motivé une telle « solution » s'avère difficile comprendre.

Pour rappel, ladite solution transitoire telle que présentée dans le rapport explicatif impliquerait les étapes suivantes :

Suite à la naissance de l'enfant, le donneur de sperme privé doit :

- (i) Dans un premier temps, reconnaître et – ce faisant – accéder au statut de père légal dudit de ladite enfant ;
- (ii) Dans un deuxième temps, renoncer à cette paternité imposée et consentir à l'adoption par la mère d'intention.

Ces deux actes officiels figureront donc au dossier de l'enfant.

- (iii) Dans un troisième temps, et uniquement suite aux deux premières étapes – instaurant de fait le donneur de sperme dans un statut de parent légal de l'enfant – la mère d'intention sera en mesure d'initier une procédure d'adoption facilitée.

Cette exigence constitue une attaque majeure au projet parental conçu entre le couple de femmes et le donneur de sperme privé : dans cet arrangement précisément, le donneur est un donneur et non un père et les deux parents de l'enfant sont le couple de femmes. Le « bricolage juridique » proposé ici de manière transitoire ne présente aucun bénéfice pour les parties en présence, mais une péjoration majeure des pratiques en vigueur jusqu'ici. Et cela dans un contexte où il est en outre envisagé dans le cadre de la révision du droit de la filiation que le donneur – qu'il fasse don de son sperme dans une clinique de fertilité ou directement à un couple de femmes – bénéficie d'un traitement juridique identique.

L'absence d'attention à l'importance de cette première année de vie familiale avec enfant étonne. Imposer une paternité juridique momentanée n'est pas une solution adéquate. Il nous semble que ce yoyo administratif est particulièrement brutal pour

l'ensemble des personnes concernées : mères d'intention au quotidien avec l'enfant et le donneur de sperme.

Ainsi, l'enfant devenu·e adulte·e, né·e d'un don de sperme, qui, au lieu d'avoir accès à l'identité du donneur à sa majorité, tel que déjà prévu actuellement, se retrouve face à une identité aux multiples étapes et statuts, administrativement imposés durant une lointaine et brève période transitoire, dont il sera difficile de comprendre le sens !

RECOMMANDATIONS

Compte tenu de ces éléments, nous recommandons donc que la solution transitoire en cas de don de sperme privé se conforme aux pratiques mises en œuvre jusqu'ici. À savoir :

- (i) D'informer le couple de femmes du droit de l'enfant à connaître son ascendance ;
- (ii) De la nécessité de donner une garantie à l'État que c'est bel et bien le cas mais en conservant pour cela une souplesse dans les modalités.

Dans le Canton de Vaud, deux solutions ont principalement été retenues à ce jour à notre connaissance :

- (i) Le couple de femmes a remis une lettre du donneur de sperme qui rend compte de sa position de donneur dans le cadre de leur projet parental et fait part de sa connaissance du projet d'adoption qui vient compléter le dossier qui est constitué auprès de l'*Office de l'État civil cantonal*.
- (ii) Au cas où le couple de femmes ne souhaitait pas remettre un document avec le nom du donneur dans le cadre de la procédure, la solution retenue a été que celui-ci soit déposé chez un·e notaire et que ce dépôt soit attesté dans le cadre de la procédure d'adoption.

Nous tenons à insister que, quoi qu'il arrive, le droit de l'enfant et de ses parents de bénéficier de la protection d'une double filiation doit rester prioritaire.

EN CONCLUSION

L'association se réjouit des progrès importants qui ont été apportés à la situation juridique des familles arc-en-ciel depuis le milieu des années 2010. Nous constatons toutefois qu'en l'absence d'une réflexion d'ensemble sur les besoins et les réalités des familles arc-en-ciel, ces avancées juridiques se font de manière fragmentée, en ouvrant des dispositifs existants aux couples de même sexe – cela a été le cas pour l'adoption de l'enfant du·de la partenaire comme à la loi sur la PMA⁵ – sans que la situation effective des couples de même sexe ne soit pleinement prise en compte et le cadre légal adapté en conséquence.

⁵ Procréation Médicalement Assistée

Aussi, il importe que les besoins effectifs de ces familles en matière de protection juridique et de reconnaissance de leur projet parental commun soient le mieux possible pris en compte dans le cadre du projet de révision du code civil actuellement en consultation et nous espérons que nos propositions pourront être prises en compte à cette occasion.

Enfin il convient aussi de mentionner qu'à ce jour la question de la parentalité des personnes trans* constitue véritablement un angle mort des différentes réformes législatives introduites à partir de 2018, même si le cadre de l'adoption facilitée se prête à des propositions concrètes en la matière.

Méchineau Thomas

directeur général
association faîtière *familles arc-en-ciel*



**Presa di posizione in merito a:
ADOZIONE AGEVOLATA DEL FIGLIASTRO
(REVISIONE DEL CODICE CIVILE POSTA IN CONSULTAZIONE A LIVELLO FEDERALE)**

documento redatto il 30.08.2024 / modificato e tradotto il 17.10.2024 a Losanna

PREMESSA

Fondata nel settembre 2010, la *Federazione Famiglie Arcobaleno* si impegna sin dalla sua creazione a promuovere la parità sociale e giuridica delle famiglie arcobaleno¹ e lavora per il loro riconoscimento in Svizzera come una delle tante forme familiari possibili.

Dall'entrata in vigore dell'adozione del figliastro anche per le coppie dello stesso sesso, avvenuta il 1o gennaio 2018, l'associazione si è preoccupata di accompagnare questa nuova procedura per informare e supportare al meglio le coppie che decidevano di avviarla.

Dalle informazioni raccolte, è emersa la necessità di sensibilizzare le diverse istanze chiamate a intervenire nel processo sulle realtà delle famiglie arcobaleno, evidenziando anche la non uniformità delle procedure a livello cantonale. Il lavoro è stato particolarmente intenso nella Svizzera romanda, dove la Federazione Famiglie Arcobaleno è stata ricevuta dalla *Conférence Latine des Autorités Centrales en matière d'Adoption (CLACA)* per la Svizzera romanda e il Ticino sin dalla primavera 2018. Diversi servizi incaricati dell'indagine sociale hanno sollecitato un'opera di sensibilizzazione per la loro équipe, in modo da prepararsi ad accogliere adeguatamente le coppie dello stesso sesso. Da allora anche i servizi specializzati negli ambiti della salute sessuale, dell'area perinatale, della coppia e del sostegno alle famiglie hanno auspicato interventi di sensibilizzazione. La Federazione Famiglie Arcobaleno ha inoltre evidenziato le sfide particolari legate all'audizione del figlio nel contesto di questa procedura intrafamiliare di adozione per le coppie dello stesso sesso e i loro figli.

Nel corso degli ultimi sei anni, per meglio rispondere alle (future) famiglie che si rivolgono al gruppo «Consulenza» in lingua francese della nostra associazione o che si iscrivono ai nostri incontri mensili di consulenza per genitorialità arcobaleno² a Losanna, abbiamo mantenuto i contatti con i responsabili delle istanze incaricate della procedura nei vari Cantoni, in modo da avere informazioni su un'eventuale evoluzione delle pratiche nonché sulla durata effettiva di trattamento delle richieste.

¹ Il termine «famiglie arcobaleno» indica famiglie nelle quali almeno un genitore o futuro genitore, si riconosce nell'acronimo LGBTQIA+.

² Eventi gratuiti destinati a tutti e realizzati grazie all'accordo di subfornitura di prestazioni stipulato con Pro Familia Svizzera; per maggiori informazioni, consultare il nostro sito:
<https://www.regenbogenfamilien.ch/it/eventi/> (pagina aggiornata disponibile in francese e tedesco)

I nostri scambi con genitori e futuri genitori ci hanno permesso di conoscere da vicino le inquietudini e le difficoltà che ognuno incontra nell'ambito di questa procedura di adozione intrafamiliare³, prima fra tutte la lunga attesa tra le varie fasi della procedura di adozione.

Anche per questo motivo la Federazione Famiglie Arcobaleno si è impegnata per l'accesso alla PMA⁴ e l'introduzione della presunzione di genitorialità per la moglie della donna che ha partorito, che le consente di accedere in maniera immediata e automatica allo statuto di madre legale del proprio figlio, assicurando così piena tutela giuridica a tutta la famiglia sin dalla nascita del bambino. Il legislatore ha infine deciso di aggiungere che il figlio deve essere concepito in una clinica della fertilità in Svizzera, essenzialmente per garantire l'accesso alle informazioni sulla sua origine.

Tale decisione crea una disparità di trattamento che permane all'interno delle famiglie arcobaleno svizzere – a seconda della modalità di concepimento del figlio.

- PMA⁴ con donazione di sperma in una clinica della fertilità in Svizzera: i figli di coppie di donne sposate, le quali hanno un progetto parentale comune, beneficiano della piena tutela giuridica sin dalla nascita;
- PMA⁴ con donazione di sperma o maternità surrogata all'estero (anche se avviene in una clinica della fertilità riconosciuta): la piena tutela giuridica viene ottenuta solo al termine di una procedura di adozione lunga, costosa e invasiva, quando il figlio raggiunge l'età di tre anni all'incirca (1 anno di cura ed educazione prima di presentare la domanda e attualmente da 1,5 a 2,5 anni per le pratiche, a seconda del Cantone).

Ciò detto, tenuto conto del contesto attuale, la Federazione Famiglie Arcobaleno ritiene che il progetto di adozione agevolata posto in consultazione rappresenta un progresso importante e deve essere supportato.

Riportiamo qui di seguito quelle che secondo la nostra associazione sono le qualità principali del progetto.

- (i) Porre l'esigenza di tutela giuridica della coppia genitoriale e del figlio al centro del dispositivo in un momento così importante come la nascita, introducendo un arco temporale di sei mesi per la conclusione della procedura. È un grande sollievo per le future famiglie. Attualmente, infatti, la durata della procedura è di circa ventiquattro mesi nel Cantone di Vaud, per cui limitarsi ad abrogare il requisito dei dodici mesi di cura ed educazione necessari per presentare la

³ A titolo di esempio, lo slancio che accompagna le famiglie all'inizio della procedura può essere messo a dura prova quando l'attesa tra l'invio del dossier, istituito dall'Office vaudois d'état civil presso il pôle adoption della *Direction générale de l'enfance et de la jeunesse (DGEJ)*, e il primo contatto con questo servizio va oltre i sei mesi senza ricevere notizie. La causa di tali lunghe attese va ricercata, come ormai ci appare chiaro, nella mancanza delle risorse necessarie.

⁴ Procreazione medicalmente assistita.

domanda, non permetterebbe di assicurare rapidamente la tutela giuridica della famiglia.

Consentendo alle coppie dello stesso sesso che accolgono la nascita di un figlio nel quadro di un progetto parentale comune di accedere a una procedura di adozione agevolata, il progetto di legge riconosce le differenze significative che esistono rispetto alle situazioni di ricomposizione delle famiglie in cui sono presenti due genitori di sesso diverso, per le quali è stata concepita l'adozione del figliastro. Ugualmente apprezzabili la semplificazione dell'indagine sociale e il fatto che il rapporto esplicativo precisi che, nel contesto di un'adozione agevolata, questa non mira a valutare le attitudini genitoriali della coppia bensì a identificare situazioni gravi che potrebbero giustificare una misura di protezione del minore.

Anche questo chiarimento costituisce un progresso notevole per le famiglie arcobaleno.

Basandoci sugli scambi avvenuti con le famiglie, sembra che queste abbiano difficoltà a comprendere la natura e gli obiettivi reali dell'indagine sociale, spesso l'affrontano con grande ansia e si interrogano sulla pertinenza di alcune domande che vengono loro rivolte.

- (ii) Estremamente positivo anche il fatto che questo progetto abbia introdotto un articolo che consente a una persona giunta alla maggiore età di essere adottata dal genitore che l'ha cresciuta pur non avendo un legame giuridico con lei, anche se i genitori sono separati; il legame di filiazione con l'altro genitore permane, ma l'accordo di quest'ultimo per l'adozione del figlio non è necessario.

Accogliamo con favore anche la volontà del legislatore di poter introdurre rapidamente questa revisione del Codice civile che permette l'entrata in vigore dell'adozione agevolata.

Ciò nonostante, dal nostro punto di vista **occorre apportare due miglioramenti al progetto**, che illustriamo nella pagina successiva, affinché alcune situazioni familiari non si vedano ingiustamente escluse dalla protezione di una doppia filiazione per un tempo più o meno lungo.

PROPOSTE DI MIGLIORAMENTI DA APPORTARE AL PROGETTO

Allo stato attuale del progetto di adozione agevolata, due tipologie di situazione familiare si trovano di fatto escluse da un rapido accesso alla piena tutela giuridica conferita dalla doppia filiazione:

- (a) le coppie che al momento della nascita del figlio non adempiono la condizione dei tre anni di comunione domestica;
- (b) e coppie che hanno soddisfatto la condizione dei tre anni di comunione domestica, ma che si sono separate prima di aver potuto presentare una domanda di adozione del figliastro.

In entrambi i casi le soluzioni previste nel progetto di legge sono insoddisfacenti poiché rinviando di vari anni la possibilità di accedere a una doppia filiazione.

- (a) In questo caso, se è vero che la coppia può presentare la propria domanda prima di soddisfare la condizione dei tre anni di comunione domestica, la decisione di adozione sarà pronunciata solo una volta adempiuta tale condizione, quindi, in alcuni casi, quando il bambino avrà un anno e mezzo o due.
- (b) In questo caso, la possibilità di beneficiare di una doppia filiazione è rinviata fino alla maggiore età del bambino, il che può privare quest'ultimo e i suoi genitori della tutela giuridica.

Considerata la volontà del legislatore di proporre un termine di sei mesi per tutelare le famiglie che devono optare per un'adozione intrafamiliare, ma anche nell'interesse superiore del bambino, il quale deve essere protetto attraverso una doppia filiazione, sarebbe opportuno trovare una soluzione più adeguata per queste situazioni.

Al fine di rimanere il più vicino possibile allo schema proposto nel progetto, ci sembra che la soluzione migliore sarebbe quella di far rientrare questi due casi di specie in ciò che può beneficiare di una clausola di eccezione.

Nel primo caso l'esame sarebbe più approfondito e giustificerebbe la produzione di un documento che attesti un progetto parentale comune: sulla base di questi elementi, anche la decisione di adozione dovrebbe essere pronunciata entro sei mesi dalla nascita del bambino.

Nel secondo caso si tratterebbe non solo di documentare un progetto parentale comune prima della separazione della coppia, ma anche il proseguimento delle cure prestate al figlio tanto sul piano materiale quanto su quello emotivo da parte di ciascuno dei genitori dopo la separazione. Infine, contrariamente alla situazione di un figlio divenuto maggiorenne, l'autorizzazione all'adozione da parte del genitore legale rimarrebbe una condizione necessaria.

Siamo consapevoli delle situazioni di separazione conflittuale di coppie dello stesso sesso con figli, in cui il genitore senza statuto giuridico può essere privato dell'accesso ai

figli da parte del genitore legale o, al contrario, rinunciare a partecipare al loro mantenimento. In tale contesto, l'accesso e il supporto giuridico sono necessari. Vale lo stesso per tutte le altre forme familiari in cui il benessere del o dei figli è al centro delle preoccupazioni.

SOLUZIONE TRANSITORIA PER LA DONAZIONE DI SPERMA: UN PROBLEMA DI NOTEVOLE RILEVANZA

La disposizione transitoria auspicata in caso di donazione privata di sperma appare alquanto problematica e riteniamo che debba essere interamente rivista.

Alla luce da un lato delle pratiche utilizzate dall'entrata in vigore del nuovo diritto in materia di adozione nel gennaio 2018 in caso di donazione privata di sperma nonché, dall'altro lato, della soluzione prevista appositamente per questa situazione nel quadro della revisione del diritto della filiazione, la soluzione transitoria presentata nel rapporto esplicativo comporterebbe un peggioramento importante per le coppie di donne e il donatore. Inoltre, rimane difficile comprendere la motivazione di una «soluzione» di questo tipo.

A titolo di promemoria, tale soluzione transitoria, così come presentata nel rapporto esplicativo, prevede i passaggi riportati qui di seguito.

Dopo la nascita del bambino, il donatore di sperma deve:

- (i) prima riconoscere il bambino, acquisendo quindi lo statuto di padre legale;
- (ii) in un secondo momento rinunciare a questa paternità imposta e consentire l'adozione da parte della madre intenzionale.

Questi due atti ufficiali figureranno di conseguenza nel dossier del bambino.

- (iii) Da ultimo e solo in seguito ai primi due passaggi, che di fatto riconoscono il donatore di sperma quale genitore legale, la madre intenzionale potrà avviare una procedura di adozione agevolata.

Questa condizione rappresenta un grave danno per il progetto parentale concepito tra la coppia di donne e il donatore di sperma: in uno schema di questo tipo, il donatore è un donatore e non un padre, sono le due donne della coppia a essere i genitori del bambino. Questa sorta di «bricolage giuridico» proposto in maniera transitoria non apporta alcun beneficio alle parti coinvolte bensì un peggioramento importante delle pratiche finora in vigore. Il tutto in un contesto di revisione del diritto della filiazione in cui si prevede anche che il donatore riceva un trattamento giuridico identico, sia che faccia la sua donazione in una clinica della fertilità sia direttamente alla coppia di donne.

Sorprende la scarsa attenzione verso l'importanza del primo anno di vita familiare con il bambino, al pari della leggerezza con cui un'amministrazione imporrebbe in via prioritaria una paternità legale temporanea. Ci sembra che questo «yo-yo

amministrativo» sia particolarmente brutale per le persone coinvolte, madri intenzionali nel quotidiano con il bambino e donatore di sperma.

Per il bambino nato da una donazione di sperma, una volta raggiunta la maggiore età, invece di avere accesso all'identità del donatore, come previsto attualmente, sarà difficile comprendere un'identità costituita da passaggi e statuti multipli, temporaneamente imposti dall'amministrazione per un breve periodo lontano nel tempo!

RACCOMANDAZIONI

Tenuto conto di questi elementi, raccomandiamo quindi che, in caso di donazione privata di sperma, la soluzione transitoria sia conforme alle pratiche sinora adottate, ossia:

- (i) è necessario informare la coppia di donne del diritto del bambino a conoscere la propria ascendenza;
- (ii) è necessario fornire allo Stato una garanzia in tal senso, mantenendo tuttavia una certa flessibilità nelle modalità.

Per quanto di nostra conoscenza, a oggi il Cantone di Vaud ha adottato principalmente due soluzioni:

- (i) la coppia di donne ha consegnato una lettera del donatore di sperma, il quale attesta la sua posizione di donatore nell'ambito del progetto parentale e conferma la sua conoscenza del progetto di adozione che completa il dossier istituito presso l'ufficio di stato civile;
- (ii) nel caso in cui la coppia di donne non volesse consegnare un documento con il nome del donatore, la soluzione adottata è stata quella di depositare il documento presso un notaio e di attestare tale deposito nel quadro della procedura di adozione.

Vogliamo sottolineare ancora una volta che, qualunque cosa accada, il diritto del bambino e dei suoi genitori di beneficiare della tutela di una doppia filiazione deve rimanere prioritario.

CONCLUSIONI

La Federazione Famiglie Arcobaleno accoglie con favore i progressi importanti registrati riguardo alla situazione giuridica delle famiglie arcobaleno dalla metà degli anni 2010. Constatiamo tuttavia che, in assenza di una riflessione d'insieme sulle esigenze e le realtà delle famiglie arcobaleno, tali progressi giuridici avvengono in maniera frammentata, aprendo dispositivi esistenti alle coppie dello stesso sesso – come nel caso dell'adozione del figliastro e della legge sulla PMA – senza tenere pienamente conto della situazione reale di tali coppie né adeguare il quadro giuridico di conseguenza.

Pertanto, nell'ambito del progetto di revisione del Codice civile attualmente posto in consultazione, è importante prendere in considerazione nel miglior modo possibile le esigenze reali di queste famiglie in materia di tutela giuridica e di riconoscimento del loro progetto parentale comune. Da parte nostra confidiamo che in tale occasione si terrà conto delle nostre proposte.

Infine, è opportuno menzionare anche che a oggi la questione della genitorialità delle persone trans* costituisce un vero e proprio angolo morto nel quadro delle varie riforme legislative introdotte dal 2018, quando proprio il quadro dell'adozione agevolata si presta a proposte concrete in materia.

Méchineau Thomas

Direttore generale
Federazione Famiglie Arcobaleno



Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Fürst Marianne BJ](#)
Betreff: STN Schweiz. Arbeitgeberverband 19.07.2024 mit Verweis zu STN Economiesuisse VNL Erleichterte Stiefkindadoption
Datum: Freitag, 19. Juli 2024 10:54:01
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Frau Fürst

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband in die Zuständigkeit von ersterer fällt, verzichtet der SAV auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: marianne.fuerst@bj.admin.ch <marianne.fuerst@bj.admin.ch>

Gesendet: Mittwoch, 26. Juni 2024 14:11

Betreff: e-VNL Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) /
Modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du
partenaire) / Modifica del Codice civile (Adozione facilitata del figliastro)

**Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) /
Modification du Code civil (Adoption facilitée de l'enfant du
conjoint ou du partenaire) / Modifica del Codice civile (Adozione
facilitata del figliastro)**

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Beilage senden wir Ihnen gerne die Unterlagen zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Bitte senden Sie uns Ihre allfällige Stellungnahme wenn möglich **in elektronischer Form als Word- und PDF-Datei** an die E-Mail Adresse zz@bj.admin.ch. Die Dateien sollten uns **weder** passwortgeschützt **noch** als Foto zugestellt werden.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **Donnerstag, 17. Oktober 2024**.

Besten Dank im Voraus.

Mesdames et Messieurs,

Nous avons le plaisir de vous envoyer en annexe les documents relatifs à la consultation susmentionnée.

Nous vous saurions gré de nous faire parvenir dans la mesure du possible votre éventuel avis **sous forme électronique, en fichier Word et PDF**, à l'adresse e-mail zz@bj.admin.ch. Les fichiers **ne doivent pas** nous être envoyés protégés par un mot de passe **ou** sous forme de photo.

Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au **jeudi 17 octobre 2024**.

En vous remerciant d'avance.

Gentili Signore, egregi Signori,

In allegato trovate i documenti per la consultazione di cui sopra.

Vi preghiamo di inviarci i vostri eventuali commenti, se possibile **in forma elettronica come file Word e PDF**, all'indirizzo e-mail zz@bj.admin.ch. I file **non devono** essere protetti da password **né** inviati come foto.

Il termine di consultazione scade **giovedì 17 ottobre 2024**.

Ringraziamo anticipatamente.

Freundliche Grüsse / Meilleures salutations / Con i migliori saluti

Marianne Fürst
Direktionsbereichsassistentin PRIVAT

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht

Bundesrain 20, 3003 Bern
Tel. +41 58 466 17 67
marianne.fuerst@bj.admin.ch
www.bj.admin.ch

<Orientierungsschreiben an die Organisationen DE.pdf>

<Orientierungsschreiben an die Organisationen FR.pdf>

<Orientierungsschreiben an die Organisationen IT.pdf>



Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Zürich, 14. September 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)
Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen bedankt sich für die Möglichkeit, zum im Titel genannten Geschäft Stellung nehmen zu dürfen. Unser Verband nimmt in der Regel Stellung, wenn fachliche Themen betroffen. Diese Vorlage ist aus Sicht des SVZ politisch bzw. gesellschaftlich zu beurteilen. Wir machen aber den Hinweis, dass aus Gesprächen mit Eltern immer wieder hervorgeht, wie wichtig es wäre, dass die Stiefkindadoptionen früher ausgesprochen werden könnten und das Kind möglichst schon bei oder zumindest sehr kurz nach der Geburt die richtigen bzw. Wunscheltern hat.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen

Roland Peterhans
Präsident



Monsieur le Conseiller fédéral

Beat Jans

Par e-mail : zz@bj.admin.ch

Le 17 octobre 2024

Procédure de consultation relative à la modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Prise de position

D'une manière générale, **le projet de révision est bienvenu et dans ce sens est à saluer ; ne sont repris ici que les points qui méritent encore à notre sens d'approfondir la réflexion :**

- Le projet vise à faciliter l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire qui vit dès sa naissance avec un parent juridique et son autre parent, appelé parent d'intention. Il s'agit de situations dans lesquelles l'enfant est né dans le cadre d'un projet parental commun, grâce à un don de sperme privé, à un don de sperme (éventuellement anonyme) ou par d'autres méthodes de procréation médicalement assistée autorisées à l'étranger, y compris la gestation pour autrui. Est avant tout ciblée la durée de la procédure jusqu'au prononcé de l'adoption (actuellement 2 ans au moins, en raison en particulier de l'année de soins exigée par l'art. 264 al. 1 CC, ce qui ne répond pas à l'exigence d'une procédure effective et rapide voulue par la Cour européenne des droits de l'homme (CourEDH) cf. Avis consultatif du 10 avril 2019 relatif à la reconnaissance en droit interne d'un lien de filiation entre un enfant né d'une gestation pour autrui pratiquée à l'étranger et la mère d'intention, Demande n° P16-2018-001) ; l'enfant, dont un seul parent est juridiquement reconnu, n'est pas pleinement protégé pendant cette période.
- A cet effet, **l'art. 264c^{bis} AP-CC**, selon une formulation assez complexe, permet aux couples faisant ménage commun au moment de la naissance de l'enfant d'adopter, ce sans exigence d'un lien nourricier préalable, mais **seulement dès que le ménage commun a duré 3 ans et que les autres conditions de l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire sont réunies.**
 - o Partant, l'exigence du lien nourricier demeure pour les couples qui ont deux ans ou moins de ménage commun.
 - o L'exigence d'une durée de vie commune de 3 ans peut selon les circonstances du cas d'espèce repousser le prononcé de l'adoption et donc maintenir l'insécurité juridique dans laquelle se trouve l'enfant par rapport au parent d'intention, sans offrir une procédure effective et rapide.

- Les conséquences d'un projet parental commun pour l'enfant ne devraient pas dépendre de la vie commune des parents, compte tenu du besoin de sécurité juridique de l'enfant.
 - À cet effet, **l'art. 268 al. 2^{bis} AP-CC** permet de déposer la requête d'adoption avant la réalisation de toutes les conditions
 - Il n'en demeure pas moins que la condition des 3 ans de vie commune doit être réalisée au plus tard au moment de l'adoption.
 - De surcroît, **l'obstacle de la séparation du couple demeure.**
- En effet, autre obstacle de taille, **la séparation du couple ne permet plus l'adoption co-parentale**, alors même que l'enfant a été conçu dans le cadre d'un projet parental commun. L'enfant ne conservera qu'un seul parent juridiquement reconnu, ce qui prétérite sa sécurité juridique et n'est pas conforme à son bien.
 - **L'art. 268 al. 2^{bis} AP-CC** introduit certes une **clause d'exception** pour atténuer des situations très choquantes pouvant se présenter dans les cas où le ménage commun qui avait duré trois ans n'existe plus au moment du dépôt de la requête d'adoption.
 - Cette exception, dont **les contours apparaissent flous**, n'est pas davantage explicitée dans le Rapport explicatif. Faut-il en déduire qu'une vie commune de 3 ans permet de déposer une requête d'adoption après la séparation du couple chaque fois qu'il en va de l'intérêt de l'enfant ?
 - Il est douteux qu'une telle exception se justifie uniquement dans le cadre de la requête d'adoption facilitée. Il faudrait également la prévoir dans le cadre des autres types d'adoption.
- L'art. 264^{c^{bis}} AP-CC en renvoyant aux autres conditions de l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire implique **un contrôle des capacités éducatives du parent d'intention (cf. art. 264 al. 1 CC)**.
 - la procédure d'adoption requiert un contrôle des capacités éducatives afin de s'assurer que l'établissement des liens de filiation est dans l'intérêt de l'enfant, alors que les parents continuent de s'occuper de l'enfant au quotidien (le ménage commun est en principe nécessaire au dépôt de la requête *cf. supra*). Il y a ici une **ambiguïté intrinsèque** qui questionne l'adéquation de la procédure d'adoption, même si certes la CourEDH, dans son Avis consultatif du 10 avril 2019 (Demande n° P16-2018-001), a admis que « vu la marge d'appréciation dont disposent les États s'agissant du choix des moyens, d'autres voies que la transcription, notamment l'adoption par la mère d'intention, peuvent être acceptables dans la mesure où les modalités prévues par le droit interne garantissent l'effectivité et la célérité de leur mise en œuvre, conformément à l'intérêt supérieur de l'enfant » (§ 55).

- L'art. 268a al. 3 AP-CC prévoit certes qu'en cas d'adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire, l'autorité compétente limite la portée de l'enquête et simplifie la procédure de manière à ce qu'un lien de filiation puisse être établi avec l'adoptant dans les six mois suivant le dépôt de la requête. L'ampleur de ce contrôle est toutefois peu claire, le Rapport explicatif laissant entendre que les autorités cantonales devront d'abord veiller à la célérité de la procédure, ce qui signifie de renoncer à un examen d'aptitude complet et à des évaluations sociales. Le contenu de l'enquête doit à notre sens être précisé davantage pour éviter qu'il s'agisse simplement d'une procédure qui vérifie tous les éléments des art. 264 ss CC de manière accélérée. Il suffit à notre avis de limiter l'enquête à la question de savoir si l'enfant est effectivement né à la suite d'un projet parental commun.
- Le projet **ne vise pas la situation de deux parents d'intention dans le cadre de la GPA** (à défaut d'un lien génétique avec l'un des parents), **renvoyés à la procédure d'adoption conjointe**, soumise depuis le 1^{er} janvier 2018 à la condition du ménage commun depuis au moins 3 ans ;
 - **une séparation du couple fait ainsi également obstacle à l'adoption conjointe**
 - Seule l'adoption par une personne seule apparaît envisageable, tout en ne sécurisant juridiquement que partiellement la position de l'enfant.
 - **et seul un couple marié a accès à l'adoption conjointe**, ce qui ne correspond ni à l'évolution sociétale, ni à l'évolution législative, le présent projet en témoignant alors qu'il concerne différents modèles familiaux. Si les modifications du droit de l'adoption entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2018 visaient à adapter le droit de l'adoption aux exigences modernes, il convient de prolonger cette réflexion et de permettre l'adoption conjointe à d'autres modèles familiaux que le mariage, ouvert de surcroît aux couples de partenaires de même sexe depuis le 1^{er} juillet 2022.
- En matière de GPA, le projet **ne résout pas l'inégalité envers la mère génétique** renvoyée à la procédure d'adoption de l'enfant de son conjoint ou partenaire, en raison de l'absence d'une procédure de reconnaissance de filiation ouverte aux femmes selon le droit suisse. En effet, que la mère d'intention présente un lien génétique ou non avec l'enfant, elle doit recourir à la procédure d'adoption, alors que seul le père qui n'est pas génétiquement lié à l'enfant est renvoyé à la procédure d'adoption.
 - Or, dans la mesure où un père d'intention lié génétiquement à un enfant né par GPA peut voir son lien de filiation inscrit à l'état civil sans délai et sans contrôle de ses capacités éducatives, alors qu'un tel droit est exclu pour une mère d'intention génétique, il en résulte une situation d'inégalité entre les parents d'intention.
 - La reconnaissance de l'enfant par la mère est une solution adéquate dans cette situation et devrait être prévue dans la prochaine révision du droit de la filiation.

- Le **parent d'intention** reste dans une **position fragile**, dans la mesure où le parent juridique peut refuser de consentir à l'adoption de son enfant, même si celui-ci est issu d'un projet parental commun,
 - ce alors même que la mère d'intention peut avoir un lien génétique avec l'enfant.
 - On rappellera que l'art. 265c CC relatif au renoncement au consentement ne prévoit plus que des motifs objectifs ; demeure certes l'interdiction de l'abus de droit qui pourra le cas échéant être développée par le biais de la jurisprudence.
- S'agissant de l'**art. 266 al. 3 AP-CC**, une **distinction est faite entre la vie de couple de fait ou le ménage commun**.
 - « Si les conditions applicables à l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire réglées à l'art. 264c étaient réunies quand la personne qui fait l'objet d'une demande d'adoption était mineure, une adoption peut être prononcée même si le mariage, le partenariat enregistré ou la vie de couple de fait entre la mère ou le père et l'adoptant ou le ménage commun a pris fin ».
 - Ne faut-il pas supprimer « ou le ménage commun » ou remplacer la vie de couple de fait par le ménage commun ?
 - Cette distinction ne paraît en tout cas **pas claire**.
 - Dans l'idée du législateur de l'avant-projet, la condition d'un lien nourricier d'un an est nécessaire pour permettre l'adoption à l'âge adulte (Rapport explicatif 2.1.2). Il serait plus clair de l'indiquer dans l'art. 266 al. 3 AP-CC ; la formulation « Au surplus » *ab initio* de l'al. 2 peut laisser penser que l'al. 3 est indépendant. De surcroît, pour l'enfant mineur, l'essence de l'avant-projet est de supprimer l'exigence du lien nourricier d'un an dans le cadre de l'art. 264c^{bis} AP-CC.
 - L'art. 266 al. 3 AP-CC renvoie certes exclusivement à l'art. 264c CC et non à l'art. 264c^{bis} AP-CC
 - Or, l'avant-projet ne résout pas la question de la séparation du couple, hormis le cas exceptionnel, peu clair *cf. supra*, prévu à l'art. 268 al. 2^{bis} CC.
 - La séparation du couple continue à faire obstacle au dépôt de la requête d'adoption à défaut de ménage commun. L'absence de renvoi à l'art. 264c^{bis} AP-CC paraît signifier que cela n'est pas rattrapable à l'âge adulte, contrairement aux procédures d'adoption non facilitées de l'enfant du conjoint ou du partenaire.
 - La modification proposée de l'art. 266 al. 3 AP-CC permet à l'âge adulte de rattraper une adoption qui n'aurait pas pu être prononcée pendant la minorité en raison de la cessation du ménage commun. Or, selon les circonstances, il pourrait ne pas être raisonnable ni justifié et ainsi non conforme au bien de l'enfant de devoir attendre ses 18 ans pour s'affranchir de la condition du ménage commun, alors que l'intérêt de l'enfant est un des principes au poids particulier selon la CourEDH dans son Avis consultatif du 10 avril 2019 (Demande n° P16-2018-001 ; § 37).

- Selon **l'art. 268a al. 3 AP-CC**, l'autorité compétente est appelée à limiter la portée de l'enquête et à simplifier la procédure de manière à ce qu'un lien de filiation puisse être établi **dans les 6 mois suivant le dépôt de la requête**.
 - Pour 1^{er} rappel, la Suisse a fait l'objet d'une condamnation par la CourEDH en raison de la durée de la procédure d'adoption (plus de 7 ans) due en partie au fait que le couple d'hommes a dû attendre l'entrée en vigueur de la révision du Code civil ouvrant l'adoption aux couples de même sexe pour lancer ladite procédure, cf. CourEDH D.B. et autres c. Suisse du 22 novembre 2022 (requêtes nos 58817/15 et 58252/15).
 - En 2^{ème} rappel, la moyenne pour une adoption plénière en France est de 4,1 mois, ce qui a permis à la CourEDH de ne pas voir comme un fardeau excessif imposé à l'enfant le fait d'attendre des parents qu'ils engagent une procédure d'adoption de l'enfant du conjoint (ACEDH D c. France du 16 juillet 2020, requête n° 11288/18, § 67).
 - **En pratique, 6 mois devrait tendre à être le maximum.**
 - Limiter la portée de l'enquête et simplifier la procédure ne nous paraissent pas comme des indications claires à l'attention de l'autorité compétente *cf. supra*.
 - La force contraignante de cette disposition sur l'autorité compétente n'est pas davantage très précise, ni ses conséquences en cas de non-respect. Il semble qu'il s'agisse d'un délai d'ordre.
 - Les cantons sont en tous cas impliqués et peuvent anticiper du travail supplémentaire, car ils devront mettre en place cette procédure facilitée.
- Il faut enfin garder en tête que **l'adoption, même facilitée, reste une procédure intentée par le parent d'intention** et que le renvoi à cette procédure peut être problématique si l'enfant est amené à ne pas correspondre aux attentes du ou des parents (notamment l'enfant en situation de handicap) qui pourraient alors renoncer à l'adoption.
 - **L'adéquation de la procédure d'adoption, même facilitée, reste sujette à caution.**

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions de recevoir,
Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations les plus respectueuses

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Papaux van Delden', with a stylized, cursive script.

Marie-Laure Papaux van Delden
Professeure au Département de droit civil
Directrice du département de droit civil

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Cottier', with a stylized, cursive script.

Michelle Cottier
Professeure au Département de droit civil
Directrice du Centre d'étude, de technique
et d'évaluation législatives

À envoyer par mail à : zz@bj.admin

Lausanne, le 14 octobre 2024

Consultation sur la modification du Code civil : Adoption facilitée de l'enfant du/de la conjoint·e ou du/de la partenaire

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions pour l'opportunité de prendre position sur le projet de modification du Code civil (facilitation de l'adoption de l'enfant du/ de la conjoint·e).

L'association Vogay a été fondée à Lausanne, le 1er juin 1996. Elle était initialement centrée les questions liées à l'homosexualité et à la bisexualité mais, depuis quelques années, elle a élargi son champ d'action à la diversité sexuelle et de genre. Elle défend les intérêts de toute la communauté LGBTIQ+, sans discrimination aucune. Vogay propose de l'information, du soutien et des activités aux personnes LGBTIQ+ ou en questionnement ainsi qu'à leur entourage. Elle s'implique également à sensibiliser et former les professionnel·le·x·s et le grand public. L'association Vogay est active sur l'ensemble du territoire du canton de Vaud. Ses objectifs sont dictés tant par ses statuts tant que par les missions qui lui sont affectées par le canton de Vaud.

A. Remarques générales

Vogay considère qu'une révision des règles sur l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e est urgemment nécessaire et accueille favorablement la révision proposée.

Le droit actuel est conçu pour des situations dans lesquelles une personne adopte un enfant issu d'une relation antérieure de son ou sa partenaire. La condition est que le couple partage un foyer commun depuis au moins trois ans et que la personne souhaitant adopter ait assuré l'éducation et les soins de l'enfant pendant au moins une année. Des investigations approfondies et chronophages doivent être menées avant qu'une adoption puisse être prononcée.

La motion 22.3382 de la CAJ-N « Pas d'entraves inutiles à l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e » met l'accent sur d'autres configurations. Cette motion a chargé le Conseil fédéral de soumettre une proposition de révision pour les situations dans lesquelles un enfant a été conçu par un don de sperme privé ou dans le cadre d'une procédure de procréation médicalement assistée à l'étranger (y compris la gestation pour autrui). Dans ces cas, l'enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun et vit dès sa naissance avec le parent légal et la personne souhaitant l'adopter.

Le droit actuel de l'adoption ne répond pas adéquatement à ces configurations. Cela concerne particulièrement la longue durée avant que l'adoption de l'enfant du/de la conjoint·e ne soit prononcée. La période de prise en charge d'un an et la procédure d'adoption prennent généralement entre 2 et 3 ans, pendant lesquels l'enfant n'est pas pleinement protégé, car il n'a qu'un seul parent légal. Pour les familles concernées, cela représente un fardeau important et inutile. La pratique actuelle des procédures d'adoption – qui varie fortement d'un canton à l'autre – est perçue par les familles arc-en-ciel comme inadaptée, longue et très contraignante.

La révision proposée prévoit que, dans de telles situations, l'exigence de la période de prise en charge d'un an soit supprimée. L'adoption pourra avoir lieu dès que le couple aura vécu ensemble pendant trois ans. La demande d'adoption pourra être déposée avant que toutes les conditions d'adoption ne soient remplies. De plus, l'évaluation de l'aptitude sera simplifiée en fonction des circonstances, et la procédure d'adoption devra, dans la mesure du possible, être finalisée dans un délai de six mois après le dépôt de la demande.

Vogay soutient les simplifications prévues pour l'adoption de l'enfant par le/la partenaire. Elles représentent une amélioration extrêmement importante pour les familles arc-en-ciel.

Toutefois, Vogay souhaite également saisir l'opportunité de cette proposition de révision pour encourager d'autres améliorations : il serait essentiel, de lege ferenda, d'établir une parentalité d'origine pour tous les parents d'intention vivant ensemble au moment de la naissance de l'enfant, c'est-à-dire, notamment, dans le cas de dons de sperme privés ou de procédures de procréation médicalement assistée à l'étranger (voir les explications ci-dessous sous lit. C).

B. Remarques sur le projet

1. Art. 264c bis CC (facilitation de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire)

Même si cela n'est que peu explicitement mentionné dans le rapport explicatif, la nouvelle réglementation **s'appliquera majoritairement aux familles arc-en-ciel**. Pour les couples de sexes différents, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC), indépendamment de la filiation génétique réelle. Ces couples ne dépendent pas d'une procédure d'adoption dans les cas où l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue. Depuis l'introduction du mariage pour tou·te·s, l'épouse de la mère est également considérée comme l'« autre parent » si l'enfant a été conçu en Suisse par don de sperme selon les dispositions de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998 (art. 255a, al. 1 CC), les informations concernant le donneur de sperme étant centralisées. Dans toutes les autres configurations de relation de même sexe, la partenaire ou le partenaire n'est pas considéré·e comme le/la second·e parent, même si l'enfant naît dans le cadre d'une relation de couple vécue.

La nouvelle réglementation s'appliquera donc en particulier dans les configurations où un enfant est conçu dans une relation homosexuelle par don de sperme privé ou par un procédé de procréation médicalement assistée à l'étranger. Vogay se réjouit que la révision proposée qui prévoit l'ajout d'un nouvel article dans le droit de l'adoption, qui introduit une « adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire » pour ces configurations spécifiques.

Conformément au droit actuel (art. 264, al. 1 CC), la personne souhaitant adopter doit avoir prodigué des soins et de l'éducation à l'enfant mineur pendant au moins un an avant que la demande d'adoption puisse être déposée. Cette disposition n'a aucun sens dans les configurations où les parents d'intention vivent ensemble avec l'enfant dès sa naissance.

L'enfant est certes né dans une relation de couple, mais au moment de la naissance, il n'a qu'un seul parent légal. Tant que la coparentalité dès la naissance n'est pas possible dans de telles situations, le/la partenaire doit établir sa relation juridique avec l'enfant par l'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Dans ces configurations, il est important que l'établissement de la filiation avec le parent d'intention se fasse dès que possible après la naissance et sans obstacles inutiles. **Pour des raisons d'intérêt supérieur de l'enfant et de sécurité juridique, il existe un intérêt public considérable à établir rapidement la relation de filiation avec le second parent dans un délais court.**

Il est donc très positif que dans ces cas, l'exigence d'une période de prise en charge d'un an soit supprimée, d'autant plus que la période de prise en charge dans ces configurations n'apporte aucune valeur ajoutée, mais retarde inutilement la protection optimale de l'enfant. Il convient de noter que les parents d'intention sont très affectés par la situation juridique incertaine jusqu'à l'adoption selon le droit en vigueur, ce qui n'est pas dans l'intérêt de la famille ni du bien-être de l'enfant. La simplification prévue représente une amélioration importante de la situation juridique des familles arc-en-ciel.

Il n'est pas nécessaire, dans ces configurations, d'exiger une durée minimale de vie commune. **L'exigence de trois ans devrait être supprimée.** Pour les couples qui, pour une raison quelconque, ne vivent pas ensemble ou ne vivent ensemble que depuis peu de temps, ne devraient pas voir la double parentalité et donc la protection optimale de l'enfant retardées inutilement de plusieurs années. **La situation d'un enfant désiré qui naît dans une relation homosexuelle ne diffère fondamentalement pas d'une relation de concubinage hétérosexuelle, dans laquelle la reconnaissance de l'enfant n'est pas liée à un domicile commun.** En revanche, dans les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire, l'exigence d'un ménage commun de trois ans semble raisonnable, car elle permet de garantir que la relation avec l'enfant issu d'une relation antérieure du partenaire ou de la partenaire présente une stabilité suffisante. Dans les configurations visées ici, cela n'est pas nécessaire.

2. Art. 266 al. 3 et 267 al. 2, ch. 4 CC (Adoption d'une personne majeure)

Cette disposition concerne l'adoption d'adultes. Elle ne se réfère pas spécifiquement aux cas d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, mais à toutes les formes d'adoption de l'enfant du/de la partenaire. Il est compréhensible et logique que, pour l'adoption d'une personne majeure, l'exigence d'un ménage commun entre le parent et la personne souhaitant adopter puisse être omise. En effet, les adultes ne sont plus nécessairement dépendants de l'existence d'un domicile commun et de la relation entre le parent et le beau-parent.

L'ajout proposé à l'art. 267 al. 3, ch. 4 CC semble raisonnable, étant donné que l'adoption d'un adulte par un beau-parent doit également être possible même si le mariage, le partenariat enregistré ou le ménage commun ont été dissous.

3. Art. 268 al. 2bis CC (Procédure)

Dans l'intérêt d'une sécurisation juridique rapide de l'enfant par deux parents, il est également pertinent et souhaitable que la demande d'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire puisse être déposée avant que toutes les conditions d'adoption soient remplies. Cela permettrait que la demande d'adoption simplifiée soit déposée rapidement après la naissance de l'enfant, même si le couple n'a rempli la condition d'un ménage commun pendant trois ans qu'au cours de la première année de vie de l'enfant.

Il est également très positif de permettre, dans certains cas, de déroger à l'exigence d'avoir un ménage commun au moment de la soumission de la demande. Cela permet aux autorités compétentes de disposer d'une certaine marge de manœuvre, par exemple dans les situations où le couple ne peut pas vivre ensemble pour des raisons professionnelles ou de droit des étrangers, ou encore si le couple se sépare avant la fin de la procédure d'adoption.

4. Art. 268 al. 3 CC (Procédure)

Le projet de révision prévoit que l'autorité compétente, dans le cadre d'une adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, limite l'enquête et simplifie la procédure afin que la filiation avec la personne souhaitant adopter puisse être établie dans les six mois suivant le dépôt de la demande. Dans le rapport explicatif (page 18), il est précisé qu'une évaluation complète de la capacité à être parent, incluant des rapports sociaux, pourrait être omise. L'enquête devrait se limiter aux circonstances qui pourraient entraîner la révocation de l'autorité parentale ou même une privation de celle-ci. En règle générale, un extrait du casier judiciaire et une demande auprès de l'APEA devraient suffire. Par ailleurs, il est également précisé qu'il ne serait pas nécessaire de tenir compte de l'attitude des enfants de la personne souhaitant adopter.

Les observations du rapport explicatif peuvent être pleinement approuvées. Il est très positif que les différences significatives entre les enfants nés dans la famille et les adoptions classiques d'enfants du/de la partenaire soient enfin reconnues. Les simplifications proposées pour l'enquête sont appropriées et importantes.

L'expérience des adoptions d'enfants du/de la partenaire dans les familles arc-en-ciel montre clairement que la procédure actuelle d'adoption n'est pas une alternative satisfaisante à la parentalité originelle. Non seulement les exigences strictes et la longue durée entre la naissance et l'adoption représentent une lourde charge, mais l'« évaluation de la capacité à être parent » est également perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Ainsi, dans le canton de Zurich, 23 documents sont exigés, dont certains nécessitent de révéler des informations très personnelles, et une maladie du parent adoptif peut devenir un obstacle. En revanche, les couples hétérosexuels peuvent établir la parentalité légale sans évaluation et directement dès la naissance.

Dans certains cantons, la procédure d'adoption prend actuellement jusqu'à deux ans. Rien qu'en supprimant l'exigence de la période d'un an de prise en charge, la sécurisation juridique rapide de la famille ne serait pas garantie. **Une réduction de la durée de la procédure à six mois représente un grand progrès pour les familles concernées.**

Cela constitue une amélioration majeure de la situation des familles arc-en-ciel, car la procédure d'adoption simplifiée et accélérée proposée est une avancée essentielle. Cette

modification est tout aussi importante aux yeux de Vogay que l'abandon de l'exigence de la période d'un an de prise en charge.

5. Titre final, art. 12bis

La nouvelle disposition transitoire stipule que la nouvelle législation s'appliquera aux procédures d'adoption en cours. Cette modification est également bienvenue. Elle permet que l'adoption simplifiée de l'enfant du/de la partenaire, et en particulier la procédure simplifiée prévue, soit mise en œuvre aussi rapidement que possible. Les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun auront un deuxième parent légal dans un délai plus court, assurant ainsi une meilleure protection.

6. Autres améliorations nécessaires pour les familles arc-en-ciel

Selon la législation actuelle, ainsi que la révision législative prévue, les familles sont toujours traitées différemment selon le mode de conception de l'enfant.

Dans le cas des couples hétérosexuels, le lien de filiation est généralement établi par la présomption de paternité (art. 255, al. 1 CC) ou par reconnaissance (art. 260, al. 1 CC). Pour les couples de femmes mariées ayant un enfant conçu par don de sperme (en Suisse) conformément à la loi sur la procréation médicalement assistée du 18 décembre 1998, l'enfant bénéficie également d'une protection juridique complète dès la naissance et dispose de deux parents légaux. En revanche, les enfants issus de familles arc-en-ciel, conçus par un don de sperme privé ou par un traitement de fertilité à l'étranger, n'ont, à la naissance, qu'un seul parent légal, tant aujourd'hui qu'après la mise en œuvre de la révision législative actuelle.

Les simplifications prévues pour l'adoption d'un enfant par le partenaire représentent un progrès important. Cependant, la protection juridique complète n'est obtenue qu'à la fin d'une procédure d'adoption qui reste relativement complexe. Ces enfants restent des enfants de "seconde classe" et n'ont pas la même protection que les autres enfants. **Il est donc nécessaire, dans l'intérêt de l'enfant, de la sécurité juridique et de l'égalité, que tous les enfants conçus dans le cadre d'un projet parental commun et nés au sein d'une relation stable puissent, dès le début, avoir deux parents légaux.** Cela est fondamental pour garantir la sécurité juridique de l'enfant et de la famille, car l'établissement de la filiation implique des droits essentiels tels que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, la pension alimentaire, les prestations d'assurance sociale, les droits successoraux ou fiscaux.

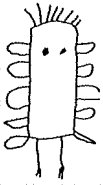
Une procédure d'adoption, même simplifiée, reste une lourde charge pour les personnes concernées et entraîne le fait que l'enfant n'est pas dès le début entièrement protégé (avec deux parents). En outre, comme mentionné dans le nouvel article 264bis CC, d'autres conditions doivent être remplies pour qu'une adoption puisse avoir lieu, notamment celle selon laquelle le couple doit vivre ensemble depuis au moins trois ans, ce qui n'est pas toujours le cas.

Il est urgent et important de procéder à d'autres ajustements pour améliorer la situation des familles arc-en-ciel.

Nous vous prions de bien vouloir prendre en compte nos préoccupations dans le cadre de la poursuite de la procédure législative.



Avec nos salutations distinguées,
Sara Blaser, co-secrétaire générale, Vogay



Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)

L'Association des autorités centrales cantonales en matière d'adoption (AACA)

L'Associazione delle autorità centrali cantonali in materia di adozione (AACA)

Elektronisch an: zz@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Herr Bundesrat Beat Jans

Frauenfeld, 23. Juli 2024

Vernehmlassung des VZBA zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) vertritt seit 2013 im deutsch-schweizerischen Kontext die Interessen der kantonalen Zentralbehörden Adoption. Diese Behörden sind Teil der einzelnen kantonalen Justiz-, Sozial- oder Bildungsdirektionen oder Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Der VZBA berücksichtigt dabei die rechtlichen Grundlagen, fachlichen Überlegungen und bezweckt als Fachverband die Förderung des Fachwissens im Bereich der Adoptionen sowie die Koordination und Zusammenarbeit der Zentralbehörden.

Für die Möglichkeit zur Abgabe einer Vernehmlassung bedanken wir uns und äussern uns wie folgt:

Wir lehnen die beabsichtigte Änderung des Zivilgesetzbuches aus fachlichen und rechtlichen Gründen im Ganzen **ab**. Die vorgeschlagenen Änderungen schaffen eine Rechtsungleichheit, sind in der gesetzlichen Systematik der Adoption nicht anschlussfähig und inkonsequent sowie schwierig umsetzbar.

Rechtsungleich ist die erleichterte Stiefkindadoption, weil sie Paare mit einem «gemeinsamen Projekt», die ihren Kinderwunsch mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder weiteren, im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, inklusive Leihmutterschaft, gegenüber Paaren privilegiert, die eine «klassische» Stiefkindadoption anstreben. Wenn im Interesse des Kindes durch eine Stiefkindadoption rasch ein rechtliches Kindesverhältnis zum (Wunsch-)Elternteil etabliert werden soll (wenn es bereits ab Geburt bei beiden Eltern wohnt), so müsste das für alle Stiefkindadoptionen gelten.

Die Revision des Adoptionsrechts 2016 fusste auf den Gedanken, den gewandelten gesellschaftlichen Wertvorstellungen, dem gewandelten Begriff der Familie und damit verbunden, der Etablierung alternativer Familienformen Rechnung zu tragen, weshalb das Adoptionsrecht zeitgemäss ausgestaltet und verstärkt an den vielfältigen Lebensrealitäten ausgerichtet

wurde.¹ Infolgedessen wurden bestimmte Personen oder Personengruppen nicht mehr von der Adoption ausgeschlossen, weshalb seit 2018 die Stiefkindadoption durch Personen in gleichgeschlechtlicher eingetragener Partnerschaft (heute: Ehe) oder Paare in einer faktischen Lebensgemeinschaft möglich ist, um das Verhältnis des Kindes zur Partnerin oder zum Partner des leiblichen Elternteils abzusichern und die faktische Lebensbeziehung rechtlich anzuerkennen. Der Bundesrat wies auf die Problematik der Stiefkindadoption hin:² Zwar wurde sie bis Ende 1999 ebenfalls privilegiert, um die rasche Integration des Kindes in die Familie zu fördern. Die Praxis habe aber gezeigt, dass namentlich bei Scheidungskindern in der Regel diese Adoptionsform «einschneidendere sozialpsychologische Folgen für das Kind» hätten, als bei einer nationalen oder internationalen Adoption eines fremden Kindes. Das Stiefkind sei wesentlich weniger auf die Adoption angewiesen als ein fremdes Kind, weil es eine besser familienrechtliche Ausgangslage habe. Aber, so der Bundesrat, eine Stiefkindadoption solle durch die zuständige Behörde «nicht privilegiert behandelt» werden. Wie bei den anderen Adoptionsformen sei im Einzelfall zu prüfen, ob die Adoption tatsächlich dem Kindeswohl diene. Aufgrund der «besonderen Situation bei der Stiefkindadoption» sei auch stets eine allfällige Bestellung einer Kindesvertretung zu prüfen.³

Auf Grund dieser Ausführungen ist nicht nachvollziehbar, weshalb nun gewisse Personen und Personengruppen gegenüber anderen gesetzlich bevorzugt werden sollen. Auch bei klassischen Stiefkindadoptionen besteht ein grosses Bedürfnis der Eltern nach rechtlicher Absicherung der Kinder. Insbesondere dann, wenn der andere rechtliche Elternteil im Leben des Kindes nicht präsent ist und auch seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, seine Zustimmung zur Adoption jedoch verweigert.

Das Bundesgericht hat zwar in zwei Entscheiden klargemacht, «dass die Adoptionsbehörde zur Priorisierung und raschen Entscheidung verpflichtet ist, mithin eine grosszügige und pragmatische Auslegung der adoptionsrechtlichen Voraussetzungen angezeigt ist, um der Vorgabe des EGMR gerecht zu werden». Diese Rechtsprechung verkennet jedoch, dass damit eine Rechtsungleichheit geschaffen wird, auf die von einem Teil der Lehre auch hingewiesen wird.⁴

Mit der vorliegenden Gesetzesvorlage soll ein parlamentarischer Auftrag umgesetzt werden. Sie erweist sich aber als **inkonsequent**. Dieser Vorlage kommt unseres Erachtens zu einem falschen Zeitpunkt und müsste im systematischen Gefüge der Rechtsordnung anderweitig Eingang finden. Die rechtliche Absicherung von Kindern, die «durch eine private Samenspende, eine (möglicherweise anonyme) Samenspende oder weitere, im Ausland *zulässige* fortpflanzungsmedizinische Verfahren *inklusive Leihmutterchaft*, gezeugt» wurden, ist keine Frage des Adoptionsrechts, diese Frage ist vielmehr im Abstammungsrecht und in Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG; SR 810.11) zu klären.

Nach Art. 119 Abs. 2 lit. d BV (SR 101) und Art. 4 FMedG sind die Ei- und Embryonenspende und alle Arten von Leihmutterchaft sowie die anonyme Samenspende in der Schweiz *unzulässig*. Die Frage stellt sich, ob der Gesetzgeber mit dieser Vorlage das verfassungs- und gesetzesrechtliche Verbot unzulässiger Praktiken aushöhlt. Die Adoption ist nicht das geeignete Mittel, um ein im Ausland zulässiges fortpflanzungsmedizinisches Verfahren («inklusive Leihmutterchaft») und «gemeinsames Projekt» in der Schweiz im Nachgang unter vereinfachten

¹ Botschaft Adoption, S. 898.

² Botschaft Adoption, S. 910.

³ Zum Ganzen Botschaft Adoption, S. 907 f., S. 925 mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die ebenso gewissenhafte Prüfung des Kindeswohls wie bei allen Adoptionsformen.

⁴ BUCHER, La résidence habituelle – pivot de la procédure internationale relative aux droits de l'enfant, in: FOUNTOLAKIS/JUNGO (HRSG.) La procédure en droit de la famille, Rz. 116 und 119, m.H.; Die vom Bundesgericht referenzierte Rechtsprechung des EGMR hatte indes den Fall zum Gegenstand, wo ein rechtliches Kindesverhältnis über mehrere Jahre nicht hergestellt wurde.

Voraussetzungen zu «legalisieren». Wenn der Gesetzgeber solche (und andere im diesem Zusammenhang relevante) Fälle legalisieren will, wäre es gradliniger, liesse er die direkte Anerkennung der im Ausland begründeten Kindesverhältnisse zu.

Schliesslich lehnen wir die Gesetzesvorlage auch deshalb ab, weil sie in der Umsetzung **kaum praktikabel** ist und zahlreiche Umsetzungs- und Abgrenzungsfragen aufwirft. Wie verhält es sich beispielsweise, wenn eine Frau in einer bestehenden Partnerschaft mit einem Mann zusammenlebt, der nicht der leibliche Vater des Kindes ist und er sie während der Schwangerschaft und Geburt begleitet hat? Oder wenn – bei der klassischen Stiefkindadoption – das Kind keinen rechtlichen Vater hat?

Es ist vorgesehen, auf eine umfassende Abklärung zu verzichten, da sie in diesen Fällen «nicht angebracht, weil nicht notwendig» sei. Zudem soll das Verfahren durch eine Vorgabe von sechs Monaten beschleunigt werden; selbst wenn die Dauer eines Adoptionsverfahrens stark vom Einzelfall abhängig sein soll.⁵ Solche Vorgaben erhöhen den Druck auf die Adoptionsbehörden und die abklärenden Fachpersonen, im Sinne der adoptionswilligen Person die Stiefkindadoption formell rasch abzuwickeln. Das enge zeitliche Korsett behindert die Prüfung der einzelnen Adoptionsvoraussetzungen. Die angedachten Überlegungen in der Vorlage gehen an der Realität und der Praxis vorbei.

Ein essenzieller Teil der Sozialabklärung beinhaltet zudem auch die Sensibilisierung auf das Recht des Kindes auf Kenntnis der leiblichen Abstammung. Die angedachten Änderungen berücksichtigt diesen völker-, verfassungs- und gesetzesrechtlichen Anspruch mit keinem Wort, obwohl diesem Recht «seitens des Bundesrates und des Parlaments grosses Gewicht beigegeben» wird.⁶ Weder werden die biologischen Eltern erwähnt, noch wird geregelt, wie deren Angaben gesichert werden, um zu gewährleisten, dass das Kind später die Möglichkeit hat, seine Abstammung zu erfahren. Überdies betreffen diese «gemeinsamen Projekte» nicht selten internationale Sachverhalte, genauso wie die internationale Adoption. Die historische Aufarbeitung unrechtmässiger internationaler Adoptionen hat aufgezeigt, dass die zuständigen Behörden in der Schweiz oft unter Druck der adoptionswilligen Personen handelten, vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und die Verfahren sehr pragmatisch und zu grosszügig durchführten. Solche Praktiken sollten sich nicht wiederholen.

Im Sinne einer kohärenten Gesetzgebung plädieren wir dafür, die Stiefkindadoption nicht, wie vorgeschlagen, zu revidieren jedoch die Revision des Abstammungsrechts zügig voranzutreiben. Dort sollen die unterschiedlichen Formen der Elternschaft beschrieben und Rechte und Pflichten geregelt werden, damit die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Der Verfassungsgeber muss sich dabei auch zwangsläufig Gedanken machen, ob an der Unzulässigkeit gewisser verbotener, aber in der Lebensrealität seit längerem bestehenden Methoden festgehalten werden kann oder ob nicht Regelungen bezüglich Samenspenden für Alleinstehende und Konkubinatspaare sowie Leihmutterschaften zu treffen wären.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

⁵ Vgl. BGE 148 III 384 E. 7.4.2. i.f. S. 397.

⁶ Erläuternder Bericht, S. 5/21.

Freundliche Grüsse

Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)



Sandro Körber, MLaw
Präsident

Kopie an:

- Mitglieder des VZBA.

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2024

Vernehmlassung: Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Mit vorliegender Vorlage soll die Stiefadoption von Kindern, die mit einer privaten Samenspende, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder mit weiteren im Ausland zulässigen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugt wurden, vereinfacht werden. Zum einen wird vorgeschlagen, auf das Erfordernis des Pflegejahres zu verzichten. Zum anderen soll die Eignungsabklärung bei betroffenen Fällen vereinfacht und das Adoptionsverfahren möglichst innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden.

Schliesslich wird mit der Vorlage auch eine Änderung im Bereich der Stiefkindadoption von volljährigen Personen angestrebt. Neu soll dabei weder ein gemeinsamer Haushalt zwischen dem Elternteil und dem Stiefelternteil noch die rechtliche Bindung zwischen dem Elternteil und der adoptionswilligen Person mehr bestehen müssen.

Die Mitte unterstützt die erleichterte Stiefkindadoption

Die Mitte begrüsst eine bessere rechtliche Absicherung von Kindern, welche mit einer privaten, einer (möglicherweise anonymen) Samenspende oder anderen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren gezeugt wurden.

Folglich unterstützt sie die Aufhebung des einjährigen Pflegeverhältnisses für diese bestimmte Konstellationen. Anders als bei einer «klassischen» Stiefkindadoption geht es hierbei um Situationen, in denen ein Kind in eine gelebte Paarbeziehung hineingeboren wird und ab Geburt nur einen rechtlichen Elternteil besitzt. Entsprechend soll daher im Sinne des Kindeswohls, die Begründung des rechtlichen Kindesverhältnisses zum Wunscherlternteil rasch erfolgen können.

Im Grundsatz begrüsst die Mitte auch, dass Paare, die das Erfordernis eines gemeinsamen Haushaltes während dreier Jahre im Zeitpunkt der Geburt des Kindes zwar noch nicht, aber vor Ablauf eines Pflegejahres erfüllen, diese Voraussetzung neu auch erst nach der Geburt des Kindes nachweisen müssen. Auch dies trägt aus Sicht der Mitte zu einer rascheren rechtlichen Absicherung des Kindes bei.

Die Vorlage sieht schliesslich vor, das Adoptionsverfahren für diese bestimmte Konstellationen dahingehend zu vereinfachen, dass eine Adoption möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden muss. Die Mitte sieht diese zeitliche Einschränkung eher kritisch. So müssen beispielsweise doch die gesetzlichen Vorgaben bezüglich fortpflanzungsmedizinischer Verfahren in den einzelnen Ländern abgeklärt werden.

Die Mitte begrüsst die Anpassungen bei der Stiefkindadoption im Erwachsenenalter

Die Mitte unterstützt die beantragten Änderungen im Bereich der Stiefkindadoption im Erwachsenenalter. Sie ist der Ansicht, dass das Bestehen eines gemeinsamen Haushaltes von Elternteil und Stiefelternteil sowie der Nachweis einer rechtlichen Bindung zwischen Elternteil und adoptionswilliger Person bei einer Erwachsenenadoption keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielt. Aus diesem Grund sollte auf diese Voraussetzungen künftig verzichtet werden. Kommt hinzu, dass mit den vorgeschlagenen Anpassungen das rechtliche Verhältnis zum Elternteil, mit dem das Kind aufgewachsen ist, nicht tangiert wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
CH-Bern

Thun, 17. Oktober 2024

Per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen zu können.

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung sieht eine Erleichterung der Stiefkindadoption in drei Fällen vor:

- a) Zeugung durch private Samenspenden
- b) Eizellenspenden und
- c) Leihmutterschaft.

Die EDU Schweiz anerkennt das Anliegen, diesen Kindern einen umfassenderen rechtlichen Schutz zu bieten, lehnt die Vorlage allerdings aus gewichtigen Gründen ab. Aus Sicht der EDU Schweiz sprechen vielfältige Gründe gegen die anonyme Samenspende, Eizellenspende und Leihmutterschaft:

a) Gegen die anonyme Samenspende:

1. **Recht auf Kenntnis der Abstammung:** Dies ist ein von der Verfassung (!) (Art. 119, Abs. 2) und der Menschenrechtskonvention (Art. 8, Abs. 1 EMRK) verbrieftes Recht des Kindes. Kinder, die durch anonyme Samenspenden gezeugt werden, haben keine Möglichkeit, ihre genetische Herkunft zu erfahren. Dies kann später zu Identitätskrisen führen, da das Wissen über die eigene Abstammung für viele Menschen ein grundlegender Teil ihres Selbstverständnisses ist.
2. **Psychologische Belastungen:** Viele Spenderkinder empfinden es als belastend, nicht zu wissen, wer ihr biologischer Vater ist. Diese Unsicherheit kann das emotionale Wohlbefinden beeinträchtigen und langfristige Folgen für das Selbstwertgefühl und die psychische Gesundheit haben.
3. **Inzest-Risiko:** Wenn die Samenspende anonym bleibt, besteht das Risiko, dass Halbgeschwister unwissentlich zueinander in eine intime Beziehung treten könnten. Ohne Zugang zu Informationen über ihre genetische Verwandtschaft ist das Risiko von Inzest real.

b) Gegen die Eizellenspende:

1. **Gesundheitsrisiken für die Spenderin:** Die hormonelle Stimulation zur Eizellentnahme kann schwere gesundheitliche Nebenwirkungen wie das Ovarielles-Hyperstimulationssyndrom (OHSS) verursachen. Diese medizinischen Eingriffe sind nicht ohne Risiken und können zu langfristigen gesundheitlichen Komplikationen führen.

2. **Kommerzialisierung der Fortpflanzung:** Eizellenspenden können in ein kommerzielles Geschäft abdriften, bei dem die Spenderin ihre Eizellen für Geld anbietet. Dies wirft ethische Fragen auf, ob es richtig ist, dass Fortpflanzung und menschliche Körperteile zu einer Ware gemacht werden.
3. **Psychologische Belastung der Spenderin:** Für manche Frauen kann der Gedanke, ein genetisches Kind zu haben, das sie nie kennenlernen wird, psychisch belastend sein. Auch die Frage, ob das Kind sie jemals aufsuchen könnte, kann zu emotionalem Stress führen.

c) Gegen die Leihmutterschaft:

1. **Ausbeutung von Frauen:** In vielen Fällen kann Leihmutterschaft als Form der Ausbeutung von Frauen angesehen werden, besonders in ärmeren Ländern. Frauen aus finanziell prekären Verhältnissen könnten sich aus wirtschaftlichem Zwang für eine Leihmutterschaft entscheiden, was ethische Bedenken bezüglich Freiwilligkeit und Fairness aufwirft.
2. **Entfremdung vom Kind:** Für die Leihmutter kann die Trennung vom Kind, das sie ausgetragen hat, emotional äußerst schmerzhaft sein. Obwohl sie vertraglich auf das Kind verzichtet, könnte die emotionale Bindung zum Kind während der Schwangerschaft tiefgreifend sein.
3. **Kommerzialisierung der Mutterschaft:** Leihmutterschaft kann die Beziehung zwischen Mutter und Kind kommerzialisieren und zu einem Geschäft machen. Dies wirft ethische Fragen darüber auf, ob es moralisch vertretbar ist, eine Schwangerschaft als Dienstleistung gegen Bezahlung anzubieten.

Durch die Erleichterung der Stiefkindadoption in diesen spezifischen Fällen werden die problematischen Umstände der Zeugung verharmlost und z. T. in der Schweiz illegale Praktiken gefördert. In Fällen, wo diese ethischen Betrachtungen nicht zum Zuge kommen (Stiefkindadoption bei Erwachsenen) wehrt sich die EDU Schweiz nicht gegen Erleichterungen.

Freundliche Grüsse

EDU Schweiz

gez. Daniel Frischknecht, Präsident

gez. Thomas Lamprecht, Vizepräsident

Für weitere Auskünfte:

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE, 079 363 80 94

Samuel Kullmann, politischer Mitarbeiter, 079 720 77 86



Herr Bundesrat
Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2024

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches zielt darauf ab, die Stiefkindsadoption zu erleichtern, wenn Kinder durch private Samenspenden oder durch im Ausland zugelassene Fortpflanzungsmethoden wie Eizellenspenden oder Leihmutterschaft gezeugt wurden. Dies betrifft Fälle, in denen das Kind seit seiner Geburt mit seinem rechtlichen Elternteil und dem Wunschelternteil zusammenlebt, derzeit jedoch nicht von Geburt an adoptiert werden kann. Ziel der Änderung ist es, diesen Kindern umfassenden rechtlichen Schutz zu gewähren.

Grundsatz: Für die EVP steht das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Sie vertritt die Auffassung, dass es im besten Interesse des Kindes liegt, von seinen leiblichen Eltern erzogen zu werden. Aus diesem Grund hat die EVP die Einführung der „Ehe für alle“ abgelehnt. Samenspenden und andere Fortpflanzungsmethoden trennen die biologische von der sozialen Elternschaft, was es dem Kind erschwert, seine Abstammung zu verstehen und seine Identität zu festigen.

1. Stiefkindadoption bei Erwachsenen:

Die EVP unterstützt die Anpassungen im Bereich der Stiefkindadoption für Erwachsene. Im Gegensatz zu Kindern ist bei Erwachsenen kein gemeinsamer Haushalt erforderlich.

2. Stiefkindadoption bei Minderjährigen:

Auch bei Kindern, die durch private Samenspenden oder im Ausland durchgeführte Fortpflanzungsmethoden gezeugt wurden, soll das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Die EVP

befürwortet einen pragmatischen Ansatz, um sicherzustellen, dass diese Kinder in einem stabilen und sicheren Umfeld aufwachsen können, und keine rechtliche Unsicherheit bestehen, was die elterliche Fürsorge anbelangt. **Aus diesem Grund unterstützt die EVP die vorliegende Änderung des Zivilgesetzbuchs. Die EVP unterstützt auch die Voraussetzung eines gemeinsamen Haushalts von mindestens drei Jahren und hält daran fest, dass die weiteren Bedingungen für Stiefkindadoptionen gemäss Artikel 264c ZGB im Interesse des Kindes unverändert bestehen bleiben.**

Die EVP hält gleichzeitig folgende begleitende Massnahmen für notwendig:

a) Das Recht des Kindes, seine genetischen Eltern zu kennen, muss respektiert werden:

Laut Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind „soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.“ Die Kenntnis der eigenen Abstammung ist ein wichtiger Bestandteil der Identitätsentwicklung von Kindern. In der Schweiz haben Personen, die durch medizinisch unterstützte Samenspenden gezeugt wurden, erst ab dem 18. Lebensjahr das Recht, ihren biologischen Vater kennenzulernen. Da Eltern jedoch nicht verpflichtet sind, ihre Kinder über ihre Zeugung durch eine Samenspende zu informieren, erfahren viele Kinder dies nie und können ihr Recht gar nicht wahrnehmen. Das ist aus der Sicht der EVP problematisch. Bei privaten Samenspenden oder reproduktionsmedizinischen Verfahren im Ausland ist der Zugang zu diesen Informationen ebenfalls nicht garantiert, was dieses Recht weiter einschränkt.

→ Der Bundesrat sollte daher Massnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Kinder ihr Recht, ihre genetischen Eltern kennenzulernen, auf angemessene Weise wahrnehmen können, unabhängig davon, ob die Fortpflanzung in der Schweiz oder im Ausland erfolgte.

b) Eizellenspenden und Leihmutterschaft sind unethisch und sollten bekämpft werden:

Die EVP kritisiert, dass Fortpflanzungsmethoden wie Eizellenspenden und Leihmutterschaft, die in der Schweiz verboten sind, ohne Konsequenzen im Ausland durchgeführt werden können. Diese Praktiken, die oft in Ländern stattfinden, in denen sie als wirtschaftliche Tätigkeit erlaubt sind, bergen das Risiko, dass Frauen in finanzieller Notlage ausgebeutet werden. Zudem sind diese Frauen gesundheitlichen und psychischen Risiken ausgesetzt. Die EVP sieht die Gefahr, dass durch diese Methoden die Geburt eines Kindes käuflich gemacht wird, was ethisch fragwürdig ist und die Menschenwürde des Kindes beeinträchtigen kann.

→ Deshalb fordert die EVP, dass der Bundesrat Massnahmen ergreift, um zu verhindern, dass im Ausland geschaffene Fakten, die gegen Schweizer Recht verstossen, stillschweigend anerkannt werden. Es sollte neu geprüft werden, welche Massnahmen in diesem Bereich wirksam und zielführend sein könnten, ohne dass dabei das Wohl des Kindes verletzt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz



Alex Würzler
Generalsekretär EVP Schweiz

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 16. Oktober 2024 / SO
VL_Stiefkind_d

Elektronischer Versand: zz@bj.admin.ch

Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) - Erleichterte Stiefkindadoption Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Einführung der «Ehe für alle» war ein entscheidender Schritt zur rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare. Als gesellschaftsliberale Partei möchten wir unsere Haltung zur Anerkennung von Regenbogenfamilien bekräftigen. Es ist für uns zentral, die diskriminierenden Hürden abzubauen, denen gleichgeschlechtliche Paare bei der Anerkennung ihrer Elternschaft noch immer gegenüberstehen. Es handelt sich hierbei nicht um Fremdoptionen, sondern um die rechtliche Anerkennung von Kindern, die bereits in diese Beziehungen hineingeboren wurden. Für diese Realität muss möglichst schnell Rechtssicherheit geschaffen werden, indem die bestehenden Regelungen angepasst und die Hürden gesenkt werden. Der Schutz der Kinder muss dabei im Vordergrund stehen. In der gegenwärtigen Gesetzeslage sind Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften geboren werden, während des Adoptionsprozesses nicht rechtlich abgesichert. Dies birgt Risiken, insbesondere bei familiären Konflikten oder unerwarteten Ereignissen wie dem Tod eines Elternteils.

- Wir unterstützen die Abschaffung der Anforderung, dass der soziale Elternteil mindestens ein Jahr Pflege und Erziehung nachweisen muss. Kinder, die von Geburt an mit beiden Elternteilen aufwachsen, sollten von Anfang an vollständig rechtlich abgesichert sein.
- Für Paare, die ihr Kind bereits seit Geburt gemeinsam aufziehen, sollten keine weiteren Hürden, wie das dreijährige Zusammenleben, notwendig sein. Dies stellt eine unnötige Belastung für Familien dar, die sich von Anfang an der gemeinsamen Elternschaft verpflichtet fühlen. Im Kern handelt es sich nicht um eine Adoption, sondern um die staatliche Anerkennung des eigenen Kindes. Deshalb sprechen wir uns gegen die Anforderung aus, dass Paare vor einer Stiefkindadoption mindestens drei Jahre zusammengelebt haben müssen. Es entspricht nicht unserer liberalen Haltung, dass homosexuelle Eltern dem Staat beweisen müssen, dass sie «gute Eltern» sind, während heterosexuelle Eltern solche Hürden nicht überwinden müssen.
- Die Regelung, dass der gemeinsame Haushalt vor der Volljährigkeit des Kindes für die Adoption relevant bleibt, benachteiligt Kinder, die von Geburt an in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft aufwachsen. Sobald das Kind volljährig wird,

entfällt dieses Erfordernis. Wir plädieren dafür, dass das gemeinsame Leben ab Geburt ausreicht, um das Kindesverhältnis rechtlich abzusichern, ohne dass der Staat weitere Auflagen stellt.

- Die Altersvorgaben von mindestens 16 und höchstens 45 Jahren Differenz zwischen Kind und Elternteil sind nicht angemessen. Da es sich um die Anerkennung des eigenen Kindes und nicht um eine Fremdadoption handelt, erachten wir diese Vorschriften als unnötige Zusatzhürde und halten eine Abschaffung für sinnvoll.
- Zudem erachten wir es als wichtig, dass Stiefeltern sich der Möglichkeit bewusst sind, dass das Kind im Laufe seines Lebens den Wunsch haben könnte, Informationen über seine biologische Herkunft zu erhalten. Diesem Aspekt sollte in der Eltern-Kind-Beziehung offen und sensibel begegnet werden, um das Kindeswohl auch in diesem Bereich zu gewährleisten.

Aus bürokratischer Sicht ist es wichtig zu betonen, dass die rechtliche Anerkennung der Elternschaft durch eine vereinfachte Stiefkindadoption keinen zusätzlichen administrativen Aufwand mit sich bringt. In der Praxis handelt es sich um Familien, die bereits seit Geburt das Kind gemeinsam erziehen. Ein Verzicht auf das Pflegejahr und die Drei-Jahres-Regelung entspricht den Lebensrealitäten und sorgt für weniger bürokratische Hürden. Es ist unser liberales Grundverständnis, dass alle Kinder, unabhängig von der sexuellen Orientierung ihrer Eltern, die gleichen Rechte und den gleichen rechtlichen Schutz geniessen sollen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer

Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
CH-3003 Bern

Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

17. Oktober 2024

Ihr Kontakt: Noëmi Emmenegger, Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption) Stellung zu beziehen. Nachfolgend finden Sie unsere Einschätzungen und Überlegungen zur Vernehmlassungsvorlage.

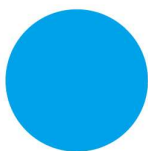
Die GLP setzt sich dafür ein, die Gleichstellung von Personen in sämtlichen Lebensbereichen zu fördern. Dies in der Überzeugung, dass es jeder Person freistehen soll, sich entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse zu entfalten. Der Revisionsbedarf bei der Stiefkindadoption im Zivilgesetzbuch ist aus unserer Sicht unbestritten. Die GLP begrüsst die vorgeschlagene Änderung zur Stiefkindadoption, welche die Ungleichbehandlung von homosexuellen Paaren in Bezug auf die Adoption von Stiefkindern reduziert. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung, dass die Gesetzesvorlage die besonderen Umstände von Familien berücksichtigt, die ihren Kinderwunsch durch private Samenspende oder im Ausland zulässige fortpflanzungsmedizinische Verfahren erfüllen.

Mit dem revidierten Gesetz gibt es für homosexuelle Paare jedoch immer noch deutlich mehr Auflagen als für heterosexuelle Paare. Problematisch ist das Gesetz immer noch im Falle einer Leihmutterschaft oder privaten Samenspende: Damit es das Kind adoptieren darf, muss das betroffene Elternpaar beweisen, dass es seit drei Jahren einen gemeinsamen Haushalt bildet.

Gemäss Erläuterungsbericht soll zudem für heterosexuelle Paare, welche sich mittels einer Leihmutter-schaft im Ausland den Kinderwunsch erfüllen, eine Ausnahmeregelung geschaffen werden. Konkret soll in begründeten Ausnahmen vom Erfordernis eines gemeinsamen Haushalts zum Zeitpunkt der Geburt abgesehen werden können. Dies gemäss Erläuterungsbericht aber unverständlicherweise nur in jenen Fällen, in denen beide Elternteile genetisch mit dem Kind verwandt sind. In der Praxis handelt es sich wahrscheinlich meist um Männerpaare, für welche die Leihmutterschaft im Ausland die einzige Möglichkeit ist, Eltern zu werden. Dabei ist es dem homosexuellen Paar aber nicht möglich, diese Voraussetzung zu erfüllen und wird damit gegenüber dem heterosexuellen Paar diskriminiert.

Als zusätzlich problematisch erachtet die GLP folgenden Sachverhalt: Wenn das Stiefkind erwachsen ist, sieht das Gesetz vom gemeinsamen Haushalt als erforderliche Voraussetzung ab. Doch vorher bleibt es relevant. Das ist nicht nachvollziehbar und benachteiligt Kinder, die schon vorher in einer betroffenen Paarbeziehung gross werden. Das führt zu übergangsrechtlich verursachten Ungerechtigkeiten.

Die GLP wünscht sich, dass die Ungleichbehandlung von homosexuellen Paaren in diesen Bereichen abgeschafft wird. Wir fordern konkret, dass die Voraussetzung eines dreijährigen gemeinsamen Haushalts vor der Stiefkindadoption ersatzlos gestrichen wird. Die Gesetzesvorlage sollte sicherstellen, dass alle Kinder, unabhängig von der Art ihrer Zeugung oder der sexuellen Orientierung ihrer Eltern, den gleichen rechtlichen Schutz und die gleiche Anerkennung geniessen.

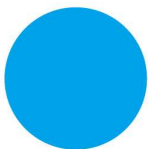


Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrat Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion



Bern, 8. Oktober 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern



zz@bj.admin.ch

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans, Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen. Die SP Schweiz unterstützt die Änderung des Zivilgesetzbuches und die damit einhergehende Einführung der erleichterten Stiefkindadoption vollumfänglich. Die SP-Fraktion hat die Motion RK-N 22.3382 «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption», auf welcher diese Vorlage beruht, bereits in den Räten geschlossen gutgeheissen.

Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass auch für den Rechtsschutz der Kinder gleichgeschlechtlicher Paare, die in einem fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland oder mittels einer privaten Samenspende gezeugt wurden, in der Revision zum Abstammungsrecht eine Verbesserung erfolgen muss unter Wahrung der Kenntnis der Abstammung. Insbesondere die Streichung der 3-jährigen gemeinsamen Lebensgemeinschaft als Voraussetzung für die Adoption wäre ein wichtiger Schritt, vor allem für Regenbogenfamilien. Dies, damit alle Kinder, unabhängig von der Lebensgemeinschaftsform ihrer Eltern, von Geburt an rechtlich abgesichert werden, um die Gleichstellung zu gewährleisten.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mattea Meyer'.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Wermuth'.

Cédric Wermuth
Co-Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jessica Gauch'.

Jessica Gauch
Politische Fachreferentin

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
3003 Bern

Elektronisch an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2024

Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

In Umsetzung der Motion 22.3382 soll eine beschleunigte Form der Stiefkindadoption eingeführt werden: Dabei soll insbesondere auf das Erfordernis des Pflegejahrs verzichtet werden. Die Adoption soll erfolgen können, sobald der gemeinsame Haushalt des Paares drei Jahre gedauert hat. Das Adoptionsgesuch kann zudem bereits eingereicht werden, bevor alle Adoptionsvoraussetzungen erfüllt sind, sodass das Kindesverhältnis zum Wunschelternteil de facto bei der Geburt entstehen kann. Im Übrigen soll die Eignungsabklärung in diesen Fällen aufgrund der Umstände vereinfacht und das Adoptionsverfahren soll möglichst innerhalb von sechs Monaten seit der Einreichung des Gesuchs abgeschlossen werden. Gleichzeitig soll auch bei der Adoption eines volljährig gewordenen Stiefkindes eine Änderung erfolgen: Weil ein gemeinsamer Haushalt von Elternteil und adoptionswilliger Person für ein volljähriges Kind nicht mehr von Bedeutung ist, soll bei der Stiefkindadoption im Erwachsenenalter vom weiteren Bestehen der Ehe, der eingetragenen Partnerschaft oder der faktischen Lebensgemeinschaft des Elternteils mit dem Stiefeltern- teilel abgesehen werden.

Die SVP lehnt die Vorlage vollumfänglich ab. Es besteht weder eine Dringlichkeit noch eine Notwendigkeit, um die Bestimmungen zur Stiefkindadoption derart tiefgreifend anzupassen. Unter dem Strich schwächt das hinter der Vorlage stehende ideologische Projekt die Interessen der betroffenen Kinder erheblich, u. a. indem auf das Pflegejahr im Sinne der Prüfung einer geeigneten, künftigen Eltern-Kind-Beziehung verzichtet wird. Auch die Beschleunigung durch Beschränkung und Vereinfachung der Eignungsabklärung inklusive Entscheid innert 6 Monaten läuft einer angemessenen Prüfung mit Blick auf das Kindeswohl zuwider – denn das Zusammenwachsen zu einer (neuen) Familie braucht Zeit; Den «beschleunigten» Interessen der adoptionswilligen Person ist nicht 1. Priorität einzuräumen.

Konsequenterweise müssten all die ob stehenden, gewichtigen Themenkreise und Be-
gehrlichkeiten ganzheitlich in der ohnehin anstehenden Revision über das Abstammungs-
recht beraten werden, statt mittels Salamtaktik vorweggenommen zu werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat



Henrique Schneider



Les VERT-E-S suisses

Bettina Beer
Waisenhausplatz 21
3011 Berne

bettina.beer@gruene.ch
031 511 93 21

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

par e-mail à : zz@bj.admin.ch

Berne, le 24 septembre 2024

Consultation sur la modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire)

Mesdames, Messieurs,

Les VERT-E-S vous remercient d'avoir été sollicité-e-s pour la consultation sur la modification du code civil (Adoption facilitée de l'enfant du conjoint ou du partenaire).

Les VERT-E-S soutiennent toute mesure visant à faciliter l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire, afin d'établir un lien de filiation juridique entre l'enfant et le parent d'intention le plus vite possible après la naissance et à ainsi protéger juridiquement la relation entre l'enfant et ses deux parents. Ils et elles approuvent cette modification qui fait primer le bien de l'enfant sur la condition du lien nourricier d'un an. Néanmoins, les VERT-E-S sont d'avis que le délai de trois ans de vie commune pour les parents avant de pouvoir adopter l'enfant du conjoint ou du partenaire est trop long. Il s'agit de fait d'une inégalité de traitement avec les familles dont les deux parents ont un lien biologique avec l'enfant : dans ce cas, nulle exigence de ménage commun pour garantir le lien de filiation juridique. Dans le cas de l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire, le projet d'une vie de famille commune, et donc d'un lien nourricier, devrait suffire.

Les VERT-E-S saluent le fait que l'adoption facilitée d'enfants conçus grâce à une méthode de procréation médicalement assistée autorisée à l'étranger, y compris la gestation pour autrui, soit mentionnée dans le rapport explicatif (p. 10). Aujourd'hui déjà, le Tribunal fédéral plaide pour une « interprétation généreuse et pragmatique des conditions légales de l'adoption dans le souci d'établir rapidement le lien de filiation avec les parents d'intention » (Rapport explicatif p. 7).

Par ailleurs, **les VERT-E-S sont d'avis que l'adoption de l'enfant du conjoint ou du partenaire pourrait suivre la même procédure que la reconnaissance de paternité avant la naissance** pour les parents biologiques non mariés. L'enfant aurait ainsi deux parents et une sécurité juridique dès le jour de sa naissance.

Concernant les enfants majeurs, les VERT-E-S soutiennent la procédure d'adoption facilitée proposée par cette modification du code civil.

Ces améliorations de la procédure d'adoption d'enfants du partenaire ou du conjoint ne peuvent être que ponctuelles, dans l'attente de la prochaine révision du droit d'établissement de la filiation. **Les VERT-E-S sont d'avis que cette révision devra largement reprendre les recommandations du rapport d'expert-e-s, y compris concernant la parentalité multiple.**

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position.

Meilleures salutations



Lisa Mazzone
Présidente



Bettina Beer
Secrétaire politique

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 1. Oktober 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:


Patrick Strasser

Der Staatsschreiber-Stv.:


Christian Ritzmann

Per E-Mail

zz@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Neuenburg, 17. Oktober 2024

Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit. Das zur Diskussion stehende Vorhaben beinhaltet keine Aspekte, welche im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) nach einer besonderen Stellungnahme unsererseits verlangen würden. Entsprechend verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "i.A. U. Morf".

Marie-Pierre de Montmollin
Präsidentin SVR-ASM